

Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen über das Jahr 2014



Impressum

Herausgeber

Ministerium für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Friedrichstraße 62-80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871-01
Telefax: 0211/871-3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

Redaktion

Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen

Telefon: 0211/871-2821
Telefax: 0211/871-2980
kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de/verfassungsschutz

Bestellservice

bestellung.verfassungsschutz@mik1.nrw.de
www.mik.nrw.de/publikationen

Stand: 2. überarbeitete Auflage, Juli 2015
Druck: Silber Druck oHG, Niestetal
Fotos: picture alliance / landov, / AA, / JOKER, dpa (Seite 12)
Foto Vogt, Mark Hergenröder, Düsseldorf
Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen



Der Einsatz für Freiheit und Demokratie bleibt weiterhin eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, bei der die Sicherheitsbehörden lediglich einen unterstützenden Beitrag im Rahmen der ihnen zugeschriebenen Aufgaben leisten können. Eine informierte und aufgeklärte Öffentlichkeit ist die stärkste Abwehr gegenüber extremistischen Bestrebungen, die das friedliche Zusammenleben in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft gefährden. Die Arbeit des Verfassungsschutzes fungiert in diesem Rahmen als eine Art Seismograph der Gesellschaft, der unterschwellige extremistische Stimmungen verzeichnet und Öffentlichkeit, Politik und Gesellschaft gegebenenfalls vor Gefahren und Fehlentwicklungen warnt.

Ganz in diesem Sinne erscheint der Bericht des Verfassungsschutzes über das Jahr 2014 erstmals in einem neuen Format, das durch seine kompakte, einheitliche Darstellung der Themen und seine strukturierte Leserführung nicht mehr ausschließlich ein Fachpublikum anspricht, sondern sich an eine breite Leserschaft wendet, um über die Erkenntnisse und die Arbeit des Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen aufzuklären.

Der Rückblick auf das Jahr 2014 ist vor allem von zwei extremistischen Phänomenen in Nordrhein-Westfalen gekennzeichnet: Salafismus und Rechtsextremismus.

Die desolate Situation in Syrien und dem Irak und die militärischen Erfolge des sogenannten Islamischen Staates führen weiterhin zu einem großen Zulauf gewaltbereiter Salafisten, die darauf abzielen, auch in Nordrhein-Westfalen junge Menschen zur Er-

richtung eines vermeintlichen Gottesstaates und für ihre Ziele zu vereinnahmen. Die nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden haben die Beobachtung der salafistischen Szene erneut vor dem Hintergrund verstärkt, dass Personen aus Bürgerkriegsgebieten zurückkehren, die möglicherweise ideologisch radikalisiert, im Umgang mit Waffen geschult und durch ihre Erlebnisse verroht sind.

Neben repressiven Maßnahmen leistet der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen weiterhin Pionierarbeit auf dem Gebiet der Prävention. Mit dem 2014 initiierten Programm „Wegweiser – Gemeinsam gegen gewaltbereiten Salafismus“ werden junge Menschen vor dem Abrutschen in den extremistischen Salafismus bewahrt. Ein separat angelegtes Aussteigerprogramm für den Bereich Islamismus hilft wiederum Menschen, die bereits tief in der Szene verwurzelt sind, beim Ausstieg.

Im Rechtsextremismus zeigt auch das Jahr 2014, dass sich Neonazis in der Partei Die Rechte vereinen und den vorteilhaften Parteienstatus ausnutzen, um sich zu organisieren und die Grenze zwischen parlaments- und aktionsorientierten Rechtsextremisten zu verwischen. Gleichwohl ist eine Kontinuität der Ideologie und Gewaltbereitschaft zu konstatieren. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen konnten mehrere rechtsextremistische Parteien geringfügig hinzugewinnen und in Stadträte und Bezirksvertretungen einziehen. Thematisch konzentrieren sich dabei alle rechtsextremistischen Parteien auf die Diffamierung von Muslimen, Asylbewerbern sowie Sinti und Roma.

Die Weiterverbreitung von Massenvernichtungswaffen und der zur Herstellung benötigten Produkte zu verhindern ist in Nordrhein-Westfalen als einem Hochtechnologiestandort ebenfalls Kernaufgabe des Verfassungsschutzes. Die Anzahl der aufgedeckten Beschaffungsversuche hat in 2014 einen Höchststand erreicht, so dass die Identifizierung von Beschaffungsnetzwerken und präventive Sensibilisierungsmaßnahmen zum Schutz der Wirtschaft einen neuen Stellenwert erlangt haben.

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Ralf Jäger', with a stylized, flowing script.

Ralf Jäger, MdL
Minister für Inneres und Kommunales
des Landes Nordrhein-Westfalen

Inhaltsverzeichnis

Vorbemerkung

8

Kompakt

12

Extremismus in Zahlen

15

Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK) 22

Rechtsextremismus

37

NPD 40

Bürgerbewegung Pro NRW und Pro Köln e.V. 48

Die Rechte 54

Der III. Weg 66

Neonazis 68

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten 72

Rechtsextremismus im Internet 78

Linksextremismus

83

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.....	86
DKP	92
MLPD.....	98
Autonome Linksextremisten	104

Ausländerextremismus

109

Ülkücü-Bewegung („Graue Wölfe“)	112
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)	118
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	122
Tamilische Befreiungstiger (LTTE)	128

Islamismus

133

Salafismus – politisch-extremistische Netzwerke.....	136
Extremistischer Salafismus – Jihadismus	146
Hamas	152
Hizb Allah (Partei Gottes)	154
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT).....	156
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	158
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD).....	160
Millî Görüş-Bewegung (extremistischer Teil)	162
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung (NKSB)	166
Türkische Hizbullah (TH).....	168

Scientology Organisation (SO)

171

Scientology Organisation (SO).....	172
------------------------------------	-----

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

177

Übergreifende Präventionskonzepte gegen Extremismus	180
Präventionsprogramm „Wegweiser“	182
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes	186
Fachtagung „Antimuslimischer Rassismus“	190
Modellprojekt VIR	194
Vorträge und Fortbildungen	196
Veröffentlichungen	198

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

201

Spionage als politisches Hilfsmittel	204
Aufklärung und Abwehr von Proliferation	208
Wirtschaftsschutz	212

Über den Verfassungsschutz

215

Liste der Bestrebungen und Organisationen

220

Stichwortverzeichnis

224

Vorbemerkung

Der vorliegende Verfassungsschutzbericht bezieht sich auf Ereignisse und Beobachtungen im Jahr 2014; zeitlich danach liegende Vorfälle und Entwicklungen werden punktuell angesprochen, wenn sie von größerer Bedeutung sind. Hinweise auf Geschehnisse außerhalb Nordrhein-Westfalens sind aufgenommen, soweit sie für das Verständnis des Berichts erforderlich sind. Ergänzende Informationen finden Sie im Internet unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz.

Grundlagen und Zielsetzung des Verfassungsschutzes

Nach § 3 Abs. 1 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen (VSG NRW) hat der Verfassungsschutz die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen,

- ▶ die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder
- ▶ darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen, oder
- ▶ die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden oder
- ▶ die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder
- ▶ die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Die Verfassungsschutzbehörde sammelt hierzu die für sie relevanten Informationen und wertet sie aus, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für eine Bestrebung gegeben sind oder zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht solcher Bestrebungen und Tätigkeiten vorliegen. Weder eine konkrete Gefahr noch eine begangene Straftat sind notwendig, um ihr Tätigwerden zu legitimieren. Es ist nicht Voraussetzung für die Berichterstattung in den Jahresberichten, dass sich die Verdachtsmomente bis zur Einschätzung einer Bestrebung als „verfassungsfeindlich“

verdichtet haben. Der Verfassungsschutz arbeitet zum Schutz der Verfassung und des Gemeinwesens im Vorfeld konkreter Gefahren oder Straftaten. Er hat bei der Wahrnehmung seines gesetzlichen Auftrags im Wesentlichen Organisationen und Strukturen im Blick.

Kennzeichnung

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

Beispiel:

»Partei XY«

Bei einer „Bestrebung“ handelt es sich nach § 3 Abs. 3 VSG NRW um politisch bestimmte, ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, der gegen die in § 3 Abs. 1 genannten Schutzgüter gerichtet ist. Ein „Personenzusammenschluss“ setzt mehrere Personen voraus, die gemeinsam handeln. Einzelpersonen stehen nicht unter der Beobachtung des Verfassungsschutzes, es sei denn, ihr Verhalten ist auf die Anwendung von Gewalt gerichtet oder von ihnen geht eine erhebliche Gefahr für eines der Schutzgüter des Verfassungsschutzgesetzes aus.

Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung

Im Zentrum steht der Schutz der freiheitlichen demokratischen Grundordnung – also der nicht zur Disposition stehende Kern des Grundgesetzes (§ 3 Abs. 4 VSG NRW). Hierzu zählen:

- ▶ Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen;
- ▶ die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht;
- ▶ das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition;

- ▶ die Ablösbarkeit der Regierung und deren Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung;
- ▶ die Unabhängigkeit der Gerichte;
- ▶ der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft und
- ▶ die Achtung der im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

Auswärtige Belange der Bundesrepublik und Völkerverständigung

Daneben beobachtet der Verfassungsschutz Bestrebungen, „die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden“. Hier geht es beispielsweise um gewaltbereite extremistische Gruppen mit Auslandsbezug, die vom Gebiet der Bundesrepublik Deutschland aus Gewaltaktionen vorbereiten, um eine gewaltsame Änderung der politischen Verhältnisse im Ausland, insbesondere in ihren Heimatländern herbeizuführen und die dadurch die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu anderen Staaten beeinträchtigen (§ 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW).

Auch Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung, insbesondere gegen das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind, gehören zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes (§ 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW). Der Verfassungsschutz beobachtet international operierende Gruppierungen, die beispielsweise darauf abzielen, konfessionelle oder ethnische Gruppen im Ausland zu bekämpfen. In diesem Fall sind die Angriffe nicht auf die staatliche Ordnung oder die Grenzen eines einzelnen anderen Landes gerichtet, sondern gegen bestimmte (Volks)Gruppen in den betreffenden Staaten. Gegen den Gedanken der Völkerverständigung gerichtet sind damit auch Gruppierungen, die die – notfalls gewaltsame – Rückgewinnung der ehemaligen deutschen Ostgebiete propagieren.

Arbeitsweise des Verfassungsschutzes

Bei seiner Tätigkeit stützt sich der Verfassungsschutz in großem Umfang auf offenes Material wie Zeitungen, wissenschaftliche Veröffentlichungen, Radio- und Fernsehberichte, Interviews und Parteiprogramme. Sensible Informationen aus geschlossenen Zirkeln werden hingegen häufig mit nachrichtendienstlichen Mitteln gewonnen. Es werden nach Maßgabe konkreter gesetzlicher Vorgaben Vertrauenspersonen (V-Personen) eingesetzt und Zielpersonen observiert. In besonders gravierenden Einzelfällen erfolgt eine Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist zur Aufklärung konspirativ arbeitender verfassungsfeindlicher Organisationen notwendig. Die Beschaffung von Informationen durch den Verfassungsschutz unterliegt der Kontrolle des Parlamentarischen Kontrollgremiums des Landtags NRW und bei bestimmten, die Kommunikation oder die Finanzierung von Bestrebungen be-

treffenden Maßnahmen der Kontrolle durch eine unabhängige Kommission (G 10-Kommission). Typischerweise geben sich extremistische Organisationen in ihren Programmen und öffentlichen Auftritten gemäßigt, um ihre Akzeptanz und ihre Wahlchancen nicht zu beeinträchtigen. Klartext wird häufig nur in den inneren Zirkeln und unter Ausschluss der Öffentlichkeit geredet. Darüber muss der Verfassungsschutz verlässliche Informationen erlangen, wenn er sich ein realistisches Bild von den Zielen und den Methoden derartiger Organisationen verschaffen und seinen Auftrag zur Beratung der Politik und Aufklärung der Öffentlichkeit erfüllen will.

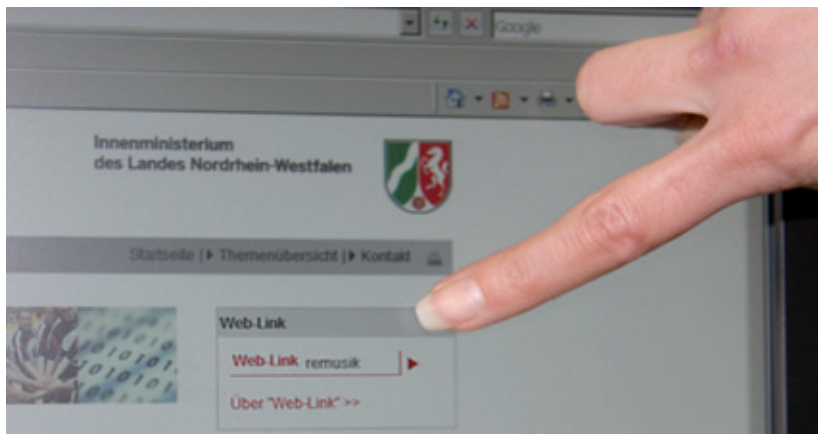
Mit „Weblinks“ zu weiteren Informationen

Nutzen Sie die „Web-Links“ in dieser Broschüre, um direkt zu ergänzenden Webseiten und Dokumenten im Internet zu gelangen. Sie finden die Codes im Text jeweils am Ende einiger Kapitel in folgender Darstellung:

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_xxxx

So geht es: Rufen Sie die Adresse www.mik.nrw.de/verfassungsschutz in Ihrem Browser auf und geben Sie die jeweilige Zahlen- und Buchstabenkombination des „Web-Links“ in das dafür



vorgesehene Feld ein.

Mit Klick auf den Pfeil erscheint die gewünschte Information auf dem Bildschirm.

Politisch motivierte Gewalt

- ▶ In allen Bereichen (Ausnahme Linksextremismus) ist im Vergleich zum Vorjahr eine deutliche Zunahme von Gewaltdelikten zu verzeichnen, die teilweise in Beziehung zu einzelnen Ereignissen stehen.

Rechtsextremismus

- ▶ An Veranstaltungen von HoGeSa, PEGIDA und ähnlichen Organisationen in Nordrhein-Westfalen nehmen Rechtsextremisten regelmäßig teil und üben einen unmittelbaren Einfluss aus.
- ▶ In der Partei Die Rechte versammeln und organisieren sich Neonazis und verwischen die Grenze zwischen parlamentsorientierten und aktionsorientierten Rechtsextremisten.

Linksextremismus

- ▶ Linksextremistische parlamentsorientierte Parteien verzeichnen durchweg sehr niedrige Ergebnisse bei den Kommunal- und Europawahlen. Der Wählerzuspruch für die DKP und die MLPD bleibt weiterhin gering.

Ausländerextremismus

- ▶ Im Zusammenhang mit den kriegesischen Auseinandersetzungen in Syrien und dem Nordirak lassen sich im Umfeld der nordrhein-westfälischen PKK-Anhängerschaft verstärkte Bemühungen zur Rekrutierung von Kräften für die dortigen Guerillaeinheiten beobachten.

Islamismus

- ▶ Salafismus ist weiterhin die am schnellsten wachsende extremistische Strömung in Deutschland.



- ▶ Die militärischen Erfolge des sogenannten Islamischen Staats im Nordirak und in Syrien haben zu einem verstärkten Zulauf bei Jihadisten auch in Nordrhein-Westfalen und zu einer dramatisch hohen Zahl von Ausreisen in die Krisenregion geführt.
- ▶ Die Sicherheitsbehörden in Deutschland sind durch die in der Folge zu erwartende hohe Zahl von Rückkehrern und durch terroristische Anschläge in westlichen Ländern alarmiert.
- ▶ Die Konflikte in der Krisenregion führen auch zu Eskalation und Gewaltausbruch zwischen religiösen und ethnischen Personengruppen in Nordrhein-Westfalen.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

- ▶ Die Zahl vom Verfassungsschutz erkannter proliferationsrelevanter Beschaffungsversuche in Nordrhein-Westfalen hat einen Höchstwert erreicht. Dies liegt auch an der verstärkten Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Multiplikatoren wie beispielsweise Kammern und Verbänden bei der Aufklärung.
- ▶ In mehr als 220 Veranstaltungen hat der Verfassungsschutz Unternehmen für die Gefahren durch Wirtschaftsspionage sensibilisiert.

Prävention und Aussteigerprogramme

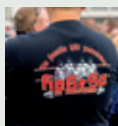
- ▶ Das Präventionsprogramm „Wegweiser“, mit dem junge Menschen zum Ausstieg vor dem Einstieg in den gewaltbereiten Salafismus bewegt werden sollen, ist im März erfolgreich in drei Modellkommunen gestartet.
- ▶ Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt mit einem separaten, reinen Aussteigerprogramm für den Bereich Islamismus eine Vorreiterrolle in Deutschland.
- ▶ Mit über hundert Aufklärungsveranstaltungen in allen Landesteilen sensibilisiert der Verfassungsschutz weiterhin auf konstant hohem Niveau für die Gefahren des Rechtsextremismus.
- ▶ Mit der gemeinsamen Fachtagung „Antimuslimischer Rassismus – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“ setzen der Verfassungsschutz NRW und der Koordinationsrat der Muslime ein weiteres Zeichen gegen islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus.



12. September
Verbot des IS durch das Bundesinnenministerium



26. Oktober
Ausschreitungen bei HoGeSa-Demonstration in Köln



22. November
Ausschreitungen bei Blockupy-Demonstration in Frankfurt am Main



07

08

09

10

11

12



28. September
IS beginnt Großangriff auf Kobane

13. November
Urteil im Terrorprozess gegen die „Düsseldorfer Zelle“

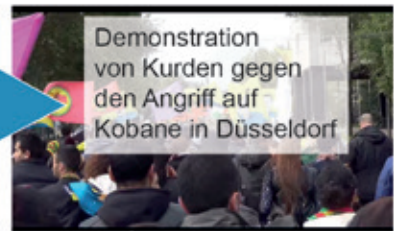


16. Dezember
Erste Sitzung Parlamentarischer Untersuchungsausschuss NSU

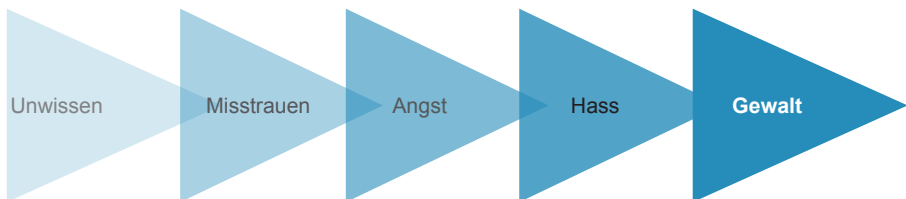
Extremismus in Zahlen

Externe Konfliktlagen und daraus resultierende Wechselwirkungen

Konfliktlagen in entfernten Krisenregionen haben mittelbar und unmittelbar Einfluss auf Deutschland. Hieraus entstehen unterschiedliche Wechselwirkungen zwischen einzelnen extremistischen Gruppierungen (z.B. Hooligans gegen Salafisten) sowie Extremisten und gesellschaftlichen Gruppen (z.B. Jesiden oder Kurden).

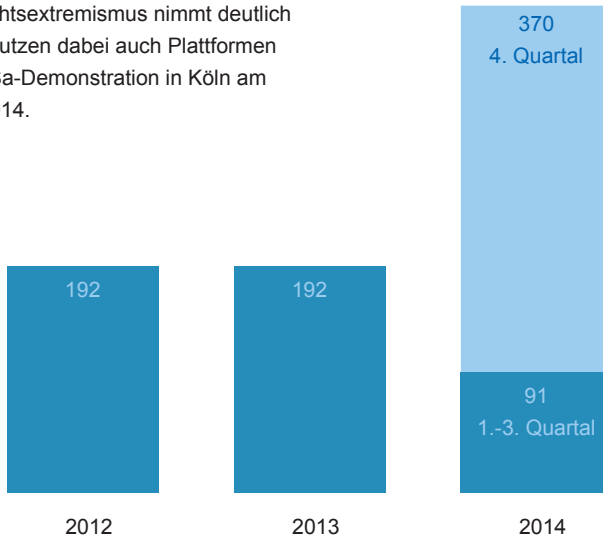


Information und Aufklärung der Bevölkerung in den Krisenregionen durchbrechen die Wirkungskette hin zur Gewalt.



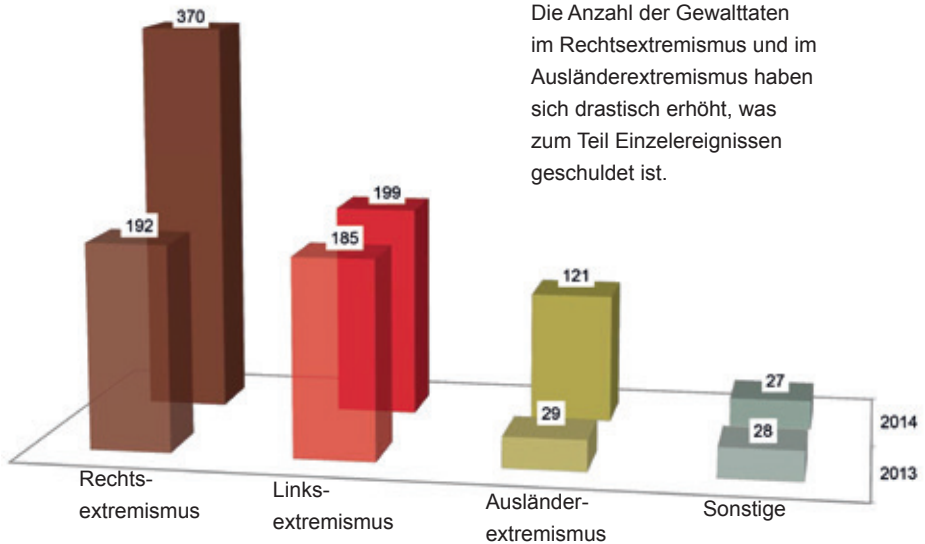
Gewalt im Rechtsextremismus

Gewalt im Rechtsextremismus nimmt deutlich zu. Die Täter nutzen dabei auch Plattformen wie die HoGeSa-Demonstration in Köln am 26. Oktober 2014.



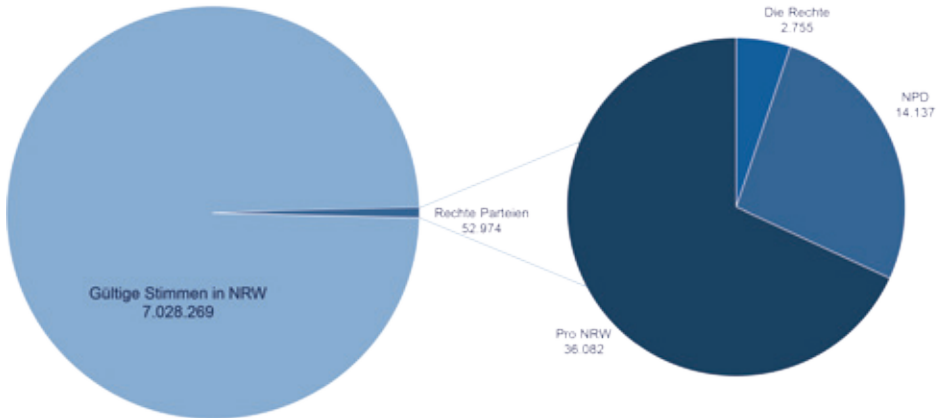
Politisch motivierte Gewalt

Die Anzahl der Gewalttaten im Rechtsextremismus und im Ausländerextremismus haben sich drastisch erhöht, was zum Teil Einzelereignissen geschuldet ist.



Parlamentsorientierter Rechtsextremismus

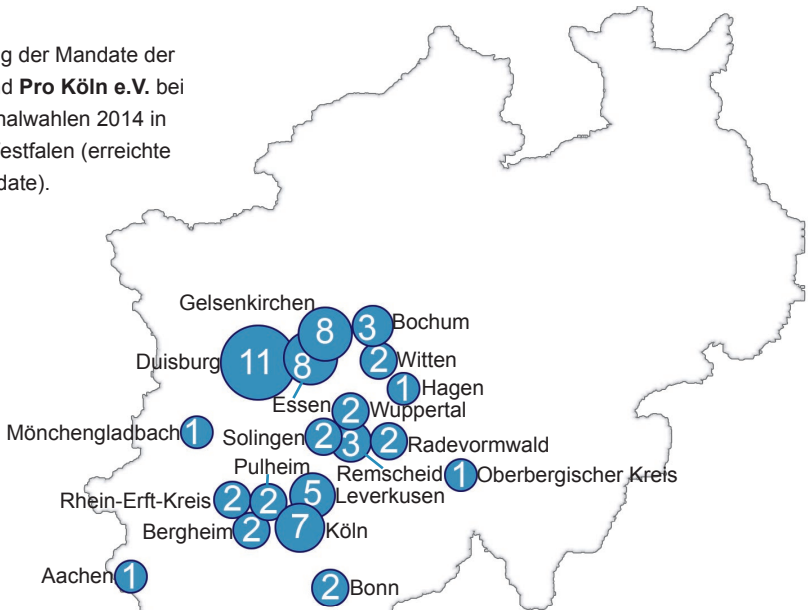
Bei den Kommunalwahlen 2014 haben rechtsextremistische Parteien rund 0,7% der gültigen Stimmen erhalten.



Die Verteilung der Mandate der Partei **Die Rechte** bei den Kommunalwahlen 2014 in Nordrhein-Westfalen (erreichte Gesamtmandate).



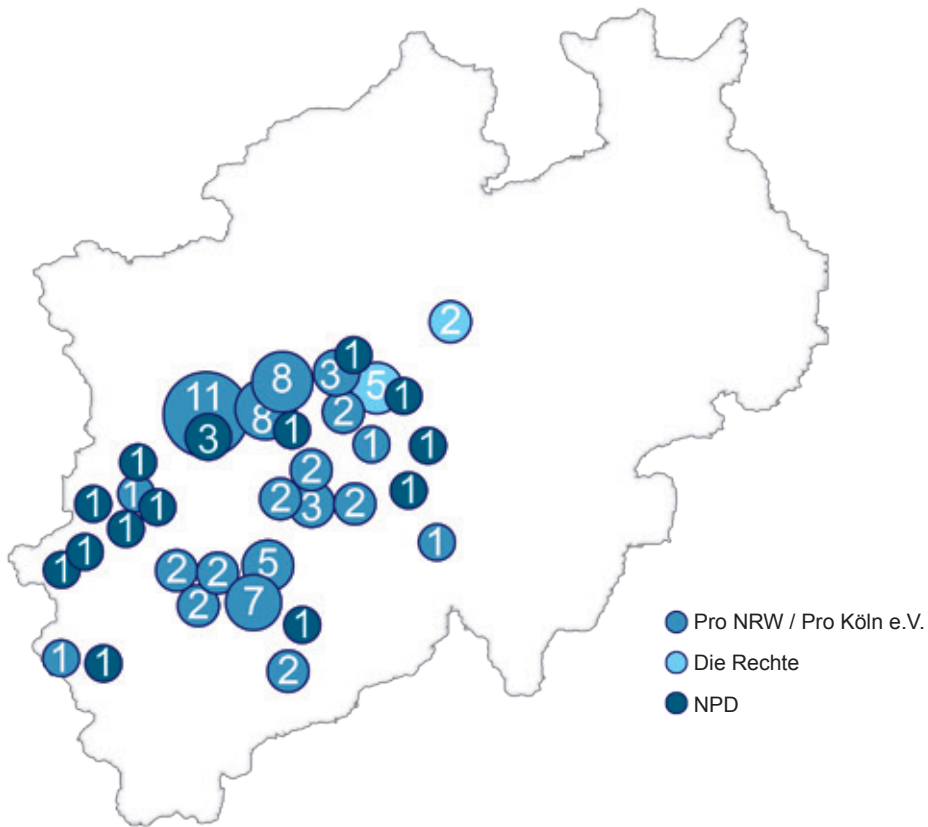
Die Verteilung der Mandate der **Pro NRW** und **Pro Köln e.V.** bei den Kommunalwahlen 2014 in Nordrhein-Westfalen (erreichte Gesamtmandate).



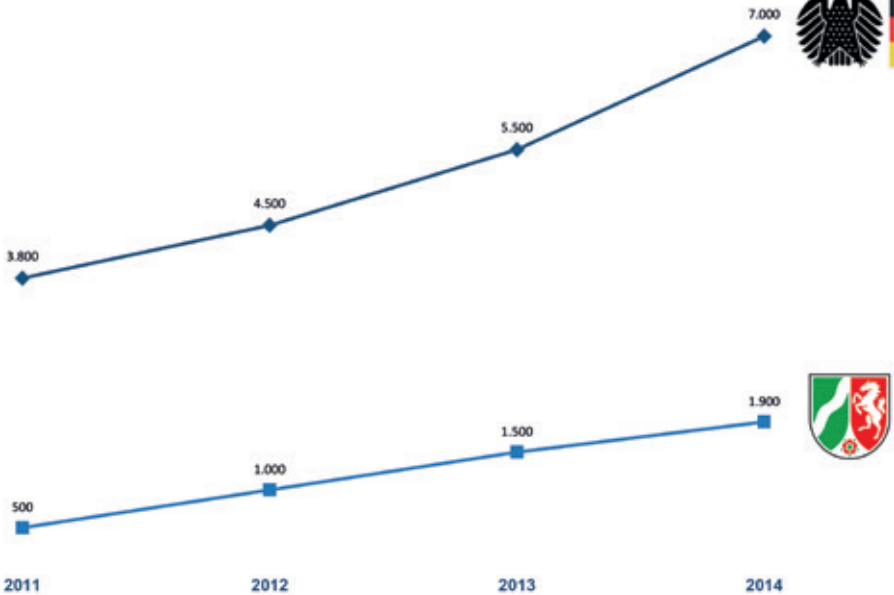
Die Verteilung der Mandate der **NPD** bei den Kommunalwahlen 2014 in Nordrhein-Westfalen (erreichte Gesamtmandate).



Die Verteilung der Mandate bei den Kommunalwahlen 2014 in Nordrhein-Westfalen (erreichte Gesamtmandate) im **Gesamtüberblick.**

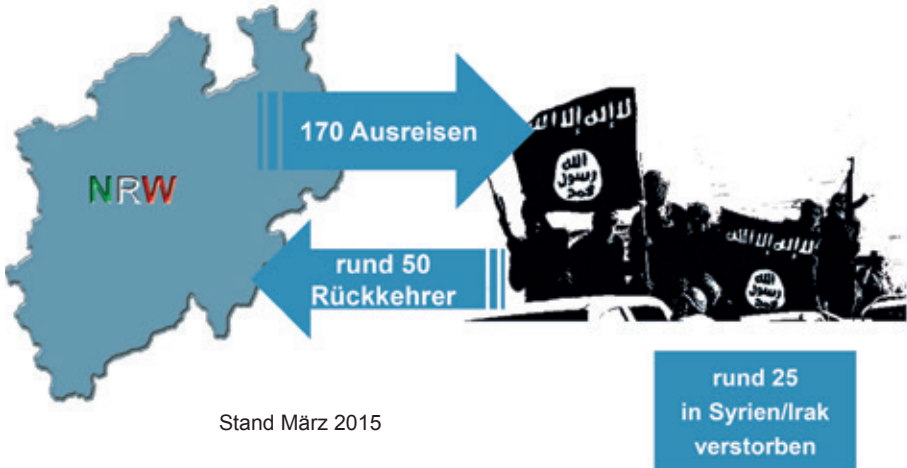


Zahl der Salafisten



Ausreisen in den Jihad

Die Zahl der Salafisten, die aus Deutschland beziehungsweise Nordrhein-Westfalen nach Syrien und in den Irak ausreisen, nimmt stetig zu.



Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität (PMK)

Betrachtung der Gesamtentwicklung

In Nordrhein-Westfalen wurden im Jahr 2014 insgesamt 5.883 Delikte der Politisch motivierten Kriminalität bekannt (2013: 4.670). Das entspricht einem Anstieg von 26% im Vergleich zum Vorjahr.

Im Zehnjahresvergleich ist damit eine weitere Steigerung erreicht, nachdem sich die Fallzahlen in den letzten vier Jahren auf einem annähernd gleichbleibenden Niveau bewegt hatten.

Der Anstieg erstreckt sich über alle Deliktgruppen. Am deutlichsten zeigt er sich im Bereich der Sachbeschädigungs- sowie Körperverletzungsdelikte. Lediglich im Bereich der 2.098 Propagandadelikte ist ein Rückgang von 69 Straftaten zu verzeichnen (2013: 2.167).

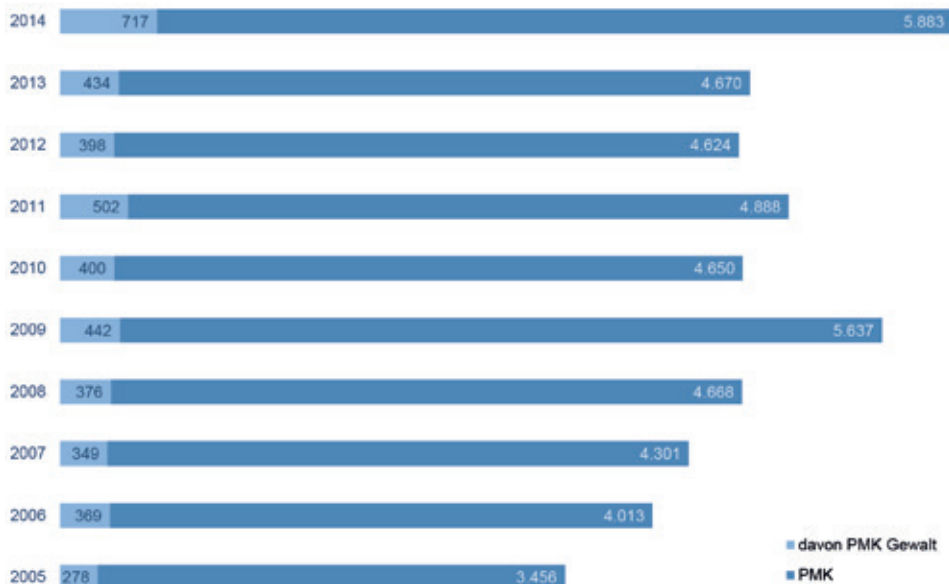
Die Aufklärungsquote im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität für das Jahr 2014 liegt bei 39,7% (2013: 42,3%). Dies bedeutet einen Rückgang um 2,6% im Vergleich zum Vorjahr. Insgesamt konnten 2.338 Straftaten geklärt werden (2013: 1.977), 361 mehr als im Vorjahr.

2014 wurden 3.008 (2013: 2.735) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 2.593 bzw. 86,2% männlich (2013: 85,0%) und 415 bzw. 13,8% (2013: 15,0%) weiblich.

Gewaltdelikte der Politisch motivierten Kriminalität (PMK-Gewalt)

Die Zahl der bekannt gewordenen Gewaltdelikte mit politischer Motivation ist im Vergleich zum Vorjahr gestiegen. Insgesamt wurden in Nordrhein-Westfalen 717 Gewaltdelikte bekannt, das bedeutet einen Anstieg um 65,2% (2013: 434).

In der Detailbetrachtung zeigt sich, dass der Anstieg zum Teil auf die Körperverletzungsdelikte zurückzuführen ist, die im Bereich der PMK-Rechts im Zusammenhang mit der Veranstaltung „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober 2014 in Köln verübt wurden. Darüber hinaus



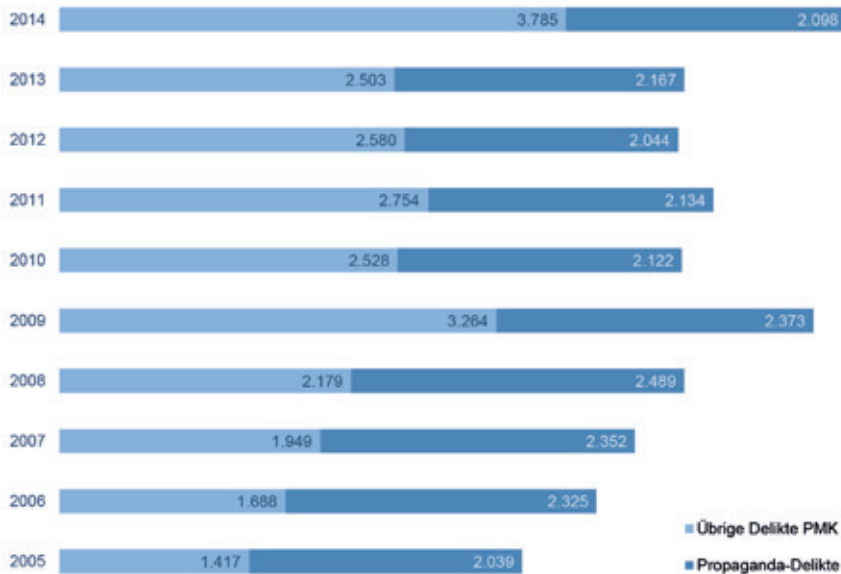
PMK und PMK Gewalt im 10-Jahresvergleich

fürten der Nahostkonflikt und die Auseinandersetzungen in Syrien und im Irak zu vermehrten Körperverletzungen im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität (PMK-Ausländer), insbesondere im Zusammenhang mit Versammlungen.

Die Aufklärungsquote liegt mit 54,4% niedriger als im Vorjahr (2013: 66,6%). Insgesamt konnten jedoch 390 Gewaltdelikte im Bereich der Politisch motivierten Kriminalität aufgeklärt werden.

Propagandadelikte

Einen hohen Anteil der Politisch motivierten Kriminalität macht jährlich wiederkehrend die Gruppe der Propagandadelikte, also Delikte der §§ 86 und 86a StGB, aus. Im Jahr 2014 betrug deren Anteil mit 2.098 Fällen 35,7% an der PMK Gesamt und damit 10,7 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr (2013: 2.167 Fälle, 46,4%). Mit 33,7% liegt die Aufklärungsquote der Propagandadelikte unter dem Wert des Vorjahres (2013: 36,0%).



PMK im 10-Jahresvergleich – Gegenüberstellung Propagandadelikte und übrige Delikte PMK

Auswirkungen der Kommunalwahlen auf die Entwicklung der Politisch motivierten Kriminalität

Regelmäßig werden politisch motivierte Straftaten im Begründungszusammenhang mit Wahlen begangen. Dabei sind in Nordrhein-Westfalen insbesondere Kommunalwahlen Agitationsgrundlage. So wurden im Jahr 2014 in diesem Begründungszusammenhang 590 Straftaten gemeldet, was einen Anteil von 10,0% an den Gesamtfallzahlen der Politisch motivierten Kriminalität bedeutet. Vornehmlich kam es zu Sachbeschädigungen an Wahlplakaten, zum Teil durch Inbrandsetzungen, aber auch zu körperlichen Auseinandersetzungen, zum Beispiel an Infoständen oder bei anderen Wahlkampfveranstaltungen. Bei 45 der genannten Straftaten handelte es sich um Gewaltdelikte.

Von den 590 Straftaten im Zusammenhang mit den Kommunalwahlen 2014 wurden 163 Delikte (27,6%) aufgeklärt. Von den 45 gemeldeten Gewaltdelikten in diesem Zusammenhang konnten 31 aufgeklärt werden, was einer Aufklärungsquote von 68,9% entspricht.

Extremistische Straftaten

Von den 5.883 im Jahr 2014 bekannt gewordenen Delikten der PMK sind 5.534 (94,1%) als extremistische Straftaten im Sinne des § 3 des Gesetzes über den Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen eingestuft, weil sie sich beispielsweise gegen die freiheitlich demokratische Grundordnung richteten.

Nach Phänomenbereichen unterschieden entfallen von den extremistischen Straftaten

- ▶ 3.276 (2013: 3.048) auf die PMK-Rechts,
- ▶ 1.178 (2013: 744) auf die PMK-Links,
- ▶ 641 (2013: 147) auf die PMK-Ausländer und
- ▶ 439 (2013: 258) auf die PMK-Sonstige.

Insgesamt ist die Anzahl der als extremistisch einzustufenden Straftaten gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 1.337 Delikte (31,9%) gestiegen.

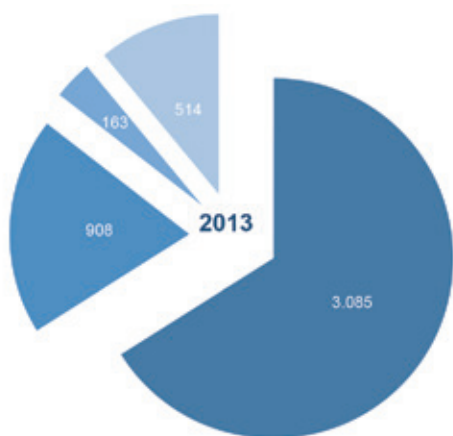
Entwicklung der Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität

Eine Betrachtung der einzelnen Phänomenbereiche der Politisch motivierten Kriminalität zeigt Anstiege in allen Bereichen.

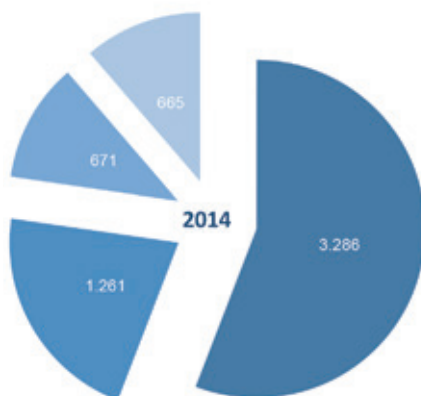
Erfasst wurden

- | | | | |
|---------|------------------------------|---------------|--------|
| ▶ 3.286 | Straftaten der PMK-Rechts | (2013: 3.085) | (+201) |
| ▶ 1.261 | Straftaten der PMK-Links | (2013: 908) | (+353) |
| ▶ 671 | Straftaten der PMK-Ausländer | (2013: 163) | (+508) |
| ▶ 665 | Straftaten der PMK-Sonstige | (2013: 514) | (+151) |

Straftaten der PMK-Sonstige (Straftaten, die keinem bestimmten Phänomen zuzuordnen sind) werden beispielsweise im Zusammenhang mit der Energieversorgung oder dem Tierrecht verübt.



- PMK-Rechts
- PMK-Links
- PMK-Ausländer
- PMK-Sonstige



PMK im Jahresvergleich 2013 und 2014 nach Phänomenbereichen

	PMK- Rechts	PMK- Links	PMK- Ausländer	PMK- Sonstige
Tötungsdelikte	0 (0)	1 (0)	1 (0)	0 (0)
Brand- und Sprengstoffdelikte	7 (3)	8 (5)	2 (1)	1 (4)
Landfriedensbruchdelikte	8 (2)	18 (21)	15 (0)	0 (0)
Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr	0 (0)	15 (4)	1 (0)	0 (6)
Körperverletzungsdelikte	332 (164)	104 (116)	83 (25)	25 (17)
Widerstandshandlungen	17 (19)	47 (34)	15 (1)	0 (1)
Raub, Erpressung, Freiheitsberaubung	5 (4)	6 (5)	4 (2)	1 (0)
Sexualdelikte	1 (0)	0 (0)	0 (0)	0 (0)
Zwischensumme	370 (192)	199 (185)	121 (29)	27 (28)
Bedrohungen, Nötigungen	33 (41)	38 (16)	32 (12)	11 (9)
Sachbeschädigungen	192 (156)	482 (320)	71 (26)	269 (189)
Propagandadelikte	1.896 (1.989)	20 (20)	21 (6)	161 (152)
Volksverhetzungen	388 (451)	2 (1)	72 (7)	15 (5)
Störungen des öffentlichen Friedens	3 (1)	0 (2)	8 (3)	4 (1)
Beleidigungen	293 (206)	119 (76)	51 (17)	71 (48)
Verstöße gegen das Vereinsgesetz	0 (0)	0 (0)	151 (30)	0 (0)
Verstöße gegen das Versammlungsgesetz	67 (15)	278 (170)	55 (2)	11 (11)
Sonstige Straftaten	44 (34)	123 (118)	89 (31)	96 (71)
Gesamt	3.286 (3.085)	1.261 (908)	671 (163)	665 (514)

PMK nach Deliktgruppen und Phänomenbereichen im Jahresvergleich 2014 und 2013 (2013 als Klammerwerte)

Politisch motivierte Kriminalität-Rechts (PMK-Rechts)

Die bekannt gewordenen Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Rechts erhöhten sich gegenüber dem Vorjahr um 6,5% von 3.085 auf 3.286 Straftaten.

1.304 Straftaten der PMK-Rechts wurden aufgeklärt (2013: 1.354). Die Aufklärungsquote liegt mit 39,7% niedriger als im Vorjahr (2013: 43,9%).

Insgesamt wurden 1.466 (2013: 1.652) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 1.311 Personen bzw. 89,4% männlich (2013: 88,7%) und 155 bzw. 10,6% weiblich (2013: 11,3%). 564 (38,5%) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt (2013: 42,3%). 913 (62,3%) der Tatverdächtigen waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2013: 57,9%).

Vorherrschende Themenfelder der PMK-Rechts waren „Nationalsozialismus/Sozialdarwinismus“ (2.108 Straftaten, 2013: 2.243 Straftaten), „Hasskriminalität“ (1.020 Straftaten, 2013: 1.018 Straftaten), „Konfrontation/politische Einstellung“ (502 Straftaten, 2013: 194 Straftaten) sowie „Innen- und Sicherheitspolitik“ (501 Straftaten, 2013: 271 Straftaten).

Der Anstieg der Straftaten in den Themenfeldern „Konfrontation/politische Einstellung“ sowie „Innen- und Sicherheitspolitik“ im Vergleich zum Vorjahr ist auf Veranstaltungen der „Hooligans gegen Salafisten“ zurückzuführen, in deren Zusammenhang eine Vielzahl von politisch motivierten Straftaten begangen worden sind, die überwiegend diesen beiden Themenfeldern zugeordnet wurden.

Hinweis zu Themenfeldern

Die Melderichtlinien des „Kriminalpolizeilichen Meldedienstes in Fällen Politisch motivierter Kriminalität“ sehen Mehrfachnennungen bei den Oberthemen vor, so dass eine Straftat mehreren Oberthemen zugeordnet werden kann.

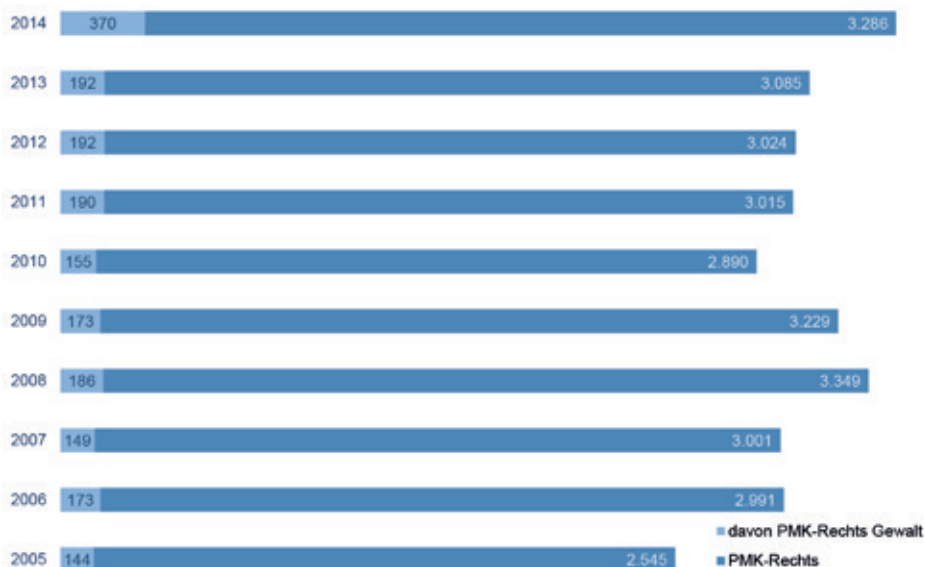
Propagandadelikte und Volksverhetzungen machten mit 69,5% (2.284 Straftaten von 3.286 Straftaten) den überwiegenden Anteil der Straftaten der PMK-Rechts aus.

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Rechts

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch rechtsmotivierte Straftäter ist mit 370 Straftaten gegenüber dem Vorjahr um 178 Straftaten (92,7%) gestiegen und hat im 10-Jahresvergleich den höchsten Stand erreicht. Bei der überwiegenden Anzahl der Gewaltdelikte handelte es sich um Körperverletzungen (332 Straftaten).

Gewaltdelikte durch rechtsmotivierter Straftäter wurden mehrheitlich im öffentlichen Raum verübt. Sie standen mit 195 von 370 Straftaten vermehrt im Begründungszusammenhang mit demonstrativen Ereignissen. In den vergangenen Jahren war dies nicht der Fall, 2013 waren 16 von 192 Straftaten im Kontext mit Versammlungen zu sehen. Diese veränderte Erscheinungsform ist auf die Ereignisse bei der Veranstaltung „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober 2014 in Köln zurückzuführen. In diesem Zusammenhang wurden 174 Gewaltdelikte verübt, die bis auf eine Ausnahme der PMK-Rechts zugeordnet wurden. Diese Straftaten richteten sich auch gegen die eingesetzten Polizeikräfte. Insgesamt richteten sich 193 Gewaltdelikte rechtsmotivierter Straftäter gegen Polizeibeamtinnen bzw. -beamte.

Die Aufklärungsquote der Gewaltdelikte im Bereich der PMK-Rechts liegt bei 48,6% (2013: 79,2%), dies entspricht 180 geklärten Taten. Der Rückgang der Aufklärungsquote ist ebenfalls auf die Veranstaltung „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober 2014 in Köln zurückzuführen.



PMK-Rechts und PMK-Rechts Gewalt im 10-Jahresvergleich von 2005 bis 2014

Hasskriminalität durch „Rechte“

Die Anzahl der Straftaten, die unter die „Hasskriminalität“ im Phänomenbereich PMK-Rechts fallen, blieb im Vergleich zum Vorjahr annähernd konstant. Insgesamt wurden hier 1.020 Straftaten registriert (2013: 1.018 Straftaten), dabei handelte es sich in 59,7% um Volksverhetzungen (372 Straftaten) und Beleidigungen (237 Straftaten). Einen großen Anteil hatten auch Propagandadelikte (169 Straftaten) und Gewaltdelikte (113).

Dem Unterthema „Fremdenfeindlichkeit“ wurden weniger Delikte als im Vorjahreszeitraum zugeordnet (805 Straftaten, 2013: 815 Straftaten). Die Anzahl der fremdenfeindlich motivierten Gewaltdelikte ist gesunken (106 Straftaten, 2013: 115 Straftaten).



Hinweis zu Hasskriminalität

Der Hasskriminalität werden Straftaten zugeordnet, wenn in Würdigung der Umstände der Tat und/oder der Einstellung des Täters Anhaltspunkte dafür vorliegen, dass sie gegen eine Person wegen ihrer Nationalität, Volkszugehörigkeit, Rasse, Hautfarbe, Religion, Herkunft oder aufgrund ihres äußerlichen Erscheinungsbildes, ihrer Behinderung, ihrer sexuellen Orientierung oder ihres gesellschaftlichen Status gerichtet sind.

Antisemitische Straftaten

Die Anzahl der antisemitischen Straftaten hat um 48,1% von 237 auf 351 zugenommen. Ursächlich für den Anstieg sind insbesondere die gestiegenen Fallzahlen im Bereich der Politisch motivierten Ausländerkriminalität (von 7 auf 98 Delikte).

Bei den Deliktgruppen machten Volksverhetzungen (182 Straftaten), Propagandadelikte (56 Straftaten) und Sachbeschädigungen (48 Straftaten) mit 81,5% den überwiegenden Anteil der Fallzahlen aus.

Von den 351 antisemitischen Straftaten entfallen

- ▶ 226 Delikte auf die PMK-Rechts (2013: 221)
- ▶ 98 Delikte auf die PMK-Ausländer (2013: 7)
- ▶ 5 Delikte auf die PMK-Links (2013: 0)
- ▶ 22 Delikte auf die PMK-Sonstige (2013: 9).

Der Anstieg der antisemitischen Straftaten im Bereich der PMK-Ausländer begründet sich wesentlich mit den Geschehnissen im Nahostkonflikt und den daraus resultierenden demonstrativen Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen. Die antisemitischen Straftaten in diesem Zusammenhang wurden mehrheitlich dem Themenfeld „Hasskriminalität“ zugeordnet.

Die Anzahl der antisemitischen Gewaltdelikte ist gestiegen (19 Straftaten, 2013: 13 Straftaten). Neun der antisemitischen Gewaltdelikte (fünf Körperverletzungen, zwei Branddelikte und zwei Widerstandshandlungen) sind dem Täterkreis der PMK-Ausländer zuzuordnen.

Politisch motivierte Kriminalität-Links (PMK-Links)

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich der PMK-Links ist mit 1.261 Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 38,9% gestiegen (2013: 908).

Die Aufklärungsquote liegt mit 32,4% niedriger als im Vorjahr (2013: 36,1%). Es wurden 408 Straftaten der PMK-Links aufgeklärt.

Insgesamt wurden 677 (2013: 619) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 530 bzw. 78,3% (2013: 76,9%) männlich und 147 bzw. 21,7% (2013: 23,1%) weiblich. 340 Personen bzw. 50,2% waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt (2013: 57,1%). 280 bzw. 41,4% der Tatverdächtigen waren bereits zuvor polizeilich in Erscheinung getreten (2013: 47,8%).

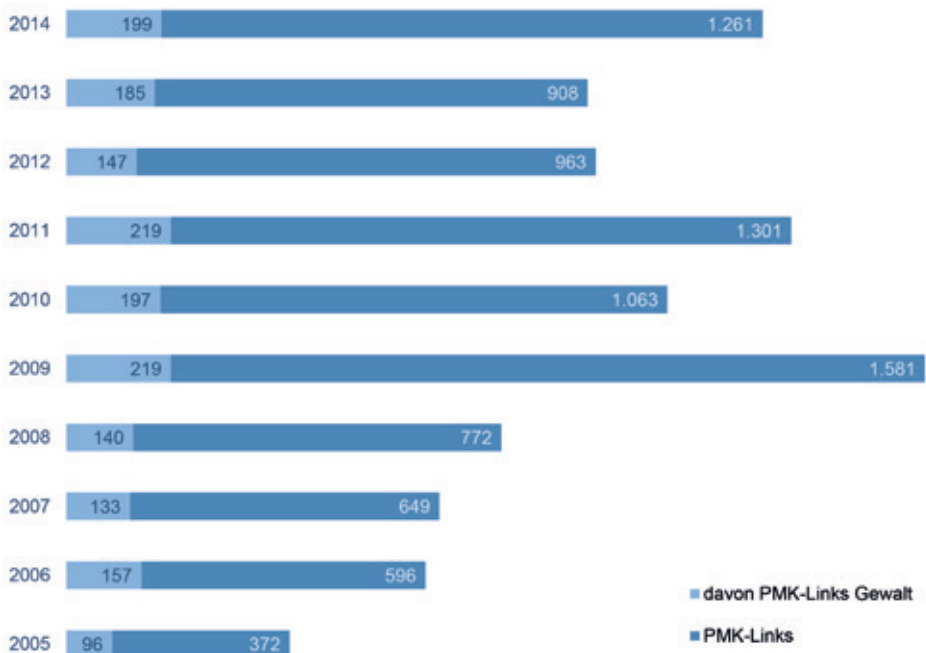
Hauptsächliche Themenfelder der PMK-Links im Jahr 2014 waren „Konfrontation mit dem politischen Gegner“ (862 Straftaten, 2013: 508 Straftaten), „Antifaschismus“ (730 Straftaten, 2013: 470 Straftaten) sowie „Innen- und Sicherheitspolitik“ (631 Straftaten, 2013: 367 Straftaten). 219 Straftaten standen in Zusammenhang mit den Kommunalwahlen. Das entspricht einem Anteil von 17,4% am Gesamtaufkommen der Straftaten PMK-Links.

Der Anteil von Straftaten in Zusammenhang mit versammlungsrechtlichen Ereignissen am Gesamtaufkommen der PMK-Links lag mit 40,7% (513 von 1261 Straftaten) unter dem Niveau des Vorjahres (2013: 44,3%).

Bei mehr als der Hälfte der Straftaten der PMK-Links (760 von 1.261 Straftaten) handelte es sich um Sachbeschädigungen (482 Straftaten, 2013: 320 Straftaten) und Verstöße gegen das Versammlungsgesetz (278 Straftaten, 2013: 170 Straftaten).

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Links

Die Anzahl der Gewaltdelikte durch linksmotivierte Straftäter ist im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 7,6% gestiegen (199 Straftaten, 2013: 185 Straftaten). Sie liegt unter den Höchstwerten von 2009 und 2011 (jeweils 219 Straftaten).



PMK-Links und PMK-Links Gewalt im 10-Jahresvergleich von 2005 bis 2014

Bei demonstrativen Ereignissen wurden 69,3% der Gewaltdelikte PMK-Links (138 von 199 Straftaten) verübt (2013: 70,8%). 125 der Gewaltdelikte standen im Zusammenhang mit dem Kampf gegen den rechten Gegner. Dies macht einen Anteil von 62,8% aller Gewaltdelikte PMK-Links aus.

Gegen Polizeikräfte richteten sich 94 Gewaltdelikte (2013: 75 Straftaten). 87 dieser gegen Polizeikräfte gerichteten Straftaten standen in Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen (2013: 65 Straftaten). Polizeikräfte gelten nicht nur als Repräsentanten des „reaktionären und repressiven“ Staates, sondern der Auftrag der Polizei, das Grundrecht auf Versammlungsfreiheit zu schützen und die Durchführung der Demonstration zu gewährleisten, wird ideologisch umgedeutet und als Schutz der „Rechten“ interpretiert. Die Anwendung von Gewalt gegen Polizeikräfte wird von der linken Szene so als legitimes Mittel im „Kampf gegen Rechts, gegen den politischen Gegner“ gerechtfertigt.

Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten im Phänomenbereich der PMK-Links beträgt mit 119 aufgeklärten Straftaten 59,8% (2013: 60,5%).

Politisch motivierte Ausländerkriminalität (PMK-Ausländer)

Die Anzahl der Straftaten im Phänomenbereich PMK-Ausländer ist im Vergleich zum Vorjahr um 311,7% gestiegen (671 Straftaten, 2013: 163 Straftaten).

Die Aufklärungsquote liegt mit 53,8% höher als im Vorjahr (2013: 49,1%). Es wurden 361 Straftaten der PMK-Ausländer aufgeklärt (2013: 80 Straftaten).

Insgesamt wurden 491 (2013: 159) Tatverdächtige ermittelt. Davon waren 444 Personen bzw. 90,4% (2013: 74,8%) männlich und 47 bzw. 9,6% (2013: 25,2%) weiblich. 264 (53,8%) waren zur Tatzeit zwischen 14 und 24 Jahre alt (2013: 54,7%). 248 (50,5%) waren bereits zuvor kriminalpolizeilich in Erscheinung getreten (2013: 62,9%).

Hauptsächliche Themenfelder waren „Innen- und Sicherheitspolitik“ (314 Straftaten, 2013: 60 Straftaten), „Krisenherde/Bürgerkriege“ (295 Straftaten 2013: 10 Straftaten) und „Befreiungsbewegungen/Internationale Solidarität“ (283 Straftaten, 2013: 62 Straftaten). Weiterhin trat das Themenfeld „Hasskriminalität“ in den Fokus (143 Straftaten, 2013: 24 Straftaten).

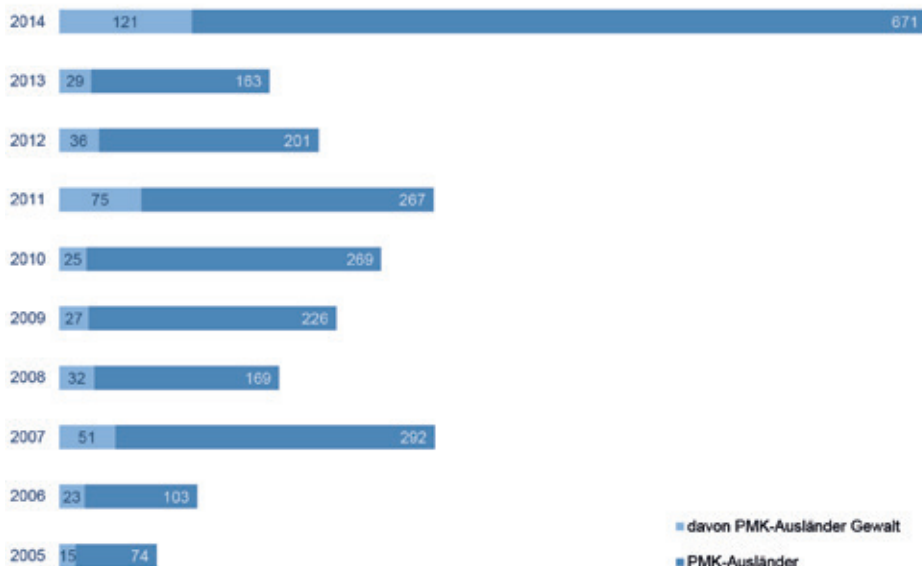
Phänomenologisch handelte es sich bei den Straftaten der PMK-Ausländer mehrheitlich um Verstöße gegen das Vereinsgesetz (151 Straftaten), Körperverletzungen (83 Straftaten), Volksverhetzungen (72 Straftaten) und Sachbeschädigungen (71 Straftaten). Bei den Verstößen gegen das Vereinsverbot handelte es sich überwiegend (104 Straftaten) um das Zeigen verbotener Symbole der mit einem Betätigungsverbot belegten PKK.

Es wurden 349 Straftaten im Zusammenhang mit demonstrativen Ereignissen begangen. Während in der ersten Jahreshälfte lediglich bei zwei kurdischen Großveranstaltungen eine größere Zahl von Straftaten (insgesamt 69) registriert wurden, waren in der zweiten Jahreshälfte der Konflikt im Gazastreifen sowie die Gräueltaten des Islamischen Staates (IS) gegen Jesiden im Nordirak und in Syrien Grundlage für eine Vielzahl von Demonstrationen, im Wege derer Straftaten begangen wurden.

Gewaltkriminalität im Phänomenbereich PMK-Ausländer

Die Anzahl der Gewaltdelikte der PMK-Ausländer hat sich im Vergleich zum Vorjahr um 317,2% erhöht (121 Straftaten, 2013: 29 Straftaten)

Mit 73,6% (89 von 121) standen fast drei Viertel der Gewaltdelikte im Zusammenhang mit öffentlichen Versammlungen (2013: 30,0%). Dabei wurden auch vermehrt Polizeikräfte Angriffsziel;



PMK-Ausländer und PMK-Ausländer Gewalt im 10-Jahresvergleich von 2005 bis 2014

von den 65 Fällen in denen Polizeibeamtinnen bzw. -beamte Opfer von Gewalttaten wurden, handelte es sich in 62 Fällen um Straftaten im Zusammenhang mit Demonstrationen.

Auch bei versamlungsunabhängigen Gewaltdelikten waren mehrheitlich der Nahostkonflikt sowie die Auseinandersetzungen im Irak und Syrien initiiierend.

Die Aufklärungsquote bei den Gewaltdelikten der PMK-Ausländer liegt mit 71 geklärten Straftaten bei 58,7% (2013: 37,9%).

Gefährdung durch den islamistischen Terrorismus

Die Zahl der 2014 registrierten Straftaten im Phänomenbereich „Islamismus/Islamistischer Terrorismus“ liegt mit 126 (+ 260%) höher als im Vorjahr (2013: 35 Straftaten).

Einen wesentlichen Erklärungsansatz für die Steigerung der Straftaten in diesem Phänomenbereich stellt die gestiegene Anzahl von Ermittlungsverfahren nach § 89a StGB (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat), § 89b StGB (Aufnahme von Beziehungen zur Begehung einer staatsgefährdenden Gewalttat) sowie nach § 129 a StGB (Bildung terroristi-

scher Vereinigungen) und § 129 b StGB (Kriminelle und terroristische Vereinigung im Ausland) in Zusammenhang mit Ausreisearchverhalten dar.

Im Berichtszeitraum sind der Gewaltkriminalität im Phänomenbereich „Islamismus/Islamistischer Terrorismus“ insgesamt elf Delikte zuzuordnen. Hierbei handelt es sich um sieben Körperverletzungen, zwei Widerstandshandlungen gegen Polizeivollzugsbeamte, einen Raub und einen Landfriedensbruch.

Unabhängig von den eher niedrigen Fallzahlen stellt der islamistische Terrorismus weiterhin eine anhaltende Bedrohung dar. Deutsche Interessen im In- und Ausland sind erklärtes und tatsächliches Ziel jihadistisch motivierter Gewalt. Für diese besteht auch weiterhin eine hohe abstrakte Gefährdung, die sich jederzeit in Form von sicherheitsrelevanten Ereignissen bis hin zu Anschlägen konkretisieren kann. Die derzeit größte Gefahr islamistischer Anschläge und Gewalttaten geht weiterhin von Einzeltätern und autonom agierenden Gruppen aus. Dies gilt insbesondere dann, wenn diese sich in einem terroristischen Ausbildungslager aufgehalten haben oder aktiv an entsprechenden Kampfhandlungen beteiligt waren. Die Anzahl der in „Jihadgebiete“ (zum Beispiel Irak, Syrien und Somalia) ausgereisten Personen stieg in 2014 deutlich an.

Im Berichtszeitraum wurden zunehmend Aufrufe von ausgereisten Protagonisten aus Nordrhein-Westfalen, aber auch aus dem gesamten Bundesgebiet, im Internet und in Sozialen Medien festgestellt, die versuchten, Personen aus Nordrhein-Westfalen ebenfalls zur Ausreise in Krisengebiete und zur Teilnahme am bewaffneten Kampf zu veranlassen.

Die Reisebewegungen von Teilen des jihadistischen Spektrums zu terroristischen Ausbildungszwecken bzw. zur Teilnahme an Kampfhandlungen haben neben der Rückkehr terroristisch ausgebildeter Personen wesentlichen Einfluss für die Bewertung der Sicherheitslage in Nordrhein-Westfalen.

Mitgliederpotenziale in Nordrhein-Westfalen

Die Angaben zu den Parteien und Organisationen umfassen grundsätzlich alle Mitglieder. Die Angaben sind gerundet und zum Teil geschätzt.

Rechtsextremismus	2013	2014
NPD	650	600
pro Köln e.V./pro NRW	1.000	950
Die Rechte	250	280
Der III. Weg	-	20
Neonazistische Kameradschaften einschl. regionale Szenen	650	650
Militante Rechtsextremisten einschl. Skinheads	1.350	1.350
Sonstige	150	150
abzüglich Doppelmitgliedschaften*	-430	-530
Gesamt	3.620	3.470

Linkssextremismus	2013	2014
Gewaltorientierte Linksextremisten einschl. Autonome	780	780
DKP	1.200	800
MLPD	650	650
Gesamt	2.630	2.230

Ausländerextremismus	2013	2014
ADÜTDF	2.000	2.000
DHKP-C	200	200
KONGRA-GEL bzw. PKK	2.200	2.200
LTTE	300	300
Gesamt	4.700	4.700

Islamismus	2013	2014
Salafistische Bestrebungen	1.500	1.900
HAMAS	70	65
Hizb Allah	350	100
Hizb ut-Tahrir	70	35
Kalifatsstaat	350	220
Muslimbruderschaft**	320	65
Milli Görüş-Bewegung (extremistischer Teil)**	8.000	250
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung	-	70
Türkische Hizbullah	60	100
Gesamt	10.790	2.805

* Einzelne Personen können gleichzeitig zwei Organisationen oder Gruppierungen zugerechnet werden. Die Mitglieder der Partei **Die Rechte** werden weiterhin als Neonazis gezählt.

** Rückgang durch Neubewertung der Bewegung oder von Teilen der Bewegung.

Rechtsextremismus

NPD	40
Bürgerbewegung Pro NRW und Pro Köln e.V.	48
Die Rechte	54
Der III. Weg	66
Neonazis	68
Subkulturell geprägte Rechtsextremisten	72
Rechtsextremismus im Internet	78

Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen konnten die rechtsextremistischen Parteien bis auf die **NPD** geringfügig hinzugewinnen. Thematisch konzentrieren sich alle rechtsextremistischen Parteien auf die Diffamierung von Muslimen, Asylbewerbern sowie Sinti und Roma. Rechtsextremisten beteiligten sich an den HoGeSa und PEGIDA-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen und steuern diese sogar zum Teil.

Die anhaltende Führungskrise der **NPD** und der damit verbundene Richtungsstreit lähmten die Partei weitgehend. Zudem verunsicherte das schwebende Parteiverbotsverfahren Teile der Partei. Im Berichtsjahr verzeichnete die **NPD** eine weitere Stagnation bei der Mitgliederentwicklung. Bei den aktiven Kreisverbänden ist die Zahl weiter rückläufig. Während die **NPD** vor rund fünf Jahren über fast 30 Kreisverbände verfügte, sind es aktuell weniger als 20. Hinzu kommt das ambivalente Verhältnis zur Neonazi-Szene, welches zwischen Kooperation und Konflikt schwankt. Dabei ist die **NPD** auf die Unterstützung der Neonazis gerade bei Wahlkämpfen zwingend angewiesen. Zudem nimmt die Konkurrenz im rechtsextremistischen Parteienlager in Nordrhein-Westfalen zu, was die Erringung von Mandaten und die Überwindung der jeweiligen Hürden für die staatliche Parteienfinanzierung erschwert.

Die Pro-Bewegung setzte ihre diffamierenden Kampagnen gegen Minderheiten im Kommunal- und Europawahlkampf fort. Obschon **Pro NRW** sich bei den Kommunalwahlen 2014 von 45 auf 65 Mandate in den Räten und Bezirksvertretungen verbesserte, blieben die Ergebnisse bei den Wahlen weit hinter den eigenen Ansprüchen zurück. Auch die anhaltenden internen, überwie-

gend persönlichen Konflikte lähmen die Partei. Zahlreiche Parteiaustritte und die mangelnde Mobilisierbarkeit der eigenen Anhänger hemmen die Handlungsfähigkeit. Alle diese Gründe haben dazu beigetragen, dass der langjährige Versuch der Bildung einer Allianz von ideologisch ähnlichen Organisationen auf Bundesebene unter der Führung von **Pro NRW** gescheitert ist.

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei **Die Rechte** dominiert innerhalb der Gesamtpartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Seine aktiven Kreisverbände stellten sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich seiner Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar. Dies gilt insbesondere für den hochaktiven Dortmunder Kreisverband, der sich im Laufe des Jahres stetig aggressiver zeigte. Dies äußerte sich in Einschüchterungsversuchen von Bürgern, Journalisten, Beamten und Politikern.

Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** pro Forma einige parteitypische Aktivitäten auf. Dies geschieht beispielsweise durch die Teilnahme an Wahlen und die Arbeit in den Stadträten in Dortmund und Hamm. Die relativen Erfolge der Partei **Die Rechte** gehen zu Lasten der **NPD**. So sind bereits einige Personen von der **NPD** zu **Die Rechte** gewechselt, um einem möglichen Verbot der **NPD** zu entgehen oder weil sie aus Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Kurs der **NPD** ohnehin nach einer radikaleren Variante suchten.

Der wichtigste Teil der Neonazi-Szene hat sich in der Partei **Die Rechte** reorganisiert und die vormals klare Trennung zwischen parlamentsorientierten und aktionsorientierten Rechtsextremisten verwischt. Gleichwohl ist eine Kontinuität der Ideologie und Gewaltbereitschaft zu konstatieren. Allerdings schafft es die Neonazi-Szene kaum noch, eigene größere Aktivitäten zu initiieren. Stattdessen ist sie inzwischen als Mobilisierungspotenzial der Partei **Die Rechte** zu begreifen.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.



Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Berlin; Sitz des Landesverbandes: Essen	
Gründung / Bestehen seit	1964 (Bundes und Landesverband NRW)	
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Udo Pastörs (Januar 2014 bis November 2014), ab November 2014 Frank Franz; Landesvorsitzender: Claus Cremer (seit Juni 2008); wenige handlungsfähige Kreisverbände; insgesamt 16 Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Nordrhein-Westfalen	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Bund: ca. 5.200 	Land: ca. 600 
Veröffentlichungen	Publikationen: Zeitung des Bundesverbandes Deutsche Stimme (DS) (monatlich) als Printversion; Online-Zeitschrift des Landesverband Blickpunkt (quartalsweise); diverse lokale Publikationen einzelner Kreisverbände (meist unregelmäßig) Web-Angebote: mit www.npd.de oder www.npd-nrw.de nahezu flächendeckend eigene Webseiten auf allen organisatorischen Ebenen sowie in den sozialen Netzwerken	
Kurzportrait / Ziele	Die Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ist eine rechtsextremistische Partei, die die Demokratie in Deutschland beseitigen will und stattdessen für eine rassistische, antisemitische, revisionistische und fremdenfeindliche Ideologie eintritt. Vielfach bezieht sich die Partei dabei auf die Ideologie der NSDAP. Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre enge Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene.	
Finanzierung	Staatliche Parteienfinanzierung, Mitgliedsbeiträge und Spenden	

Die **NPD** lehnt die freiheitliche Demokratie in Deutschland ab und will diese beseitigen. Dies betrifft auch einzelne wesentliche Prinzipien und Grundwerte unserer Verfassung. So negiert die Partei die im Grundgesetz vertretene Idee, dass jeder Mensch als Individuum und ohne Vorbedingungen eine Würde besitzt. Die **NPD** spricht Menschen nur eine Würde als Teil eines nationalen Kollektivs zu. Die von der **NPD** verfolgten rechtsextremistischen Ziele laufen auf einen anderen Staat hinaus, in dem die Prinzipien der durch das Grundgesetz garantierten freiheitlichen demokratischen Grundordnung ganz oder teilweise außer Kraft gesetzt werden sollen.



Der NPD Kreisverband Unna/Hamm propagiert auf seiner Facebook-Seite unverhohlenen Rassismus

Stattdessen verfolgt die **NPD** eine rechtsextremistische Ideologie, die sich vor allem durch Fremdenfeindlichkeit und

Rassismus auszeichnet. Die Ablehnung von Ausländern und Deutschen mit Migrationshintergrund begründet die **NPD** „biologisch“, das heißt, dass sie die Gleichheit aller Menschen als allgemeines Menschenrecht nach Art. 3 des Grundgesetzes ablehnt und diese demgegenüber in „Rassen“ einteilt. Was darunter



zu verstehen ist, wird unter dem entsprechenden Schlagwort auf der Homepage der **NPD** unter „A-Z“ erläutert. Zum Stichwort „Rasse“ erklärt die **NPD** dort: *„Die Menschheit wird in drei Groß-Rassen eingeteilt [...]. Die europäische Großrasse wird im Allgemeinen in folgende Unterrassen gegliedert [...]. Rassen entstehen durch Mutation, Isolation und Auslese“*. Hier zeigt sich einmal mehr die ideologische Nähe der **NPD** zum Nationalsozialismus, zumal der als „bedeutender Anthropologe“ zitierte Autor Hans F. K. Günther nicht irgendein Wissenschaftler, sondern der „Rasse“-Ideologe des NS-Regimes war.

Neben der allgemeinen Hetze gegen Migranten sind insbesondere Muslime Opfer der **NPD**-Propaganda. Indem die **NPD** Überfremdungsängste schürt und den Islam mit Islamismus und Terrorismus gleichsetzt, zeichnet die **NPD** ein verzerrtes, negatives Bild der hier lebenden Muslime. Auch die Terroranschläge von Paris am 7. Januar 2015 instrumentalisierte die **NPD** für ihre Kampagne gegen Muslime. So heißt es in einer vom Bundesverband der **NPD** veröffentlichten Stellungnahme, die der Landesverband Nordrhein-Westfalen auf seinem Facebook-Profil am 7. Januar 2015 verbreitete: *„Der Islam ist keine Bereicherung, sondern eine Bedrohung für die innere Sicherheit in Deutschland und Europa“*.

Mit Berichten über einen starken Zuzug von Sinti und Roma und einer durch **Pro NRW** initiierten Hetzkampagne entdeckte die **NPD** bereits im Jahr 2013 ein vermeintlich erfolgsträchtiges Thema für eine weitere Kampagne „Zigeunerflut stoppen! Kriminalität bekämpfen!“. Mit Überschriften wie

- ▶ „Deutsche Kinder und Rentner an der Armutsgrenze, Zigeuner im Siebten Himmel“
- ▶ „Zigeunerflut: Gutmenschen- und Systemschreiberlinge schlagen Alarm“
- ▶ „Sinti- und Romaproblematik: Kinderhandel – ein lukratives Geschäftsmodell?“
- ▶ „Duisburger und Wuppertaler Zigeunerbande bereicherte viele Gemeinden in NRW“
- ▶ „Duisburg: Unzählige Zigeunerkinder höchst kriminell!!!“

werden Ängste und Ressentiments in der Bevölkerung geschürt und Sinti und Roma dabei pauschal als skrupellose Schwerstkriminelle verunglimpft.

Obwohl die **NPD** soziale Themen und die „Bedrohung durch den Islam“ in den Vordergrund rückt, weicht sie auch nicht von ihren „traditionellen“ antisemitischen und revisionistischen Positionen ab. Es werden nicht nur plumpe antisemitische Äußerungen wiedergegeben, sondern auch der Holocaust oder die Zahl der Opfer bezweifelt und die Schuld Deutschlands am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges geleugnet. Die **NPD** glorifiziert in Beiträgen der **Deutschen Stimme** den historischen Nationalsozialismus und stellt sich selbst in die Nähe zu rechtskräftig verurteilten Verbrechern des NS-Regimes. Angesichts der vielfachen Bezüge auf die Ideologie der NSDAP gibt es eine inhaltliche Wesensverwandtschaft der **NPD** mit dem Nationalsozialismus.



Die Partei verfolgt ihre verfassungsfeindlichen Ziele auch in einer aggressiv-kämpferischen Weise. Dies zeigt nicht zuletzt ihre Zusammenarbeit mit der gewaltbereiten Neonazi-Szene sowie gewaltbereiten Hooligans.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Fremdenfeindlichkeit zeigte sich im Jahr 2014 insbesondere in der Kampagne gegen Asylbewerber, die pauschal als kriminell oder „Sozialschmarotzer“ diffamiert wurden. Negative Folgen werden von der **NPD** maßlos übertrieben und so Angst sowie Neid gegenüber Asylbewerbern

geschürt. So hieß es in einer Stellungnahme auf dem Facebook-Profil des Landesverbandes am 9. Januar 2014: „Seit Monaten wird unser Land von einer (Schein)Asylantenwelle überrollt, wie es sie seit Jahrzehnten nicht gegeben hat. Schulen werden geschlossen und Asylantenwohnheime umgebaut, Problemhäuser schießen vielerorts wie Pilze aus dem Boden, in den Städten des Ruhrgebietes habe sich sog. 'Arbeiterstriche' etabliert, die Gewalt gegen Deutsche nimmt zu, die Prostitution in den Ballungszentren steigt und das deutsche (!!) Sozialsystem ächzt unter der zusätzlichen Belastung“. Auf Plakaten schlug sich dies in Slogans wie „Asylantenheim? Nein Danke“ nieder.



Wahlplakate der NPD aus verschiedenen Städten

Europa- und Kommunalwahl 2014

Mit dem Wegfall der 5%-Hürde bei der Europawahl hatte sich die **NPD** gute Chancen auf zwei bzw. drei Mandate ausgerechnet. Dazu hätte sie jedoch ihren Stimmenanteil aus der Bundestagswahl 2013 mindestens wieder erzielen müssen. Mit nur 1% der Stimmen und nur einem Mandat für den ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt war das Ergebnis für die Partei eine Ernüchterung.

Auch die Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen verlief für die **NPD** enttäuschend. Gegenüber der letzten Kommunalwahl 2009 verlor sie rund ein Drittel ihrer Mandate und fiel annähernd auf den Stand von 2004 zurück. In Dortmund büßte sie den Gruppenstatus ein, was mit dem Verlust erheblicher finanzieller Zuwendungen verbunden ist. Große Einbußen erlitt die Partei vor allem in den kreisangehörigen Städten, in denen sie die Hälfte ihrer Mandate verlor.



Wahlmaterial der NPD

Die NPD in Kommunalparlamenten

Obwohl die **NPD** immer noch in 16 kommunalen Parlamenten sitzt, gehen von den Mandatsträgern weder parteiintern noch nach außen nennenswerte Impulse aus. Dies liegt zum einen an einer weitgehenden politischen Isolation der Rechtsextremisten und zum anderen an fehlender Kompetenz der meisten gewählten **NPD**-Vertreter. Deren Aktivitäten beschränken sich zumeist auf das nur begrenzt öffentlichkeitswirksame Stellen von eigenen Anträgen beziehungsweise Anfragen, die man eher als „Signalanträge“ bezeichnen muss. Diese erfüllen den Zweck der Selbstdarstellung gegenüber den eigenen Parteimitgliedern. Allein die Sitzungsgelder und Aufwandspauschalen machen die Teilnahme an der Kommunalpolitik für die **NPD** in Nordrhein-Westfalen attraktiv.

Feste und Liederabende der NPD

Die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kann mit ihren Angeboten keine Personen außerhalb des eigenen Mitgliederpotenzials erreichen. Die vom Landesverband und einigen wenigen Kreisverbänden durchgeführten Grillabende, Sommer- und Sommersonnenwend- bzw. Wintersonnenwendfeste finden durchweg nur im eigenen Sympathisantenkreis – quasi unter Ausschluss der Öffentlichkeit – statt. Im Gegensatz zu anderen Landesverbänden organisiert die **NPD** in Nordrhein-Westfalen auch keine Skinhead-Konzerte sondern allenfalls rechtsextremistische Lieder- oder Balladenabende. Ein größerer Personenkreis wird dabei in der Regel nicht angesprochen.

Parteitage

Der 41. ordentliche Landesparteitag des **NPD** Landesverbandes Nordrhein-Westfalen am 28. September 2014 in der Landesgeschäftsstelle in Essen verlief unspektakulär und endete mit der Bestätigung des seit 2008 amtierenden Landesvorsitzenden Claus Cremer. Auf den übrigen Vorstandsposten gab es nur wenige Änderungen, was auch den quantitativen und qualitativen Personalproblemen der Partei geschuldet ist. Wesentlich mehr Interesse verursachten die zwei Bundesparteitage in 2014. Am 18. Januar 2014 fand in Kirchheim der außerordentliche Bundesparteitag zur Aufstellung der Kandidaten zur Europawahl statt. Hier musste der frisch gewählte Parteivorsitzende Udo Pastörs eine herbe Niederlage einstecken, als er in einer Kampfkandidatur um Platz 1 gegen den langjährigen ehemaligen Parteivorsitzenden Udo Voigt unterlag. Für einen der nachfolgenden Listenplätze verzichtete er auf eine Kandidatur. Diese Niederlage dürfte maßgeblich auch zum Rückzug von Udo Pastörs aus dem Bundesvorstand und dem Verzicht auf eine erneute Kandidatur für das Amt des **NPD**-Parteivorsitzenden beigetragen haben.

Auf dem ordentlichen Bundesparteitag am 2. November 2014 in Weinheim wurde der ehemalige saarländische **NPD**-Vorsitzende und Bundespressesprecher Frank Franz gewählt, der der Partei ein „modernes Erscheinungsbild“ geben will. Innerparteilich hat Franz keine Hausmacht und gilt als vergleichsweise schwach. Zudem ist den meisten Parteimitgliedern bewusst, dass man sich keine weiteren zermürenden Führungskämpfe leisten kann.

Demos / Infostände

Im Gegensatz zur deutlich aktionsorientierteren Neonazi-Szene hat die **NPD** in Nordrhein-Westfalen kaum größere Demonstrationen durchgeführt. Eine zu Beginn noch als regionale Großdemonstration mit Unterstützung des Bundesparteivorstandes angekündigte Veranstaltung am 1. Mai 2014 in Duisburg geriet nicht zuletzt durch konkurrierende rechtsextremistische Demonstrationen zum Fiasko. Weniger als 100 Teilnehmer nahmen teil. Damit zeigt sich die Mobilisierungsschwäche der **NPD** in Nordrhein-Westfalen, die aus eigener Kraft ohne die Unterstützung der Neonazi-Szene keine große Demonstration mehr durchführen kann. So kamen am 25. Okto-

ber 2014 zu drei nacheinander in Bochum, Essen und Duisburg durchgeführten Kundgebungen, in denen die Partei gegen Asylbewerber agitierte, maximal 20 Zuhörer.

Unterstützung von HoGeSa und PEGIDA durch NPD

Offenbar in Erkenntnis der eigenen Mobilisierungsschwäche und getrieben von dem Versuch, die eigene Propaganda in irgendeiner Weise in breitere gesellschaftliche Schichten zu tragen, hat die **NPD** auch zur Teilnahme an den Demonstrationen der HoGeSa (Hooligans gegen Salafisten) und anderer gleichgesinnter Gruppierungen aufgerufen. In dem Aufruf des **NPD**-Landesvorsitzenden bei Facebook heißt es: *„Man muss kein Freund von Hooligans sein und sicherlich auch nicht jede ihrer Aktionen im Fußballumfeld gutheißen, aber ich finde es unterstützenswert, dass sich Menschen über Organisationsgrenzen hinaus zusammenfinden um gegen die gefährliche Islamisierung unserer Heimat zu protestieren“*. An der HoGeSa-Demonstration am 26. Oktober 2014 in Köln haben auch Funktionäre der **NPD** teilgenommen. Dort war es zu gewaltsamen Ausschreitungen gekommen. Eine öffentliche Distanzierung von den Gewaltexzessen gab es von der **NPD** nicht.

Ebenfalls nahmen einige Funktionäre der **NPD** an den Demonstrationen der lokalen PEGIDA-Ableger in Düsseldorf, Köln, Bonn und Duisburg teil. Auf der Facebook-Seite des **NPD** Landesverbandes Nordrhein-Westfalen hieß es dazu: *„Der berechtigte Bürgerprotest gegen die zunehmende Islamisierung bzw. Überfremdung unserer Heimat wurde auch in Köln von etlichen*



Vertretern der nationalen Opposition an Rhein und Ruhr unterstützt und auch die NPD war mit einer Abordnung vertreten“. Angesichts der mangelnden Resonanz bei eigenen Veranstaltungen versucht die **NPD** bei HoGeSa- und PEGIDA-Veranstaltungen Anschluss an eine größere Öffentlichkeit zu finden, welche fremdenfeindliche Positionen nicht ausgrenzt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die anhaltende Führungskrise der **NPD**, der Verschleiß von drei Bundesparteivorsitzenden innerhalb von wenigen Jahren und der damit verbundene Richtungsstreit haben die Partei weitgehend gelähmt. Hinzu kommt das schwebende Parteiverbotsverfahren, das Teile der Partei verunsichert hat. In dieser Situation schwankt die **NPD** zwischen zwei Positionen, die auch die beiden wichtigsten Strömungen innerhalb der Partei darstellen: Zum einen die „Modernisierer“ um den amtierenden Parteivorsitzenden Frank Franz, die sich stärker bürgerlich präsentieren wollen. Und zum anderen die „Traditionalisten“, die über gute und enge Kontakte zur Neonazi-Szene verfügen.

Im Berichtsjahr verzeichnete die **NPD** eine weitere Stagnation bei der Mitgliederentwicklung. Auch bei den aktiven Kreisverbänden ist die Zahl weiter rückläufig. Während die **NPD** in Nordrhein-Westfalen vor rund fünf Jahren über fast 30 Kreisverbände verfügte, sind es aktuell weniger als 20. Allein in den Regierungsbezirken Münster und Detmold deckt jeweils ein einzelner Kreisverband den gesamten Regierungsbezirk ab. Damit kann die **NPD** keinen Wahlkampf führen und ist in diesen Gebieten kaum aktionsfähig.

Die Krise der **NPD** hat sich im Berichtsjahr weiter verschärft. Einerseits sind schwindende Mitgliederzahlen, sich auflösende Kreisverbände und der Verlust der wichtigen Landtagsfraktion in Sachsen zu verzeichnen, andererseits nimmt die Konkurrenz im rechtsextremistischen Parteienlager zu. Ohne die Bündnispartner aus der Neonazi-Szene ist die **NPD** jedoch nicht mehr aktionsfähig, so dass sie dieses Feld weitgehend anderen Organisationen überlässt.

Im Landesverband Nordrhein-Westfalen gibt es darüber hinaus auch strukturelle Probleme. Ganze Kreisverbände lösen sich auf. Hinzu kommt das ambivalente Verhältnis zur Neonazi-Szene, welches zwischen Kooperation und Konflikt schwankt. Dabei ist die **NPD** auf die Unterstützung der Neonazis gerade bei Wahlkämpfen zwingend angewiesen. Die Zersplitterung des rechtsextremistischen Parteienspektrums dürfte dazu beitragen, dass den Parteien die Teilhabe an der staatlichen Parteienfinanzierung erschwert wird, weil deshalb womöglich keine rechtsextremistische Partei die maßgeblichen Hürden bei den jeweiligen Wahlen überschreitet.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_npd](#)



Sitz / Verbreitung	Pro NRW: Düsseldorf Pro Köln: Köln
Gründung / Bestehen seit	Pro Köln e.V.: 1996; die Partei Pro NRW: 2007
Struktur / Repräsentanz	Vorsitzender von Pro NRW ist seit Gründung Markus Beisicht; Gliederung in acht Bezirksverbände mit 53 angeschlossenen Kreisverbänden; in weniger als 15 Kommunen funktionsfähige Kreisverbände; regionaler Schwerpunkt in der Rheinschiene und dem Ruhrgebiet Wechsel des Vorsitzes von Pro Köln in 2014 von Markus Beisicht zu Michael Gabel; trotz organisatorischer Eigenständigkeit des Vereins faktisch herausgehobener Kreisverband mit identischer Programmatik; 65 Mandate in Räten und Bezirksvertretungen gewonnen, inzwischen nur noch 64 Mandate
Mitglieder / Anhänger /	Insgesamt circa 950 Mitglieder ➡
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Publikationen: PRO NRW – Informationen der Bürgerbewegung pro NRW, PRO KÖLN – Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln und anlassbezogene Flug- und Faltblätter Web-Angebote: pro-koeln.org (Pro Köln), pro-nrw.net (Pro NRW) und Facebook-Profile
Kurzportrait / Ziele	Bereits 1996 gegründet, erzielte Pro Köln erstmals bei der Kommunalwahl 2004 Mandate im Rat der Stadt Köln und ist bis heute dort vertreten. Bei Pro NRW handelt es sich um den Versuch einer landesweiten Ausdehnung dieser zunächst lokalen Struktur mit den gleichen inhaltlichen Ansätzen, gleichgelagerter Strategie und zum Teil identischem Führungspersonal. Beide Gruppierungen entstanden im Wesentlichen auf Betreiben ehemaliger Funktionäre und Mitglieder der ebenfalls dem rechtsextremistischen Spektrum zuzurechnenden »Deutschen Liga für Volk und Heimat (DLVH)«

sowie der Partei Die Republikaner (REP), die bis 2007 vom Verfassungsschutz beobachtet wurde.
Inhaltlich zeichnen sich **Pro NRW** und **Pro Köln** durch eine fremdenfeindliche Politik aus, die sich vor allem gegen Muslime, Asylbewerber sowie Sinti und Roma richtet.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge und Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Vorsitzende von **Pro NRW**, ein Teil des Vorstandes und Teile der Mitglieder kommen aus rechtsextremistischen Parteien oder Organisationen. **Pro NRW** und **Pro Köln** missachten mit ihren Aussagen und Forderungen die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte, insbesondere die Menschenwürde und das Diskriminierungsverbot. Minderheiten werden wegen ihrer Nationalität, ethnischen Zugehörigkeit oder Religionszugehörigkeit pauschal herabgesetzt und diffamiert. Im Fokus stehen fast ausschließlich Muslime, Asylbewerber sowie Sinti und Roma. Die Angehörigen dieser Gruppen werden als unerwünschte, nicht integrierbare Menschen zweiter Klasse dargestellt. Mit dieser Art der Darstellung schüren **Pro NRW** und **Pro Köln** Ablehnung und versuchen diffuse Ängste in Teilen der Bevölkerung aufzugreifen und zu instrumentalisieren. Mit herabwürdigenden Stereotypen zeichnen die Organisationen ein Bedrohungsszenario, für das sie einseitig die genannten Bevölkerungsgruppen verantwortlich machen. Wortwahl und Argumentationsmuster lassen ein Menschenbild deutlich werden, das mit dem Grundgesetz nicht vereinbar ist.

Den inhaltlichen Schwerpunkt von **Pro NRW** und **Pro Köln** bildet die Fremdenfeindlichkeit. Sie stellen bestimmte Minderheiten als fremd und nicht integrierbar dar. Begründet wird dies mit pauschalen negativen Zuschreibungen, die genutzt werden, um Vorurteile zu schüren, Konflikte zu dramatisieren und diese Gruppen als Sündenbock für komplexe gesellschaftliche Probleme zu stigmatisieren. Demgegenüber wird die Mehrheitsgesellschaft als ausschließlich positiv skizziert. Damit konstruieren sie einen Freund-Feind-Gegensatz, mit dem sie Ausgrenzung alles vermeintlich Fremden legitimieren. Dies beinhaltet auch, den Angehörigen vorgeblicher fremder Gruppen ihre Menschenrechte abzusprechen. So äußerte sich der Parteivorsitzende Markus Beisicht am 10. Februar 2014 folgendermaßen: *„Wir werden derzeit ja regelrecht überflutet von Scheinasylanten und Armutsmigranten, die zum Dank auch noch häufig unsere einheimischen Wert- und Rechtsvorstellungen ablehnen und bekämpfen“.*



Eine besondere Form der Fremdenfeindlichkeit stellt die Islamfeindlichkeit dar. So ist der Schwerpunkt der Kampagnen von **Pro NRW** und **Pro Köln** strategisch darauf angelegt, Vorurteile über Muslime zu verbreiten, um Ängste zu wecken oder zu verstärken. Dabei wird bewusst nicht zwischen dem Islam als Religion und dem Islamismus als extremistischer Strömung unterschieden und somit Muslime pauschal als potenzielle Kriminelle und Terroristen verunglimpft und eine Bevölkerungsgruppe als Bedrohung stigmatisiert. So verbreitet **Pro NRW** auf seinem Facebook-Profil am 8. Januar 2015 nach dem Anschlag auf die Redaktion von „Charlie Hebdo“: *„Sowohl bei der Landtagswahl 2012 als auch bei den Kommunalwahlen 2014 in NRW haben wir bereits auf die Gefahren des Islam aufmerksam gemacht. Der islamische Anschlag auf die Redaktion von 'Charlie Hebdo' war nicht der erste und wird auch leider nicht der letzte sein. Hass und Tod kommen direkt aus dem Koran und sind untrennbar mit der reinen Lehre des Islam verbunden“.*



Seit 2013 rücken auch andere Minderheiten verstärkt in den Fokus einer diffamierenden Propaganda. Mit dem Anstieg der Asylbewerber in Deutschland begannen **Pro NRW** und **Pro Köln** mit Angstkampagnen vor geplanten Asylbewerberunterkünften. Sie versuchen latente Sorgen und Vorurteile in der Anwohnerschaft zu schüren, indem sie Asylbewerber generell als dreckig und kriminell darstellen.

Weiterhin wird die Gruppe der Sinti und Roma als grundsätzlich kriminell und nicht integrierbar dargestellt. Mittels gezielter Kampagnen und entsprechender Slogans, in denen fortlaufend vermeintlich unrechtmäßige oder ungerechtfertigte Sozialleistungen zu Lasten der Einheimischen thematisiert werden, sollen diffuse Sorgen um den sozialen Abstieg angesprochen und letztlich Angst- und Hassgefühle geschürt werden. Auf einem Bild, das die Pro-Bewegung 2014 mehrfach auf ihren Facebook-Profilen verbreitete, lautet der Slogan: *„Lieber Geld für die Oma statt für Sinti und Roma!“*

In ihrem ursprünglich geplanten Wahlwerbespot zur Europawahl versuchte **Pro NRW** im Sinne ihrer fremdenfeindlichen Ideologie Muslime, Asylbewerber sowie Sinti und Roma in einer herabwürdigenden Art und Weise darzustellen. Die Partei wollte den Eindruck erwecken, dass die Gruppen im Müll leben und potenziell kriminell seien. Nachdem die öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten die Ausstrahlung eines Parteiwerbespots von **Pro NRW** verweigert hatten, musste die Partei die entsprechende Filmsequenz nach einer Entscheidung des VG Berlin wegen volksverhetzender Inhalte zurückziehen. In dem Beschluss des Verwaltungsgerichtes Berlin vom 28. Februar 2014 heißt es unter anderem: *„Die Antragstellerin [Pro NRW] greift durch den Werbefilm die Menschenwürde der in Deutschland lebenden Ausländer an, insbesondere Asylbewerber, Muslime und Roma. Dieser Teil der Bevölkerung wird von ihr böswillig verächtlich gemacht.“*

[...] Die in dem Wahlwerbespot zum Ausdruck kommende Meinungsäußerung ist weiter auch geeignet den öffentlichen Frieden zu gefährden. Eine solche Eignung liegt vor, wenn die Äußerung die latent vorhandene Gewaltbereitschaft gegenüber Teilen der Bevölkerung vertiefen kann.“

Das Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen bestätigte 2014 erneut durch seine Beschlüsse vom 20. und 21. Februar 2014 die erstinstanzlichen Entscheidungen des Verwaltungsgerichts Düsseldorf vom 28. Mai und 12. April 2013 sowohl in Bezug auf **Pro NRW** als auch in Bezug auf **Pro Köln**. **Pro NRW** und **Pro Köln** werden demnach zu Recht im Verfassungsschutzbericht des Landes Nordrhein-Westfalen erwähnt, da sich ihre Agitation gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung richtet.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bei der Kommunalwahl 2014 gelang **Pro NRW** beziehungsweise **Pro Köln** der Einzug in 19 Kommunalvertretungen mit insgesamt 65 Mandatsträgern. Obwohl die Partei damit nahezu überall dort, wo sie antrat, Ratsmandate erringen konnte, verringerte sich der Stimmenanteil von 0,6% auf 0,5% der Gesamtstimmen. Damit verfehlte **Pro NRW** erneut deutlich das selbst vorgegebene Ziel einer landesweiten Verankerung im kommunalpolitischen Spektrum.

Der Wahlkampf fokussierte sich neben der islamfeindlichen Kampagne auf die Abwertung und Ausgrenzung von Asylbewerbern sowie Sinti und Roma. Tragendes Element war hierbei die Kundgebungsserie „*Lichterketten gegen Armutszuwanderung, Asylmissbrauch und Überfremdung*“ in 14 Städten.

Fraktionsstärke erreichte **Pro NRW** 2014 lediglich in Bergheim, Duisburg, Gelsenkirchen, Pulheim und Radevormwald. In Wuppertal formierte die dortige Ratsgruppe von **Pro NRW** mit dem Mandatsträger der Partei Die Republikaner eine gemeinsame Fraktion, in Witten scheiterte hingegen eine Fraktionsbildung von **Pro NRW** an internen Querelen der Mandatäre von **Pro NRW** selbst.

Ende 2014 zerbrach die Fraktion des mit vier Ratsmandaten erfolgreichsten Kreisverbandes in Duisburg auf Grund interner Konflikte mit dem Landesvorstand. Größter Rückschlag war jedoch der Einbruch von **Pro Köln** von 5,4% der Stimmen in 2009 auf 2,6% unter Verlust des Fraktionsstatus und Reduzierung der Mandatsträger von fünf auf zwei Personen im Stadtrat Köln. **Pro Köln** reagierte darauf mit einem kollektiven Rücktritt des Vorstandes.





Bereits im Juni 2013 kündigte **Pro NRW** ebenfalls eine Kandidatur zur Europawahl an. Das Wahlergebnis mit bundesweit 0,2% blieb deutlich hinter den Erwartungen zurück. Damit dürfte die in der Vergangenheit durch **Pro NRW** reklamierte Meinungshoheit im Rahmen einer Sammlungsbewegung von rechtsextremistischen Parteien auf bundespolitischer Ebene langfristig gescheitert sein.

Pro NRW strebt eine flächendeckende Ausbreitung in Nordrhein-Westfalen an. Tatsächlich ist sie in nur wenigen Kommunen mit aktiven Kreisverbänden vertreten. Auch die Mandatsträger der Pro-Bewegung in den jeweiligen Kommunalparlamenten fallen nur selten damit auf, dass sie auf die Ratsarbeit Einfluss zu nehmen. Die Arbeit in den Kommunalvertretungen verfolgt eher das Ziel, Debatten mit Symbolcharakter zu führen und weniger Sacharbeit vor Ort zu leisten.

Gegen vier Mitglieder der ehemaligen Fraktion von **Pro Köln** im Rat der Stadt wurde vor dem Landgericht Köln Anklage wegen bandenmäßigen Betruges erhoben. Nach Überzeugung der Staatsanwaltschaft sollen die Angeklagten in zahlreichen Fällen über einen mehrjährigen Zeitraum fingierte Abrechnungen für angebliche Fraktions- und Arbeitskreissitzungen eingereicht haben.

Das Landgericht verurteilte den Hauptbeschuldigten, der zu diesem Zeitpunkt noch stellvertretender Parteivorsitzender von **Pro NRW** war, zu zwei Jahren und drei Monaten Haft und einer Geldstrafe. Zwei weitere Angeklagte, darunter der damalige Generalsekretär von **Pro NRW**, erhielten ebenfalls Geldstrafen. Eine Angeklagte wurde freigesprochen.

Im Dezember 2014 erfolgte die Neuwahl des Landesvorstandes von **Pro NRW**. Der Vorsitzende wurde wiedergewählt, trotz Wahlergebnissen, die hinter den eigenen Erwartungen blieben, fehlender inhaltlicher Diskussionen und eines allgemeinen Mitgliederrückganges. Aufgrund des Strafverfahrens und der Wahlniederlage in Köln schieden zahlreiche Kölner Vertreter aus dem Vorstand aus. Nunmehr repräsentiert der aktuelle Vorstand auch den aktionsorientierten Flügel mit Verbindungen zu anderen rechtsextremistischen Gruppierungen. Nach dem Rücktritt des gesamten Vorstandes von **Pro Köln** um den Vorsitzenden Markus Beisicht wurden Personen aus der zweiten Reihe in den neuen Vorstand gewählt.

Aufgrund einer mangelnden Diskussionskultur bei **Pro NRW** führen interne Auseinandersetzungen immer wieder zum Austritt von Aktivisten. Im Herbst 2014 haben beispielsweise drei der vier Mandatsträger im Rat der Stadt Duisburg nach einem Zerwürfnis mit dem Parteivortand ihren Parteiaustritt erklärt. Vorher beschimpfte und bedrohte der damalige Geschäftsführer von **Pro NRW** den Duisburger Fraktionsvorsitzenden, der kurz danach aus der Partei austrat: „Ich werde

Dir so die Hölle heiß machen, wie Du es noch nie in deinem Leben erlebt hast. [...] Ich warne dich. Ich mach dich platt“.

Die PEGIDA-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen stellen sich als überparteilich dar. Gleichwohl waren die Veranstaltungen in Bonn am 15. und 22. Dezember 2014 von einer Beisitzerin im Vorstand von **Pro NRW** organisiert und geleitet. Ferner traten der Generalsekretär und ein weiteres Vorstandsmitglied als Redner bei diesen Veranstaltungen auf und zahlreiche weitere **Pro NRW**-Aktivisten waren als Teilnehmer anwesend. Hier versuchen die Pro-Aktivisten eine breitere Öffentlichkeit für fremdenfeindliche und insbesondere islamfeindliche Themen herzustellen und dabei eine Stigmatisierung als rechtsextremistische Veranstaltung zu vermeiden, um auch ein Publikum anzusprechen, das sich zumindest in Teilen nicht von einer rechtsextremistischen Partei instrumentalisieren möchte.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die in 2014 bei **Pro NRW** und **Pro Köln** zu beobachtenden Entwicklungen sind von Stagnation und Rückschritt geprägt. Der Partei gelingt es weiterhin nicht, auf kommunaler Ebene zu einem relevanten politischen Akteur zu werden und größere Wählerschichten zu erreichen. Zudem verhindert der autokratische Führungsstil des Parteivorsitzenden und des inneren Vorstandszirkels organisationsinterne Diskussionen und schreckt neue Mitglieder ab. Insoweit sind **Pro NRW** und **Pro Köln** weiterhin von einem elitären Führungszirkel und kleinem Aktivistenstamm abhängig. Angesichts des Mangels an personellen Ressourcen beschränken sich **Pro NRW** und **Pro Köln** darauf, über provokante Protestveranstaltungen gelegentlich eine größere lokale Öffentlichkeit herzustellen. Vor allem setzen sie darauf, gesellschaftliche Konflikte fremdenfeindlich zuzuspitzen und mediengerecht zu inszenieren.

Die fehlenden Erfolge bei den Europa- und Kommunalwahlen, der Mangel an Inhalten und Personal sowie die auch 2014 anhaltenden internen, überwiegend persönlichen Konflikte stehen dem Anspruch als Alternative zu den etablierten Parteien deutlich entgegen. Zahlreiche Parteaustritte und die mangelnde Mobilisierbarkeit der eigenen Anhänger verhindern langfristig den angestrebten Auf- und Ausbau funktionsfähiger Strukturen.

Alle diese Gründe haben dazu beigetragen, dass der langjährige Versuch der Bildung einer Allianz von ideologisch ähnlichen Organisationen auf Bundesebene unter der Führung von **Pro NRW** gescheitert ist. Zudem haben die ehemals guten Kontakte zu anderen fremdenfeindlichen und rechtsextremistischen Parteien in Europa abgenommen. Die Partei wird dort nicht mehr als auf Augenhöhe agierend wahrgenommen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_pro](#)

Sitz / Verbreitung	Bundesverband: Parchim (Mecklenburg-Vorpommern) Landesverband: Dortmund
Gründung / Bestehen seit	Bundesverband: 27. Mai 2012 Landesverband: 15. September 2012
Struktur / Repräsentanz	Bundesvorsitzender: Christian Worch; Landesvorsitzender: Dennis Giemsch; insgesamt zwei Ratsmandate und vier Mandate in Bezirksvertretungen in Dortmund und Hamm
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Bund: ca. 500 ➡ NRW: ca. 280 ➡
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Veröffentlichungen der Partei auf Bundes- und Landesebene überwiegend über soziale Medien wie Facebook oder Twitter; Internetseite www.dortmundecho.org als Hauptsprachrohr des Landesverbandes beziehungsweise des Kreisverbandes Dortmund.
Kurzportrait / Ziele	<p>Der Landesverband Nordrhein-Westfalen der Partei Die Rechte ist vor allem ein Sammelbecken von Neonazis, die aus den 2012 verbotenen Kameradschaften stammen. Die Führung des Landesverbandes sowie der aktivsten Kreisverbänden wurde von langjährigen Aktivisten übernommen, die bereits Führungsaufgaben in den damaligen Kameradschaften innehielten.</p> <p>Die Rechte beteiligt sich hauptsächlich an der Parteiendemokratie, um den vorteilhaften Parteienstatus zu erhalten. Ziel des Landesverbandes ist es, die bisherigen neonazistischen Aktivitäten nunmehr im Schutz des sogenannten Parteienprivilegs aus Art. 21 GG zu betreiben und neonazistische Propaganda zu verbreiten. Die Partei Die Rechte zeichnet sich durch eine ideologische Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und aggressiv-kämpferisches Auftreten auf.</p>

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge der Parteimitglieder und Einnahmen aus von der Partei durchgeführten Veranstaltungen wie Konzerten

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Die Rechte** ist in struktureller Hinsicht ein Sammelbecken für Neonazis, ideologisch wesensverwandt mit dem Nationalsozialismus und tritt in aggressiv-kämpferischer Weise auf. Dies trifft insbesondere auf den Landesverband Nordrhein-Westfalen zu, der den Bundesverband dominiert.

Die Gründung des Landesverbandes erfolgte am 15. September 2012. Dies geschah als Reaktion auf das Verbot von neonazistischen Kameradschaften in Dortmund, Hamm und Aachen am 23. August 2012. Der Landesverband in Nordrhein-Westfalen stellt eine Auffangorganisation für einen wesentlichen Teil der verbotenen Kameradschaften dar. So setzt sich die Führung des Landesverbandes aus den Anführern der verbotenen Kameradschaften Dortmund und Hamm zusammen. Die Kreisverbände in Dortmund, Hamm und Aachen sind in der Führungs- und Mitgliederstruktur weitgehend mit den verbotenen Kameradschaften in den jeweiligen Regionen identisch.



Ein politisch-ideologischer Schwerpunkt der Partei **Die Rechte** ist die Fremdenfeindlichkeit. Das Parteiprogramm stellt einen Zusammenhang zwischen Migranten und dem Begehen von Straftaten her, um Migranten pauschal zu diskreditieren und fremdenfeindliche Vorurteile zu schüren. Sozialleistungen, wie Kindergeld, das im Programm vorgeschlagene Müttergeld oder soziale Sicherungen von Arbeitnehmern, sollen nur Deutschen ausgezahlt werden. Diese fremdenfeindlichen Positionen greift auch der Kreisverband Dortmund in seinem Kommunalwahlprogramm auf, dass das Verhältnis zwischen einheimischer Bevölkerung und Migranten als Freund-Feind-

Konstellation darstellt, in der die einheimische Bevölkerung bedrängt werde. Dabei ist die Thematisierung der Kriminalität von Migranten für die Partei **Die Rechte** nur ein Vehikel, um ihrer generellen Fremdenfeindlichkeit insbesondere auch gegenüber Sinti und Roma Ausdruck zu verleihen.

Des Weiteren propagiert **Die Rechte** offen Rassismus auf ihren Demonstrationen mit Parolen wie: „*Wir sind weiß, wir sind rot, für die Rasse in den Tod*“. Den Rassismus vertreten sie im Sinne der nationalsozialistischen Ideologie und verbinden ihn mit einem völkischen Nationalismus. So lautet eine weitere Parole auf mehreren Demonstrationen der Partei im Jahr 2014: „Alles für Volk, Rasse und Nation.“

Auch die mittlerweile im Rechtsextremismus weit verbreitete islamfeindliche Kampagne greift auch **Die Rechte** auf. So führt sie gegen Moscheebauvorhaben in Hamm und Grevenbroich Kampagnen durch und versucht, Ängste gegen Muslime zu schüren, indem sie sie mit religiösen Extremisten und Terroristen gleichsetzt. Der Kreisverband Hamm spricht Muslimen gar mit „Blut und Boden“-Argumenten bürgerliche Rechte ab: „*DIE RECHTE lehnt es kategorisch ab, dass islamische, vom Ausland finanzierte Organisationen überhaupt in Deutschland Grund und Boden erwerben dürfen. Das Recht zum Erwerb von Grundeigentum sollte an die deutsche Staatsbürgerschaft geknüpft sein, die sich wiederum an der ethnischen Abstammung zu orientieren hat.*“

Die Rechte propagiert wiederkehrend Antisemitismus. Der Onlineversandhandel „**Antisem Versand**“, den der stellvertretende Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen betreibt, bringt über seine Webadresse „antisem.it“ die antisemitische Einstellung provokativ zum Ausdruck. Zudem stellt das auf der Webseite verkündete Motto „antisem.it hat es nie gegeben“ eine zynische Persiflage auf die strafrechtlich verbotene Leugnung des Holocausts dar. Des Weiteren skandierten die Teilnehmer einer Veranstaltung der Partei **Die Rechte** am 21. Dezember 2014 unter anderem die Parole „Antisemiten kann man nicht verbieten!“ und verhöhnten jüdische Opfer des Nationalsozialismus: „Wer sitzt im Schrank? Anne Frank!“ Die Auseinandersetzung mit den nationalsozialistischen Verbrechen verzerrt **Die Rechte** im Dortmunder Kommunalwahlprogramm als „den Deutschen vielfach zugemutete einseitige Vergangenheitsbewältigung.“ Ebenfalls relativiert **Die Rechte** die Verbrechen, indem sie nur allgemein nationalsozialistisches Unrecht bedauert und im nächsten Satz daran erinnert, „dass schwere Kriegsverbrechen auch von den Siegermächten begangen wurden.“ Dies dient dazu, die systematischen Massenvernichtungen in Konzentrationslagern mit vermeintlichen Kriegsverbrechen anderer Staaten auf eine Stufe zu stellen.

Darüber hinaus bezieht sich **Die Rechte** positiv auf das nationalsozialistische Regime und stellt sich in deren Tradition. Auf Kundgebungen von **Die Rechte** skandieren die Teilnehmer „Nationaler Sozialismus Jetzt“. Der ursprüngliche Spitzenkandidat für die Europawahl bekennt sich auf einer Rede am 18. Januar 2014 zum Nationalsozialismus, was er als Synthese auf Nationalismus und Sozialismus verbrämt: „*Die an den ewigen Lebensgrundsätzen ausgerichtete*

Weltanschauung, die Synthese aus Nationalismus und Sozialismus, brennt nach wie vor in der Brust der deutschen Menschen, die nicht bereit sind, die Zukunft ihres Volkes aufzugeben“. Der Kreisverband Dortmund fordert in seinem Kommunalwahlprogramm „Volksgemeinschaft statt Ellbogengesellschaft“. Mit dem Begriff der Volksgemeinschaft knüpft er an die gesellschaftspolitische Ideologie im Dritten Reich an, die eine ethnisch und politisch homogene Gemeinschaft befürwortete, in der die Rechte des Einzelnen nichts galten. Die Partei knüpft auch symbolisch an den Nationalsozialismus an, so wurden beispielsweise für die Kommunalwahl „25 Forderungen zur Dortmunder Kommunalwahl 2014“ als Reminiszenz an das 25-Punkte-Programm der NSDAP aufgestellt. Der Vorsitzende des Dortmunder Kreisverbandes sagte in einem Interview für die Fernsehsendung Spiegel-TV, dass er statt des zugeschriebenen Spitznamens „SS-Siggi“ lieber „SA-Siggi“ heißen würde. Damit betont er seine Übereinstimmung mit dem Nationalsozialismus, verortet sich allerdings feinsinnig in der paramilitärischen Schlägertruppe der NSDAP.



Der Landesverband Nordrhein-Westfalen wird von militanten Neonazis dominiert, die in den vergangenen Jahren durch zahlreiche Gewalttaten auffielen. Nur um eine strafrechtliche Verfolgung zu vermeiden, beschränken sich inzwischen in der Partei organisierte Neonazis überwiegend auf legale Aktionen. Trotz dieser taktischen Anpassung zeigt die Partei in zahlreichen Stellungnahmen und Aktionen ihre aggressiv-kämpferische Haltung. Diese Haltung des Landesverbandes gründet auf einem Freund-Feind-Denken, nach dem politische Gegner Feinde sind, gegen die man alle zur Verfügung stehenden Mittel zur Bekämpfung einzusetzen habe. Der Kreisverband Hamm veröffentlichte am 12. März 2014 den Beitrag auf seiner Homepage: *„Die Politiker der etablierten Einwanderungsparteien sind nicht bloß unsere politischen Gegner, sondern unsere Feinde. Sie sind Feinde des deutschen Volkes und müssen genauso bezeichnet werden. Mit diesen Leuten haben wir nichts, aber auch gar nichts gemeinsam und wir werden alles daran setzen, diese Politikerkaste von ihrem Bonzenthron zu verjagen“*.

Die Partei **Die Rechte** versucht die von ihnen ausgemachten Feinde der Partei einzuschüchtern. Zu diesen politischen Gegnern zählen Politiker, Journalisten und Bürger, die sich kritisch mit der Partei **Die Rechte** beschäftigen sowie Beamte, die im Sinne der wehrhaften Demokratie repressive Maßnahmen gegen Neonazis veranlassen. Dabei formulieren die Parteiaktivisten die Bedrohungen meistens unterhalb der Grenze der Strafbarkeit. Zugleich sind die Einschüchterungsversuche eindeutig genug, dass die Adressierten wissen, wie es gemeint ist. Bei den Demonstrationen setzt **Die Rechte** den aggressiven, auf Beherrschung des öffentlichen Raumes

gerichteten, aktionsorientierten Stil der Kundgebungen der verbotenen Kameradschaften fort. Die aggressiv-kämpferische Einstellung der Parteimitglieder wird durch Rufe wie „*Linkes Gezeiter, neun Millimeter*“, „*Wir waschen unsere Stiefel mit dem Blut der Antifa*“ und „*Ein Hammer, ein Stein, ins Arbeitslager rein*“ bei zahlreichen Demonstrationen deutlich.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Bundesverband

In Hamm veranstaltete der Bundesverband am 4. Juli 2014 seinen Bundesparteitag. Dass dieser vor allem durchgeführt wurde, um den Parteienstatus formal zu festigen, zeigt der Bericht von der Partei **Die Rechte**: „*Da das Gesetz vorschreibt, daß mindestens in jedem Kalenderjahr der Vorstand neu zu wählen ist, und da unsere Partei seit nunmehr etwas über zwei Jahren besteht, war also eine solche Wahl fällig*“. Die Teilnehmer wählten den Führungsaktivisten Christoph Drewer aus Dortmund zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden. Der Landesvorsitzende aus Nordrhein-Westfalen Giemsch sowie der Kreisvorsitzende aus Hamm wurden Beisitzer im Vorstand. Von einer politischen Aussprache auf dem Bundesparteitag berichtet die Partei nicht.

Über den Bundesvorsitzenden kündigte die Partei **Die Rechte** bereits 2013 an, an den Europawahlen teilzunehmen. Sie benannte einen einschlägig bekannten Neonazi, der zum damaligen Zeitpunkt in Untersuchungshaft wegen mutmaßlicher Unterstützung einer kriminellen Vereinigung saß, zum Spitzenkandidaten. In der Folgezeit gelang es der Partei jedoch nicht, die zum Wahlantritt nötigen 4.000 Unterstützungsunterschriften zu sammeln. Dies lag im Wesentlichen daran, dass sich kaum Parteimitglieder für diese Aufgabe engagierten. Infolgedessen trat die Partei nicht zur Europawahl an. An den Landtagswahlen in Sachsen und Brandenburg 2014 nahm die Partei **Die Rechte** ebenfalls nicht teil, obwohl sie über dortige Landesverbände verfügte. In der Gesamtschau lässt das Verhalten der Partei erhebliche Zweifel aufkommen, ob sie an der politischen Willensbildung insbesondere an der parlamentarischen Demokratie mitwirken will.

Landesverband Nordrhein-Westfalen

Der Landesverband Nordrhein-Westfalen führte seinen Landesparteitag am 11. Oktober 2014 durch. Die Mitglieder bestätigten den Landvorsitzenden Giemsch in seinem Amt. Insgesamt dominieren Aktivisten aus Dortmund und Hamm den Landesvorstand. Laut eigenem Bericht beendeten die Mitglieder den Parteitag mit dem Lied „*Wenn alle untreu werden, welches den Geist verkörpert, der für viele Aktivisten Ansporn im täglichen politischen Kampf ist!*“ Dieses Lied hatte im Nationalsozialismus für die SS eine identitätsstiftende Funktion und wurde im SS-Liederbuch aufgeführt.

Giensch verdeutlichte bei der Veranstaltung, dass der Landesverband keine politische Funktion habe, sondern lediglich eine Verwaltungseinheit sei. Dies zeigt, dass der Landesverband Nordrhein-Westfalen von **Die Rechte** eine politische Willensbildung auf Landesebene ablehnt. Dem entspricht es, dass der Landesverband auf seiner Webseite keine Beiträge zu politischen Themen veröffentlicht. Laut Giensch seien die Kreisverbände die eigentlichen politischen Akteure, die autonom über inhaltliche Belange und Aktivitäten entscheiden. Diese Organisationsstruktur stellt den Versuch dar, die dezentrale Struktur der Neonazi-Szene in vormals lokalen Kameradschaften in eine Parteiorganisation zu überführen. Dass der Großteil der Aktivisten sich weiterhin nicht als Mitglied einer Partei versteht, die sich an der parlamentarischen Demokratie beteiligt, zeigt sich daran, dass lediglich drei von zehn Kreisverbänden in Nordrhein-Westfalen versuchten an den Kommunalwahlen 2014 teilzunehmen.

Kreisverbände Aachen und Heinsberg

Die gemeinsam agierenden Kreisverbände Aachen und Heinsberg führten am 29. März 2014 in Aachen einen Fackelmarsch mit Kundgebungen mit circa 90 Teilnehmern durch. Neben fremdenfeindlichen Sprüchen skandierten die Teilnehmer die Parolen „Aachen erwache“ und „Rheinland erwache“. Damit veränderten sie die verbotene Losung der SA „Deutschland erwache“ geringfügig mit lokalem Bezug. Die Veranstaltung scheint als Ersatz für die in der Vergangenheit von der inzwischen verbotenen „Kameradschaft Aachener Land“ am ersten Aprilwochenende in Stolberg durchgeführten Veranstaltung zu fungieren. So riefen die Teilnehmer bezeichnenderweise „Trotz Verbot sind wir nicht tot“. Thematisch schließt die Kampagnenseite auf Facebook unter dem fremdenfeindlichen Slogan „Multikultur tötet“ an frühere Versammlungen an. Während der Vorsitzende des Wuppertaler Kreisverbandes als Redner ein Hitler-Zitat als Zitat des „allergrößten Staatsmannes aller Zeiten“ ankündigte, drohte ein Parteiaktivist aus Hamm demokratischen Politikern: *„Wenn eine andere Fahne über dem Reichstag weht, wer weiß dann schon, was uns so ein Leben dieser Volksverräter noch wert sein wird“*. Im Nachgang zur Veranstaltung verbreiteten die rheinischen Kreisverbände ein Video, das unter anderem den Aachener Fackelmarsch mit moderner Popmusik untermalt. Es wird dabei der Spruch eingeblendet: „Die Form ist wandelbar. Die Nachricht immer gleich!“ Auch dies weist darauf hin, dass die Organisationsform als Partei nur Mittel zum Zweck ist, die neonazistische Propaganda zu verbreiten.

Unter dem Namen „**Syndikat 52**“ veröffentlichten Mitglieder der Partei **Die Rechte** ein weiteres Facebook-Profil, das sich zum einen um jugendkulturelle Affinität bemüht, zum anderen militant gestaltet ist. Am 4. Juli 2014 posierten Mitglieder von **Die Rechte** gemeinsam mit einer Fußballfanggruppe vor einer Gaststätte. Als ein Passant sie wegen des Zeigens des Hitlergrußes ansprach,



wurde er von drei Personen angegriffen. Diesbezüglich ermittelt die Polizei unter anderem gegen den Kreisvorsitzenden von **Die Rechte** Aachen. Ein Teil der Mitglieder der beiden Kreisverbände nahm an regionalen und überregionalen rechtsextremistischen Versammlungen sowie bei PEGIDA-Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen teil.

Kreisverband Düsseldorf/Mettmann/Solingen mit Ortsverband Neuss/Grevenbroich

Aktivisten des Kreisverbandes unterstützten verschiedene rechtsextremistische Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen von **Die Rechte** und in Remagen (Rheinland-Pfalz) als Redner oder Versammlungsleiter. Der Ortsverband Neuss/Grevenbroich trat in Zusammenhang mit dem Neubau einer Moschee in Grevenbroich in Erscheinung und schürte zunächst auf einem Facebook-Profil und mittels Flugblättern Ressentiments über Muslime. Inzwischen richtet sich die Hetze ebenfalls gegen Asylbewerber und Flüchtlinge.

Kreisverband Dortmund

Der Kreisverband Dortmund ist der Hauptakteur im Landesverband. Er hat eine hochaktive Anhängerschaft von bis zu 80 Personen in Dortmund und seinen Nachbarstädten. Der Landesvorsitzende sowie zwei weitere Personen des Landesvorstandes stammen aus dem Dortmunder Kreisverband und auch der stellvertretende Bundesvorsitzende stammt aus Dortmund. Der Kreisverband ist in der deutschen rechtsextremistischen Szene gut vernetzt und pflegt darüber hinaus auch internationale Kontakte, insbesondere nach Osteuropa und zur militant rechtsextremistischen Partei Goldene Morgenröte in Griechenland.



In Dortmund trat **Die Rechte** 2014 zur Kommunalwahl an. Im Wahlkampf waren die Aktivisten mit teilweise mehreren Infoständen wöchentlich präsent. Zudem hängten sie eine Vielzahl von Plakaten mit fremdenfeindlichen Sprüchen auf. Bei der Wahl gewannen sie ein Mandat im Stadtrat und drei weitere Sitze in Bezirksvertretungen. Am Wahlabend kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen am Dort-

munder Rathaus, als Mitglieder und Anhänger der Partei uniformiert in aggressiver Stimmung zur Wahlparty ins Rathaus wollten.



Dennis Giemsch
c/o Postfach 880166
44082 Dortmund

Internet: dortmunds-rechte.com
E-Mail: dore@drtu.de

Dortmund, den 16.10.2014

Oberbürgermeister Ulrich Steu
Stadt Dortmund
Friedensplatz 1
44122 Dortmund

Anfragen für die Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 13.11.2014

Ich bitte darum, folgende Anfrage in die Tagesordnung der Sitzung des Rates der Stadt Dortmund am 13.11.2014 aufzunehmen und durch Sie bzw. die Verwaltung zu beantworten.

Jüdische Kulturbürger in Dortmund

Anfrage:

- 1.) Wieviele Menschen jüdischen Glaubens sind aktuell (Stand Oktober 2014) in Dortmund bekannt? Liegen der Stadt Dortmund offizielle Zahlen vor, wovon die Gläubigen registriert?
- 2.) Ist es möglich, die Zahl der Menschen jüdischen Glaubens nach Stadtbezirken aufzugliedern?

Begründung:

Um einen angemessenen Umgang mit allen Religionen zu finden, ist es notwendig, deren Bedeutung in unserer Stadt herauszufinden. Für unsere politische Arbeit ist daher die Zahl der in Dortmund lebenden Menschen jüdischen Glaubens relevant.

Mit freundlichen Grüßen

Dennis Giemsch

Bereits nach wenigen Wochen gab der Kreisvorsitzende Siegfried Borchardt, dessen Mandatsgewinn internationales Aufsehen erregt hatte, sein Mandat wieder ab, so dass der ideologisch versiertere Giemsch in den Dortmund Rat nachrückte.

Wie sich **Die Rechte** Dortmund die Ratsarbeit vorstellt, machte die Partei in einem Artikel vom 4. Juni 2015 deutlich. „*Statt feigen Kompromissen, bleibt für die Rechten knallharte Oppositionsarbeit. Frei nach dem Motto: 'Wir verhandeln nicht mit Demokraten!'*“ Insofern

dienen die Mandate im Stadtrat und in den Bezirksvertretungen nicht dazu, sich an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen, sondern den Stadtrat als Bühne für rechtsextremistische Propaganda zu missbrauchen. So überschwemmten die Mandatsträger der Partei den Stadtrat und die Bezirksvertretungen mit einer Vielzahl von Anfragen, die einzig der Provokation dienten. Beispielsweise fragte das Ratsmitglied Giemsch in einer Anfrage die Stadt Dortmund nach der Anzahl der in Dortmund lebenden Juden und nach den von ihnen bewohnten Stadtbezirken. In der Begründung der Anfrage hieß es, dass die Informationen für die politische Arbeit relevant seien. Wie die politische Arbeit der Partei **Die Rechte** aussieht, wurde deutlich, als eine israelische Jugendmannschaft zu einem Freundschaftsspiel in Dortmund antrat und Aktivisten von **Die Rechte** das Spiel besuchten, um antisemitische Parolen zu rufen.

Neben den öffentlichkeitswirksamen Provokationsmöglichkeiten dient das Ratsmandat der Akquirierung von staatlichen Finanzmitteln. Obschon sich **Die Rechte** und die **NPD** bis zur Wahl heftig befehdeten, beabsichtigten sie im neuen Rat eine Ratsgruppe zu bilden, um hierdurch

jährlich mit rund 40.000 Euro aus kommunalen Mitteln bezuschusst zu werden. Bislang ist eine solche Gruppe nicht zustande gekommen.

Im Jahr 2014 führte die Partei 76 Versammlungen in Dortmund durch, während es in 2013 noch 30 waren. Die größte Veranstaltung 2014 war die Demonstration und Kundgebung am 1. Mai, bei der rund 490 Rechtsextremisten aus mehreren Bundesländern durch Dortmund zogen und fremdenfeindliche Parolen skandierten.

Wie in den vergangenen Jahren wollten die Dortmunder Rechtsextremisten erneut kurz vor Weihnachten vor Privatwohnungen von politischen Gegnern demonstrieren. Dazu gehörte unter anderem ein Lokaljournalist, der regelmäßig über rechtsextremistische Aktivitäten in Dortmund berichtet. Dieses Vorgehen dient einzig und allein der Einschüchterung der Betroffenen. Nachdem die Polizei die Versammlung in unmittelbarer Nähe der privaten Wohnungen untersagte und **Die Rechte** sie verlegen musste, verhöhnten sie unter anderem Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt und des nationalsozialistischen Regimes.

- ▶ „*Mehmet hat's erwischt*“. Mehmet Kubaşık wurde 2006 in Dortmund durch den NSU 2006 ermordet.
- ▶ „*Thomas Schulz das war Sport – Widerstand an jedem Ort.*“ Thomas Schulz wurde 2005 durch einen Dortmunder Rechtsextremisten erstochen.
- ▶ „*Anne Frank in den Schrank*“. Anne Frank war Jüdin und versteckte sich ab 1942 vor den Nationalsozialisten über zwei Jahre in einem kleinen Hinterhaus in Amsterdam.
- ▶ „*Gregor Lange aus der Traum, bald liegst Du im Kofferraum.*“ Gregor Lange ist der Dortmunder Polizeipräsident.

Im Sommer 2014 propagierte der Kreisverband Dortmund, dessen Vorsitzender 2014 vom Bochumer Landgericht unter anderem wegen Körperverletzung verurteilt wurde, die Gründung eines „Rechten Stadtschutzes Dortmund“. In der Art einer Bürgerwehr wolle man mit gelben T-Shirts uniformiert „*Präsenz zeigen an Orten mit hoher Kriminalität zur Prävention von Straftaten [...] sowie Personen- und Objektschutz nach individuellen Gefahrenprognosen, z.B. im Umfeld von Asylbewerberheimen*“. Auch mit dieser Aktion bezweckt der Kreisverband einerseits öffentliche Aufmerksamkeit zu erzielen und andererseits politische Gegner einzuschüchtern.

Der Kreisverband Dortmund pflegt Kontakte in die Dortmunder Hooligan-Szene. Der Kreisvorsitzende Borchardt war einst selbst Anführer der Borussenfront und einer der jetzigen Führungsakteure ist zugleich Mitglied bei **Die Rechte** Dortmund. So mobilisierte **Die Rechte** in Dortmund ab September 2014 zu den HoGeSa-Versammlungen, wobei sie allerdings betonte, dass man nicht nur gegen Salafisten sei, sondern generell gegen Muslime und Migranten. Als in Dortmund am 28. September 2014 ein HoGeSa-Treffen stattfand, beteiligte sich auch **Die Rechte**. Ebenfalls nahm eine Gruppe des Kreisverbandes an der HoGeSa-Versammlung am 26. Oktober in Köln teil. Unmittelbar nach ihrer Ankunft suchte sie die Auseinandersetzung mit Gegendemonst-

ranten, was die Polizei verhinderte. Nach der Beendigung der Versammlung zog die Dortmunder Gruppe durch Nebenstraßen und skandierte rechtsextremistische Parolen. Als im Dezember 2014 auch in Nordrhein-Westfalen die PEGIDA-Versammlungen begannen, nahmen die Dortmunder Rechtsextremisten mehrfach teil.

Weiterhin veranstalteten die Dortmunder Rechtsextremisten Konzerte. Einen Balladenabend führten sie konspirativ organisiert im Ruhrgebiet durch und ein Open-Air Konzert gemeinsam mit dem Landesverband Baden-Württemberg in Sachsen, an dem rund 500 Besucher teilnahmen. Ebenfalls beteiligten sich Dortmunder Rechtsextremisten an der Durchführung einer Kampfsportveranstaltung in Rheinland-Pfalz.

Kreisverband Hamm

Der Kreisverband Hamm gehört zu den aktivsten im Landesverband. Der Kreisvorsitzende ist auch im Landes- und Bundesvorstand vertreten. Besonders öffentlichkeitswirksam agierte der Kreisverband im Kommunalwahlkampf, indem er mehrere Informationsstände durchführte und vielfach plakatierte. Bei den Plakaten kopierten sie das Motiv der durchgestrichenen Moschee, mit dem **Pro NRW** bereits in den letzten Jahren Stimmung gegen den Bau von Moscheen betrieb. Zudem verbreiteten sie ein Plakat mit dem Spruch „Wir hängen nicht nur Plakate“.

Bei den Kommunalwahlen erzielte **Die Rechte** in Hamm einen Sitz im Stadtrat sowie einen in einer Bezirksvertretung. Das ändert freilich nichts an der grundsätzlichen Ablehnung der parlamentarischen Demokratie. So beschrieb der Kreisverband das Selbstverständnis im Rat der Stadt 4. Juni 2014 auf seiner Homepage folgendermaßen: *„DIE RECHTE wird ohnehin Fundamentalopposition betreiben. Mit den anderen im Stadtrat vertretenen Systemparteien, Volkszerstörern und Deutschland-Abschaffern wollen wir nichts, aber auch wirklich gar nichts gemeinsam haben“*. Am 13. Juni bekräftigten sie diese Auffassung und nannten sich in einem Beitrag über die konstituierende Sitzung des Stadtrates „einen Stachel im Fleisch des Systems“.

Der Kreisverband organisierte mehrere Veranstaltungen zur ideologischen Schulung. Insbesondere standen revisionistische Themen im Vordergrund. Dabei arbeitete er kontinuierlich mit dem **NPD** Kreisverband Unna/Hamm zusammen. Beispielsweise organisierten die beiden Kreisverbände am 26. April 2014 eine gemeinsame Veranstaltung, in der ein bekannter Revisionist die Kriegsschuld Deutschlands am zweiten Weltkrieg bestritt. Am 6. Dezember 2014 veranstaltete der Kreisverband eine Weihnachtsfeier im nationalsozialistischen Stil. Dort sangen sie ein Winterlied, das in der Hitlerjugend populär war.

Am 3. Oktober 2014 organisierte der Kreisverband eine Demonstration, an der knapp 200 Neonazis teilnahmen und fremdenfeindliche, nationalistische und rassistische Parolen skandierten. Ein Redner merkte auf der Versammlung an: *„Heute findet eine Veranstaltung statt, bei der jeder*

der hier zum Mikrofon greifenden Redner entweder droht in Haft zu verschwinden oder bereits eine Haftstrafe hinter sich hat“. Auch das zeigt die aggressiv-kämpferische Grundhaltung der Partei **Die Rechte**.

Kreisverband Oberberg

Der Kreisverband Oberberg gründete sich am 19. April 2014, was er am symbolträchtigen 20. April, Hitlers Geburtstag, auf seiner neuen Internetseite verkündete. Bislang beschränkte sich die Arbeit des Kreisverbandes auf das Verteilen von Flugblättern und der Teilnahme an geschichtsklitternden Gedenkveranstaltungen und an einer Sonnenwendfeier. Die Oberberger Aktivisten beteiligten sich gelegentlich an Demonstrationen von **Die Rechte** und machten bei der BoGiDa-Demonstration am 22. Dezember 2014 in Bonn mit einem eigenen Transparent auf sich aufmerksam. Eine größere Öffentlichkeit erreichten die Mitglieder durch den Besuch des Sommerfestes der Partei DIE LINKE. Auf ihrer Internetseite stellten sie dies als angebliche Annäherung der beiden Parteien dar, was zu einer breiteren öffentlichen Diskussion führte.

Kreisverband Rhein-Erft

Der Kreisverband Rhein-Erft stellt gewissermaßen eine Besonderheit in der Partei **Die Rechte** dar, weil er sich besonders im diskursorientierten Rechtsextremismus betätigt. So nahmen Mitglieder an rechtsextremistischen „Kulturveranstaltungen“ teil, die der Kreisverband zum Teil selbst veranstaltete. Man lud eine bundesweit aktive Holocaust-Leugnerin zu einem Vortrag ein und führte ein sogenanntes „Heldengedenken“ durch, bei dem das nationalsozialistische Deutschland als Opfer dargestellt wurde. Weiterhin verteilte der Kreisverband Mitte 2014 mehrfach Flugblätter mit dem Titel „Israel mordet“ und verbreitete darin antisemitische Propaganda. Auch an den meisten rechtsextremistischen Demonstrationen beteiligte sich eine Delegation des Kreisverbandes. Auf der regelmäßig aktualisierten Internetseite des Kreisverbandes findet sich die gesamte Bandbreite rechtsextremistischer Agitation wieder: von Demokratiefeindschaft über Antisemitismus bis hin zu Fremdenfeindlichkeit und Rassismus.

Kreisverband Wuppertal

Der Wuppertaler Kreisverband nahm an den Kommunalwahlen teil und versuchte mit nationalistischen Sprüchen auf Wahlplakaten bei den Wählern zu punkten. Allerdings konnte er weder im Stadtrat noch in den Bezirken ein Mandat gewinnen.

In der zweiten Jahreshälfte wollte der Kreisverband mit der Einrichtung einer vermeintlichen „Bürgerwehr“ namens „Stadtscchutz Wuppertal“ fremdenfeindliche Parolen verbreiten und öffentliche Aufmerksamkeit auf sich ziehen, nachdem dies bereits dem Kreisverband Dortmund

und Wuppertaler Salafisten mit ähnlichen Aktionen gelungen war. In der Selbstdarstellung des Kreisverbandes hieß es, „um ihren Teil zu mehr Sicherheit, Recht und Ordnung in unserer Stadt beizutragen“. Außerdem wurde der Kreisvorsitzende im September 2014 vom Landgericht Wuppertal wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung verurteilt. Unter anderem hatte er 2011 politisch motiviert einer jungen Frau mit einem Knüppel auf den Kopf geschlagen.

Ferner führte der Kreisverband mehrere Versammlungen durch, in denen er ein „nationales Jugendzentrum“ forderte und wählte damit ein Thema zur Provokation der linken Szene, da das autonome Zentrum in Wuppertal geschlossen werden soll. Bei dieser Kampagne kooperierte man mit der **NPD**.

Der Wuppertaler Kreisverband war auch überregional aktiv und beteiligte sich an allen größeren Demonstrationen von **Die Rechte** in Nordrhein-Westfalen und ebenso an neonazistischen Kundgebungen in Bad Nenndorf (Niedersachsen) oder Dresden (Sachsen). Ebenfalls nahmen die Aktivisten an der HoGeSa-Veranstaltung am 26. Oktober 2014 in Köln und an der BoGiDa-Veranstaltung am 15. Dezember in Bonn teil, wo der Kreisvorsitzende mehrfach als Redner auftrat. Am 3. Oktober 2014 sprach er bei der Demonstration des Hammer Kreisverbandes. Er sagte unter anderem „*Wir sind gekommen um zu bleiben. [...] Und dafür stehen wir mit unserem Namen seit 1923*“ und stellte damit unter dem Applaus der Anwesenden **Die Rechte** in eine ungebrochene Traditionslinie mit dem Nationalsozialismus. 1923 hatte die damalige Reichsregierung die NSDAP verboten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der nordrhein-westfälische Landesverband und die aktiven Kreisverbände stellten sowohl in ideologischer und personeller Hinsicht als auch bezüglich seiner Aktivitäten eine Weiterführung der verbotenen Kameradschaften dar. Der Landesverband Nordrhein-Westfalen dominiert innerhalb der Gesamtpartei inhaltlich, personell und durch seine Vielzahl an Aktivitäten. Um das Parteienprivileg zu sichern, nimmt **Die Rechte** pro Forma einige parteitypische Aktivitäten auf. Dies geschieht beispielsweise durch die Arbeit in den Stadträten in Dortmund und Hamm. Insofern verschärft sich die Parteienkonkurrenz im rechtsextremistischen Parteienspektrum in Nordrhein-Westfalen. So sind bereits einige Personen von der **NPD** zu **Die Rechte** gewechselt, um einem möglichen Verbot der **NPD** zu entgehen oder weil sie aus Unzufriedenheit mit dem derzeitigen Kurs der **NPD** ohnehin nach einer radikaleren Variante suchten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dierechte](#)

Der III. Weg



Sitz / Verbreitung	Sitz des Bundesverbandes: Weidenthal (Rheinland-Pfalz); Verbreitung fast ausschließlich in Bayern und Rheinland-Pfalz; eine Gruppierung in NRW in Ostwestfalen.	
Gründung / Bestehen seit	28. September 2013 in Heidelberg	
Struktur / Repräsentanz	Keine Landesverbände, Gliederung in Gebietsverbände Süd, West, Nord und Mitte; mögliche Bildung sogenannter „Stützpunkte“, sofern keine weitere Untergliederung erfolgt, bisher neun „Stützpunkte“ im Bundesverband; sechs in Bayern; einer in Rheinland-Pfalz; Stützpunkt „Westerwald“ für Hessen und Teile von Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen; seit dem 19. Oktober 2014 Stützpunkt Hermannsland für den Raum Bielefeld, Paderborn und Teutoburger Wald	
Mitglieder / Anhänger /	Bund: rund 200	NRW: rund 20
Unterstützer 2014		
Veröffentlichungen	Web-Angebot: Homepage der Partei Der III. Weg , www.der-dritte-weg.info ; Facebook- und Twitterprofil; Youtube-Kanal	
Kurzportrait / Ziele	Bei der Gründung der Partei waren zunächst einige wenige ehemalige NPD -Mitglieder und Neonazis aus Rheinland-Pfalz und Hessen beteiligt. Als sich 2014 in Bayern ein Verbot des Neonazi-Netzwerks Freies Netz Süd abzeichnete, trat ein Teil der betroffenen Neonazis in die Partei Der III. Weg ein. Sie nutzen somit die Partei als Auffangstruktur, um staatlichen Exekutiv- und Verbotsmaßnahmen zu entgehen. Die Aktivisten verfolgen daher weniger das Ziel, sich an der parlamentarischen Demokratie zu beteiligen. Vielmehr nutzt man den Schutz des Parteienprivilegs, um Neonazis eine Alternativorganisation anzubieten. So fungiert auch der Stützpunkt Hermannsland als Zusammenschluss von Neonazis aus Ostwestfalen und dem benachbarten Niedersachsen.	
Finanzierung	Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden	

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Partei **Der III. Weg** propagiert ein rechtsextremistisches Staats- und Gesellschaftsbild und bildet eine ideologische Verbindung zur völkisch-nationalistischen Weltanschauung des Nationalsozialismus. Insbesondere lehnt sie sich mit ihrem 10-Punkte-Programm ideologisch an das Gedankengut der nationalsozialistischen Partei NSDAP an und fordert für einen „*deutschen Sozialismus*“ ein. In dem Sinne beteiligt sich die Partei an revisionistischen Kampagnen, die darauf abzielen, nationalsozialistische Verbrechen zu relativieren.

Auch andere Ausführungen innerhalb des Parteiprogramms, wie die erklärte Notwendigkeit der „Beibehaltung der nationalen Identität des deutschen Volkes“, die vermeintliche „Überfremdung Deutschlands sowie des anhaltenden Asylmissbrauchs“ oder die Forderung nach der „friedlichen Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“, zeugen von dem von Rechtsextremisten angestrebten typischen ethnisch homogenen Gemeinschaftsmodell, das durch „Volkstumspolitik“ und rigide Ausgrenzung aller vermeintlich Fremden verwirklicht werden soll. In diesem Sinne ist auch der parteipolitische Schwerpunkt des Themas Asylpolitik zu deuten, in dem die Partei **Der III. Weg** ebenfalls ihre betont fremdenfeindliche Ausrichtung unterstreicht.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der **Stützpunkt Hermannsland** beschränkt seine Aktivitäten in Ostwestfalen bislang auf einzelne lokale öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie die Verteilung von Flugblättern mit dem Slogan „Asylmissbrauch in Deutschland endlich stoppen“. Überregional fielen einzelne Partei-Anhänger bei der HoGeSa-Veranstaltung am 26. Oktober 2014 in Köln durch das Tragen von T-Shirts mit dem Partei-Logo auf. Zudem versuchten die Organisatoren des Stützpunktes „Hermannsland“ mit Veranstaltungen wie einem „Julfest“ oder sogenannten Heldengedenken Gemeinschaftserlebnisse der Anhänger mit nationalsozialistischer Ideologie zu verknüpfen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Partei **Der III. Weg** stellt vor allem eine Auffangstruktur dar, mit der sich erklärte Neonazis vor staatlichen Exekutiv- und Verbotsmaßnahmen schützen wollen. Für den **Stützpunkt Hermannsland** bleibt offen, ob mit der neuen Organisationsform auch die neonazistischen Aktivitäten in Ostwestfalen intensiviert werden. Seit der Gründung des Stützpunktes gibt es dafür aber bislang keine Anzeichen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dritterweg](#)

Neonazis

Gründung / Bestehen seit	1970er Jahre
Struktur / Repräsentanz	lose, lokale Gruppierungen teilweise organisiert in vereinsähnlichen sogenannten Kameradschaften oder in Kreisverbänden der Partei Die Rechte ; überregionale Vernetzung der Szene zur Koordinierung und Durchführung gemeinsamer Aktivitäten; mit den Verboten der wichtigsten Kameradschaften hat in der nordrhein-westfälischen Neonazi-Szene ein Strukturwandel stattgefunden. Die Partei Die Rechte stellt in Nordrhein-Westfalen nunmehr das Gravitationszentrum des Neonazismus dar.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Circa 650 Anhänger ➡
Veröffentlichungen	Web-Angebote: Wacht am Rhein (wurde im August 2014 eingestellt), Internetpräsenzen der Partei Die Rechte
Kurzportrait / Ziele	Der Neonazismus stellt sich in die ideologische Tradition des historischen Nationalsozialismus. Seit Mitte der 2000er Jahre ist innerhalb der neonazistischen Szene das Phänomen der Autonomen Nationalisten zu beobachten. Diese orientierten sich bezüglich Habitus und Kleidung an der Autonomen Antifa. Zudem versuchen die Autonomen Nationalisten die Themenfelder des politischen Gegners wie Antikapitalismus oder Antiglobalisierung für ihre eigene Propaganda zu vereinnahmen. Diese Modernisierung fand jedoch unter Beibehaltung der neonazistischen Ideologie statt.
Finanzierung	Beiträge der Anhänger

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die Neonazi-Szene ist durch ein offenes Bekenntnis zum Nationalsozialismus sowie durch ihre Gewaltbereitschaft gekennzeichnet. Neonazis verfolgen die Errichtung eines „Vierten Reiches“, basierend auf den programmatischen Forderungen der NSDAP von 1920. Ideologische Grundlage

ist ein rassenbiologisch geprägtes, völkisches Menschenbild und die Vorstellung einer antipluralistischen Gesellschaft sowie eines autoritären Staates. Vermeintlich Fremde und auch politische Gegner werden als Feinde dargestellt und ihnen wird ein geringeres beziehungsweise gar kein Existenzrecht zuerkannt. Damit wird Gewalt gegen „Fremde“ beziehungsweise „Feinde“ legitimiert.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nachdem im Jahr 2012 das Ministerium für Inneres und Kommunales in Nordrhein-Westfalen die vier aktivsten Kameradschaften verboten hat, ist der organisierte Teil der Neonazi-Szene in den letzten Jahren überwiegend in die Partei **Die Rechte** eingetreten. Eine neonazistische Gruppierung aus Ostwestfalen gründete im Herbst 2014 einen Kreisverband der Kleinstpartei **Der III. Weg**. Neben diesen Parteien gibt es mehrere kleinere, meist schwach strukturierte Gruppen. Fast alle größeren Ereignisse, an denen sich die Neonazi-Szene in Nordrhein-Westfalen beteiligte, veranstaltete die Partei **Die Rechte**. Ausnahmen hiervon sind die Veranstaltungen „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober 2014 in Köln, „Düsseldorfer gegen die Islamisierung des Abendlandes“ am 8. Dezember 2014 und „Bonner gegen die Islamisierung des Abendlandes“ am 15. und 22. Dezember 2014. Hier beteiligten sich auch Neonazis an den Veranstaltungen, ohne sich allerdings durch szenetypische Banner, Symbole und überwiegend ohne Sprechchöre darzustellen.

Weiterhin nahm die Neonazi-Szene auch an Veranstaltungen in benachbarten Bundesländern teil, in denen vermeintliche Kriegsverbrechen anderer Staaten im 2. Weltkrieg an Deutschen instrumentalisiert werden, um Deutschland als Opfer des Krieges darzustellen und die Verbrechen des NS-Regimes zu relativieren. Ein Neonazi aus Bad Honnef war der Hauptredner auf dem sogenannten „Trauermarsch“ am 22. November 2014 in Remagen. Am dortigen ehemaligen Gefangenenlager der Alliierten erklärte der Redner die Kriegsschuld Nazideutschlands: *„Aber es ist seit Jahrtausenden so, dass der germanische Siedlungsraum umkämpft und umtobt ist und deshalb galt im deutschen Volke immer: Griff zum Schwerte nur in der Not und nur zur Verteidigung.“* Bei einer Veranstaltung in Magdeburg am 18. Januar 2014 war ein Neonazi aus Düsseldorf der Hauptredner und forderte unverhohlen die Wiederkehr des Nationalsozialismus: *„Egal wohin es uns führt, egal wen wir damit angreifen müssen, wir werden nicht weichen, wir werden dafür sorgen, dass die Synthese aus Nationalismus und Sozialismus wieder die Gestalt unseres Volkes prägen wird. Nichts für uns, alles für ein freies, nationales und sozialistisches Deutschland“.*

WILEY-BLANKENHORN

Die Gruppe setzte sich aus 10 bis 15 Personen aus verschiedenen Bundesländern zusammen. Die **OSS** hat sich zum Ziel gesetzt, in kleinen Gruppierungen innerhalb Deutschlands Anschläge gegen Moscheen und namhafte Salafisten sowie gegen Asylbewerberunterkünfte zu verüben. Zum Führungskreis der **OSS** gehörte seit Ende 2014 auch ein Rechts-extremist aus Nordrhein-Westfalen.

Im Mai 2015 hatten sich die Anhaltspunkte für mögliche bevorstehende Terrorakte, verbunden mit einem vorbereiteten Treffen der **OSS** derart verdichtet, dass der Generalbundesanwalt (GBA) entsprechende Haftbefehle und Durchsuchungsbeschlüsse beantragte.

Am 6. Mai 2015 führte der GBA im Rahmen eines Ermittlungsverfahrens gegen die **OSS** wegen des Verdachts der Bildung einer terroristischen Vereinigung Durchsuchungsmaßnahmen auch in Nordrhein-Westfalen durch. Dabei wurde unter anderem der für Pressearbeit zuständige Führungsaktivist der Gruppe in Bochum vorläufig festgenommen. Bei den bundesweiten Durchsuchungen wurden nach Angaben des GBA unter anderem pyrotechnische Gegenstände mit großer Sprengkraft sowie weitere Beweismittel sichergestellt.

Im Vorfeld der GBA-Ermittlungen wurden durch Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden des Bundes und einiger Länder die Ziele der Organisation und handelnde Personen aufgeklärt. Dabei erhärteten sich die Anhaltspunkte für die terroristische Zielsetzung der **OSS** soweit, dass der GBA zeitnah die Ermittlungen wegen des dringlichen Terrorverdachts einleitete.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der wichtigste Teil der Neonazi-Szene hat sich in der Partei **Die Rechte** reorganisiert und die vormals klare Trennung zwischen parlamentsorientierten und aktionsorientierten Rechtsextremisten verwischt. Gleichwohl ist eine Kontinuität der Ideologie und Gewaltbereitschaft zu konstatieren. Allerdings schafft es die Neonazi-Szene kaum noch, eigene größere Aktivitäten zu initiieren. Stattdessen ist sie in Nordrhein-Westfalen inzwischen als Mobilisierungspotenzial der Partei **Die Rechte** zu begreifen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_neonazis](#)

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten

Gründung / Bestehen seit	Ende der 1960er Jahre in Großbritannien als sogenannte „Skinheads“; seit circa Ende der 1970er Jahre im Rest Europas
Struktur / Repräsentanz	In der Regel keine festen Strukturen; eine Ausnahme bilden die Hammerskins mit einem festen hierarchischen Aufbau
Mitglieder / Anhänger /	1.350 Anhänger
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	<p>Publikationen: sogenannte Fanzines mit Artikeln zur überwiegend subkulturell geprägten Skinhead-Musik-Szene, Interviews und Konzertberichten; CD Veröffentlichungen</p> <p>Web-Angebote: Bekanntmachungen von Konzerten über bestimmte Foren; Veröffentlichungen von Videos</p>
Kurzportrait / Ziele	<p>Der subkulturell geprägte Rechtsextremismus definiert sich hauptsächlich über eine spezifische Musik und den damit zusammenhängenden Lebensstil. Es geht darum, eine Erlebniswelt mit gemeinsamen Freizeitaktivitäten wie Musikveranstaltungen zu schaffen, in der die Ideologie nur eine nachrangige Rolle spielt. Subkulturell geprägte Rechtsextremisten vertreten oftmals rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen. Zudem befürworten sie Gewalt gegen als minderwertig angesehene Menschen.</p> <p>Rechtsextremistische Skinheads bilden immer noch die wichtigste rechtsextremistisch geprägte Subkultur. Äußerlichkeiten wie Dresscode oder Haarschnitt lassen heutzutage kaum noch eindeutige Zuordnung zur rechtsextremistischen Skinhead-Szene zu. Einerseits gibt es weitgehend unpolitische Jugendliche, die ein vermeintlich Skinhead-typisches Aussehen zeigen, ohne dem rechtsextremistischen Teil der Szene anzugehören. Andererseits verlieren die altbekannten Erscheinungsbilder seit einigen Jahren immer mehr an Bedeutung. Insbesondere für den rechtsextremistischen Teil der Skinhead-Szene ist es im Alltag einfacher, nicht durch offensichtli-</p>

ches Tragen von einschlägig bekannten Zeichen oder Haarschnitten eine politische Zuordnung zu ermöglichen.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Subkulturell geprägte Rechtsextremisten besitzen zumeist kein geschlossenes rechtsextremistisches Weltbild, dennoch vertreten sie rassistische, fremdenfeindliche, nationalistische und antisemitische Positionen gepaart mit einem hohen Gewaltpotential. Musik spielt hier eine herausragende Rolle zur Selbstvergewisserung, Politisierung und Rekrutierung der Szene. Deswegen gilt ein besonderes Interesse Bands, CDs und Konzerten. Gerade rechtsextremistische Musikveranstaltungen gehen oftmals mit menschenverachtenden und demokratiefeindlichen Liedtexten sowie positiven Bezügen auf den Nationalsozialismus, wie dem Zeigen des „Hitler-Grußes“, einher.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Rechtsextremistische Musik hat sich in den letzten beiden Jahrzehnten in verschiedene Musikstile ausdifferenziert. Zu den gängigsten Stilrichtungen zählen „Rechtsrock“, der seinen Ursprung in der Skinhead-Szene hat, Balladen, „National Socialist Black Metal“ und der in letzter Zeit aufgekommene „Nationale Rap“. Weiterhin bleibt „Skinhead- oder Rechtsrock“ die bedeutendste



Cover der CD „Wutbürger“ der rechtsextremistischen Band OidoXie

Stilrichtung. Diese zeichnet sich neben rechtsextremistischen Texten durch hart gespielte Gitarrenakkorde, lauten, nahezu geschrien, Gesang und eine aggressive Grundstimmung aus.

Aus Nordrhein-Westfalen kommen unter anderem die Bands **Oidoxie** und **Sleipnir**, die seit vielen Jahren aktiv sind und eine überregionale Szeneprominenz haben. Beide Bands haben jeweils im Dezember 2014 ein neues Album im Balladenstil veröffentlicht. Zeitgleich wollte der aus Nordrhein-Westfalen stammende Rechts-Rapper **MAKKS Damage** ursprünglich eine neue CD veröffentlichen, bei deren Produktion es allerdings zu Problemen kam, so dass er lediglich ein neues Musikvideo veröffentlichte. In diesem bedroht er vermeintliche Gegner und bezieht sich auf Methoden des rassistischen Ku-Klux-Klans, Menschen mit brennenden Kreuzen einzuschüchtern. In dem Lied heißt es: *„Vergiss die Baumwollplantagenmusik! Man, Ich befreie keine Sklaven, das hier ist weißer Rap. Und an all die lieben Leute, die gerne mal Deutsche jagen, es kommt der Tag, da habt ihr ein brennendes Kreuz im Garten. Ich merke mir eure Namen, und vergesse nicht eure Taten.“*

In der rechtsextremistischen Skinhead-Szene ist ein Wandel dahingehend erkennbar, dass die beiden maßgeblichen Organisationen **Blood and Honour** und die **Hammerskins** sich zunehmend gegenseitig akzeptieren. Dies zeigt sich daran, dass die schwedische **Hammerskin**-Sektion im September 2014 in Schweden ein internationales Konzert im Gedenken an Ian Stuart Donaldson, dem Gründer von **Blood and Honour**, organisierte. Eine solche Zusammenarbeit wäre vor einigen Jahren nicht denkbar gewesen, zumal **Blood and Honour** und die **Hammerskins** jahrelang erbittert um die Vorherrschaft bei der Durchführung von Konzerten gekämpft haben.

Um Sicherheits- und Ordnungsbehörden keine Gelegenheit zu geben, Konzerte zu verbieten oder einzuschränken, organisieren die Veranstalter die Konzerte konspirativ. Diese Vorgehensweise dient der Szene auch als Erkennungsmerkmal und weckt die Neugier und Abenteuerlust. Den Reiz der Veranstaltungen machen neben der Musik das Treffen Gleichgesinnter, der Konsum von Alkohol und das Zeigen rechtsextremistischer Symbolik sowie Slogans aus. Der besondere Reiz, gerade für jugendliche Teilnehmer, die gegebenenfalls in die Szene eingeführt werden, liegt üblicherweise darin, etwas Verbotenes oder sozial Unerwünschtes zu erleben.

Im Unterschied zu den meist rocklastigen, größeren Konzerten dienen Balladen- oder Liederabende dazu, einen eher kleineren Teilnehmerkreis anzusprechen. Häufig werden solche Veranstaltungen von Parteiverbänden oder Freien Kameradschaften mit dem Ziel organisiert und durchgeführt, das Gemeinschaftsgefühl zu stärken. Bei den musikalischen Darbietungen handelt es sich in der Regel um einen Sänger mit Gitarre, der eher ruhige Stücke präsentiert.

Im Jahr 2014 wurden in Nordrhein-Westfalen insgesamt fünf Konzerte, zwei Lieder- beziehungsweise Balladenabende und sieben sonstige rechtsextremistische Veranstaltungen mit Livemusik festgestellt. Zu den sonstigen Veranstaltungen zählen zum Beispiel parteiinterne Feiern oder Geburtstagsfeiern, bei denen die Musik im Vordergrund steht. Die Anzahl der Musikveranstaltungen



Abbildungen aus dem Mobilisierungsvideo „Tränengasdusche“ von MaKss Damage

gen entspricht der Zahl aus dem Vorjahr. Neben der Partei **Die Rechte** traten unter anderem die **Hammerskins**, die **NPD** und verschiedene kleinere Gruppierungen als Veranstalter von Musikveranstaltungen auf. In der Regel nahmen maximal 100 Zuschauer teil.

Eine Ausnahme stellt die Veranstaltung der „Hooligans gegen Salafisten“ am 26. Oktober 2014 in Köln dar, an der ca. 4.800 Personen teilgenommen haben. Bei dieser von Hooligans dominierten Veranstaltung trat die rechtsextremistische Band **Kategorie C** auf und spielte ein muslimfeindliches Lied, in dem sie Salafisten mit Muslimen gleichsetzt und damit Vorurteile schürt. In dem Lied heißt es: *„Die Schattenwelt in der BRD, wird von Allahs bärtigen Männern regiert, Sharia-Polizei und Ehrenmord, keiner stoppt den Wahnsinn, in der Presse kein Wort, wenn ihr es weiter ignoriert, wenn das Messer an der Kehle, habt ihrs kapiert, Islam will keinen Frieden sondern Gottessklaverei. [...] Glaubst Du an den falschen Gott, verlierst Du schnell mal deinen Kopf, Moslems verstehen hier keinen Spaß, bei ihnen regiert der verummte Hass“*.

Nach der Auflösung der Veranstaltung spielten auch noch die rechtsextremistischen Musiker **Villain051** und die Sängerin der rechtsextremistischen Band **Wut aus Liebe** als Duett einige Lieder. Dabei sangen sie: *„Neuer deutscher Widerstand, 2014, wir gehen auf die Straße, um dieses System zu stürzen, für unser deutsches Land, ziehen wir heute in den Kampf, ihr erwartet Dank, hier ziehen treue Deutsche die Waffen.“*

Nordrhein-westfälische Rechtsextremisten nehmen auch als Besucher und als Bands an Musikveranstaltungen in anderen Bundesländern teil. Da zahlreiche Nachbarstaaten rechtsextremistische Konzerte nicht verbieten, weichen Besucher und Bands oftmals auf Veranstaltungen im Ausland aus. Zu nennen sind hier unter anderem die Niederlande, Belgien, Frankreich, Italien, Polen, Portugal, Slowakei, Slowenien, Italien und Ungarn. Auch in Großbritannien finden regelmäßig rechtsextremistische Veranstaltungen, insbesondere rund um den Todestag von **Blood and Honour**-Gründer Ian Stuart Donaldson statt.

Rechtsextremistische Tonträger und Devotionalien werden auf vielfältige Weise vertrieben. Neben Verkaufsständen bei Veranstaltungen und Szeneläden erfolgt der Handel überwiegend über das Internet. Wirtschaftliche Interessen sind nach wie vor eine wichtige Motivation bei der Vermarktung von rechtsextremistischer Musik und Szene-Artikeln. Viele Inhaber rechtsextremistischer Musik-Vertriebe bestreiten ihren Lebensunterhalt mit dem Verkauf von Szene-Produkten oder betrachten den Handel als einen lukrativen Nebenverdienst. Einige Vertriebe geben an, die Szene mit einem Teil ihrer Verkaufserlöse zu unterstützen. Damit versuchen sie sich als integraler Bestandteil der Szene darzustellen und den Käufern das Gefühl zu vermitteln, dass sie mit ihrem Kauf gleichzeitig die Bewegung unterstützen. Neben der Hoffnung auf einen guten Ruf als Förderer der Szene dürfte auch die Hoffnung auf eine Erweiterung des Kundenkreises und somit kommerzieller Erfolg eine Rolle spielen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Subkulturen befinden sich in einem ständigen Wandel. Die rechtsextremistische Skinhead-Szene befindet sich seit Jahren im Abschwung. Sie gilt bei Jugendlichen als überholte und unattraktive Jugendkultur. Zugleich machen andere rechtsextremistische Subkulturen, in Nordrhein-Westfalen vor allem die Autonomen Nationalisten, den Skinheads erfolgreich Konkurrenz. Insofern bleibt der Nachwuchs aus. Zudem verlassen immer wieder ältere Protagonisten die Skinhead-Szene. Diese legen zwar nicht umgehend ihre rechtsextremistischen Einstellungen ab, trotzdem verliert die rechtsextremistische Skinhead-Szene damit ihre Größe und ihren inneren Zusammenhalt. Dafür spricht auch die seit mehreren Jahren zu konstatierende Organisationsschwäche. Allein gelegentliche Konzerte in Nordrhein-Westfalen und in angrenzenden Bundesländern beziehungsweise im angrenzenden Ausland schaffen Events, an denen sich die Szene ihrer selbst vergewissert.

Rechtsextremistische Musik ist zum einen ein Ausdrucksmittel einer Subkultur, die sich für Menschenverachtung und Demokratiefeindschaft ausspricht. Zum anderen ist sie ein effektives Mittel rechtsextremistischer Strategen, ihre Propaganda Jugendlichen und jungen Erwachsenen nahe zu bringen. Des Weiteren ist rechtsextremistische Musik ein kommerzielles Geschäft, an dem Bands, Konzertveranstalter und Vertriebe verdienen. Mit der Modernisierung der Erscheinungsformen des Rechtsextremismus hat sich auch deren Musik gewandelt. Die Vielfalt an Musikstilen hat zugenommen. Dies beinhaltet sogar ideologisch widersprüchlich erscheinende Entwicklungen wie „Nationaler Rap“. Ebenso ist in der rechtsextremistischen Musik-Szene inzwischen ein Wandel und zunehmende Vielfalt der Cover-Ästhetik und der Selbstpräsentation der Musiker festzustellen. Durch die digitale Revolution der letzten 20 Jahre haben sich die Vertriebsbedingungen für rechtsextremistische Musikstücke enorm verbessert und es nunmehr möglich, nahezu jederzeit und an jedem Ort solche Musik zu hören.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_subkrex](#)

Verbreitung

In den letzten Jahren hat sich der virtuelle Rechtsextremismus zunehmend von Webseiten auf soziale Medien verlagert. Die Anzahl ansprechend gestalteter und inhaltlich aktueller Webseiten ist weiter rückläufig. So stellten auch die Betreiber der Webseite **Wacht am Rhein** im August 2014 ihre Aktivitäten ein. Diese Webseite diente der Propaganda von neonazistischen Aktivitäten im Rheinland und war ein Nachfolger der Webseite der **AG Rheinland** des gleichnamigen neonazistischen Netzwerkes.

Zentrale Bedeutung zur Verbreitung rechtsextremistischer Propaganda haben inzwischen öffentliche Profile und Gruppen bei Facebook, Twitter-Accounts und Kanäle auf YouTube. Rechtsextremisten, deren Profile oder Kanäle wegen der Verbreitung menschenverachtender Inhalte gelöscht wurden, weichen auf andere soziale Medien wie vk.com, Fumano, Vimeo oder Dailymotion aus. Die rechtsextremistischen Internetaktivisten nutzen dabei die ganze Bandbreite an multimedialen Möglichkeiten. Der Kreisverband Dortmund der Partei **Die Rechte** stellt zum Beispiel Videos seiner Veranstaltungen ins Internet und berichtet oftmals mit einem Liveticker über den Verlauf von Demonstrationen.



Die Anzahl der „Gefällt mir“-Angaben von Facebook-Profilen rechtsextremistischer Parteien weisen darauf hin, dass sie über das soziale Netzwerk weit mehr Menschen erreichen als nur die eigenen Mitglieder. So hat zum Beispiel **Pro NRW** weniger als 1.000 Mitglieder, wohingegen jedoch über 10.000 Nutzer das Facebook-Profil „geliked“ haben. Auch rechtsextremistische Musik findet durch Videoportale eine größere Verbreitung als in der Vergangenheit. Die aus Nordrhein-Westfalen stammende Rechtsrock-Band **Sleipnir** erzielte beispielsweise mit einem Lied auf YouTube mehrere hunderttausende Aufrufe. Strafrechtliche Inhalte stellen Rechtsextremisten in der Regel anonym über ausländische Server ins Internet, so dass den Sicherheitsbehörden die Strafverfolgung erheblich erschwert wird.



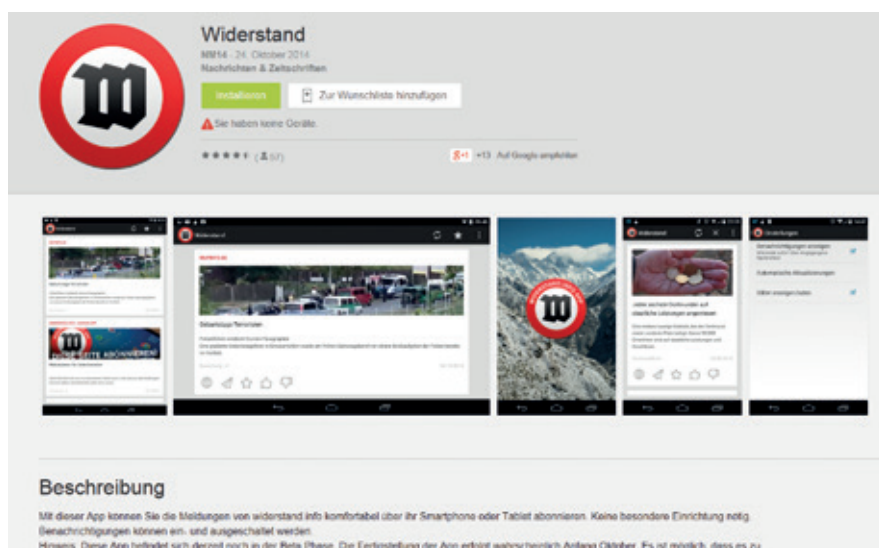
Gerade die neuen Medien erleichtern es, rechtsextremistische Propaganda in der Mitte der Gesellschaft zu verbreiten. Beispielsweise werden unter dem Begriff „umstrittener Humor“ Bilder mit vorgeblich lustigen Texten geteilt, die kruden Rassismus beinhalten oder die Opfer des Holocaust verhöhnen. Auf einem Bild sieht man vermutlich Gefangene eines Konzentrationslagers, die sich freuen. Wahrscheinlich ist das Bild bei ihrer Befreiung entstanden. Betitelt ist das Bild indes mit folgendem menschenverachtenden Spruch: „*Good News. Free Gas for all Jews.*“

Vernetzung

Das Internet hilft der rechtsextremistischen Szene, sich besser zu vernetzen. Größere Foren übernehmen die Funktion einer virtuellen Weiterbildungsrichtung. Dort tauschen sich Rechtsextremisten aus, wie auf polizeiliche Maßnahmen zu reagieren ist, man bestätigt sich gegenseitig seine Auffassungen und mobilisiert zu Veranstaltungen. Das größte rechtsextremistische Forum **Thiazi** mit rund 30.000 Nutzern schloss im Jahr 2012, nachdem die Polizei bei über 20 Beschuldigten in mehreren Bundesländern, auch in Nordrhein-Westfalen, Hausdurchsuchungen durchführte. Im November 2014 eröffnete das Landgericht Rostock die Anklage gegen die Hauptbe-

schuldigten wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und gemeinschaftlicher Volksverhetzung. Nach der Schließung von **Thiazi** gewann das Forum **Nationale Revolution** an Bedeutung und trat mit deutlich geringerer Nutzerzahl an dessen Stelle. Auch hier verbreiteten die Nutzer strafbare Inhalte. Im Oktober 2014 nahmen deutsche und österreichische Sicherheitsbehörden in einer gemeinsamen Maßnahme mehrere mutmaßliche Betreiber als Hauptverdächtige fest: Zwei der mutmaßlichen Betreiber stammen aus Nordrhein-Westfalen. Die Festnahmen hatten die Abschaltung des Forums zur Folge.

Mit der Verbreitung von Smartphones können Rechtsextremisten sich auch mobil vernetzen, was ihre Handlungsfähigkeit steigert. Vor allem Gruppen des Instant-Messaging-Dienstes „WhatsApp“ spielen dabei eine große Rolle. Der Trend zum mobilen Internet führt auch bei Rechtsextremisten zu neuen Softwareentwicklungen. So bietet das rechtsextremistische Portal **Widerstand**, das Beiträge von rund 50 rechtsextremistischen Webseiten anzeigt, seit Herbst 2014 eine App für Android-Handys an. Damit sind die Inhalte nunmehr auch in einer für die Bildschirme mobiler Geräte optimierten Fassung verfügbar.



Bei der Vernetzung achtet die rechtsextremistische Szene zunehmend auf sichere Kommunikation. Schon seit Jahren führt sie Computerschulungen zu Verschlüsselungstechniken durch. Die öffentliche Diskussion um Überwachungsmaßnahmen des US-amerikanischen Nachrichtendienstes NSA schlug sich auch in der rechtsextremistischen Szene nieder. Es existieren inzwischen mehrere rechtsextremistische Internetpräsenzen, welche genaue Hinweise zu

kostenlosen Verschlüsselungsprogrammen und deren Anwendung geben. Auch der nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Partei **Die Rechte** gab auf seinem Blog 2014 mehrfach Hinweise zu Verschlüsselungsprogrammen. Dabei stand 2014 vor allem das sichere Versenden von Nachrichten und Daten mittels Smartphones im Vordergrund.

Im Januar 2015 hackte eine Gruppe namens **National Sozialistische Hacker Crew** einen Online-Versandhandel, der vor allem Musik und Kleidung aus der Punk-Szene anbietet. Die Rechtsextremisten veröffentlichten einen Teil der Kundendaten, wozu auch die Wohnanschriften von Kunden gehörten. Auf rechtsextremistischen Interseiten wurde die Aktion positiv kommentiert und von einigen indirekt dazu aufgerufen, die persönlichen Daten zur Einschüchterung zu nutzen.

Verkauf

Die virtuelle Verkaufsform hat sich bei rechtsextremistischen Vertrieben durchgesetzt. Neben wirtschaftlichen und logistischen Vorteilen ist ebenso bedeutsam, dass sowohl Verkäufer als auch Käufer beim Onlinehandel keine persönlichen Konfrontationen mit dem politischen Gegner befürchten müssen. Neben einschlägiger Musik und Szenekleidung bieten die Vertriebe mittlerweile ein breites Sortiment an rechtsextremistischen Devotionalien, wie Fahnen, Plakate und Aufkleber an. Der Vertrieb **Antisem.it**, den der stellvertretende nordrhein-westfälische Landesvorsitzende der Partei **Die Rechte** betreibt, hat auch Zwillen und Stahlkugeln in seinem Sortiment. Durch die anonyme Abwicklung des Kaufvorgangs ist der Handel auch für Interessenten attraktiv, die vor einem Einkauf in Szeneläden bislang zurückschreckten. Allerdings wurden nach Hacker-Angriffen der Antifa Kundendaten veröffentlicht.

The image displays three screenshots of the 'Antisem Versand' online shop, which is a website for the sale of extremist merchandise. The shop's header features a landscape image with the text 'Antisem Versand' and 'FÜR DEMOKRATIE UND TOLLERANZ!'. The three screenshots show different product pages:

- Left Screenshot:** Product page for 'STEINBLECHER ZWILLE'. It shows a price of 13.00 €, an article number 'Artikelnummer: #000071', and a 'In den Warenkorb' button. Below the product image, there is a Facebook share button and a note about the product being a 'Zwille' brand knife.
- Middle Screenshot:** Product page for 'STÄHL KUGEL'. It shows a price of 13.00 €, an article number 'Artikelnummer: #000003', and a 'In den Warenkorb' button. Below the product image, there is a Facebook share button and a note about the product being a 'Stahlkugel' brand knife.
- Right Screenshot:** Product page for 'PFEFFERSPRAY (GRÜNE)'. It shows a price of 6.00 €, an article number 'Artikelnummer: #000003', and a 'In den Warenkorb' button. Below the product image, there is a Facebook share button and a note about the product being a 'Pfefferspray' brand knife.

Linksextremismus

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE.....	86
DKP	92
MLPD.....	98
Autonome Linksextremisten	104

Linksextremistische Parteien und Gruppierungen stellen eine Gefahr für die demokratische Gesellschaft dar, weil sie sich grundsätzlich zum Ziel gesetzt haben, die freiheitliche demokratische Grundordnung revolutionär zu überwinden und über eine sozialistische beziehungsweise kommunistische oder eine anarchistische Gesellschaftsform eine vermeintlich herrschaftsfreie Ordnung herbeizuführen. Linksextremisten streben somit die Überwindung der durch das Grundgesetz vorgegebenen Staats- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik Deutschland an hin zu der Utopie einer klassenlosen Ordnung und eines herrschaftsfreien Zusammenlebens.

Im fundamentalen Unterschied zum Rechtsextremismus gehen linksextremistische Ideologien vom Prinzip menschlicher Gleichheit aus. Während für Rechtsextremisten der Begriff der völkischen Gemeinschaft die wichtigste Bezugsgröße darstellt, verstehen sich die meisten Linksextremisten als Internationalisten und sehen in der Arbeiterklasse das historische revolutionäre Subjekt. Allerdings stellen auch Marxisten zunehmend die Frage, ob das Proletariat der ihm zugedachten Rolle als Träger der Revolution überhaupt noch gerecht werden kann. Grundlage der politischen Arbeit eines jeden Linksextremisten ist seine antifaschistische, antirassistische und antiimperialistische Grundhaltung, wobei das bürgerlich-kapitalistische System für die Ursachen verantwortlich gemacht wird.

Zu den Beobachtungsobjekten des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen zählen im Bereich Linksextremismus die **Deutsche Kommunistische Partei (DKP)** und die **Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)** mit ihren Neben- beziehungsweise Vorfeldorgani-

sationen. Des Weiteren stehen die linksautonome Szene in Nordrhein-Westfalen sowie einzelne Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE unter Beobachtung, während die Partei selbst vom Verfassungsschutz nicht beobachtet wird. Sie lässt allerdings innerparteilich auch im Jahr 2014 Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Es handelt sich dabei um die Zusammenschlüsse »Antikapitalistische Linke (AKL)«, **Kommunistische Plattform (KPF)** sowie ihren Jugendverband **Linksjugend [solid]**. Hinzu kommt das trotzkistische Netzwerk **marx21** innerhalb des Zusammenschlusses **Sozialistische Linke**. Den Zusammenschlüssen und auch der Linksjugend solid ist gemeinsam – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – das Streben nach der Überwindung des „kapitalistischen Systems“ und die Forderung nach einer sozialistischen Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht zu vereinbaren ist.

Für die **DKP** und **MLPD** war im Jahr 2014 der Ausgang der Kommunalwahlen und der Europawahl ernüchternd. Beide Parteien sind wahlpolitisch weiterhin bedeutungslos.

Wichtiger als Wahlen ist für die Partei **DKP** die Arbeit in der „außerparlamentarischen Opposition“, das heißt die Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sowie in Bündnissen bei Demonstrationen. Stagnation der Mitgliederzahl, Überalterung und mangelnde Organisationsdichte sind die großen Probleme der **DKP**.

Die **MLPD** setzte insbesondere mit der von ihr maßgeblich initiierten Gründung der sogenannten »Umweltgewerkschaft« ihre Strategie fort, sich gesellschaftlich relevanten Themen zu widmen, die in der Öffentlichkeit auf Zustimmung treffen und die Partei für politisch interessierte jüngere Menschen attraktiv machen.

Im Unterschied zu linksextremistischen Parteien und Gruppierungen stellt die linksautonome Szene auch im Jahr 2014 eine heterogene, alternative Mischszene dar, deren gemeinsame ideologische Basis fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente bilden. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologiefixiert als aktionsorientiert. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer Protestaktivitäten zu Themen wie Antifaschismus, Antirassismus, Antikapitalismus, Antigentrifizierung ausgeglichen. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat, dabei insbesondere gegen Polizeibeamte sowie gegen „das Kapital“ und andere politische Gegner.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.

Zusammenschlüsse innerhalb der Partei DIE LINKE

Sitz / Verbreitung

»Antikapitalistische Linke (AKL)«

Sitz: Berlin

marx21

Sitz: Berlin; Unterstützerguppe in Nordrhein-Westfalen: Duisburg

Kommunistische Plattform (KPF)

Sitz: Berlin

Linksjugend [‘solid]

Bundesverband: Berlin

Landesverband: Düsseldorf und Essen

Gründung / Bestehen seit

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: 2006

marx21: 2007

Kommunistische Plattform (KPF): 1995

Linksjugend [‘solid]: 1999

Struktur / Repräsentanz

»AKL«, **marx21** und **KPF** sind Zusammenschlüsse beziehungsweise Teile der Partei DIE LINKE, die im Bundestag, in Landtagen und bundesweit in kommunalen Gremien vertreten ist

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: zunächst Strömung, seit 2013 anerkannter Zusammenschluss innerhalb der Partei DIE LINKE; sechs Bundessprecherinnen und ein Länderrat, in dem Delegierte aus jedem Bundesland sowie die sympathisierenden Parteivorstandsmitglieder vertreten sind

marx21: trotzkistisches Netzwerk innerhalb des Zusammenschlusses „Sozialistische Linke“ in der Partei DIE LINKE; lokale „Unterstützerguppen“ in den Bundesländern

Kommunistische Plattform (KPF): offen tätiger Zusammenschluss von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE

Linksjugend [‘solid]: Jugendorganisation der Partei DIE LINKE mit Bundesgeschäftsstelle, Bundessprechern und Landesverbänden

Mitglieder / Anhänger /

Unterstützer 2014

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: Bund: 467 ➡

marx21: nicht bekannt;

Kommunistische Plattform (KPF): 1.210 ➡

Linksjugend [‘solid]: Bund: 3.150 aktiv / 9.500 passiv ➡

Veröffentlichungen

»Antikapitalistische Linke (AKL)«: antikapitalistische-linke.de/
marx21: marx21.de/ sowie das Magazin fünfmal jährlich „marx21“

Kommunistische Plattform (KPF): die-linke.de/partei/zusammenschlusse/kommunistische-plattform-der-partei-die-linke/
und monatlich „Mitteilungen der Kommunistischen Plattform der Partei DIE LINKE“

Linksjugend [‘solid]:

Bund: linksjugend-solid.de; NRW: linksjugend-solid-nrw.de/;
Zudem berichtet regelmäßig die Tageszeitung „junge Welt (jW)“ auch über die politischen Strömungen innerhalb der Partei DIE LINKE.

Kurzportrait / Ziele

Gemeinsam ist – in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe – diesen Zusammenschlüssen, dass nicht nur das „kapitalistische System“ in der Bundesrepublik Deutschland überwunden werden soll, sondern eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in Deutschland angestrebt wird, die mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung nicht mehr zu vereinbaren ist.

Finanzierung

Kommunistische Plattform (KPF): Mittel der Partei DIE LINKE und Spenden.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der überwiegende Teil der Mitglieder der Partei DIE LINKE und wesentliche Teile der politischen Forderungen sind nicht als extremistisch anzusehen. Die Partei DIE LINKE lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet daher nicht die Partei DIE LINKE als Ganzes, sondern nur die linksextremistischen bzw. die im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehenden Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE. Dies sind die »Antikapitalistische Linke (AKL)«, das trotzkistische Netzwerk **marx21**, die **Kommunistische Plattform (KPF)** und die **Linksjugend [‘solid]**.

»Antikapitalistische Linke (AKL)«

Die »Antikapitalistische Linke (AKL)«, die als innerparteiliche Strömung 2006 gegründet wurde, wandelte sich 2013 von einer Strömung zu einem anerkannten Zusammenschluss in der Partei DIE LINKE. Sie verspricht sich davon, *„ihren Einfluss sowohl nach innen in die Linkspartei hinein als auch nach außen in der Zusammenarbeit mit den sozialen Bewegungen [zu] stärken“*.

Vor dem Hintergrund dieser Stärkung der innerparteilichen Stellung der »AKL« beschloss die Bundesmitgliederversammlung am 9. November 2013 in Hannover einen Text zum politischen Selbstverständnis mit dem Titel *„Kapitalismus bedeutet Krieg, Umweltzerstörung und Armut – für eine antikapitalistische Linke“*, der den ursprünglichen Gründungsaufwurf der »AKL« von 2006 mit der Forderung nach „grundlegende[n] Veränderungen der Wirtschaftsordnung“ ablöst. Die »AKL« sieht sich in dem neuen Grundlagentext als *„eine demokratische Erneuerungsbewegung, die die Verteidigung der Bürger- und individuellen Freiheitsrechte [...] mit einem Kampf gegen die herrschenden Eigentums- und Machtstrukturen verbindet“*. Bei der »AKL« bleibt die Tragweite der Formulierung *„Die AKL will Forderungen durchsetzen, die das kapitalistische System in Frage stellen, angreifen und letztlich überwinden“* unklar. Ihr nach wie vor zwiespältiges Verhältnis zum demokratischen Verfassungsstaat, insbesondere im Hinblick auf den Parlamentarismus, wie auch ihr ausgeprägtes Freund-Feind-Denken stellen gewichtige Anhaltspunkte für eine extremistische Ausrichtung dar.

Ein klares Bekenntnis zum demokratischen Verfassungsstaat lässt sich in den offiziellen Verlautbarungen der »AKL« nicht feststellen. Eine geringe Wahlbeteiligung wurde zum Beispiel durch den »AKL«-BundessprecherInnen-Rat am 15. September 2014 folgendermaßen interpretiert: *„Das Personal der herrschenden Klasse, ihre Spitzenleute wie die Parteien werden verachtet. Und wie immer spiegelt die Wahlbeteiligung die sozialen Verhältnisse wider. Die Wahlen werden immer mehr zu einer Veranstaltung der materiell wie kulturell Besserverdienenden.“*

Dass das Parlament als demokratisch legitimes Organ implizit eher instrumentell betrachtet wird, lässt sich insbesondere an der Kritik der »AKL« an der eigenen Partei an gleicher Stelle festmachen, sofern diese an Regierungskoalitionen beteiligt ist oder plant, sich daran zu beteiligen.



gen: „Ein bisschen mehr soziale Tunke, aber ansonsten die gleiche politische Entmündigung der Menschen und Vollstreckung der Interessen der Herrschenden“.

Der demokratisch-parlamentarische Verfassungsstaat wird für die »AKL« nur als Disziplinierungsinstrument für „systemkritische“ Parteien und Abgeordnete gesehen.

So gebe es „keine parlamentarische Lösung“, um die Krise des Kapitalismus zu beenden und die Interessen der von Lohnarbeit abhängigen Menschen zu vertreten, da der Parlamentarismus grundlegende Herrschafts- und Machtstrukturen nicht hinterfrage und somit die Interessen der Mehrheit nicht durchgesetzt würden.

marx21

In der Partei DIE LINKE agiert in dem Zusammenschluss »Sozialistische Linke« das trotzkistische Netzwerk **marx21**.

Dogmatisch beruft sich das Netzwerk unter anderem auf sozialistische Klassiker wie Marx und Luxemburg und propagiert Freiheit durch Sozialismus. Eine Reformierbarkeit des Kapitalismus – durch staatliche Intervention – wird dabei von **marx21** generell bestritten, stattdessen wirkt man auf seine Überwindung hin. Diese Überwindung könne allerdings nicht im vorgegebenen institutionellen Rahmen der Bundesrepublik stattfinden, sondern müsse durch eine starke außerparlamentarische Bewegung unter Führung der Partei DIE LINKE erfolgen. So forderte das Netzwerk die Parteimitglieder auf, sich von der „*verengten parlamentarischen Perspektive*“ zu lösen. Dazu müsse DIE LINKE zu einer Bewegungspartei werden, „*die soziale Bewegungen, insbesondere Klassenkämpfe, als zentrales Moment der gesellschaftlichen Veränderung*“ begreife.

Ziel von **marx21** ist eindeutig die Überwindung des bestehenden politischen Systems und die Abschaffung parlamentarischer Strukturen. Im Ergebnis lassen sich daher auch bei **marx21** kommunistische Positionen feststellen, die mit Verfassungsgrundsätzen des Grundgesetzes nicht in Einklang zu bringen sind.

Kommunistische Plattform (KPF)

Laut ihrer Gründungserklärung ist die **Kommunistische Plattform (KPF)** „*ein offen tätiger Zusammenschluß von Kommunistinnen und Kommunisten in der Partei DIE LINKE*“, der sich die



Bewahrung und Weiterentwicklung marxistischen Gedankenguts sowie deren Einbringung in die Politik der Partei zum Ziel gemacht hat und für den Sozialismus als Ziel gesellschaftlicher Veränderungen eintritt.



Ideologische Grundlage der **KPF** bilden nach wie vor die „Klassiker“ des Sozialismus bzw. Kommunismus wie die Schriften von Marx, Engels und Lenin, die nach Auffassung der **KPF** auch im 21. Jahrhundert noch gültig sind und von ihr zur Grundlage allumfassender Erklärungsansätze ökonomischer und politischer Prozesse erklärt werden.

Nach wie vor verteidigt die **KPF** die DDR als legitime antikapitalistische Alternative und verfolgt das Ziel einer sozialistischen Gesellschaft. So hält die **KPF** die Beschreibung „Unrechtsstaat“ für eine „denunziatorische [...] Beschreibung der DDR“, die keine Kritik an der DDR sei, sondern die „diffamierende Absage“ an die Legitimität ihrer Existenz als sozialistischer Staat.

Linksjugend ['solid]

Einen „*grundsätzlichen Systemwechsel*“ strebt auch die **Linksjugend ['solid]**, die Jugendorganisation der Partei DIE LINKE an, die sich selbst als einen „*kämpferische[n] und sozialistische[n] Jugendverband*“ charakterisiert.

Die parlamentarische Demokratie wird als untauglich für den Systemwechsel und nur „als Mittel zum Zweck“ betrachtet. So heißt es in ihrem am 5. April 2008 beschlossenen Programm: „*Als SozialistInnen, KommunistInnen, AnarchistInnen kämpfen wir für eine libertäre, klassenlose Gesellschaft jenseits von Kapitalismus, Ras-*



sismus und Patriarchat. [...] Die berühmten zwei Gräben Reform oder Revolution bilden für uns keinen Widerspruch. Wir streiten für einen grundsätzlichen Systemwechsel. [...] Wir wollen die Bühne des Parlamentarismus für den Kampf um eine gerechtere Welt nutzen, aber uns nicht der Illusion hingeben, dass dort der zentrale Raum für reale Veränderungen sei“.

Eine Reformierbarkeit des Kapitalismus wird auch von der **Linksjugend [‘solid]** generell bestritten, stattdessen wirkt die Jugendorganisation auf dessen Überwindung hin.

Die **Linksjugend [‘solid]** fungiert zudem weiterhin als Schnittstelle zwischen parlamentarischen und außerparlamentarischen Kräften. Diese Verbindungen reichen bis in die linksautonome Szene. Die **Linksjugend [‘solid]** bekennt sich unverändert zur Zusammenarbeit mit dem im Verdacht linksextremistischer Bestrebungen stehenden Bündnisnetzwerk »Interventionistische Linke (IL)«, einem Netzwerk mehrerer deutscher, nach eigener Darstellung „linksradikaler und antikapitalistischer“ Gruppen, von Einzelpersonen aus diversen Nichtregierungsorganisationen, von Zeitungsredaktionen sowie bundesweiten Kampagnen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Zusammenschlüsse »AKL«, **marx21**, **KPF** und die **Linksjugend [‘solid]** vertreten in unterschiedlicher dogmatischer Schärfe weiterhin Positionen, die auf eine sozialistische Staats-, Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung in der Bundesrepublik abzielen, die unter Überwindung des „kapitalistische Systems“ in der Bundesrepublik Deutschland nicht mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zu vereinbaren ist. **KPF**, **Linksjugend [‘solid]** und das Netzwerk **marx21** innerhalb der »Sozialistischen Linken« sind somit als linksextremistische, die »AKL« weiterhin als im Verdacht einer linksextremistischen Bestrebung stehende Zusammenschlüsse in der Partei DIE LINKE anzusehen.

Die Partei DIE LINKE wird vom Verfassungsschutz nicht beobachtet. Sie lässt allerdings innerparteilich Zusammenschlüsse zu und fördert diese teilweise sogar, bei denen entweder Anhaltspunkte für eine linksextremistische Bestrebung vorliegen oder zumindest den Verdacht begründen. Es handelt sich dabei um die Zusammenschlüsse »Antikapitalistische Linke (AKL)«, **Kommunistische Plattform (KPF)** sowie ihren Jugendverband **Linksjugend [‘solid]**. DIE LINKE sieht diese Gruppierungen als wichtigen Bestandteil der Partei an und gewährt ihnen durch die Satzung spezielle Rechte und finanzielle Unterstützung.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_zusdielinke](#)



Sitz / Verbreitung	Sitz: Essen; bundesweit Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen	
Gründung / Bestehen seit	1968	
Struktur / Repräsentanz	Entscheidungsgremien: Parteitag, Parteivorstand Gliederungseinheiten: Bezirksverbände Rheinland-Westfalen und Ruhr-Westfalen, Kreisverbände Parteivorsitz: Patrik Köbele Rats- und Bezirksvertretungsmandate: Bottrop (2 Rats- und 2 Bezirksvertretungssitze), Gladbeck (1 Ratssitz); je ein Vertreter in Wahlbündnissen in Bochum, Solingen, Neuss	
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Bund: rund 3.000 	NRW: rund 800 
Veröffentlichungen	Publikationen: UZ – Unsere Zeit (wöchentlich), Marxistische Blätter (theoretische Schriftenreihe) Web-Angebote: dkp.de, dkp-online.de, news.dkp.de	
Kurzportrait / Ziele	Die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) ist neben der Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD) eine Kernorganisation des orthodox-kommunistischen Linksextremismus. Die Partei versteht sich als politische Nachfolgerin der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Sie bekennt sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse“ zum Marxismus-Leninismus und strebt die revolutionäre Umgestaltung der Gesellschaft an.	
Finanzierung	Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge und Spenden	

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Nach Vorstellung der **DKP** soll die Arbeiterklasse als maßgebende gesellschaftsverändernde Kraft durch einen klassenkämpferisch-revolutionären Akt die kapitalistischen Eigentums- und Machtverhältnisse, den Parlamentarismus und den politisch-gesellschaftlichen Pluralismus überwinden. Gewaltanwendung wird dabei nicht ausgeschlossen. Über die Zwischenstufe des Sozialismus wird eine klassenlose kommunistische Gesellschaft angestrebt, in der alle wesentlichen Antagonismen (Gegensätze), insbesondere der zwischen Kapital und Arbeit, aufgehoben sein sollen. Individualgrundrechte haben nur noch eine stark eingeschränkte Bedeutung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

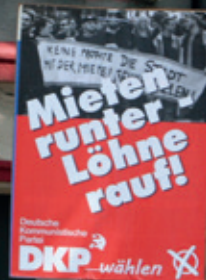
Die **DKP** hatte im Jahr 2014 verschiedene Arbeits- und Aktionsschwerpunkte.

Europawahl am 25. Mai 2014

Im Rahmen des 20. Parteitages 2013 hatte die **DKP** beschlossen, nicht zur Bundestagswahl 2013, jedoch zur Europawahl 2014 anzutreten. Die eigene Liste umfasste 36 Kandidatinnen und Kandidaten. Die erforderliche Anzahl von 4.000 Unterstützerunterschriften wurde mit rund 7.000 übertroffen. Das Motto der **DKP** zur Europawahl lautete: *„NEIN zum Europa der Banken und Konzerne! JA zum Europa der Solidarität und des Widerstands!“* Wie im Jahr 2009 erzielte die Partei bundes- und landesweit nur 0,1% der Stimmen (absolut: 25.204 bzw. 4.129).

Kommunalwahlen am 25. Mai 2014

Die **DKP** hatte bei den vergangenen Kommunalwahlen 2004 und 2009 landesweit Stimmen verloren. Dieser Trend setzte sich in 2014 fort. Sie erhielt in ganz Nordrhein-Westfalen lediglich 2.950 Stimmen (= 0,0%). In ihrer „Hochburg“ Bottrop ist sie im Rat noch mit zwei Mandatsträgern (vorher drei) vertreten und verlor damit den Status als Fraktion. In den Bottroper Bezirksvertretungen Mitte und Süd konnten beide Mandate gehalten werden. In Gladbeck wurde das Ratsmandat verteidigt und mit zwei kommunalen Bündnispartnern die Fraktion „Soziales Bündnis Gladbeck“ gebildet. In Bochum und Solingen haben **DKP**-Mitglieder kommunale Mandate über Listen von Wahlbündnissen erzielt. In Neuss wurde ein Mitglied der **DKP** auf der Liste der Partei DIE LINKE in den Stadtrat gewählt. Wahantritte in Dortmund und Essen sowie zu den Bezirksvertretungen in Düsseldorf-Gerresheim, Köln-Mitte und -Kalk blieben erfolglos.



Wahlplakate der DKP zu den Kommunalwahlen 2014

UZ-Pressesfest vom 27. bis 29. Juni 2014 in Dortmund

Nachdem die **DKP** 2013 auf das Pressesfest aus finanziellen Gründen und wegen parteiinterner Auseinandersetzungen verzichten musste, richtete sie das 18. Pressesfest ihrer Wochenzeitung **Unsere Zeit (UZ)** im Jahr des 40. Jubiläums – so die **Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend Bochum (SDAJ)** – „mit mehreren zehntausend Besuchern“ aus. Zur Finanzierung waren zuvor Spenden gesammelt worden. Thematische Schwerpunkte des Festes waren die Jugendarbeit der Partei und der Internationalismus. Der dem „reformerischen“ Flügel zuzuordnende Verein **Marxistische Linke – ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ (ML)** wurde von der Teilnahme ausgeschlossen. **ML** hatte sich im Februar 2014 ohne Beteiligung beziehungsweise Billigung des Parteivorstandes in Berlin gegründet. Damit setzte sich die bereits seit mehreren Jahren andauernde Auseinandersetzung zwischen „Reformern“ und „Orthodoxen“ in der **DKP** fort. Zugespitzt hatte sich die Kontroverse auf dem 20. Parteitag 2013 mit der Wahlniederlage der damaligen Parteivorsitzenden Bettina Jürgensen und der Wahl von Patrik Köbele. Die orthodox-kommunistische Strömung in der Partei hatte sich damit durchgesetzt. Auch die **MLPD**, die weiter an Stalin und Mao als Klassiker des Marxismus-Leninismus festhält und die **DKP** als „neorevisionistisch“ bezeichnet, wurde nicht zum Pressesfest eingeladen.



Anstrengungen zur Mitgliedergewinnung

Im Mai 2014 stellte der Parteivorstand fest, dass die Partei bundesweit offenbar nur noch etwa 3.000 Mitglieder zähle. Als Ursachen wurden auf der Tagung des Parteivorstandes strukturelle Defizite, Überalterung und mangelnde Mitgliederwerbung ausgemacht.

In der betrieblichen, gewerkschaftlichen und außerparlamentarischen Arbeit sollen deshalb durch die Parteizeitung **Unsere Zeit** vor allem politisch links orientierte junge Menschen verstärkt angesprochen und als Mitglieder gewonnen werden. Sonderausgaben von „UZ-Extra“ mit Themenschwerpunkten sowie ein neuer „UZ-Shop“ sollen zusätzlich das Profil der **DKP** stärken.



Internetauszug des UZ-Shop

Zusammenarbeit zwischen der DKP und SDAJ

Die **DKP** unterstützte 2014 ihren Jugendverband **SDAJ** sowohl organisatorisch als auch finanziell. Erklärtes Ziel war es dabei, durch eine stärkere Zusammenarbeit eine größere Bindung an die Partei zu bewirken und junge Leute für die Arbeit der **DKP** zu begeistern. So stand der Vorsitzende der **SDAJ** auf der Liste der Partei zur Europawahl. Zudem wird über Aktivitäten des Jugendverbandes regelmäßig auf dem Nachrichtenportal der **DKP** (news.dkp.de) berichtet. Gemeinsam richteten **DKP** und **SDAJ** im April 2014 in Köln einen „Jugendpolitischen Ratschlag“ aus, wobei beiderseits betont wurde, „an einem Strang ziehen“ zu wollen. Die **DKP** unterstützte außerdem die **SDAJ**-Kampagne *„Unsere Zukunft statt eure Profite – Ausbeuter outhen, Ausbildung erkämpfen!“*. Anlässlich eines **SDAJ**-Kongresses im September 2014 in Köln wurde eine UZ-Extra-Ausgabe zum Thema Arbeiterjugendpolitik herausgegeben.



Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die Partei leidet weiterhin an geringer Organisationsdichte, schwindenden Mitgliederzahlen, Überalterung und ihrer inneren Zerstrittenheit. Ihr Image erscheint für potenzielle Bündnispartner und für junge Menschen nicht sonderlich attraktiv. Die verstärkte Zusammenarbeit mit der **SDAJ** und Aktionen zur Mitgliederwerbung dürften an der Lage der Partei wenig ändern. Immerhin berichtete die **SDAJ** über fünf Gruppenneugründungen im Land (Münster, Düsseldorf, Siegen, Witten und Märkischer Kreis).


Obwohl parlamentarische Wahlen für eine orthodox-kommunistische Partei wie die **DKP** ideologisch keinen allzu hohen Stellenwert haben, ist die Teilnahme daran von Bedeutung, um als politische Kraft öffentlich wahrgenommen zu werden. Die Ergebnisse der Europawahl und der Kommunalwahlen 2014 sind jedoch nicht so ausgefallen, wie es sich die **DKP** vorgestellt hat. Wahl- und gesellschaftspolitisch ist und bleibt die Partei weiterhin bedeutungslos.

Wichtiger sind für die Partei neben der Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit die Systemkritik im „außerparlamentarischen Kampf“ und der „Kampf auf der Straße“, um in Bündnissen mit Gleichgesinnten zu versuchen, linksorientierte Kräfte zu bündeln und eine politische Alternative anzubieten. Trotz partieller Zusammenarbeit bei Wahlen und thematischen Schnittmengen bleibt das Verhältnis der **DKP** zur Partei DIE LINKE nicht unbelastet, was insbesondere bei der Bildung der rot-rot-grünen Landesregierung in Thüringen deutlich wurde. Die **DKP** rechnet DIE LINKE dem bürgerlich-parlamentarischen System zu. Die Akzeptanz der Bezeichnung „Unrechtsstaat“ in Bezug auf die DDR durch die rot-rot-grüne Landesregierung in Thüringen wird von der **DKP** nicht akzeptiert und als öffentlichkeitswirksame „Delegitimierung des Sozialismus“ abgetan.

Auf der politischen Agenda stehen öffentlichkeitswirksame Aktionen wie die Kritik am geplanten Freihandelsabkommen mit den USA (unter anderem durch Unterschriftensammlung) und das traditionelle gemeinsame Engagement mit örtlichen und regionalen Bündnispartnern bei Ostermärschen und Demonstrationen gegen militärische Einrichtungen. Die **DKP** sucht auf diese Weise Anschluss und möchte sich zu diesen Anlässen und an Jahrestagen wie dem 8. Mai (Ende des 2. Weltkrieges), dem Antikriegstag im September und dem 9. November (Reichspogromnacht) als systemkritische Alternative präsentieren.

Wichtiger als Wahlen ist für die Partei die Arbeit in der „außerparlamentarischen Opposition“, das heißt die Gewerkschafts- und Betriebsarbeit sowie in Bündnissen bei Demonstrationen, um Themen wie Kapitalismuskritik, Antifaschismus, Antimilitarismus, soziale Gerechtigkeit und Ökologie mit kommunistischer Ideologie zu verknüpfen. Aufgrund ihrer strukturellen Probleme hat die **DKP** aber weiter politische Schlagkraft verloren. Hierzu trägt auch der seit einigen Jahren in der **DKP** geführte Streit zwischen dem orthodox-kommunistischen und dem reformerischen Flügel bei.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dkp](#)



Sitz / Verbreitung	Sitz: Gelsenkirchen; Schwerpunkt in Nordrhein-Westfalen	
Gründung / Bestehen seit	1982	
Struktur / Repräsentanz	<p>Keine Bundestags- und Landtagsmandate; Vorsitzender: Stefan Engel (seit 1982)</p> <p>Entscheidungsgremien: Parteitag, Zentralkomitee (ZK)</p> <p>Gliederungseinheiten: Landes-, Kreis-, Ortsverbände, Betriebs- und Wohngebietsgruppen</p> <p>Nebenorganisationen: Rebell und Rotfuchse (Jugend- bzw. Kinderorganisation der Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)); Vorfeldorganisationen: u.a. »kommunale Wahlbündnisse wie »AUF«</p> <p>Rats- und Bezirksvertretungsmandate in Wahlbündnissen mit dominierendem MLPD-Einfluss: Neukirchen-Vluyn über »NV AUF geht's« (3 Ratssitze / 0 Bezirksvertretungssitze), Bergkamen über »BergAUF« (2 / 0), Mülheim an der Ruhr über »Mülheim für AUF« (früher »WIR für Mülheim«) (1 / 0), Gelsenkirchen über »Gelsenkirchen für AUF« (1 / 1), Witten über »AUF Witten« (1 / 0) und Solingen über »Solingen aktiv« (1 / 1)</p>	
Mitglieder / Anhänger /	Bund: rund 1.900 ➡	NRW: rund 650 ➡
Unterstützer 2014		
Veröffentlichungen	<p>Publikationen: Rote Fahne (RF) (wöchentlich; Auflage ca. 8.000); Lernen und Kämpfen (LuK) (mehrmals jährlich; Mitgliedermagazin); Rebell (zweimonatlich; Magazin des gleichnamigen Jugendverbandes); Revolutionärer Weg (theoretische Schriftenreihe); diverse Buchpublikationen</p> <p>Web-Angebote: mlpd.de, rf-news.de, rotefahne.info</p>	
Kurzportrait / Ziele	Das gesamte Aktionspotenzial der MLPD fußt auf dem geschlossenen marxistisch-leninistischen Weltbild einer klassischen	

kommunistischen Kaderpartei. Dies zeigt sich auch in der dogmatisch unantastbaren Stellung des seit der Parteigründung amtierenden Vorsitzenden. In Nordrhein-Westfalen verfügt die Partei über einen Landesverband.

Das Hauptaugenmerk ihrer politischen Arbeit legt die Partei neben der Frauen- und Jugendpolitik vorwiegend auf die Betriebs- und Gewerkschaftsarbeit sowie der Beteiligung an sozialen Protesten. Da sich die **MLPD** in einer fortdauernden Verfolgungssituation durch den Staat und seine Organe wähnt, agiert sie auf kommunaler Ebene verdeckt. Hier unterstützt die Partei angeblich unabhängige Personenwahlbündnisse mit der Bezeichnung »AUF« (für: „alternativ, unabhängig, fortschrittlich“), die jedoch zum Teil personell mit der **MLPD** verflochten sind.

Finanzierung

Überwiegend durch Mitgliedsbeiträge, Spenden und Einnahmen aus Vermögen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die 1982 aus dem **Kommunistischen Arbeiterbund Deutschlands (KABD)** hervorgegangene **MLPD** bekennt sich nach wie vor zu den Lehren von Marx, Engels, Stalin und Mao Tse Tung und verbindet nach eigener Aussage „den Kampf um die Forderungen der Arbeiter- und Volksbewegungen mit dem Ziel der internationalen sozialistischen Revolution“. Die Zielsetzung der **MLPD** ist durch eindeutig verfassungsfeindliche Aussagen geprägt. Bereits die Präambel in den Parteistatuten verdeutlicht dies, wo es unter anderem heißt: „Die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) versteht sich als politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland. Ihr grundlegendes Ziel ist der revolutionäre Sturz der Diktatur des Monopolkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats für den Aufbau des Sozialismus als Übergangsstadium zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“. Die angestrebte Gesellschaftsordnung soll durch eine Revolution erreicht werden, in deren Verlauf sich die „Arbeiterklasse unter Führung ihrer Partei [Anmerkung: gemeint ist die MLPD] zum bewaffneten Aufstand erheben, [...] den bürgerlichen Staatsapparat zerschlagen, [...] die Diktatur des Proletariats errichten und [...] gegen die Konterrevolution verteidigen“ müsse.

Europawahl am 25. Mai 2014

Mit 5.021 Unterstützerunterschriften übertraf die **MLPD** die zur Zulassung zur Europawahl erforderlichen 4.000 Unterstützerunterschriften und nahm mit einer Liste mit 18 Kandidaten an der Europawahl teil. Spitzenkandidaten waren Peter Weispfenning (Internationalismus-Verantwortlicher und ZK-Mitglied der **MLPD**) und Lisa Gärtner (Vorsitzende des Jugendverbands **Rebell**). Mit der Losung „**Rebellion** gegen die EU ist gerechtfertigt!“ wollte sich die Partei wegen „der berechtigten Empörung unter den Massen über die EU-Bürokratie“ als Alternative für eine „positive, internationalistische und sozialistische Perspektive“ anbieten.

Die **MLPD** erzielte bundesweit und im Land nur 0,1% der Stimmen (absolut: 18.198), davon 3.858 Stimmen in Nordrhein-Westfalen. Die **MLPD** bewertet den Wahlkampf dagegen als erfolgreich in Anbetracht der zur Verfügung stehenden Kürze der Zeit und aufgrund einer angeblichen Benachteiligung durch einen medialen Boykott.

Kommunalwahlen am 25. Mai 2014

Auf kommunaler Ebene steuert die **MLPD** im Hintergrund angeblich unabhängige und überparteiliche – »alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)« – Personenwahlbündnisse, in denen ihre Mitglieder aktiv für die Sache des „echten Sozialismus“ im Sinne des Parteiprogramms eintreten.

In Bergkamen, Witten, Solingen und Gelsenkirchen haben diese Bündnisse ihre Mandate behalten. In Mülheim erzielte das im März 2014 neu gebildete Bündnis »Mülheim für AUF« nach der Loslösung aus dem Bündnis »WIR Mülheim« ein Mandat im Rat der Stadt. In Neukirchen-Vluyn wurde zu den bestehenden zwei Ratsmandaten ein weiteres Ratsmandat erzielt. In Essen verlor das Bündnis »Essen steht AUF« das bisherige Ratsmandat. Im Ergebnis hat sich die Zahl der Mandate für die »AUF«-Bündnisse damit nicht verändert.



Umweltpolitik als wichtiger strategischer Baustein der MLPD

Die **MLPD** hatte bereits auf ihrem Parteitag 2012 die Umweltpolitik zu ihrer „zweitwichtigsten Kampflinie für die Vorbereitung der internationalen Revolution“ erklärt, um auch auf diesem Gebiet den Kapitalismus zu bekämpfen und die angestrebte internationale Revolution der Arbeiterbewegung zu forcieren.

Vor diesem Hintergrund erschien im März 2014 das Buch „Katastrophenalarm – Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“. Herausgeber ist der Parteivorsitzende Stefan Engel gemeinsam mit einem Autorenkollektiv, das zum Teil aus langjährigen Parteifunktionären besteht. Das Buch legt zwar faktenbasiert, jedoch in typisch kommunistischer Dialektik dar, dass die weltweiten Umweltprobleme die Folge marktliberalen Wirtschaftens kapitalistischer Gesellschaften sind, denen nur durch revolutionäre Veränderungen im Sinne sozialistischer beziehungsweise kommunistischer Ideologie begegnet werden kann. Das Buch ist seit seinem Erscheinen zentraler Bestandteil der ideologischen Schulungsarbeit der Partei.



Flyer zum Buch „Katastrophenalarm – Was tun gegen die mutwillige Zerstörung der Einheit von Mensch und Natur?“

Das Buch steht im Kontext mit dem von der **MLPD** forcierten Aufbau einer „überparteilichen Umweltgewerkschaft“. Diese wurde bereits im Jahr 2012 in einer international angelegten Unterschriftenaktion gegen Atomkraft als Folge des Reaktorunfalls in Fukushima (Japan) im Rahmen des internationalen Engagements der **MLPD** in der »Internationale Koordinierung revolutionärer Parteien und Organisationen (ICOR)« thematisiert. Die Gründung wurde mit mindestens 5.000

Initiatoren für Herbst 2014 ins Auge gefasst. Bereits in der Schlussresolution des Parteitagess 2012 heißt es hierzu:

„Die MLPD greift den Vorschlag zum Aufbau einer überparteilichen Umweltgewerkschaft auf und fördert sie intensiv. [...] In ihr muss die Arbeiterklasse zur führenden Kraft werden, die sich eng verbinden muss mit den vielfältigen anderen Kräften der kämpferischen Umweltbewegung aus den kleinbürgerlichen Zwischenschichten bis hinein in Teile der nichtmonopolistischen Bourgeoisie.“

Die sogenannte »Umweltgewerkschaft« ist Ende November in Berlin als Verein mit dem Ziel der Anerkennung der Gemeinnützigkeit gegründet worden. Der maßgebende Einfluss der **MLPD** wird aufgrund der Ziele, Sprachmuster und im Kontext mit der »Umweltgewerkschaft« genannten Organisationen beziehungsweise Veranstaltungen deutlich.

Gerichtliches Vorgehen des »Frauenverbandes Courage e.V.« gegen Verfassungsschutzbericht 2013 bleibt erfolglos

Der »Frauenverband Courage e.V.« hat im Juli 2014 im Wege der einstweiligen Anordnung beim Verwaltungsgericht Düsseldorf beantragt, dem Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen (MIK) die Verbreitung des Verfassungsschutzberichts 2013 – in gedruckter Form – zu untersagen, sofern nicht zuvor Passagen über »Courage« entfernt oder unleserlich gemacht würden.

Mit Beschluss vom 1. September 2014 hat das Verwaltungsgericht Düsseldorf den Antrag zurückgewiesen und festgestellt, dass die Berichterstattung des MIK rechtlich nicht zu beanstanden sei und keine Zweifel an dem Vorliegen tatsächlicher Anhaltspunkte für den Verdacht bestehen, dass »Courage« für einen verfassungsfeindlichen Personenzusammenschluss in Gestalt der **MLPD** handelt. Die **MLPD** sehe »Courage« als Mittel, die eigenen verfassungsfeindlichen Gedanken und Ideologien weiteren Kreisen der Gesellschaft zugänglich zu machen und sie dort zu verbreiten. Dass »Courage« auch in Kenntnis dieser Auffassung an seiner Zusammenarbeit mit der **MLPD** festhalte und auch in Zukunft festhalten will, bekräftige den Verdacht, dass »Courage« durch sein nachdrückliches Unterstützen der **MLPD** selbst verfassungsfeindliche Ziele verfolge.

Die Beschwerde von »Courage« gegen diesen Beschluss wurde vom Oberverwaltungsgericht Nordrhein-Westfalen mit der Bestätigung der erstinstanzlichen Entscheidung und mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass der Verdacht auf verfassungsfeindliche Bestrebungen und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht gerechtfertigt seien, wenn man wie »Courage« mit einer verfassungsfeindlichen Partei zusammenarbeite, ohne sich von deren Verhalten und Zielen ernsthaft zu distanzieren. Derzeit ist noch das Hauptsacheverfahren beim Verwaltungsgericht Düsseldorf anhängig.

Das Vorgehen ist im Zusammenhang mit der Entziehung der Gemeinnützigkeit des Frauenverbandes Ende 2012 durch das Finanzamt Wuppertal zu sehen. Nach erfolglosem Einspruchsverfahren klagt der Verband derzeit vor dem Finanzgericht auf Anerkennung der Gemeinnützigkeit. In sämtlichen Verfahren wird »Courage« anwaltlich durch eine Kanzlei vertreten, deren Inhaber zum Teil Mitglieder des Zentralkomitees der **MLPD** sind, also des zentralen Führungsgremiums der Partei.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die „Kritik-Selbstkritik-Kampagne“ unter dem Motto *„Erkämpfen wir die Selbstveränderung von MLPD und Rebell mit der neuen umweltpolitischen Aufgabenstellung“* soll die durch die Gründung der »Umweltgewerkschaft« neue ökologische Ausrichtung der Partei in Vorbereitung auf den kommenden Parteitag unterstützen. In einer Aktionseinheit mit ihren als „Selbstorganisationen der Massen“ bezeichneten Vorfeld- und Nebenorganisationen will die Partei diesen neuen Fokus auch öffentlich herausstellen.

Nach dem ersten Musikfestival des Jugendverbands **Rebell** in Truckenthal (Thüringen) und dem „Frauenpolitischen Ratschlag“ in Chemnitz in diesem Jahr stehen für 2015 das „17. Internationale Pfingstjugendtreffen“ in Gelsenkirchen, die Vorbereitungen zur die „2. Weltfrauenkonferenz“ in Nepal 2016 und die Fortführung der Solidaritätsaktionen für die Kurden in Rojava (Syrien) an.

Die Ergebnisse der Europawahl und der Kommunalwahlen zeigen erneut, dass die **MLPD** wahlpolitisch unbedeutend bleibt und auf niedrigem Niveau stagniert. Die Gründung der sogenannten »Umweltgewerkschaft« entspricht der seit Jahren praktizierten Strategie der **MLPD**, über Organisationen, die sich positiv besetzten gesellschaftlichen Themen widmen, die eigene politische Isolierung aufzubrechen. Die Verknüpfung der Umweltfrage mit kommunistischer Ideologie im Sinne eines „echten Sozialismus“ soll die Partei vor allem für politisch interessierte jüngere Menschen attraktiv machen. Die »Umweltgewerkschaft« ist zugleich Ausdruck des zunehmenden internationalen Engagements der **MLPD**, das sie seit der Gründung der »ICOR« in 2010 verstärkt vorantreibt. Zuletzt wurde der **MLPD**-Vorsitzende Stefan Engel Anfang 2014 bei der 2. Weltkonferenz der »ICOR« als Hauptkoordinator bestätigt. In diesem Kontext sind auch andere internationale Konferenzen, zum Beispiel der Frauenbewegung und von Berg-, Hafen- und Automobilarbeiter, zu bewerten.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_mlpd](#)

Autonome Linksextremisten

Sitz / Verbreitung	Landesweite Verteilung mit lokalen Schwerpunkten in Ballungszentren. Autonome Hochburgen liegen außerhalb von Nordrhein-Westfalen.
Gründung / Bestehen seit	Ende der 1970er- bzw. Anfang der 1980er-Jahre aus Ausläufern der Studentenbewegung der 1968er-Jahre, der Sponti-Szene der 1970er-Jahre und der Punk-Subkultur entstanden
Struktur / Repräsentanz	Szenestrukturen sind von weitgehend hierarchiefreien Netzwerken mit themen- oder aktionsbezogener Ausrichtung; Internet fungiert als offenes Kontaktmedium; überregionale Treffen mit Delegierten örtlicher oder thematisch gebundener Zusammenhänge.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Rund 780 Personen in Nordrhein-Westfalen
Veröffentlichungen	Veröffentlichungen in szenebezogenen Internetportalen, Internetblogs und sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	<p>Die linksautonome Szene ist eine heterogene, alternative Mischszene, deren gemeinsame ideologische Basis fundamental-anarchistische und kommunistische Theoriefragmente bilden. Ihr Ideal sieht sie in einem selbstbestimmten Leben frei von Herrschaftsverhältnissen. Die Szene ist insgesamt eher weniger ideologiefixiert als aktionsorientiert. Staatliche und gesellschaftliche Normen, Hierarchien und Verbindlichkeiten werden als Unterdrückungsmechanismen („Repression“) abgelehnt. Eine verbindliche Festschreibung auf konkrete politische Ziele widerspricht autonomen Denkmustern, jedoch wird der von weitgehender Handlungsfreiheit geprägte Lebensstil in „Freiräumen“ wie Wohngemeinschaften, besetzten Häusern oder soziokulturellen Zentren ausgelebt. Der Mangel an verbindlicher Zielsetzung wird über das Erlebnis identitätsstiftender, gemeinsamer politischer Protestaktivitäten (beispielsweise zu den Themen Antifaschismus,</p>

Antirassismus, Antikapitalismus, Antigentrifizierung) ausgeglichen. Gewalt ist dabei ein grundsätzlich akzeptiertes Mittel im Kampf gegen den Staat und andere politische Gegner.

Finanzierung

Keine Mitgliedsbeiträge; ereignis- oder anlassbezogene Finanzierung von Aktionen und Kampagnen durch Solidaritätskonzerte und -partys oder Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der Wunsch nach einem selbstbestimmten Leben ohne Staat und gesellschaftliche Zwänge bedingt, dass Autonome staatliche und gesellschaftliche Normen ablehnen. Der demokratische Rechtsstaat wird von ihnen als Zwangssystem bekämpft. Insbesondere Rechtsextremisten, aber zum Teil auch demokratischen Parteien und Organisationen beziehungsweise deren Vertreter werden von Linksautonomen durch die Verfassung garantierte Grundrechte, insbesondere die Versammlungsfreiheit, abgesprochen. Gewalt wird dabei als legitimes Mittel der Auseinandersetzung mit dem politischen Gegner und der Polizei angesehen. Die Polizei wird dabei als „Beschützer der Rechten“ und als Teil des „staatlichen Repressionsapparats“ betrachtet. Insbesondere die Ablehnung des staatlichen Gewaltmonopols durch die linksautonome Szene bei gleichzeitiger Befürwortung des Gewalteinsatzes zur Erreichung der eigenen politischen Ziele ist nicht vereinbar mit der freiheitlichen demokratischen Grundordnung.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Linksautonome beteiligten sich innerhalb Nordrhein-Westfalens im Herbst und Winter 2014 mit bis zu mehreren Hundert Teilnehmern an den zumeist wöchentlichen Protestdemonstrationen gegen Kundgebungen von islamkritischen Organisationen. Ihre Teilnahme und damit gelegentlich verbundene Störungen standen jedoch in keinem Verhältnis zu der weit darüber hinausgehenden Anzahl friedlich protestierender Demonstranten, die keinen Raum für nennenswerte Gewaltausübung durch Protagonisten der linksautonomen Szene boten. Anders verhielt es sich jedoch bei einer Demonstration der Strömung „Hooligans gegen Salafisten“ („HoGeSa“) am 15. November 2014 in Hannover, bei der im Nachgang vier Teilnehmer aus Bielefeld von Antifa-Aktivist*innen angegriffen und zum Teil sehr schwer verletzt wurden. In einem Internetportal äußerten dazu „Autonome Antifaschist*innen aus Bielefeld“ ohne jede Distanzierung, sie seien *„der traurigen Überzeugung, dass für einen konsequenten Antifaschismus unter bestimmten Umständen auch militante Aktionsformen notwendig sein können. Eine grundsätzliche Entsolidarisierung mit militanten Antifaschist*innen steht für uns deshalb in keiner Weise zur Debatte.“*

Linksautonome Gruppierungen aus Nordrhein-Westfalen beteiligten sich mit eigenen Aktionen insbesondere an der Mobilisierung der von kapitalismuskritischen und in Teilen auch von links-



YouTube-Video zum Aktionstag in Düsseldorf

extremistisch beeinflussten Institutionen getragenen „Blockupy“-Kampagne. In Düsseldorf fand am 17. Mai 2014 ein „Blockupy-Aktionstag“ mit autonomer Beteiligung statt, bei dem die Geschäftsabläufe von Einzelhandelsfilialen mit hochpreisigen oder in Billiglohnländern produzierten Waren gestört wurden. Anschließend zog man zum Flughafen, um dort gegen Abschiebungen zu demonstrieren.

Linksautonome arbeiten auch bei der Vorbereitung und Planung von Kampagnen gegen Großereignisse mit zivildemokratischen Institutionen zusammen. Häufig tritt dabei die linksautonome Szene als wesentlicher Motor der Mobilisierung auf. So wurden bereits Treffen zur Vorbereitung von Protestaktivitäten gegen die Eröffnung der Europäischen Zentralbank (EZB) in Frankfurt/Main im März 2015 und gegen den G7-Gipfel auf Schloss Elmau (Bayern) im Juni 2015 mit maßgeblicher Beteiligung auch von Protagonisten der autonomen Szene aus Nordrhein-Westfalen durchgeführt. Nach einer Pressemitteilung zur bundesweiten „Aktionskonferenz zur Mobilisierung gegen den G7-Gipfel 2015 in Elmau“ am 21. September 2014 in München äußerte der Repräsentant einer Bonner Gruppierung, man beabsichtige die Gipfelveranstaltung auf Schloss Elmau nicht nur zu stören, sondern gar zu verhindern. Diese Erklärung wurde zwar dahingehend eingeschränkt, dass man sich an das Gesetz halten wolle, allerdings rechnen Sicherheitsbehörden dennoch mit einer Teilnahme von Gewalt befürwortenden Aktivisten an den Protestaktionen, die sich an derartige öffentliche Aussagen nicht gebunden fühlen.

Im Zusammenhang mit den Ereignissen in Syrien hat auch das Thema Kurdistan-solidarität neuen Aufwind in der linksextremistischen Szene erhalten. Die deutsche Unterstützung kurdischer Peschmerga-Kämpfer im Kampf gegen die Terrororganisation **Islamischer Staat (IS)** wurde unter anderem auch zur Forderung nach einem Wegfall des **PKK**-Verbots genutzt. Auf den

Internetseiten der **Roten Aktion** aus Köln und der bundesweit vernetzten Jugendorganisation **Young Struggle** wurde über die mehrtägige Reise einer Delegation mit dem Namen „Grenzenloser Widerstand“ in das türkisch-syrische Grenzgebiet Anfang Oktober 2014 mit entsprechenden Internetlinks berichtet. Daran nahmen auch Aktivisten aus dem Umfeld der linksautonomen Szene in Nordrhein-Westfalen teil, die in ein Dorf nahe der teilweise vom **IS** besetzten syrischen Stadt Kobanê reisten und dort angeblich Truppenbewegungen und Manöver beobachteten. Im Nachgang fanden bundesweit Informationsveranstaltungen statt, bei denen die Teilnehmer über ihren Aufenthalt berichteten und zu Spenden an die kurdische Freiheitsbewegung aufriefen.

Auch bei der Demonstration am 6. Dezember 2014 in Köln gegen die dort stattfindende Sitzung der Innenministerkonferenz (IMK) wurde mit linksautonomer Beteiligung sowohl gegen die europäischen Flüchtlings- und Zuwanderungsbestimmungen als auch gegen das **PKK**-Verbot protestiert. Verglichen mit den Kundgebungen gegen die IMK in Vorjahren war die Gesamtbeteiligung mit rund 2.000 Teilnehmern ungewöhnlich hoch, wobei die prokurdischen Teilnehmer dabei mehr als die Hälfte der Demonstranten ausmachten.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Neben der Flüchtlingsdebatte und den neuen Aktionsformen islamkritischer und -feindlicher Akteure war vor allem der Bürgerkrieg im Nahen und Mittleren Osten der Auslöser für Aktivitäten der linksautonomen Szene. Dies wird sich im Jahr 2015 fortsetzen. Besondere Aktivitätsschwerpunkte des linksautonomen Spektrums werden allerdings die Eröffnung der EZB am 18. März 2015 in Frankfurt und der anschließende Protest gegen den G7-Gipfel in Elmau sein. Hier ist mit Anreisen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem europäischen Ausland zu rechnen.

Thematisch bildete der Antifaschismus jahrelang den deutlichen Schwerpunkt der Aktivitäten der linksautonomen Szene. Bereits im letzten Jahr war festzustellen, dass von dieser Dominanz nicht mehr gesprochen werden kann. Die Bündelung der Themenfelder Antikapitalismus, Antirassismus, Antimilitarismus und Antigentrifizierung aus den Vorjahren setzt sich fort.

Darüber hinaus können jederzeit aktuelle Anlässe, zum Beispiel aufgrund der Entwicklung im Nahen und Mittleren Osten oder Flüchtlingsdramen auf dem Mittelmeer, zu einer kurzfristigen Mobilisierung und einem gesteigerten Aggressionspotential führen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: autonome

Ausländerextremismus

Ülkücü-Bewegung („Graue Wölfe“)	112
Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (DHKP-C)	118
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)	122
Tamilische Befreiungstiger (LTTE)	128

Der Verfassungsschutz beobachtet im nichtislamistischen Ausländerextremismus schwerpunktmäßig Bestrebungen, die die Voraussetzungen des § 3 Abs. 1 Nr. 3 oder 4 VSG NRW erfüllen oder bei denen Anhaltspunkte für den Verdacht einer solchen Bestrebung vorliegen. In diesen Bereichen finden sich Ideologieelemente aus dem Rechtsextremismus (**Ülkücü-Bewegung**) und Linksextremismus (**PKK** und **DHKP-C**) sowie separatistische Bestrebungen (**LTTE**).

Insbesondere das Aktionsverhalten der nichtislamistischen extremistischen Ausländerorganisationen, namentlich das der **PKK**, wird entscheidend von den Entwicklungen und Ereignissen in den jeweiligen Herkunftsländern geprägt. Im Jahr 2014 waren zudem die Auseinandersetzungen zwischen kurdischen Kräften und IS-Kämpfern in Syrien im Raum Kobane Auslöser für Aktionen von **PKK**-Anhängern in Deutschland. So kam es beispielsweise im Oktober 2014 in Düsseldorf zu einer Solidaritätsaktion in Form einer Demonstration mit rund 21.000 Teilnehmern, bei der gleichzeitig auch eine Aufhebung des **PKK**-Verbots gefordert wurde.

Für den Bereich der **LTTE** sind die jährlichen Gedenkveranstaltungen zum sogenannten Märtyrergedenken weiterhin einer der wichtigsten Identifikationspunkte ihrer Anhänger. Im Vergleich zu den Vorjahren sind die Teilnehmerzahlen tendenziell steigend. Hinsichtlich der seit einigen Jahren beobachtbaren Auseinandersetzungen innerhalb der **LTTE** zeichnen sich Anhaltspunkte dafür ab, dass die konkurrierenden Flügel inzwischen wieder aufeinander zugehen. Seit dem Jahr 2013 werden beispielsweise keine konkurrierenden Veranstaltungen zum Thema Heldengedenktag mehr durchgeführt.

Die **DHKP-C** hat bereits im Jahr 1999 erklärt, in Westeuropa auf den Einsatz von Gewalt zur Umsetzung ihrer Ziele verzichten zu wollen. Diese Zusage hat bislang weiterhin Bestand. In der Türkei hingegen ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch die Organisation nach wie vor aktuell. Dies zeigte sich zuletzt an einem durch Wachsoldaten vereitelten Anschlag mit Handgranaten und einer Schusswaffe am 7. Januar 2015 am Dolmabahce-Palast in Istanbul.

Für den Bereich der **Grauen Wölfe** ergibt sich aus Verlautbarungen des Dachverbandes **ADÜTDF**, dass dieser sich weiterhin darum bemüht, das Image eines eher kulturell tätigen denn politisch agierenden Dachverbandes zu pflegen. Die Organisation setzt damit auf den Ausbau ihrer Strukturen und versucht zugleich, insbesondere Jugendliche an sich zu binden und für die Ideologie der [Grauen Wölfe] einzunehmen. Das Aktionsverhalten der **Grauen Wölfe** war im Berichtszeitraum wie bereits im Vorjahr in Nordrhein-Westfalen rückläufig. Gleichwohl verbreiten **Graue Wölfe** nach wie vor ihre verbale Hetze gegen die selbst propagierten Feindbilder wie beispielsweise Kurden und Armenier über das Internet.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass **PKK**, **DHKP-C** und die **LTTE**, gegebenenfalls auch unter Einsatz von Gewalt und Terror, eine radikale Veränderung der politischen Verhältnisse im jeweiligen Heimatland anstreben. Trotz des hier bestehenden Strafverfolgungsdrucks versuchen die Gruppierungen Deutschland als sicheren Rückzugsraum zu nutzen, um von hier aus die Heimatorganisationen ideologisch und auch finanziell zu unterstützen.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.

Ülkücü-Bewegung („Graue Wölfe“)

Sitz / Verbreitung

Die **Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)** hat ihren Sitz in Frankfurt am Main. In Nordrhein-Westfalen sind rund 70 Vereine unter dem Dachverband der **ADÜTDF** organisiert.

Gründung / Bestehen seit

Die **ADÜTDF** wurde 1978 in Frankfurt am Main als **Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Europa e.V.** gegründet. Im Jahr 2007 hat sie sich in **Föderation der Türkisch- Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V.** umbenannt.

Struktur / Repräsentanz

Die **Ülkücü-Bewegung** ist heterogen strukturiert und setzt sich aus mehreren Dachverbänden, unter anderem der **ADÜTDF**, einigen Abspaltungsvereinen sowie einer Anzahl von organisationungebundenen Anhängern zusammen. Je nach Ausrichtung der jeweiligen Gruppierung stehen islamische, ultranationalistische oder rassistische Inhalte im Vordergrund. Das gemeinsame und verbindende Element ist ein auf Hegemonie und imperiale Machtentfaltung ausgerichteter türkischer Nationalismus. Die zur **Ülkücü-Bewegung** zählenden Gruppierungen lassen sich in drei Hauptströmungen unterteilen:

Die erste Strömung richtet ihre Ideologie vorwiegend nach dem Alt-Türkentum aus und ist stark rassistisch geprägt. Sie ist in der Türkei in Form kleinerer Gruppen oder Zusammenschlüsse organisiert. Die zweite Strömung glorifiziert das Türkentum und verfolgt im Wesentlichen die Ziele der in der Türkei als Milliyetçi Hareket Partisi (MHP) aktiven Partei. Im Ausland verfügt diese Strömung über Massenorganisationen wie beispielsweise die **ADÜTDF**. Die dritte Strömung orientiert sich stärker am Islam und den Zielen der in der Türkei aktiven **Büyük Birlik Partisi (BBP)**.

Mitglieder / Anhänger /
Unterstützer 2014

Ülkücü-Bewegung: nicht bezifferbar
Vereinsgebundene **ADÜTDF**-Mitglieder:
Bund: circa 7.000 → NRW: circa 2.000 →

Veröffentlichungen

Publikation: »Bülten« (Bulletin der Türkischen Föderation)
Webangebot: Türkischsprachige Homepage der **ADÜTDF** und
umfangreiche Internetaktivitäten unter zahlreichen Internetadressen

Kurzportrait / Ziele

Als **Graue Wölfe** oder **Ülkücüs** werden die Anhänger der im türkischen Parlament vertretenen rechtsextremen Partei der Nationalistischen Bewegung (MHP) sowie anderer türkisch-nationalistischer Gruppierungen bezeichnet.

Je nach Ausrichtung der Gruppierung dominieren islamische, ultranationalistische oder rassistische Inhalte. Prägend für die Bewegung ist ein übersteigerter türkischer Nationalismus, der mit einer Überhöhung der eigenen Ethnie und einer Abwertung anderer Ethnien gepaart ist. Angestrebt wird die Errichtung einer Großtürkei in den Grenzen des Osmanischen Reiches (sogenannter Panturkismus oder Streben nach türkischer Hegemonie). Gefordert wird hierbei die Wiedervereinigung aller Turkvölker vom Balkan bis nach Zentralasien. Damit einher geht eine rassistische Feindbildorientierung gegen beispielsweise Kurden, Armenier, Griechen und Juden. Diese Feindbildorientierung äußert sich vor allem in verbaler Hetze im Internet. Generell wird für die Verbreitung der Ideologie der **Grauen Wölfe** im Internet auf verschiedenen Plattformen wie sozialen Netzwerken und Videoportalen geworben. Zwar geben sich die Vereine der **Grauen Wölfe** nach außen hin überwiegend legalistisch, jedoch dulden sie in ihren Reihen zumindest die Verbreitung des extrem nationalistischen Gedankenguts.

Finanzierung

Mitgliedsbeiträge, Spendengelder, Sponsoring

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Durch ihr extrem nationalistisches Gedankengut bestehen tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht, dass die **Grauen Wölfe** Ziele verfolgen, die sich gegen den Gedanken der Völker-
verständigung beziehungsweise das friedliche Zusammenleben der Völker richten. Sie erfüllen damit die Voraussetzungen zur Beobachtung durch die Verfassungsschutzbehörden nach § 3 Abs. 1 Nr. 4 VSG NRW.

Im Einzelnen sprechen hierfür der extreme Nationalismus und Führerkult sowie ein antipluralistisches und autoritär geprägtes Gesellschaftsverständnis. Dabei werden beispielsweise Menschen, die sich nicht zum Türkentum bekennen, als minderwertig betrachtet. Es wird grundsätzlich eine Überlegenheit der „türkischen Rasse“ angenommen. Der Führerkult spiegelt sich sowohl in einer streng hierarchischen Struktur als auch in der Verehrung ihres 1997 verstorbenen Gründers Alparslan Türkeş als ewigen Führer (Basbug) wieder.

Der übersteigerte Nationalismus wird durch Feindbilder deutlich, bei denen allein die ethnische Zugehörigkeit beispielsweise zur kurdischen oder armenischen Volksgruppe als Grund für eine vermutete Feindschaft gegenüber dem Türkentum bewertet wird. Generell werden Menschen, die als „Gegner“ türkischer Interessen wahrgenommen werden zu Feinden erklärt. Dabei spielen Verschwörungstheorien eine wesentliche Rolle, beispielsweise im Zusammenhang mit Vorwürfen an die Türkei, 1915 einen Völkermord an den Armeniern verübt zu haben.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Es sind vereinsgebundene und vereinsungebundene Aktivitäten der **Ülkücü**-Anhänger zu unterscheiden:

Vereinsgebundene Aktivitäten

Unter dem Dach der **ADÜTDF**, die in Nordrhein-Westfalen mit rund 70 Vereinen und rund 2.000 vereinsgebundenen Anhängern vertreten ist, finden sich viele Personen, die sich der Vereinsdiagnostik entsprechend nach außen streng legalistisch geben, insbesondere in der Jugendarbeit aber auf einen Ideologietransfer ihrer extrem nationalistischen Grundeinstellung ausgerichtet sind.

In einer im Mai 2014 veröffentlichten Presseerklärung äußerte sich der Vorsitzende der **ADÜTDF** Sentürk Dogruyol wie folgt:

„Alle türkischen Staatsbürger unabhängig von ihrer Religion, Abstammung und Glaubensrichtung sind Angehörige der türkischen Nation. [...] Zum Programm der türkischen Föderation gehören die Pflege der türkischen Werte und der Kultur und natürlich die Integration in die hiesige Gesellschaft. Und anders als Assimilation bedeutet Integration auch das Bewahren der Herkunftskultur. Wie jeder Mensch haben auch Völker und Gesellschaften 'Ideale' wonach man strebt.“

Das Zitat macht deutlich, dass sich die **ADÜTDF** in öffentlichen Verlautbarungen darum bemüht, das Image eines eher kulturell tätigen, denn politisch agierenden Dachverbands zu pflegen. Sie setzt damit auf den Ausbau ihrer Strukturen und versucht, weiterhin Jugendliche an sich zu binden und für ihre Ideologie einzunehmen. Gleichzeitig zeigt das Zitat, dass die **ADÜTDF** sich als Bewahrer türkischer Werte sieht und sich dabei unterschwellig auch gegen ihre „Feinde“ wendet.

Dies sind nach wie vor insbesondere Kurden, die sich als türkische Staatsbürger für die Anerkennung autonomer kurdischer Rechte einsetzen und damit zu Feinden der Türkischen Nation beziehungsweise der **ADÜTDF** werden. Alle Kurden, die sich zum Kurdentum bekennen, werden undifferenziert als **PKK**-Anhänger angesehen und insbesondere im Internet unter anderem als Verräter diffamiert. Die Kurden werden nach der **Ülkücü**-Ideologie als ein von seinem Ursprung entfremdetes türkstämmiges Volk betrachtet. Die Pflege solcher Feindbilder ist naturgemäß dazu geeignet, zu einer Radikalisierung und Gewaltaffinität beizutragen. Der beständige Gebrauch von Feindbildern ist daher ein Indiz für Extremismus, denn dieser fängt nicht erst bei der Propagierung oder Praktizierung von Gewalt an. Er zeigt sich vielmehr schon im Vorfeld mit der Schaffung stereotyper Feindbilder, die eine gemeinsame aggressive Grundhaltung rechtfertigen sollen.



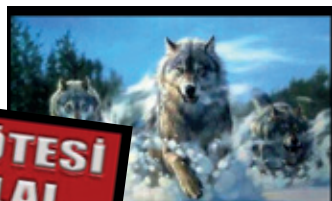
Logo der ADÜTDF

Einen deutlichen Schwerpunkt nimmt in den Vereinen die Jugendarbeit ein. Das dort vermittelte Gruppenerlebnis führt zu Identitätsfindung und Stabilisierung mit „Gleichgesinnten“ und dient gleichzeitig zur Übernahme der Feindbilder. Die in den Vereinen angebotenen Freizeitaktivitäten sind auf hohe Attraktivität für die jeweilige Altersgruppe ausgelegt. Jugendliche erhalten eine teilweise im schulischen Umfeld nicht erreichbare Anerkennung. Studien belegen, dass aus der Anerkennung innerhalb der Gruppe ein starkes Gemeinschaftsgefühl resultiert, das mit der Botschaft, in der „Fremde“ die türkisch-islamische Kultur verteidigen zu müssen, gekoppelt wird. Diskriminierungserfahrungen können dabei zu einer selbst empfundenen Opferrolle beitragen, die insbesondere in der Adoleszenz als Rechtfertigung für den Hass gegen andere Ethnien dient und zur Gewaltaffinität beitragen kann.

Vereinsungebundene Aktivitäten

Bei einem Teil der **Ülkücü**-Anhänger ist ein Trend zur Abkehr von der traditionellen Organisationsform unter dem Dach der **ADÜTDF** feststellbar. Es findet ein Wechsel zu autonomen Aktionsplattformen insbesondere zur Agitation im virtuellen Raum statt. Ohne eine vergleichsweise klare Programmatik werden hier vor allem gemeinsame Feindbilder gepflegt. Auch hier spielt das „Feindbild Kurde“ eine wesentliche Rolle.

In diesen heterogenen Strukturen wird in teilweise erschreckender Art in entsprechenden Web-Angeboten, Foren und Chats gegen Feindbilder mit Formulierungen wie beispielsweise „Kurde verrecke“ agitiert. Die Verbreitung von gewaltorientierter rassistischer Ideologie auf der Basis eines aggressiven Nationalismus kann in einer Selbstradikalisierung von Jugendlichen münden.



Beispiele für die Selbstdarstellung der Ülkücü-Bewegung im Internet





Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Trotz der verbalen Radikalität im Internet sind tatsächlich gewalttätige Aktionen von Anhängern der **Grauen Wölfe**, ob vereinsgebunden oder vereinsungebunden, im Berichtszeitraum eher rückläufig gewesen.

Gewalttätiges Verhalten war in der Regel nur reaktiv beispielsweise nach Provokationen aus dem kurdischen Umfeld feststellbar. Nachdem sich das Aktionsverhalten kurdischer **PKK**-Sympathisanten mit Blick auf die Friedensverhandlungen zwischen dem Türkischen Staat und der **PKK** deutlich verändert und abgenommen hat, sind gewalttätige Auseinandersetzungen zwischen Kurden und **Ülkücü**-Anhängern deutlich rückläufig.

Gleichwohl bedarf es weiterhin einer dezidierten Beobachtung, ob die nach wie vor überwiegend im Internet feststellbare verbale Aggressivität und Hetze möglicherweise in eine Bereitschaft zur tatsächlichen Gewaltausübung umschlägt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_uelkuecue](#)

**Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-
Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-
Cephesi – DHKP-C)**



Sitz / Verbreitung	Türkei, weltweite Verbreitung mit Schwerpunkt Europa
Gründung / Bestehen seit	1994, hervorgegangen aus der 1978 gegründeten revolutionären Linken (Devrimci Sol – Dev-Sol)
Struktur / Repräsentanz	Generalsekretär, Zentralkomitee sowie länder- und gebietsverantwortliche Funktionäre Nach dem Tod von Dursun Karatas im Jahr 2008 wurde offiziell noch kein Nachfolger für das Amt des Generalsekretärs bestimmt.
Mitglieder / Anhänger /	Bund: 650 ➡ NRW: 200 ➡
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Publikationen Devrimci Sol (Revolutionäre Linke, unregelmäßiges Erscheinen) und Yürüyüş (Der Marsch, wöchentliches Erscheinen) Webangebot: mehrsprachiger Internetauftritt
Kurzportrait / Ziele	Die in der Türkei und in Deutschland verbotene Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C) verfolgt das Ziel, das bestehende türkische Staatssystem durch eine bewaffnete Revolution zu zerschlagen, um ein sozialistisches System zu errichten. Auf der ideologischen Grundlage des Marxismus-Leninismus propagiert die DHKP-C einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung. Die Organisation tritt damit für eine revolutionäre Zerschlagung der türkischen Staats- und Gesellschaftsordnung ein. Hierzu führt sie in der Türkei auch terroristische Aktionen durch. In Deutschland kann die DHKP-C aufgrund des Verbotes nicht offen agieren. Sie handelt daher über Vereine, deren Satzungen keinen Rückschluss auf die Zugehörigkeit zur Organisation zulassen.
Finanzierung	Mitgliedsbeiträge nahe stehender Vereine, Spenden, Verkauf von Publikationen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Mit ihrem Bestreben gefährdet die **DHKP-C** sowohl die innere Sicherheit als auch die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland (§ 3 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 3 VSG NRW).

Die **DHKP-C** ist eine Nachfolgeorganisation der in der Bundesrepublik Deutschland seit 1983 verbotenen **Devrimci Sol**. Sie ist selbst in Deutschland seit dem 1. Februar 2000 rechtskräftig verboten. Bereits seit dem Verbot 1983 werden politische Aktivitäten konspirativ fortgesetzt. Im Mai 2002 hat der Rat der Europäischen Union die **DHKP-C** auf die europäische Liste der Terrororganisationen gesetzt.

Der politische Flügel der **DHKP-C** trägt den Namen **Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtuluş Partisi – DHKP)**, der militärische Arm der **DHKP-C** hat die Bezeichnung **Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi – DHKC)**.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **DHKP-C** hat sich auch im Berichtszeitraum an den im Jahr 1999 vom damaligen Generalsekretär Dursun Karatas erklärten Gewaltverzicht für Westeuropa gehalten. In der Türkei hingegen ist die Gefahr von terroristischen Anschlägen durch die Organisation nach wie vor aktuell. Dies zeigte sich zuletzt an einem durch Wachsoldaten vereitelten Anschlag mit Handgranaten und einer Schusswaffe am 7. Januar 2015 am Dolmabahce-Palast in Istanbul.

Der **DHKP-C** nahestehende Vereine haben im Jahr 2014 zahlreiche öffentlichkeitswirksame Veranstaltungen organisiert. Bei der Mehrzahl dieser Ereignisse war die Teilnehmerresonanz gering. Es waren aber auch einige Großveranstaltungen in Nordrhein-Westfalen zu verzeichnen.

Beispiele für Veranstaltungen:

- ▶ Am 10. Februar 2014 wurde in Köln eine Gedenkveranstaltung für den am 1. Februar 2013 in Ankara bei einem Selbstmordattentat ums Leben gekommenen **DHKP-C**-Anhänger Ecevit Sanli abgehalten. Die Teilnehmerzahl bewegte sich im niedrigen zweistelligen Bereich.
- ▶ Der **DHKP-C** nahe Verein Anatolische Föderation initiierte eine Demonstration in Form eines politischen Marsches durch mehrere Bundesländer. Der Marsch startete am 18. März vor dem Dienstgebäude des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln und endete am 27. März in Stuttgart. Themen waren die Freiheit der politischen Gefangen, Vereinigungsfreiheit und Meinungsfreiheit. Zwischenkundgebungen wurden unter anderem vor mehreren Justizvollzugsanstalten, auch in Nordrhein-Westfalen, abgehalten, um auf inhaftierte **DHKP-C**-Funktionäre aufmerksam zu machen. Die Abschlusskundgebung fand vor der Justizvollzugsanstalt in Stuttgart-Stammheim statt. Bei einer vorausgehenden Versammlung in der

Stuttgarter Innenstadt kam es zu Auseinandersetzungen mit der Polizei. Im Übrigen verlief der Marsch, an dem sich eine niedrige zweistellige Zahl von Personen beteiligt hat, jedoch friedlich.

- Am 19. April fand in Dortmund ein europaweites Treffen von rund 200 **DHKP-C**-Anhängern zum Thema „Gedenken an die verstorbenen Revolutionäre in der Türkei“ statt. Die Veranstaltung verlief friedlich. Werbung wurde für sie mit einem Plakat gemacht, das ein Porträt des oben erwähnten Selbstmordattentäters Ecevit Sanli zeigte.
- Die größte mit Unterstützung von **DHKP-C**-Anhängern organisierte Veranstaltung war ein Konzert der türkischen Musikgruppe »Grup Yorum« am 28. Juni in der König-Pilsener-Arena in Oberhausen. Zu dem Konzert unter dem Motto „Eine Stimme gegen Rassismus“ reisten aus Deutschland und dem benachbarten Ausland circa 10.000 bis 12.000 Besucher an.

Im Berichtsjahr wurden zudem mehrere Farbsprühaktionen mit **DHKP-C**-Symbolik registriert.



Das Oberlandesgericht Düsseldorf verurteilte am 29. August 2014 einen türkischen Staatsangehörigen wegen Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung **DHKP-C** zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und vier Monaten. Nach Feststellungen des Gerichts war der Angeklagte über mehrere Jahre als Mitglied der sogenannten „Rückfront“ der **DHKP-C** im Großraum Duisburg in die Beschaffung von Finanzmitteln für den bewaffneten Kampf der Organisation in der Türkei eingebunden. Strafmildernd wurde das Geständnis des Angeklagten berücksichtigt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Polizeiliche Exekutivmaßnahmen im Jahr 2013 und entsprechende negative Berichterstattung hatten zur Verunsicherung der Anhänger der **DHKP-C** in Deutschland geführt. Durch Öffentlichkeitsarbeit in Form von Kundgebungen versuchte die Organisation die eigenen Anhänger zu motivieren und neue Sympathisanten zu finden. Sie setzte dabei auf Themen wie die weitere Strafverfolgung von **DHKP-C**-Aktivisten in Europa und aktuelle Anlässe wie beispielsweise das Grubenunglück in der türkischen Stadt Soma oder der Tod des türkischen Jugendlichen Berkin Elvan. Der NSU-Prozess vor dem Oberlandesgericht in München wird von **DHKP-C** Anhängern immer wieder zum Anlass genommen, einen vermeintlichen alltäglichen Rassismus in Deutschland anzuprangern.

Der Selbstmordattentäter Ecevit Sanli wird als Märtyrer für eine gerechte Sache dargestellt und durch öffentliche Totenverehrung das Instrument des Selbstmordattentats gerechtfertigt.

Im Jahr 2014 haben bewaffnete Auseinandersetzungen zwischen **DHKP-C**-Anhängern und der türkischen Polizei zugenommen. Vor dem Hintergrund der völligen Unversöhnlichkeit der Ideologie der **DHKP-C** mit dem türkischen Staat ist weiterhin mit militanten Aktionen durch die **DHKP-C** in der Türkei zu rechnen. Deutschland dient als wichtiger Rückzugsraum und mögliche Rekrutierungsbasis für die Organisation. Daher ist eine weitere Beobachtung der Aktivitäten durch den Verfassungsschutz angezeigt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_dhkpc](#)

Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), Volkskongress Kurdistan (KONGRA- GEL) und unterstützende Organisationen



Sitz / Verbreitung	<p>Sitz im Nord-Irak</p> <p>Europa: Vertretung durch CDK Koordinasyon Civata Ekolojik – Demokratik a Kurd Li Ewropa, hier insbesondere durch wenige weisungsberechtigte Funktionäre mit wechselnden Aufenthaltsorten</p>	
Gründung / Bestehen seit	November 1978	
Struktur / Repräsentanz	<p>Höchste Entscheidungsorgane: Vereinigte Gemeinschaften Kurdistan (KCK) mit dem Präsidenten Abdullah Öcalan und den Vorsitzenden Cemil Bayik und Bese Hozat</p> <p>Generalversammlung der Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL) mit den Vorsitzenden Hacer Zagros und Remzi Kartal</p>	
Mitglieder / Anhänger /	Bund: 14.000	NRW: 2.200
Unterstützer 2014		
Veröffentlichungen	<p>Publikationen: unter anderem »Serxwebun (Unabhängigkeit)« (monatlich); »Sterka Ciwan (Stern der Jugend)« (monatlich); »Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)« (monatlich); »Kurdistan-Report« (Auflage bis 15.000); »Yeni Özgür Politika« (täglich)</p> <p>Fernsehsender: aktuell »NUCE TV« und »Mednûçe«</p> <p>Internet: Zahlreiche Internetauftritte über mehrere Server</p>	
Kurzportrait / Ziele	<p>Die Arbeiterpartei Kurdistan (PKK), die heute unter der Bezeichnung Volkskongress Kurdistan (KONGRA-GEL) agiert, strebte ursprünglich einen eigenen kurdischen Nationalstaat an. Er sollte die Gebiete Südostanatoliens (Türkei), den Nord-Irak, Teile des westlichen Iran und Gebiete im Norden Syriens umfassen.</p> <p>Obwohl seitens der PKK immer wieder betont wird, man habe die früheren separatistischen Ziele aufgegeben, bemüht sie sich weiterhin um einen länderübergreifenden Verbund aller Kurden im Nahen Osten.</p> <p>Im Jahre 1993 erließ das Bundesministerium des Innern ein Betätigungsverbot für die PKK und ihrer Nebenorganisationen. Die PKK</p>	

ist zudem auf der EU-Terrorliste verzeichnet. Bis Ende 2013 vertrat die Föderation kurdischer Vereine in Deutschland »YEK-KOM« nach ihrem Selbstverständnis unter anderem die politischen Interessen der **PKK** in Deutschland. Der Sitz der »YEK-KOM« war in Düsseldorf. Aufgrund einer bereits im Juli 2013 durch den Dachverband des »Kongresses der kurdisch-demokratischen Gesellschaft in Europa (KCD-E)« beschlossenen Neustrukturierung bildeten sich in vielen deutschen Städten kurdische Gesellschaftszentren, welche die bisher agierenden örtlichen »YEK-KOM«-Vereine ersetzten. Der Vereinsname lautet seitdem »Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«. Auf dem 20. Jahreskongress der »YEK-KOM« im Juni 2014 wurde die Umbenennung der »YEK-KOM« in das »Demokratisch-kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)« beschlossen.



Finanzierung

Jährliche Spendensammlung bei den Anhängern der **PKK**, Erlöse aus Zeitschriftenverkäufen, Eintrittsgeldern bei Großveranstaltungen
Spendensammlung 2014 erbrachte in Deutschland etwa zehn Millionen Euro

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In Westeuropa ist seit Ende März 1996 ein Kurswechsel zu weitgehend friedlichem Verhalten erkennbar. Die **PKK** stellt wegen ihrer fortwährenden Bereitschaft, zu aktionsorientiertem Verhalten zurückzukehren, jedoch nach wie vor eine Bedrohung der inneren Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Dies begründet ihre Beobachtung gemäß § 3 Abs. 1 Nr. 1 VSG NRW.

Die **PKK** verfolgt ihre Ziele in den Kampfgebieten, aktuell insbesondere in Syrien, sowie in der Türkei nach wie vor mit Waffengewalt. Damit gefährdet die Organisation die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, so dass auch aus diesem Grunde eine Beobachtung durch den Verfassungsschutz nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW erforderlich ist.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Von dem aus der **PKK** hervorgegangenen **KONGRA-GEL** gehen in Westeuropa weiterhin keine gewalttätigen Aktionen aus. Vielmehr bemüht er sich auch in Nordrhein-Westfalen durch Aktionen, die auf möglichst große mediale Aufmerksamkeit angelegt sind, um die politische Anerkennung seiner Forderungen. Gewalttätig agieren die **PKK** und ihre bewaffneten Guerillaverbände, insbesondere die **Volkverteidigungskräfte (HPG)**, in den kurdischen Siedlungsgebieten. Neben der Türkei gehören dazu die nordirakische Grenzregion und kurdische Gebiete in Syrien (auch „Rojava“ = Westkurdistan genannt). Ende Januar 2014 war in Teilen der kurdischen Siedlungsgebiete Syriens eine demokratische Autonomie unter Einbeziehung der ebenfalls dort lebenden christlichen und arabischen Bevölkerung ausgerufen worden. Die dafür federführende **Partei der demokratischen Union (PYD)** wird als syrischer Zweig der **PKK** angesehen. Die aktuellen Entwicklungen in den Heimatregionen rufen nach wie vor unmittelbare Reaktionen bei den in Nordrhein-Westfalen lebenden **PKK**-Anhängern hervor.

Die Ende 2012 aufgenommenen Friedensverhandlungen zwischen dem türkischen Staat und der **PKK**-Führung im Nordirak sowie mit Abdullah Öcalan dauerten auch in 2014 an. Anlässlich des kurdischen Neujahrsfestes im März 2014 bekräftigte dies Abdullah Öcalans noch einmal in einer veröffentlichten Botschaft. Er forderte jedoch, dass man nach einem Jahr des Dialogs zu konkreten Verhandlungen übergehen müsse. Der Verlauf der Friedensverhandlungen wurde von den **PKK**-Anhängern in Deutschland aufmerksam beobachtet. Vor dem Hintergrund des im Jahr 2014 anhaltenden Bürgerkrieges in Syrien, insbesondere aufgrund der Auseinandersetzungen mit dem **Islamischen Staat (IS)** im Grenzgebiet bei Kobane, kam es zu zahlreichen Solidaritätsaktionen in Form von Demonstrationen. Bei diesen wurde regelmäßig auch eine Aufhebung des **PKK**-Verbots gefordert. Die teilnehmerstärkste Veranstaltung in dieser Reihe fand am 11. Oktober 2014 in Düsseldorf statt. Insgesamt beteiligten sich daran rund 21.000 Personen aus dem gesamten Bundesgebiet und dem angrenzenden Ausland.

Folgende weitere Großveranstaltungen und Demonstrationen fanden in Nordrhein-Westfalen statt:

22. März 2014, Düsseldorf

Newroz-Fest unter dem Motto „Freiheit in Kurdistan – Demokratie in der Türkei“, Teilnehmerzahl: circa 10.000 Personen.

12. April 2014, Duisburg

Europaweite Jugenddemonstration unter dem Motto „Freiheit für Öcalan“, Teilnehmerzahl: circa 650 Personen.

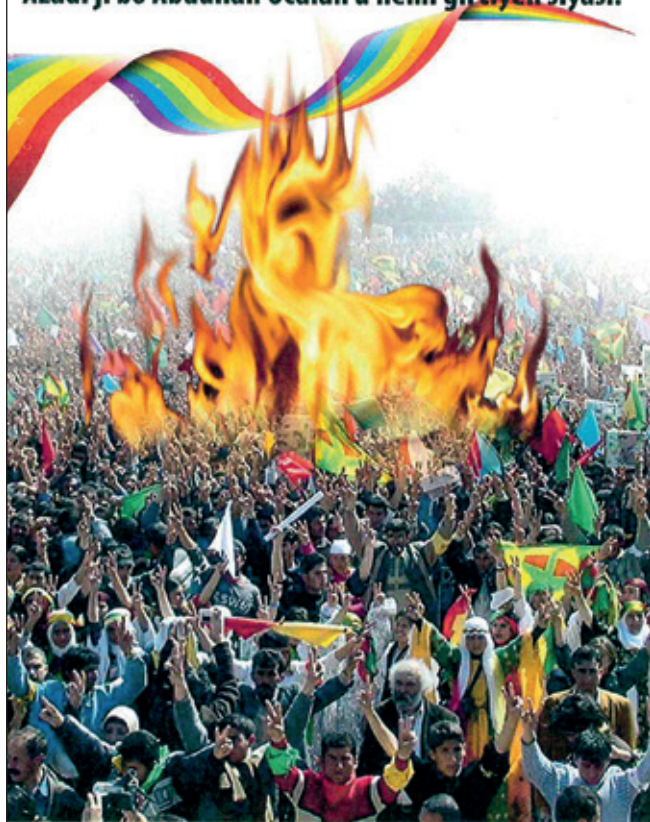
JI KURDISTANÊ RE AZADI Û JI TIRKIYÊ DEMOKRASÎ!

NEWROZ

Şahiya Gelan

Piroz be!

Azadi ji bo Abdullah Öcalan û hemî girtiyên siyasî!



22.03.2014

Şemî • Cumartesi • Samstag

Düsseldorf

Einladung zum
Newroz-Fest
in Düsseldorf

Im Verlauf dieser Demonstration kam es zu Gewalttätigkeiten, unter anderem durch Stein- und Flaschenwürfe auf einen türkischen Kulturverein. Im Nachgang des Aufzuges kam es im Umfeld des Kurdistan Solidaritätszentrums zu tätlichen Auseinandersetzungen, an denen zeitweise bis zu 100 Personen beteiligt waren. Der Vorfall zeigt das unverändert vorhandene Aggressionspotential von **PKK**-Anhängern gegenüber türkischen Nationalisten oder Personengruppen, bei denen eine Nähe zu der von der **AKP** vertretenen türkischen Politik vermutet wird.

14. Juni 2014, Dortmund

10. Zilan Frauenfestival unter dem Motto „Mit freien Frauen zu einer demokratischen Gesellschaft“ mit circa 2.500 Teilnehmern

13. September 2014, Düsseldorf

22. Internationales Kurdisches Kulturfestival unter dem Motto „Die Rojava-Revolution ist dem freien Kurden eine Ehre“ und „Freiheit für Öcalan“ mit circa 30.000 Teilnehmern


Zeitgleich mit den kriegesischen Auseinandersetzungen in Syrien und im Nordirak konnten in Nordrhein-Westfalen verstärkte Bemühungen zur Rekrutierung von Kräften für die dortigen Guerillaeinheiten festgestellt werden. Es wurden vermehrt Kämpfer für die Guerillaeinheiten der **PKK**, die sogenannten Volksverteidigungskräfte (**HPG**), und die Volksverteidigungseinheiten (**YPG**) rekrutiert. Bei den **YPG** handelt es sich um den militärischen Arm der **PYD**. Entsprechende Aufrufe, die sich an Männer und Frauen richten, wurden über das Internet oder Publikationen verbreitet. Im Juli 2014 forderte die **PKK** zum Beispiel Jugendliche in Europa dazu auf, sich für mindestens sechs Monate den bewaffneten **PKK**-Einheiten in Syrien und im Irak anzuschließen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Sollte der Friedensprozess zwischen der Türkei und der **PKK** scheitern beziehungsweise aufgekündigt werden, wird dies auch in Europa wahrgenommen und seine Auswirkungen entfalten. Die Auseinandersetzungen zwischen den **IS**-Anhängern und den Anhängern von **PKK** und **PYD** in Syrien und Nordirak werden in Deutschland ebenfalls sehr genau beobachtet. Das künftige Demonstrationsgeschehen sowie Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger in Nordrhein-Westfalen wird ganz wesentlich von der weiteren Entwicklung in diesen Krisengebieten abhängen. So intensivierten sich je nach Lageentwicklung in den Kampfgebieten das Demonstrationsgeschehen und das Aktionsverhalten der **PKK**-Anhänger in Nordrhein-Westfalen. Zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Anhängern des **IS** und Jesiden beziehungsweise **PKK**-Anhängern und anderen **IS**-Gegnern kam es nur sehr vereinzelt. Dies zeigte dennoch, wie unmittelbar der Konflikt in Syrien oder Irak von entsprechenden Personenkreisen wahrgenommen wird. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die **PKK**-Anhängerschaft jegliche Art von medienwirksamen

Aktionsformen, wie beispielsweise bereits in der Vergangenheit durchgeführte Besetzungsaktionen von Fernsehanstalten, Flughäfen, Parteibüros oder Schiffen, durchführen wird. Ebenso wird auch die Forderung nach einer Aufhebung des Betätigungsverbotes der **PKK** verstärkt vorangetrieben.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_pkk](#)

Tamilische Befreiungstiger (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE)



Sitz / Verbreitung	Norden und Osten Sri-Lankas; Verbreitung weltweit mit Schwerpunkt Westeuropa
Gründung / Bestehen seit	1972
Struktur / Repräsentanz	<ul style="list-style-type: none"> »Tamil Coordination Committee – (TCC)« (Hauptsitz Nordrhein-Westfalen in Oberhausen) »Tamil Youth Organization (TYO)« (Sitz in Hamm) »Tamil Rehabilitation Organization e. V. (TRO)« (Sitz in Wuppertal) »Tamil Student Organization e.V. (TSV)« (Sitz in Neuss)
Mitglieder / Anhänger /	Bund: 1.000 → NRW: 300 →
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Magazin: »AKARAM« Web-Angebote: pathivu.com, eedhesam.com
Kurzportrait / Ziele	<p>Tamilische Befreiungstiger (Liberation Tigers of Tamil Eelam – LTTE) streben die Errichtung eines von Sri Lanka unabhängigen, sozialistischen, tamilischen Staates im überwiegend von Tamilen bevölkerten Norden und Osten der Insel an.</p> <p>Zur Durchsetzung ihrer Forderung nach einem separaten Staat beging die LTTE von 1983 bis 2009 Terroranschläge gegen sri-lankische und indische Ziele im Rahmen eines Guerillakrieges gegen die singhalesische Zentralregierung.</p> <p>Nach Einnahme der verbliebenen von der LTTE kontrollierten Gebiete im Nordosten Sri Lankas konnte die Zentralregierung im Mai 2009 den jahrzehntelangen Bürgerkrieg auf Sri Lanka für sich entscheiden. Bei dieser Schlussoffensive wurden der Führer der LTTE, Velupillai Prabhakaran, getötet und die Strukturen der LTTE in Sri-Lanka zerstört.</p> <p>Das Hauptziel der LTTE im Ausland besteht darin, Gelder für einen künftigen „Befreiungskampf“ und die Versorgung von Flüchtlingen in der Heimat zu beschaffen. Zudem strebt die Organisation eine</p>

politische Anerkennung als legitime Interessenvertretung der tamilischen Volksgruppe an.

Finanzierung

Spenden im Ausland lebender Tamilen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In einem 1983 begonnenen Guerillakrieg gegen die singhalesische Zentralregierung unter anderem mit Terroranschlägen gegen sri-lankische und indische Ziele versuchte die **LTTE**, ihre Forderung nach einem eigenen Staat durchzusetzen.

Durch Unterstützung dieser Aktivitäten verfolgen die in Deutschland lebenden Anhänger der **LTTE** Bestrebungen, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungs-handlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden. Sie erfüllen damit die Voraussetzungen für die Beobachtung nach § 3 Abs. 1 Nr. 3 VSG NRW.

Wegen der anhaltenden Gewaltaktionen der Organisation in Sri Lanka nahm die Europäische Union die **LTTE** am 29. Mai 2006 in die Liste terroristischer Organisationen auf.

Das Gericht der Europäischen Union (EuG) in Luxemburg hat diese Entscheidung der Europäischen Union wegen grundlegender Verfahrensfehler mit Urteil vom 16. Oktober 2014 aus formellen Gründen für nichtig erklärt. Auf die Frage ob es sich bei den **LTTE** um eine terroristische Vereinigung handelt, geht das Urteil nicht ein. Das Gericht stellt vielmehr ausdrücklich fest, dass die materiell rechtliche Beurteilung der Frage, ob die **LTTE** eine terroristische Vereinigung sei, unberührt geblieben ist. Den zuständigen EU-Behörden ist eine Möglichkeit zur Nachbesserung eingeräumt worden. Für diesen Zeitraum bleibe die Wirksamkeit der Listung bestehen.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Nach der vollständigen militärischen Niederlage im Jahr 2009 und einer Zerschlagung der **LTTE**-Strukturen sowie der Schwächung ihrer Auslandsorganisationen ist seit Mitte 2010 eine Restrukturierung zu beobachten. Eine Konsolidierung der **LTTE** nahen tamilischen Community scheiterte bis jetzt an inhaltlichen Auseinandersetzungen und persönlichen Zerwürfissen der beiden Hauptströmungen innerhalb der Organisation.

Das »LTTE Headoffice«, auch »Hauptstelle« genannt, sieht sich als Vertreter einer moderaten Fraktion. Erstmals artikulierte diese Gruppierung im Februar 2011 in einem Internetbeitrag ihre Perspektive der politischen Lösung auf demokratischem Weg.

Die »LTTE International Organisation« („LTTE Internationale Verbindungsstelle“) bildet den „Hardliner“-Flügel, der sich offen zu einer Wiederaufnahme des bewaffneten Kampfes in Sri Lanka bekennt.

Nach Auseinandersetzungen über den internen Führungsanspruch war erstmalig Ende 2013 eine enge Zusammenarbeit der beiden Flügel zu erkennen. Seither ist festzustellen, dass zumindest einige Veranstaltungen gemeinsam organisiert und durchgeführt werden.

Bei der jährlichen Protestveranstaltung des europäischen »Tamil Coordination Committees (TCC)« am 10. März 2014 demonstrierten 4.000 **LTTE**-Anhänger vor dem Sitz der Vereinten Nationen in Genf für die Schaffung eines unabhängigen tamilischen Staates.



Jährliche Demonstration der LTTE-Anhänger von dem Sitz der Vereinten Nationen in Genf

Sie forderten die Einrichtung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung angeblicher Menschenrechtsverletzungen während des 30-jährigen Bürgerkriegs in Sri Lanka, insbesondere hinsichtlich der Kampfhandlungen des Jahres 2009. Zudem demonstrierten sie für den Rückzug des sri-lankischen Militärs aus den von Tamilen bevölkerten Gebieten und die Aufhebung des dortigen Verbotes der **LTTE**.

Aus Anlass des fünften Jahrestages der militärischen Niederlage fand der diesjährige „Tamils Genocide Day“ (ehemals „War Crimes Day“) am 18. Mai 2014 in Düsseldorf statt. In einer Gedenkfeier der tamilischen Diaspora wurde an diesem Tag an den der sri-lankischen Regierung vorgeworfenen Genozid an Tamilen während des Bürgerkrieges in Sri Lanka erinnert. Veran-

stalter sind der »Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland (VETD)« und die »Tamil Youth Organisation – Germany (TYO)«.

Die Veranstaltung verlief friedlich. Mit rund 1.100 Personen ist die Teilnehmerzahl gegenüber dem Vorjahr (2013: 850) erneut angestiegen.

Am 27. November, dem Geburtstag des im Jahr 2009 getöteten **LTTE**-Führers Velupillai Prabhakaran, gedachten Anhänger der Organisation weltweit in Veranstaltungen zum „Heldengedenktag“ der im Kampf für ein unabhängiges Tamil Eelam gefallenen Kämpfer der Organisation. Eine Großveranstaltung fand an diesem Tag in Dortmund statt. Die jährliche Durchführung derartiger Gedenkveranstaltungen bleibt der wichtigste Identifikationspunkt für die **LTTE**-Anhänger.

Seit dem Jahr 2013 werden keine konkurrierenden Veranstaltungen beispielsweise zum Heldengedenktag durchgeführt. Insofern verdichten sich die Anhaltspunkte dafür, dass die beiden Flügel der **LTTE** enger zusammenarbeiten werden.



Demonstration anlässlich des „Tamils Genocide Day“ in Düsseldorf

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Es lässt sich derzeit keine eindeutige Tendenz erkennen, ob die Anhänger der **LTTE** mehrheitlich dem „Hardliner“-Flügel folgen oder wie im letzten Jahr einen friedlichen und demokratischen Weg gehen. Beide Flügel der Organisation setzen auf gemeinsame Veranstaltungen.

Sollte die **LTTE** den Konflikt um ihre künftige Ausrichtung lösen können, könnte es ihr gelingen, ihre Gefolgschaft unter zentraler Führung zu binden.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_ltte](#)

Islamismus

Salafismus – politisch-extremistische Netzwerke.....	136
Extremistischer Salafismus – Jihadismus	146
Hamas	152
Hizb Allah (Partei Gottes)	154
Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT).....	156
Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	158
Muslimbruderschaft (unter anderem IGD).....	160
Millî Görüş-Bewegung (extremistischer Teil)	162
Nordkaukasische Separatisten-Bewegung (NKSB)	166
Türkische Hizbullah (TH)	168

Die Gefährdungslage im Bereich des islamisch-motivierten Extremismus in Nordrhein-Westfalen hat sich im Jahr 2014 dramatisch zugespitzt. Hauptgründe hierfür sind das Aufflammen des Nahost-Konfliktes im Sommer 2014, vor allem aber der fortdauernde Bürgerkrieg im Irak und in Syrien und das Erstarken der Terrorgruppierung **Islamischer Staat**.

Seit dem Jahr 2012 sind über 3.000 Europäer nach Syrien ausgereist, um sich dort dem Kampf gegen das Assad-Regime und für einen – wie auch immer gearteten – sunnitischen und Scharia-basierten Staat anzuschließen. Bis Januar 2015 sind über 160 Personen aus Nordrhein-Westfalen diesem Ziel gefolgt.

Dabei hat dieser Konflikt mittlerweile auch Europa und Nordrhein-Westfalen erreicht:

Der Anschlag in einem jüdischen Museum in Brüssel im Mai 2014 wurde durch einen französischen Syrienrückkehrer verübt. Der Anschlag auf die Redaktion von Charlie Hebdo im Januar 2015 scheint einerseits auf die jemenitische **al-Qaida** auf der Arabischen Halbinsel, andererseits vom sogenannten **Islamischen Staat** inspiriert zu sein. Bei der ebenfalls im Januar 2015 ausgehobenen Terror-Zelle in Belgien, die kurz davor stand, belgische Polizeibeamte zu überfallen und zu töten, handelte es sich um ein Netzwerk von Syrienrückkehrern.

In Nordrhein-Westfalen wurde in der Nacht zum 29. Juli 2014 ein Brandanschlag auf die Synagoge in Wuppertal verübt. Hintergrund war das Aufflammen des Nahost-Konfliktes. Des Weiteren nimmt die Zahl der salafistischen Extremisten in Nordrhein-Westfalen weiter zu. Beobachtet wird

vor allem ein stetiger Anstieg der gewaltorientierten Salafisten. Mittlerweile sind es 300 Personen.

Die Situation in Syrien schürt religiöse und ethnische Konflikte. Neben den bereits bekannten „Ressentiments“ zwischen Salafisten und Schiiten kommen nun auch Konfliktpotentiale zwischen Salafisten und den ebenfalls unter Druck geratenen Gruppierungen der Jesiden und Kurden hinzu. Im August kam es in Herford zu einer heftigen Auseinandersetzung zwischen jesidischen Personen und mutmaßlichen Salafisten.

Als weiteres Konfliktfeld stellen sich rechtspopulistische beziehungsweise rechtsextremistische Kampagnen dar, die das Thema Salafismus und generell Islamfeindlichkeit für ihre Ziele nutzen (HoGeSa, DÜGIDA und weitere). Dadurch wird die Gesellschaft gespalten und den salafistischen Propagandisten letztendlich weiter in die Hände gespielt.

Als Prognose für 2015 ist in diesem Extremismus-Bereich von einem weiteren Anstieg der Zahl gewaltbereiter Salafisten auszugehen. Die Torgefahr in Deutschland hat sich zu Jahresbeginn 2015 weiter verdichtet. Es ist jederzeit mit weiteren Konflikten bis hin zu einem salafistisch-motivierten Terroranschlag zu rechnen.

Die Lage im Nahen Osten ist nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ in den meisten Ländern sehr instabil. Es ist mit weiteren Krisen zu rechnen, die ihre Auswirkungen auch auf Nordrhein-Westfalen haben werden.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst.

Salafismus – politisch-extremistische Netzwerke

Sitz / Verbreitung	Schwerpunkt der großen Organisationen derzeit im Rheinland, etwa 40 große überregionale und kleine lokale Netzwerke in Nordrhein-Westfalen
Gründung / Bestehen seit	Der Salafismus hat seinen Ursprung in historischen islamischen Strömungen, vor allem in Saudi-Arabien und Ägypten. In Nordrhein-Westfalen sind erste gezielte Aktivitäten ab 2003 festzustellen.
Struktur / Repräsentanz	Der politische Salafismus in Nordrhein-Westfalen ist aufgespalten in verschiedene Vereine, Netzwerke und lokale Szenen. In Deutschland gibt es bislang weder einen Dachverband salafistischer Netzwerke, noch eine politische Repräsentanz wie beispielsweise eine Partei. Entsprechende Versuche sind bislang regelmäßig gescheitert und stoßen auch auf ideologische Vorbehalte innerhalb der Szene.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Mindestens 1.900 bekannte extremistische Salafisten, davon rund 1.600 politisch und 300 gewaltorientiert
Veröffentlichungen	Politisch-extremistische Netzwerke propagieren ihre Ideologie vor allem auf eigenen Webseiten im Internet. Vielfach nutzen Salafisten soziale Netzwerke auch als Plattformen zur Verbreitung von Botschaften.
Kurzportrait / Ziele	Politische Salafisten haben sich im Jahr 2014 im Wesentlichen auf drei Themenbereiche fokussiert: Missionierungsnetzwerke: Verteilung religiöser Schriften im öffentlichen Raum. Damit wird das Ziel verfolgt, Personen an das eigene Netzwerk heranzuführen, ohne im Vorhinein die extremistische Agenda deutlich zu machen. Syrienhilfe: Spendensammlungen für Hilfsaktionen zum Thema Syrien. Unter einem humanitären Label werden Gelder und Sachspenden gesammelt und zum Teil gezielt salafistischen Netzwerken in Syrien zugeführt. Diese Aktionen werden als Gegenmaßnahmen zu

angeblich „christlich-missionarischen“ Hilfsaktionen in Syrien, wie beispielsweise des Internationalen Roten Kreuzes, propagiert.

Gefangenenhilfe:

Durch Netzwerke zur Gefangenenhilfe werden Personen der salafistischen Szene betreut, die meist aufgrund von Staatsschutzdelikten vor Gericht stehen oder verurteilt worden sind. Die Betreuung reicht von Besuchen der Prozesstermine bis hin zu „Erbauungsbriefen“ in der Haft. Diese „Hilfe“ verfolgt das Ziel, Reue zu verhindern und Resozialisierungsprozesse zu unterbinden.

Finanzierung

Überwiegend Spenden

Religiöse Schriften und Propaganda-Material werden teilweise aus dem Ausland finanziert

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Extremistische Salafisten verstehen die islamische Religion als Ideologie und die Scharia als gottgegebenes Ordnungs- und Herrschaftssystem. Demokratie ist in ihren Augen eine falsche „Religion“. Gesetze können der salafistischen Ideologie zufolge nur von Gott kommen (Prinzip der göttlichen Souveränität) und niemals vom Volk. Die Volkssouveränität als wesentliches Element der Demokratie westlicher Prägung ist demnach unvereinbar mit dem religiös argumentierenden Salafismus.

Vertreter dieser Ideologie behaupten, dass alle gesellschaftlichen Probleme nur durch eine uneingeschränkte Anwendung von Koran und Sunna sowie eine entsprechend strikte Ausrichtung des Lebens gelöst werden können. Dazu zählt die konsequente Anwendung der „Scharia“ nach salafistischer Auslegung.

Sie fordern eine rigide Trennung von Mann und Frau, nicht nur in der Moschee, sondern insgesamt im öffentlichen Raum. Eine gemeinsame schulische Erziehung von Jungen und Mädchen wird grundsätzlich abgelehnt. Sie grenzen Frauen auf den heimischen Bereich ein. Berufstätigkeit von Frauen wird abgelehnt. Frauen sollen sich ganz auf den Haushalt und die Kindererziehung konzentrieren. Sie sind nach diesem Wertebild nominell gleichwertig, aber keinesfalls gleichberechtigt.

„Jihad“ im Sinne eines bewaffneten Kampfes und „Märtyrertum“ werden insbesondere von gewaltorientierten Salafisten offen propagiert. „Politischen Salafisten“ sind in diesem Punkt eher defensiv eingestellt: Der „Jihad“ wird als Methode zur „Selbstverteidigung“ der Muslime verstanden. Nach dieser Logik wird „der Islam“ beispielsweise in Afghanistan und Syrien, aber auch in Deutschland angegriffen. Salafisten fühlen sich berufen, diesen „Angriff“ abzuwehren.

Die salafistische Ideologie widerspricht somit in wesentlichen Punkten (Gesellschaftsbild, politisches Ordnungssystem, Gleichberechtigung, individuelle Freiheit) den Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Darüber hinaus führt sie zur Bildung einer Parallelgesellschaft. Dies birgt aufgrund der propagierten feindlichen Einstellungen gegenüber der übrigen Gesellschaft ein großes Konfliktpotenzial und beeinträchtigt das friedliche gesellschaftliche Zusammenleben. Die extrem vereinfachende Ideologie der salafistischen Bestrebungen hat in der Vergangenheit vielfach eine weitere Radikalisierung gefördert. Sie bildet die ideologische Grundlage für eine Welle von Ausreisen junger radikalisierten Menschen in den Irak und nach Syrien.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Missionierungsnetzwerke

Missionierungsnetzwerke verfolgen das Ziel der „Dawa“, eine arabische Bezeichnung für „Aufruf, Einladung zum Islam“. Unter der „trendigen“ Bezeichnung „Street Dawa“ (= Straßenmissionierung) agieren extremistisch-salafistische Netzwerke in vielen Innenstädten Nordrhein-Westfalens. Religiöse Missionierung unterliegt der im Artikel 4 Grundgesetz besonders geschützten Religionsfreiheit. Da in den nachfolgend dargestellten Fällen jedoch eindeutig für salafistisch-extremistische Netzwerke geworben wird, darf und muss der Verfassungsschutz öffentlich vor diesen Aktionsformen warnen.

Pierre Vogel

Im Januar 2014 startete der seit Jahren bundesweit agierende salafistische Prediger Pierre Vogel eine „Deutschlandtour“, die ihn nach eigener Verlautbarung durch 33 deutsche Städte führen sollte. Pierre Vogel stammt aus Nordrhein-Westfalen und hat hier seinen schwerpunktmäßigen Wirkungskreis. Der kurzfristige Versuch, im Sommer 2014 in der Hamburger Salafistenszene Fuß zu fassen, wurde nach kurzer Zeit wieder aufgegeben.

Die Kundgebungen von Pierre Vogel wurden im Internet beworben und von Angehörigen der jeweiligen örtlichen Salafisten-Szene angemeldet. Obschon Pierre Vogel als einflussreicher Prediger innerhalb der salafistischen Szene anzusehen ist und seit Jahren medienwirksam öffentlich auftritt, blieb die Zahl der Veranstaltungsteilnehmer durchgängig deutlich hinter den angemeldeten Teilnehmerzahlen zurück. Dieser mangelnde Zuspruch dürfte letztendlich mit dazu beigetragen haben, dass die „Deutschlandtour“ nicht im ursprünglich angekündigten Umfang durchgeführt wurde.

Sven Lau

Neben Pierre Vogel ist auch Sven Lau ein in salafistischen Kreisen populärer Prediger, der dem Netzwerk des zwischenzeitlich aufgelösten Vereins **Einladung zum Paradies (EZP e.V.)** angehörte. Aufgrund eines bei der Staatsanwaltschaft Stuttgart geführten Ermittlungsverfahrens wegen Verdachts der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat und Anwerbens für einen fremden Wehrdienst wurde er am 24. Februar 2014 in Untersuchungshaft genommen. Vor dem Hintergrund der neuerlichen Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes zu § 89a Strafgesetzbuch (Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat) im Mai 2014 wurde das Strafverfahren eingestellt und Sven Lau aus der Haft entlassen.



Pierre Vogel (links) und Sven Lau (rechts)

Auch wenn es nicht zu einer Verurteilung gekommen ist, macht dieser Fall deutlich, dass eine eindeutige Abgrenzung zwischen politischem und jihadistischem Salafismus kaum noch möglich ist.

Darul Arqam Moschee in Wuppertal

Nach seiner Haftentlassung suchte Sven Lau die in Wuppertal ansässige Moscheegemeinschaft **Darul Arqam** auf. Diese wurde Anfang Mai 2014 von einem Weggefährten Pierre Vogels gegründet und diente sowohl als Szenetreffpunkt, als auch als Bildungsstätte für die Verbreitung der salafistischen Ideologie. Das Freitagsgebet sollte regelmäßig von prominenten Protagonisten der deutschen Predigerszene abgehalten werden. Diese wurden bei Gründung als Referenzpersonen angegeben. Tatsächlich wurde dies aber nicht in der geplanten Form umgesetzt, so dass letztendlich Sven Lau offiziell als Imam eingesetzt wurde. Dies lässt den Schluss zu, dass innerhalb der salafistischen Predigerszene keine ideologische Einheit besteht, sondern durchaus jeweils eigene Schwerpunkte gesetzt werden. Aufgrund bauordnungsrechtlicher Mängel wurde die weitere Nutzung der Räumlichkeiten im November 2014 untersagt.

Aktionen unter der Bezeichnung Scharia-Polizei in Wuppertal

Aus dem Kreis der **Darul Arqam Moschee** fanden sich Anfang September 2014 zehn Personen zusammen, die gemeinsam mit Sven Lau als sogenannte „Shariah Police“ durch Wuppertal zogen, um in ihren Augen „fehlgeleiteten Muslimen den rechten Weg zu weisen“. Hierbei trugen sie orangefarbene Leuchtwesten mit einem entsprechenden Aufdruck. Dies sorgte bundesweit für Empörung. Gegen die Beteiligten wurde ein Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Versammlungsrecht eingeleitet und das Tragen von Westen mit der Aufschrift „Shariah Police“

in Nordrhein-Westfalen verboten. Sven Lau versuchte diese Aktion als nicht ernst gemeinten PR-Gag darzustellen und führte in der Folge noch vereinzelte „Nachtspaziergänge“ in verschiedenen Städten durch, um hierbei mit angeblich irrgeliteten Muslimen ins Gespräch zu kommen. Eine tatsächliche Fortführung der Aktionen einer „Scharia-Polizei“ ist in Nordrhein-Westfalen in der Folge nicht mehr festgestellt worden.

Verteilen von Koran-Übersetzungen

Das Netzwerk **Die Wahre Religion** um den in Köln lebenden salafistischen Prediger Ibrahim About Nagie bildet einen Schwerpunkt des politischen Salafismus. **Die Wahre Religion** ist bundesweit aktiv und betreibt ein eigenes Web-Angebot. Über dort ebenfalls in Erscheinung tretende salafistische Akteure aus Nordrhein-Westfalen sind eindeutig Bezüge zum extremistischen Salafismus erkennbar. **Die Wahre Religion** tritt in der Öffentlichkeit durch die Verteilung von deutschsprachigen Koranexemplaren unter dem Label **Lies!** beziehungsweise **Haus des Qurans** hervor.



Werbung für die Lies!-Kampagne



Propaganda auf Facebook für die sogenannte „Scharia-Polizei“

Die Aktionen sind ähnlich wie ein Franchise-System organisiert. Eine Zentralstelle leitet an, die Verantwortlichkeit für die Aktionen vor Ort übernehmen autarke lokale Akteure. Ihr Ziel ist nicht die tatsächliche Konversion aller in Deutschland lebenden Menschen zum Islam, sondern das Provozieren medialer und staatlicher Reaktionen. Nach Selbstwahrnehmung und Darstellung von Salafisten geht es beim Umgang der Behörden und der deutschen Öffentlichkeit mit dem Salafismus um eine vermeintliche „Verfolgung“ aller Muslime in Deutschland. Dies sei Teil eines globalen Krieges „des Westens“ gegen „den Islam“.

Bundesweit hat es im Jahr 2014 allein an jedem Wochenende rund 150 Koranverteilungen gegeben. Die Verteilaktionen werden in sozialen Netzwerken

intensiv medial verwertet und beworben. Dabei werden auch regelmäßig Besucher von Ständen fotografiert und die Bilder online gestellt.

Koranverteilungen sind grundsätzlich rechtlich nicht zu beanstanden. Verteilungen im Rahmen der **Lies!**-Kampagne sind jedoch eindeutig als salafistisch extremistische Aktionsform zu bewerten und dienen einem Heranführen junger Menschen an die extremistische Szene. Ein ordnungsrechtliches Vorgehen gegen diese Aktionsform der „Street Dawa“ gestaltet sich jedoch schwierig, da die Verteilungen zwar in der Regel straßenrechtlich genehmigungspflichtig sind, jedoch vorgeblich rein religiösen und damit grundgesetzlich geschützten Zwecken dienen. Für eine extremistische Ausrichtung der **Lies!**-Kampagne spricht auch die Reaktion der Verantwortlichen auf die Anschläge in Paris im Januar 2015. Sie wenden sich einseitig gegen die als Begründung genannte Prophetenbeleidigung, machen jedoch in keiner Weise deutlich, dass die gewalttätige Reaktion nicht akzeptiert werden darf. Auf der Internetpräsenz werden zudem eindeutig demokratiefeindliche Botschaften verbreitet.

Neben **Lies!** haben sich in Nordrhein-Westfalen zwei weitere Koranverteilungsnetzwerke gebildet:

- Unter dem Titel **Das Siegel der Propheten** existiert ein Netzwerk, das schwerpunktmäßig im Raum Düsseldorf agiert. Mit **Siegel der Propheten** ist Muhammad, der Begründer der islamischen Religion, gemeint. Bei diesem Netzwerk handelt es sich um eine Abspaltung von **Lies!**. Im Unterschied zu **Lies!**-Ständen werden andere religiöse Schriften unter dem ebenfalls extremistisch-salafistischen Label »Way to Allah (Der Weg zu Allah)« verteilt.

- Bereits seit September 2013 wird im Internet die Kampagne **Jesus, Der Gesandte Allahs** als eine weitere Form der „Street-Dawa“ beworben. Ziel ist nach eigenen Angaben der Aufruf zum Tauhid (Arabisch für „Glaube an die Einheit und Einzigkeit Gottes“). Zur Umsetzung wird ebenfalls offenkundig auf die Erfahrungen aus dem **Lies!**-Projekt zurückgegriffen.



Mobile Koranverteilung

Eine erste Aktion von **Jesus, Der Gesandte**

Allahs fand am 21. Dezember 2013 in Duisburg statt. Es folgten Aktionen in Essen, Düsseldorf, Dortmund und Oberhausen.

Nach neuen Erkenntnissen gibt es seit dem Jahr 2014 zudem Aktivitäten in anderen Bundesländern und der Schweiz. Über den Anknüpfungspunkt „Jesus“ sollen vermutlich vor allem Christen zur Kontaktaufnahme und zu einem Gespräch über den Islam ermuntert werden. Menschen sollen in diesen Gesprächen und durch entsprechendes Informationsmaterial über die Bedeutung und Stellung Jesu im Islam informiert und

letztlich für eine Konversion gewonnen werden.

An der salafistischen Ausrichtung des Projektes bestehen keine Zweifel. Die Zielrichtung, die verbreiteten Inhalte sowie die ideologische Nähe zum bekannteren Missionierungsnetzwerk **Lies!** sind eindeutige Indikatoren dafür.

Netzwerke für die Syrienhilfe

Nach dem Scheitern des „Arabischen Frühlings“ in Syrien herrscht dort ein blutiger Bürgerkrieg, der vor allem die Zivilbevölkerung betrifft. Der Konflikt hat mittlerweile auch den Irak erfasst und den Aufstieg diverser **al-Qaida**-naher terroristischer Gruppierungen ermöglicht. Während die Bereitstellung humanitärer Hilfe für die syrische Zivilbevölkerung einem guten Zweck dient und keinen Anlass zur Beobachtung durch den Verfassungsschutz gibt, werden die Sammelaktionen extremistisch salafistischer Netzwerke in Nordrhein-Westfalen durch den Verfassungsschutz kritisch beobachtet.

Es bestehen Anhaltspunkte dafür, dass Gelder, die im Rahmen von Benefizveranstaltungen und Sammelaktionen dieser Netzwerke zusammengetragen werden, teilweise gezielt salafistischen oder gar terroristischen Netzwerken in Syrien zugehen. Die Gelder verbleiben zum Teil auch in Deutschland und werden hier zur Netzwerkpflge zweckentfremdet. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen warnt davor, den nachfolgend genannten Organisationen Gelder zukommen zu lassen oder ihre Aktivitäten zu unterstützen.

Im Berichtszeitraum 2014 wurde die Gründung einer Hilfsorganisation namens **Organisation für Frieden und Hilfe** bekannt. Im Laufe des Jahres wurde sie in **Muslimisches Hilfswerk (MHW)** umbenannt. Es konnten personelle und strukturelle Bezüge des Muslimischen Hilfswerks zum salafistischen Spektrum in Nordrhein-Westfalen festgestellt werden. Nach polizeilichen Maßnahmen gegen ein salafistisches Netzwerk im Raum Köln Ende 2014 sind die Aktivitäten der Hilfsorganisationen aktuell eingestellt, da es personelle Verknüpfungen gab. Es ist abzuwarten, ob dies auf Dauer so bleibt.

Ziel von **MHW** war das Generieren von Spendengeldern für „bedürftige Muslime“ in Syrien. Der Hauptakteur des **Muslimischen Hilfswerks** wohnt im Ruhrgebiet.

Bei dem im Jahr 2012 in Düsseldorf gegründeten Verein **Ansaar Düsseldorf e. V.** handelt es sich dem eigenen Verständnis nach um einen Hilfsbund zur Unterstützung notleidender Glaubensgeschwister im In- und Ausland. Der Verein führt auch die Bezeichnung **Ansaar International**. Er ist fest mit der deutschen Salafisten-Szene verwoben. **Ansaar Düsseldorf e. V.** unterstützt Hilfsprojekte für bedürftige Muslime weltweit. Innerhalb Deutschlands verfügt die Organisation



über mehrere sogenannte „**Ansaar International Teams**“, die im Namen des Vereins Spenden sammeln, Werbeaktionen durchführen und im Internet mit eigenen Facebook-Auftritten für sich werben. Mitglieder von **Ansaar Düsseldorf e.V.** treten regelmäßig an Informationsständen zum Islam und bei Aktionen zur Verteilung des Korans in Erscheinung. Der derzeitige Schwerpunkt der Vereinsarbeit liegt auf der humanitären Hilfe für Syrien. Im Berichtszeitraum machte der Verein zudem durch die Organisation und Durchführung von Hilfskonvois nach Syrien auf sich aufmerksam. Spendengelder wurden unter anderem durch zahlreiche Benefizveranstaltungen im gesamten Bundesgebiet und im benachbarten Ausland eingenommen.

Der im Jahr 2013 gegründete Verein **Helfen in Not (HiN)** mit Sitz in Neuss bezeichnet sich als Hilfsverein zur Unterstützung notleidender Muslime. Im Vordergrund seiner Aktivitäten steht die Hilfe für die vom Bürgerkrieg betroffenen Menschen in Syrien. Im Berichtsjahr 2014 machte **HiN** durch Benefizveranstaltungen auf sich aufmerksam, bei denen für in Not geratene Muslime in Syrien, aber auch in anderen Regionen der Welt gesammelt



Werbung für Syrienhilfe auf dem Videoportal YouTube

wurde. Bei diesen Veranstaltungen traten regelmäßig Prediger auf, die fest in der salafistischen Szene verwurzelt sind. Dazu gehörten auch Prediger, die dem gewaltaffinen Spektrum des Salafismus in Nordrhein-Westfalen zuzuordnen sind. **HiN** hat medizinische Güter und Kleidung in mehreren Hilfskonvois nach Syrien gebracht. In diesem Zusammenhang traten ebenfalls Personen des salafistischen Spektrums in Erscheinung, die die Konvois begleiteten oder organisatorisch in die Abwicklung der Transporte eingebunden waren.

Nach Kündigung der bisherigen Räume in Neuss ist der Verein derzeit ohne festen Sitz in Nordrhein-Westfalen.

Der Verein **Medizin ohne Grenzen** ist im Sommer 2013 gegründet worden. Er hatte seinen Sitz bis vor kurzem in Troisdorf bei Bonn und ist aktuell nach Hennef umgezogen. Der Verein sammelt Hilfsgüter und Krankenwagen für vordergründig humanitäre Zwecke in Syrien. Durch seine

Aktivitäten hat er Bezüge über die Region Bonn hinaus auch in andere Bundesländer. Akteure, die für den Verein tätig sind und für ihn werben, sind der salafistischen Szene im Raum Bonn zuzurechnen. Auf dieser Grundlage werden der Verein und seine Aktivitäten durch den Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen beobachtet. Seit Jahresanfang agiert der Verein unter der Bezeichnung **Medizin mit Herz**. Eine wesentliche Änderung hinsichtlich handelnder Personen und der grundsätzlichen Ausrichtung ist bislang nicht erkennbar.

Netzwerke zur Gefangenenhilfe

Ansarul Aseer

Unter der Bezeichnung **Ansarul Aseer** (Arabisch für „Helfer des Gefangenen“) verbergen sich eine Internetpräsenz sowie ein Facebook-Kanal zur Unterstützung vorgeblich muslimischer Inhaftierter. Gegründet wurde das Netzwerk bereits im Jahr 2011. Der Hauptorganisator hat seinen Wohnsitz in Solingen. Die Aktivitäten sind bundesweit ausgerichtet.



Online-Kommentare lassen auf einen extremistisch salafistischen Hintergrund schließen. Bei den betreuten Gefangenen handelt es sich ausschließlich um salafistisch-motivierte Straftäter beziehungsweise Beschuldigte, die zum Teil auch wegen terroristischer Straftaten verurteilt worden sind. Die Nutzer der Internetpräsenzen von **Ansarul Aseer** werden aufgefordert, mit den Gefangenen per E-Mail oder Brief in Kontakt zu treten, um sie moralisch aufzubauen. Daneben werden über die Internetpräsenzen von **Ansarul Aseer** Neuigkeiten über gefangene „Geschwister“ im In- und Ausland verbreitet, darunter Informationen über Haftentlassungen, laufende Verfahren und Verurteilungen.

Die Aktivitäten von **Ansarul Aseer** beschränkten sich im Jahr 2014 nicht nur auf das Internet und den Briefverkehr. So wurde im Oktober 2014 zu einem Fußballturnier aufgerufen und es wurden gezielt junge Menschen angesprochen.

Aufgrund der Nähe zu der jihadistischen Personenvereinigung **Tauhid Germany** wurde **Ansarul Aseer** am 26. März 2015 durch den Bundesinnenminister nach dem Vereinsrecht verboten. Eine offene Betätigung für dieses Netzwerk ist in Deutschland nunmehr strafbar.

Bernhard Falk

Neben salafistischen Netzwerken wie **Ansarul Aseer** treten auch Einzelpersonen aktiv für die sogenannten politischen Gefangenen aus dem salafistischen Spektrum auf. Erwähnenswert in diesem Zusammenhang ist insbesondere der ehemalige Linksterrorist Bernhard Falk, der sich

nach eigenem Bekunden in „Vollzeitbeschäftigung“ den „muslimischen politischen Gefangenen der BRD“ widmet. So sucht er regelmäßig salafistische Strafgefangene auf und wohnt entsprechenden Gerichtsverhandlungen bei. Auf eigenen Internetpräsenzen und in sozialen Netzwerken ruft er zur Unterstützung seiner Arbeit und der betroffenen Geschwister auf.



Falk in einem YouTube-Video

Im Berichtsjahr 2014 hat er an zahlreichen Strafprozessen gegen salafistisch-motivierte Einzeltäter und Tätergruppen in Nordrhein-Westfalen teilgenommen.

Seine Aktivitäten sowie seine negative Einstellung gegenüber der „BRD-Strafverfolgung“ hat er in Internetbeiträgen und -videos ausführlich dokumentiert.

Bernhard Falk hat sich zwar mittlerweile gegen den **Islamischen Staat** in Syrien wegen dessen brutalen Vorgehens positioniert, jedoch hat er sich andererseits positiv zu denjenigen al-Qaida-Gruppierungen bekannt, die noch zu dem Netzwerk von Aiman al-Zawahiri, dem Nachfolger von Usama Bin Laden, zählen. Bernhard Falk muss daher zumindest ideologisch als Jihadist eingeordnet werden, dessen Gefangenenbetreuung kein anderes Ziel verfolgt, als Gleichgesinnte vor, während und nach der Inhaftierung an einer Resozialisierung in die Gesellschaft zu hindern.

Durch zahlreiche Strafverfahren und strafprozessuale Maßnahmen im Umfeld von Ausreisenden nach und Rückkehrern aus Syrien sowie deren Unterstützern steigt das Personenpotenzial in Gerichtsverfahren und absehbar auch in Strafvollzugsanstalten an. Das Thema Gefangenenbetreuung dürfte daher in den kommenden Jahren erheblich an Bedeutung gewinnen.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Salafismus wird aller Voraussicht nach auch in den kommenden Jahren ein Extremismusbereich mit hohem Zulauf gerade von jüngeren Menschen sein. Hierzu tragen neben der Krise in Syrien und im Irak und salafistischer Propaganda auch sektenartige und jugendkulturelle Elemente mit eigenem Kleidungsstil und Habitus sowie eigener Musik (Sprechgesängen), Sprache und Symbolik ihren Teil bei. Zudem ist in Zukunft eine weitere Zunahme der Aktivisten-Zahlen zu erwarten, wobei sich der Anstieg jedoch in den letzten Monaten verlangsamt hat. Durch verstärkte öffentliche Aufklärung, wirksame Präventionsmaßnahmen und staatliche Sanktionen kann der extremistisch-salafistischen Szene mittelfristig der Zulauf entzogen werden.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_polsalaf](#)

Extremistischer Salafismus – Jihadismus

Sitz / Verbreitung	In allen Regionen Nordrhein-Westfalens
Gründung / Bestehen seit	Salafismus hat seinen Ursprung in historischen islamischen Strömungen, vor allem in Saudi-Arabien und Ägypten. Der jihadistische Salafismus entwickelte sich aus der Mujahidin-Bewegung in Afghanistan während der 1980er Jahre. In Nordrhein-Westfalen sind erste gezielte Aktivitäten nach der Jahrtausendwende festzustellen.
Struktur / Repräsentanz	Heterogene Personennetzwerke
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Rund 300 gewaltorientierte Personen unter den insgesamt 1.900 extremistischen Salafisten in Nordrhein-Westfalen
Veröffentlichungen	Propaganda-Aktivitäten zumeist im Internet, in sozialen Netzwerken, die selbst nicht politisch-extremistisch sind. Die verschiedenen gewaltorientierten Netzwerke kommunizieren konspirativ, um sich der Beobachtung und Strafverfolgung zu entziehen.
Kurzportrait / Ziele	Gewaltorientierte Salafisten (Jihadisten) wollen ihre Vision eines Islamischen Staats mit terroristischer Gewalt umsetzen. Hauptkonfliktfeld für den internationalen Jihad sind zurzeit Irak und Syrien. Jihadisten sind gewillt, ihre vermeintlichen „Glaubens“-Vorstellungen in Deutschland auch mit Gewalt durchzusetzen und sich für die angebliche Verfolgung von Salafisten in Deutschland rächen zu müssen.
Finanzierung	Spenden aus dem In- und Ausland, zum Teil auch Geldbeschaffung durch kriminelle Handlungen

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Von gewaltorientierten Salafisten geht eine tatsächliche Gefährdung für die Innere Sicherheit in Deutschland aus. Sie sind bereit, zum Erreichen ihrer Ziele auch in Deutschland schwerste Ge-

walttaten zu verüben. Ihre Vorstellungen von einem „Islamischen Staat“ stehen in einem diametralen Widerspruch zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Deutschland und Europa.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Internet-Propaganda

Unter der Bezeichnung **Tauhid Germany** (zeitweise auch **Tauhid Deutschland**) firmierte eine Gruppe, die sich zur Verbreitung salafistischer Propaganda im Internet zusammengeschlossen hat. Sie verfügte neben einem eigenen Web-Angebot auch über Online-Auftritte bei Facebook und YouTube. Neben Predigten in deutscher Sprache fanden sich auf diesen Plattformen unter anderem Beiträge von arabischsprachigen Gelehrten, die der salafistischen Szene als Vorbild dienten. Viele der bei **Tauhid Germany** eingestellten Videos und Postings ließen starke Bezüge zum Jihadismus erkennen. So wurden dort Beiträge und Videos eingestellt, die den gewaltsamen Jihad verherrlichen und zum Hass gegen sogenannte „Ungläubige“ aufriefen.



Logo der verbotenen Organisation
Tauhid Germany

Akteure von **Tauhid Germany** haben im Berichtsjahr 2014 vereinzelt durch sogenannte Da'wa-Stände in deutschen Innenstädten auf sich aufmerksam gemacht. An diesen Ständen wurde salafistisches Propaganda-Material öffentlich verteilt und um neue Anhänger geworben. Hasan K., Hauptakteur in Nordrhein-Westfalen, ist im November 2014 in einer Berufungsverhandlung über die Straßenkrawalle in Solingen am 1. Mai 2012 als Rädelsführer zu einer Haftstrafe von zwei Jahren und sieben Monaten verurteilt worden. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig.

In der Gesamtschau zeigt **Tauhid Germany** Züge einer Folgevereinigung der im Sommer 2012 verbotenen Organisation **Millatu Ibrahim**. Mit Datum vom 26. März 2015 hat der Bundesminister des Innern die Organisation **Tauhid Germany** in Deutschland verboten. Die Beobachtung und Sammlung von Informationen durch die Verfassungsschutzbehörden hat hierzu beigetragen.

Ehemaliges Umfeld von Millatu Ibrahim

Personen aus der im Jahr 2012 verbotenen Vereinigung **Millatu Ibrahim** sind nach wie vor in Solingen und dort auch weiterhin in der salafistischen Szene aktiv. Die jihadistischen Hauptprotagonisten sind jedoch ausgereist und halten sich aktuell in Syrien auf oder sind dort bereits angekommen:

- Die beiden Haupträdelsführer Mohammed Mahmoud und Dennis Cuspert haben sich dem „Islamischen Staat“ angeschlossen und verbreiten weiterhin Internetpropaganda.



Cuspert in einem Propaganda-Video des Islamischen Staates, mutmaßlich in Syrien

- Auch die ehemaligen Protagonisten Silvio K. sowie Christian E. sind weiterhin aktiv und haben durch ihre Verlautbarungen Diskussionen in deutschen Medien provoziert. Der Solinger Robert B. soll nach Verlautbarungen aus der salafistischen Szene im Januar 2014 ein Selbstmordattentat für den Islamischen Staat begangen haben.

Brigade Lohberg

Bislang konnten rund 25 Personen identifiziert werden, die der salafistischen Szene Dinslaken-Lohberg zuzuordnen sind beziehungsweise waren. Gegen einen Teil dieser Personen sind aktuell staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren anhängig. Mehr als ein Dutzend der Mitglieder der **Lohberger Gruppe** sind nach Syrien ausge- reist. Vier sind vor dem eigentlichen Kampfeinsatz wieder zurückgekehrt. Ein weiterer Rückkehrer befindet sich aktuell in Untersuchungshaft. Es besteht der Verdacht, dass er sich dem **Islamischen Staat** angeschlossen haben könnte.



Mustafa K. aus Dinslaken (vermutlich verstorben), mit geköpften mutmaßlich kurdischen Kämpfern in Nord-Syrien

Einige Personen scheinen sich zumindest anfangs gemeinsam unter der Bezeichnung **Brigade Lohberg** in Syrien aufgehalten zu haben. Die Bezeichnung **Brigade Lohberg** ist über Internet-Propaganda bekannt geworden. Sie suggerierte die Existenz einer zusammenhängenden deutschsprachigen Gruppe. Über die reine Propaganda hinaus sind keine Aktionen dieser vermeintlichen „Brigade“ bekannt geworden. Es konnte auch keine Ausstrahlung in die verbliebene Szene in Lohberg hinein festgestellt werden. Neue Verlautbarungen der „Brigade“ sind aktuell nicht bekannt.

Die betreffenden Personen könnten sich verteilt und in verschiedene Abschnitte in Syrien und dem Irak begeben haben. Die bekannt gewordenen Berichte über vier tote Personen dieser Gruppe legen nahe, dass sie sich dem **Islamischen Staat** in Syrien angeschlossen haben.

Der aus Dinslaken stammende Philip B. (Alias-Name: Abu Usama al-Almani) wurde vom Verfassungsschutz in der Vergangenheit als ein Hauptprotagonist der Lohberger Szene eingeschätzt. Er bekannte sich als einer der ersten aus Nordrhein-Westfalen Ausgereisten öffentlich zum **Islamischen Staat** und gelobte dessen selbsternanntem Kalifen die Treue. Über die Internetauswertung konnte die ebenfalls medial verbreitete Mitteilung gewonnen werden, dass eine Person mit dem Namen Abu Usama al-Almani durch ein Selbstmordattentat „Märtyrer“ geworden sei. Ob es sich dabei um Philip B. handelt, kann der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen nicht mit letzter Gewissheit bestätigen. Auffällig ist, dass seitdem keine weiteren Bekenntnisse des Philip B. öffentlich geworden sind.



Philip B. (vermutlich verstorben)

Mit der Ausreise der Hauptprotagonisten aus Dinslaken scheint die Gruppe zumindest derzeit über keinen „harten Kern“ in Nordrhein-Westfalen zu verfügen. Allerdings sind weitere Salafisten in Dinslaken und Duisburg bekannt, die mit den Ausgereisten bekannt waren. Es besteht somit die Gefahr, dass sich weitere Personen aus dem Bereich radikalisieren und ebenfalls versuchen auszureisen.

Strafverfahren gegen Unterstützernetzwerke von Terror-Organisationen in Syrien

Der Generalbundesanwalt teilte mit, dass am 18. Oktober 2014 der 38-jährige tunesische Staatsangehörigen Kamel Ben Yahia S. und der 28-jährigen russische Staatsangehörigen Yusup G. in Aachen festgenommen wurden. Zudem wurden die Wohnungen der beiden Festgenommenen und weiterer dreizehn mutmaßlicher Unterstützer der ausländischen terroristischen Vereinigungen **Islamischer Staat im Irak und Großsyrien (ISIG, heute: IS)** und **Ahrar al Sham** durchsucht. Neben Nordrhein-Westfalen fanden Maßnahmen in Baden-Württemberg, Hamburg, Hessen, Rheinland-Pfalz, Sachsen und Schleswig-Holstein statt. Dem Netzwerk werden Unterstützungshandlungen und Schleusungen zugunsten des **Islamischen Staates** vorgeworfen. Zwei weitere Personen, der 40-jährige deutsche und marokkanische Staatsangehörige Mounir R. und der 31-jährige libanesische Staatsangehörige Kassem El R. wurden im Zusammenhang mit den bundesweiten Maßnahmen ebenfalls festgenommen. Alle gehörten einem salafistischen Personennetzwerk mit Schwerpunkt im Raum Aachen an.

Der Generalbundesanwalt hat am 31. März 2014 die 27-jährige deutsche und polnische Staatsangehörige Karolina R. in Bonn festnehmen lassen. Die Beschuldigte, die der Bonner Salafisten-Szene zugerechnet wird, ist dringend verdächtig, die ausländische terroristische Vereinigung **ISIG** durch vier Geldzahlungen von insgesamt fast 4.800 Euro unterstützt zu haben. Im Rahmen dieses Strafverfahrens ist auch jeweils eine Person in Berlin und Frankfurt a.M. festgenommen worden.

Das Polizeipräsidium Köln führte seit Mai 2013 überregionale verdeckte Ermittlungen gegen Salafisten, denen die Unterstützung terroristischer Vereinigungen im Ausland sowie das Werben um Mitglieder für solche Vereinigungen mit dem Ziel der Teilnahme am bewaffneten Dschihad vorgeworfen wird. Die Ermittlungen richteten sich gegen insgesamt 44 Beschuldigte. Der größte Teil der Beschuldigten stammt aus Nordrhein-Westfalen. Weitere Beschuldigte kommen aus Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Bayern.

Am 12. November 2014 nahm die Polizei in Köln und Umgebung zehn mutmaßliche Unterstützer islamistischer Terrorgruppen in Syrien fest und durchsuchte rund 40 Wohnungen. Die Beschuldigten stehen im Verdacht, mit Einbrüchen die Ausreise von Jihadisten in die Krisengebiete finanziert und islamistische Terrorkämpfer in Syrien unterstützt zu haben. Die Personen werden verschiedenen salafistischen Szenen in Nordrhein-Westfalen zugerechnet und waren bereits seit Jahren, auch vor den ihnen zugerechneten kriminellen Handlungen, als Extremisten bekannt.

Al-Shabab – Rückkehrer aus Somalia

Am 20. September 2014 hat der Generalbundesanwalt den 30-jährigen deutschen und tunesischen Staatsangehörigen Mounir T. und den 22-jährigen deutschen Staatsangehörigen Abdiwahid W. am Flughafen in Frankfurt am Main festnehmen lassen. Die Beschuldigten sind dringend

verdächtig, sich als Mitglieder an der ausländischen terroristischen Vereinigung **Al-Shabab** beteiligt zu haben. Sie sollen im Jahr 2012 von Deutschland aus nach Somalia gereist sein, um sich der dort agierenden terroristischen Vereinigung **Al-Shabab** anzuschließen. Sie sind dringend verdächtig, in einem Lager der Terrororganisation eine Ausbildung im Umgang mit Schusswaffen und Handgranaten durchlaufen und in der Folge an Einsätzen der Terrororganisation teilgenommen zu haben. Beide werden der Bonner Salafisten-Szene zugerechnet.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Durch den Fortgang des Bürgerkrieges im Irak und in Syrien sowie der kriegesischen Konflikte in verschiedenen anderen Teilen der islamischen Welt entstehen staats- und regierungsfreie Räume. Dies bietet Terrorgruppierungen mit jihadistischer Ideologie die Möglichkeit, ihren Machtbereich in diesen Freiräumen zu etablieren. Ihre militärischen Erfolge und ihre im Internet verbreitete Selbstinszenierung als „mustergültige islamische Staaten“ erhöhen deren Attraktivität in der hiesigen salafistischen Szene. In der Folge wird der Drang nach Ausreise, um sich diesem extremistisch-salafistischen Modell anzuschließen, fortbestehen. Damit steigt gleichzeitig die Zahl derer weiter an, die mit Kampfausbildung potenziell wieder zurückkehren und wegen einer weiteren Ideologisierung und Kampferfahrungen ein hohes Risiko für die innere Sicherheit darstellen.

Ausgereiste Jihadisten erhalten in den „befreiten Gebieten“ des **IS** in Syrien und im Irak eine Ausbildung an Waffen. Sie können mit gleichgesinnten Personen aus Europa und anderen Teilen der Welt Netzwerke knüpfen und beispielsweise Anschlägepläne gegen westliche Ziele entwickeln.

Als Rückkehrer mit Terrorausbildung und Kampferfahrung stellen sie eine langfristige Gefahr dar. Auch wenn sie eine Zeit lang nicht auffällig sind, bleiben sie dennoch potenziell gewaltbereit. Dies wird auch in Zukunft eine große Herausforderung für die deutschen Sicherheitsbehörden darstellen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_extsalaf](#)



Sitz / Verbreitung Berlin, Strukturen aber auch in Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern feststellbar

Gründung / Bestehen seit 1987

Struktur / Repräsentanz In Deutschland repräsentiert durch die **Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)**

Mitglieder / Anhänger / NRW: 65

Unterstützer 2014

Veröffentlichungen Englischsprachiges Web-Angebot

Kurzportrait / Ziele Die sunnitische **Hamas** (Harakat al-Muqawama Al Islamiya – Bewegung des islamischen Widerstandes) hat sich aus dem palästinensischen Teil der **Muslimbruderschaft** entwickelt und wurde erstmals öffentlich mit Beginn der ersten Intifada im Jahr 1987 aktiv. Das erste Ziel der **Hamas** ist die „Befreiung“ Gesamtpalästinas und damit die Vernichtung Israels, dessen Existenzrecht nicht anerkannt wird, auch wenn moderate **Hamas**-Politiker dies unter bestimmten Bedingungen hin und wieder in Aussicht stellten.

Finanzierung Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **Hamas** ist eine terroristische Organisation, verfügt aber neben ihrem paramilitärischen Arm, den **Izzedin Al-Qassam**-Brigaden, auch über eine Partei und ein soziales Hilfswerk. Sie ist für zahlreiche Selbstmordattentate und Raketenangriffe auf israelisches Gebiet verantwortlich. Die Feindschaft gegenüber Israel wird begleitet von einem virulenten Antisemitismus, der auch in der Charta der **Hamas** deutlich zum Ausdruck kommt. Als zweites Ziel verfolgt die Hamas die Errichtung eines „islamischen Staates“, gestützt auf die Ideologie der **Muslimbruderschaft**.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Das **Hamas-nahe Palestinian Return Center (PCR)** führte am 3. Mai 2014 in Paris die 12. Europakonferenz durch, an der bis zu 3.000 Personen teilnahmen. Zu der Veranstaltung war unter dem Motto „A united Palestine for the Promise of Return“ eingeladen worden. Die Konferenz wurde vom **PCR** in Zusammenarbeit mit dem Palästinensischen Forum in Frankreich organisiert. In Deutschland hatte die **Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)**, die



Symbol des Palestinian Return Center

die Hamas im Bundesgebiet repräsentiert, zur Teilnahme an der Veranstaltung aufgerufen. Etwa 1.000 Teilnehmer aus Deutschland sind diesem Aufruf gefolgt. Ein wesentliches Thema der Konferenz war der angestrebte Prozess der Versöhnung zwischen der **Hamas** und der Fatah-Partei.

Die Aktivitäten in Deutschland lebender **Hamas**-Anhänger waren überwiegend durch den Nahost-Konflikt bestimmt. Nach dem Beginn israelischer Luftangriffe auf Ziele im Gazastreifen am 8. Juli 2014 fanden in Deutschland zahlreiche durch die **PGD** initiierte Demonstrationen mit zum Teil mehreren Tausend Teilnehmern statt. In Nordrhein-Westfalen wurde unter anderem in Dortmund, Essen, Düsseldorf, Bonn und Wuppertal protestiert. Unter den Demonstrationsteilnehmern war eine hoch emotionalisierte und aggressive Stimmung feststellbar. Gleichwohl verliefen die Demonstrationen, an denen sich gelegentlich auch Anhänger aus dem deutschen links- und rechtsextremistischen Spektrum beteiligten, weitgehend ohne größere Zwischenfälle. Dies entspricht dem sonstigen Verhalten hier lebender **Hamas**-Anhänger, die grundsätzlich kein Interesse an einem gewalttätigen Verlauf von Demonstrationen haben.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Es kann nicht ausgeschlossen werden, dass es auch in Zukunft anlassbezogen zu spontanen Gewaltaktionen stark emotionalisierter jugendlicher Palästinenser gegen israelische, jüdische oder amerikanische Einrichtungen kommen kann. Für organisationsgesteuerte Gewaltaktionen von Hamas-nahen Vereinen liegen jedoch keine Anhaltspunkte vor.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_hamas](#)

Hizb Allah (Partei Gottes)



Sitz / Verbreitung	Zentren in Münster und Hamburg
Gründung / Bestehen seit	1982
Struktur / Repräsentanz	Seit über 20 Jahren ist das Islamische Zentrum (Imam-Mahdi-Zentrum) in Münster eine Plattform und Begegnungsstätte für Hizb Allah -Anhänger in Nordrhein-Westfalen und dem Westen Deutschlands. Weitere erkannte Schwerpunkte finden sich im Raum Essen/Bottrop und Bad Oeynhausen.
Mitglieder / Anhänger /	100
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot
Kurzportrait / Ziele	Die paramilitärische schiitische Hizb Allah formierte sich 1982 als Reaktion auf den Einmarsch israelischer Truppen im Libanon. Organisatorisch knüpft sie unmittelbar an die iranische Intervention während des libanesischen Bürgerkriegs an.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Bedingt durch den iranischen Einfluss strebte die **Hizb Allah** in den ersten Jahren die Errichtung eines islamischen Gottesstaates nach iranischem Muster auf libanesischem Boden an. Hiervon hat sich die Organisation später zugunsten einer pragmatischen, auf die Festigung ihres Einflusses bedachten Ausrichtung gelöst. Diesem Ziel ist die **Hizb Allah** durch ihre mittlerweile gesamtgesellschaftliche und politische Verankerung als Widerstandsbewegung im Libanon deutlich näher gekommen. Im Gegenzug musste sie jedoch Teile ihres extremistischen Forderungskataloges aufgeben. Mit ihrer erfolgreichen Teilnahme an der libanesischen Parlamentswahl gelang es der **Hizb Allah** darum, die angestrebte Etablierung als von der libanesischen Öffentlichkeit wahrgenommene legalistische Organisation zu verstetigen. Ihre Maximen einer Vernichtung des Staates Israel sowie die Errichtung einer „islamischen Herrschaft“ über Jerusalem sind allerdings

bis heute unverändert. Um diese Ziele zu erreichen, bedient sich die **Hizb Allah** auch der Mittel des Terrors. Seit Jahren ist sie für Anschläge im nördlichen Israel verantwortlich und stellt damit eine unmittelbare Bedrohung für den Staat Israel dar. Bei der **Hizb Allah** handelt es sich um eine international gut vernetzte terroristische Organisation.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Der Bundesminister des Innern hat mit Verfügung vom 2. April 2014 den Verein **Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)** wegen des Verstoßes gegen den Gedanken der Völkerverständigung verboten und aufgelöst. Der Verein hat in der Vergangenheit die libanesische **Shahid Stiftung**, die zu den Strukturen der **Hizb Allah** gehört, in erheblichem Umfang finanziell unterstützt. Die **Shahid Stiftung** ihrerseits betreut Waisenkinder und Hinterbliebene von **Hizb Allah**-Kämpfern. Die Vollstreckung des Verbots und in diesem Zusammenhang angeordnete Durchsuchungen erfolgten am 8. April 2014 unter anderem in Nordrhein-Westfalen, wo der Verein seinen Sitz in Essen hatte. Anlässlich der Durchsuchungen wurden das Vereinsvermögen sowie Propagandamaterial der **Hizb Allah** sichergestellt und beschlagnahmt.

Gegen diese Maßnahme haben die Verantwortlichen des **WKP** den Rechtsweg beschritten. Mit Beschluss vom 8. Juli 2014 hat das Bundesverwaltungsgericht (BVerwG) die aufschiebende Wirkung der Klage gegen die **WKP**-Verbotsverfügung wiederhergestellt und dem Verein jede Form der Zusammenarbeit mit der **Shahid Stiftung** untersagt. Besondere Reaktionen hier ansässiger **Hizb Allah**-Anhänger auf die Verbotsmaßnahme waren nicht wahrnehmbar.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Der schiitischen **Hizb Allah**, die mit Iran und dem Assad-Regime in Syrien verbündet ist, sind neben dem Gegner Israel nunmehr auch in der Terrormiliz **Islamischer Staat** sowie anderen salafistisch geprägten Milizen in Syrien und dem Libanon ideologisch noch unerbittlichere Widersacher erwachsen. Deshalb sorgt der Syrienkonflikt, in den die **Hizb Allah**-Miliz an der Seite des Assad-Regimes eingegriffen hat, für eine zunehmende Verunsicherung hier ansässiger **Hizb Allah**-Anhänger. Einerseits ist es die Sorge um die im Libanon verbliebenen Familienangehörigen, andererseits bestehen Befürchtungen, dass man Angriffen von hier lebenden Salafisten ausgesetzt sein könnte. Zumindest ist in den der **Hizb Allah** nahe stehenden Vereinen eine erhöhte Wachsamkeit festzustellen. Hinweise darauf, dass hier ansässige **Hizb Allah**-Anhänger im Zusammenhang mit dem Palästina-Konflikt oder dem Syrienkonflikt gewaltsame Aktionen in Nordrhein-Westfalen planen, liegen bislang nicht vor.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_hizballah](#)

Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei – HuT)



Sitz / Verbreitung	Derzeit keine regionalen Schwerpunkte in Nordrhein-Westfalen erkennbar
Gründung / Bestehen seit	1952
Struktur / Repräsentanz	In der Bundesrepublik Deutschland ist die HuT in verschiedene Regionen aufgeteilt; in diesen Regionen existieren streng voneinander abgeschottete Kleinstgruppen (Zellen), die sich durch ein äußerst konspiratives Verhalten auszeichnen.
Mitglieder / Anhänger /	35
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Mehrsprachiges Web-Angebot
Kurzportrait / Ziele	Die Hizb ut-Tahrir (HuT) wurde 1952 von dem Rechtsgelehrten Scheikh Taqi al-Din al-Nabhani, einem ehemaligen Mitglied der ägyptischen und palästinensischen Muslimbruderschaft gegründet. Es handelt sich um eine pan-islamistische Bewegung, die sich an alle Muslime richtet. Vorrangiges Ziel der Organisation ist die Wiedereinführung des 1924 durch die Republik Türkei abgeschafften Kalifats und die Errichtung eines islamischen Staats.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **HuT** unterliegt in Deutschland einem Betätigungsverbot. Am 19. Juni 2012 hat der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte (EGMR) die Klage der **HuT** gegen das vom Bundesminister des Innern im Januar 2003 ausgesprochene Betätigungsverbot für unzulässig erklärt. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die **HuT** dem Staat Israel das Existenzrecht abgesprochen und den Sturz von Regierungen in muslimisch ausgerichteten Staaten gefordert hat, um diese durch ein auf den Regeln der Scharia basierendes Kalifat zu ersetzen. Damit verfolgt die **HuT** Ziele, die den Grundsätzen der Europäischen Menschenrechtskonvention zuwider laufen, so

dass sich die Organisation bei ihrer Klage nicht auf das in Art. 11 EMRK bestimmte Recht auf Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit berufen konnte.

Die **HuT** kennzeichnet ein besonders stark ausgeprägter Antisemitismus. Juden, aber auch Christen, gelten entgegen der mehrheitlich von islamischen Gelehrten vertretenen Meinung als Ungläubige, deren Lebensform abzulehnen ist und mit denen möglichst kein Kontakt gehalten werden sollte; sie seien ein Bündnis eingegangen, um den Islam zu zerstören.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Anhänger der **HuT** haben dem geltenden Betätigungsverbot nicht öffentlich zuwidergehandelt. Somit gab es 2014 in Nordrhein-Westfalen keine erkennbaren Aktivitäten der **HuT**.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Trotz des Verbots ist davon auszugehen, dass die Organisation ihre Aktivitäten in konspirativer Weise fortsetzt und weiter fortsetzen wird. Anders als die **Muslimbruderschaft**, aus deren Reihen ihr Gründer ursprünglich stammt, setzt die **HuT** nicht auf eine islamische Erziehung der Massen, sondern auf die Gewinnung von Eliten für ihre Ideologie. Aus diesem Grund gehören vor allem Hochschulen zu den Bereichen, an denen die **HuT** ihre konspirative Propagandatätigkeit betreibt. Öffentliche Auftritte von Führungsfunktionären waren weiterhin nicht festzustellen. Dies dürfte vor dem Hintergrund des Betätigungsverbots mit der Furcht vor möglichen staatlichen Sanktionen in Zusammenhang stehen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_hut](#)

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)



Sitz / Verbreitung	Köln
Gründung / Bestehen seit	1984
Struktur / Repräsentanz	./.
Mitglieder / Anhänger /	220 in NRW 
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Muhacirun (Auswanderer) Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	Im Jahr 1984 gründete Cemaleddin Kaplan (1926 – 1995) nach Loslösung von der Milli-Görüs-Bewegung den Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e.V. (ICCB) in Köln. Der Kalifatsstaat war eine am Führerprinzip orientierte und streng hierarchisch gegliederte Organisation. Ziel der Organisation war die Weltherrschaft des Islam unter dem Kalifat seines letzten Anführers Metin Kaplan.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Der **Kalifatsstaat** wurde im Jahr 2001 wegen Verstoßes gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung sowie Gefährdung der inneren Sicherheit in Deutschland durch den Bundesminister des Innern verboten.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Seit dem Vereinsverbot agieren die verbliebenen Anhänger in Deutschland konspirativ und streben eine Reorganisation an. Allerdings wird diese seit langem durch interne Auseinandersetzungen verhindert. Darüber hinaus ist bei Teilen der Anhängerschaft eine Hinwendung zum Salafismus zu beobachten. Strukturen einer ehemaligen **Kalifatsstaats**-Anhängerschaft sind in

Nordrhein-Westfalen noch vorhanden, ohne dass es sich dabei um eine sanktionierbare Fortführung der verbotenen Organisation handelt.



Deutschsprachige Propaganda des Kalifatsstaates im Internet

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die bereits vor dem Verbot äußerst militante Einstellung und Rhetorik des **Kalifatsstaats** ist dazu geeignet, gerade jugendliche Anhänger an den jehadorientierten Salafismus heranzuführen und diese an salafistische Bestrebungen zu verlieren. Einige Akteure des **Kalifatstaats** haben sich inzwischen selbst dem Salafismus zugewandt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_kalifatsstaat](#)



Sitz / Verbreitung	Hauptsitz in Köln
Gründung / Bestehen seit	1928, in Deutschland seit den 1960er Jahren
Struktur / Repräsentanz	Die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD) gehört zu den Gründungsmitgliedern der Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE) , die als Sammelbecken für Organisationen der Muslimbruderschaft in Europa gilt. Seit Ende 2010 hat die IGD ihren Sitz in Köln.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	65  (Rückgang gegenüber Vorjahr durch Neubewertung von Teilen der Bewegung)
Veröffentlichungen	Verschiedene Internetseiten und Auftritte in sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Die 1928 von Hassan al-Banna in Ägypten gegründete Muslimbruderschaft (MB) ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung des modernen politischen Islam. Als pan-islamisch ausgerichtete Organisation ist sie nicht nur in allen arabischen Staaten, sondern nach eigenen Angaben in 70 Ländern weltweit vertreten. Nach ihrer Ideologie sind die meisten Regime in der muslimischen Welt unislamisch.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Ziel der **MB** ist die Umgestaltung der Länder mit islamischer Mehrheitsbevölkerung in Staaten mit islamistischem Regierungssystem auf der Grundlage der Scharia sowie der islamischen Rechts- und Lebensordnung. Gewalt wird zur Durchsetzung dieses Ziels nicht ausgeschlossen.



Symbol der ägyptischen Muslimbruderschaft

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

In Nordrhein-Westfalen sind neben der **IGD** in verschiedenen Städten Vereine mit angeschlossenen Moscheen ansässig, die eine Nähe zur Ideologie der **Muslimbruderschaft** aufweisen. Die Einrichtungen finanzieren sich aus Spenden, Mitgliedsbeiträgen sowie dem Verkauf von Publikationen. Die Spendenbereitschaft der Anhänger ist nach wie vor eher gering, so dass anlässlich von Veranstaltungen ständig zu höherer Spendenbereitschaft aufgerufen wird. Öffentliche Aktivitäten dieser Einrichtungen sind allerdings nur gelegentlich bei größeren Veranstaltungen feststellbar. Dort sind die Verlautbarungen gemäßigt. Vertreter der Organisationen weisen immer wieder darauf hin, dass hier lebende Muslime sich vom islamistischen Terrorismus zu distanzieren und die Gesetze zu beachten haben.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Am 23. September 2013 wurde die **Muslimbruderschaft** in Ägypten durch Gerichtsbeschluss verboten. Am 25. Dezember 2013 stufte die ägyptische Regierung die Organisation als Terrororganisation ein.



Facebook-Kampagne gegen den
Militär-Coup in Ägypten

Nach wie vor ist das Bemühen der **IGD** feststellbar, sich als gemäßigte islamische Organisation darzustellen. Für die weitere Entwicklung der **MB**-nahen Vereine in Nordrhein-Westfalen dürfte von entscheidender Bedeutung sein, wie sich der Prozess in Ägypten, dem Ursprungsland der **MB**, fortsetzen wird.

Weitere Informationen zum Hintergrund

🌐 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_mb](#)

Millî Görüş-Bewegung (extremistischer Teil)

Sitz / Verbreitung	Türkei / Deutschland
Gründung / Bestehen seit	ca. 1969
Struktur / Repräsentanz	./.
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	250 in NRW  (Rückgang gegenüber Vorjahr durch Neubewertung der Bewegung)
Veröffentlichungen	Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	Die ideologischen Wurzeln der Millî Görüş-Bewegung (MGB) gehen auf die Ideen des verstorbenen türkischen Politikers und ehemaligen Ministerpräsidenten der Türkei Prof. Dr. Necmettin Erbakan (1926-2011) zurück. Zum Kern dieser Ideologie gehören die Schlüsselbegriffe „Millî Görüş“ (Nationale Sicht) und „Adil Düzen“ (Gerechte Ordnung). Nach der von Erbakan entwickelten Ideologie ist die Welt hinsichtlich der Herrschaftssysteme zweigeteilt. Einerseits in die auf dem Wort Gottes fußende religiös-islamische Ordnung (Adil Düzen) und andererseits in die westliche Ordnung der Gewalt und Unterdrückung (Batıl Düzen – Nichtige Ordnung). Zum Wohle der Menschen in der Türkei und letztlich zum Wohle aller Menschen strebt die Bewegung an, die westliche Ordnung durch die „gerechte Ordnung“ zu ersetzen.
Finanzierung	Spenden und Mitgliedsbeiträge

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Das „Adil Düzen“-Konzept stellt die westliche Demokratie als zu überwindendes Unterdrückungssystem dar und wendet sich damit grundsätzlich auch gegen die Grundprinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Darüber hinaus wird die Kritik an der westlichen Demokratie bei Erbakan und seinem politischen Gefolge mit einem unverhohlenen Antisemitismus verbunden, der dem Gedanken der Völkerverständigung widerspricht.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die Ziele der politischen Ideologie **Millî Görüş** werden weiterhin von Teilen der auch in Deutschland aktiven Ableger der Bewegung vertreten. In Nordrhein-Westfalen sind folgende Strukturen festzustellen:

Saadet Partisi (SP)

In der Türkei sind die Anhänger der **MGB** in der **Saadet Partisi (SP – Glückseligkeitspartei)** organisiert. Die **SP** ist in Deutschland durch ein zentrales Parteibüro in Köln vertreten. Im Beobachtungszeitraum wurde ein Organisationsaufbau unter anderem durch die Ernennung von Gebietsvertretern der **SP** in 21 Regionen europaweit verzeichnet. Zudem besuchten Funktionäre der **SP** die in Deutschland im Aufbau befindlichen Parteistrukturen und hielten unter anderem in Nordrhein-Westfalen Seminare und Vorträge. Als vornehmliche Ziele des **SP**-Parteibüros in Deutschland werden die Wahlkampfunterstützung für die am 7. Juni 2015 stattfindenden türkischen Parlamentswahlen sowie die Einnahme von Mitgliedsbeiträgen und Spenden angesehen.



Ableger der Saadet Partisi im Rheinland

Ein in der türkischen Presse wiedergegebenes Zitat des **SP**-Vorsitzenden Mustafa Kamalak anlässlich der Eröffnung des zentralen Parteibüros in Köln macht erneut das Festhalten an der extremistischen politischen Ausrichtung deutlich:

„Ein System, das nicht auf Recht (hakk) basiert, kann nicht gerecht (adil) sein. Der Maßstab von Recht wiederum wird im Koran und in der Sunna (Brauch des Propheten) bestimmt.“

Erbakan Vakfı (Erbakan Stiftung)

Die **Erbakan Vakfı** wurde von Fatih Erbakan, dem Sohn Necmettin Erbankans, 2013 in der Türkei gegründet. Sie vertritt das geistige Erbe und die Ideologie Necmettin Erbankans. Die **SP** distanzierte sich am Folgetag der Stiftungsgründung von dieser, da sich die **SP** als einziger legitimer Vertreter der **Millî Görüş-Bewegung** ansieht. Die **Erbakan Vakfı** verfügt über eine eigene Europavertretung, deren hauptsächliche Aktivität in Solingen und Duisburg lokalisiert werden kann.



Logo der Erbakan-Stiftung

Bielefeld Sultan Fatih Gençlik (BSFG)

Die Organisation **Bielefeld Sultan Fatih Gençlik** besteht aus Personen, die der Ideologie der **Millî Görüş-Bewegung** nahestehen. Sie wurde insbesondere im Rahmen von Veranstaltungen der **SP** und der **Erbakan Vakfı** unter anderem als Organisator bekannt.



Symbol der Bielefeld Sultan Fatih Gençlik

İsmail Ağa Cemaati (IAC)

Bei der **IAC** handelt es sich um eine politisierte Gruppierung aus dem islamischen Sufi-Orden der Nakschibandiya, zu dem auch Necmettin Erbakan, der Gründer der **Millî Görüş-Bewegung**, enge Beziehungen pflegte. Der europäische Zweig der **IAC** zeigt sich verbunden mit der Ideologie der **Millî Görüş-Bewegung** und der **Saadet Partisi**. Europavertreter der **IAC** ist nach eigenem Bekunden der Prediger Nusret Cayır. Er hielt im Jahr 2014 mehrfach Predigten ideologischen Inhalts im Rahmen von Veranstaltungen in Nordrhein-Westfalen.



Symbol der İsmail Ağa Cemaati

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Die organisatorischen Veränderungen innerhalb der **MGB** im Jahre 2013 haben dazu geführt, dass jetzt die oben genannten Organisationen als Vertreter der **Millî Görüş**-Ideologie in Nordrhein-Westfalen anzusehen sind. Diese Bestrebungen verfolgen ihre Ziele in der Türkei und hier nach wie vor mit politischen Mitteln. Es ist damit zu rechnen, dass die **SP** und die **Erbakan Vakfı** ihre Organisationsstrukturen weiter ausbauen und ihre in Nordrhein-Westfalen lebenden Anhänger ideologisch stärker in die entstehenden Strukturen einbinden werden.

Mit dem politischen Erfolg der islamisch-orientierten AKP in der Türkei ist die **MGB** dort seit Jahren politisch marginalisiert. Diese Entwicklung hat sich nunmehr auch Nordrhein-Westfalen, wenn auch unter anderen Voraussetzungen, fortgesetzt. Zurzeit ist nicht erkennbar, dass die **MGB** wieder nennenswert an politischer Bedeutung gewinnen könnte.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_milligoerues](#)

Nordkaukasische Separatisten- Bewegung (NKSB)

Sitz / Verbreitung	Einzelmitglieder in Deutschland
Gründung / Bestehen seit	1991 als international nicht anerkannte Tschetschenische Republik Itscherien, seit 2007 Kaukasisches Emirat
Struktur / Repräsentanz	Keine gefestigten Strukturen in Nordrhein-Westfalen
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	70
Veröffentlichungen	Einzelne Veröffentlichungen im Internet, Austausch in sozialen Netzwerken
Kurzportrait / Ziele	Mit dem Zerfall der UdSSR 1991 und im Zuge der Unabhängigkeit der südkaukasischen Staaten Armenien, Aserbeidschan und Georgien entstand im nördlichen Kaukasus, vor allem in Tschetschenien, eine separatistische Bewegung mit dem Ziel einer Loslösung von Russland.
Finanzierung	Spenden

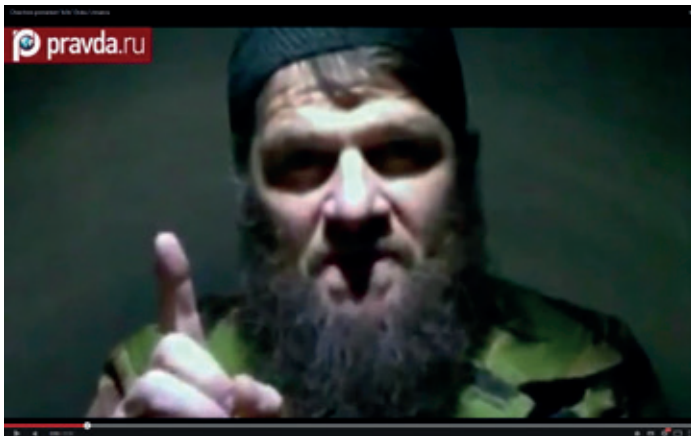
Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Das **Kaukasische Emirat** hat das Ziel, die russische Armee mit Gewalt zum Rückzug aus Tschetschenien zu zwingen und im nördlichen Kaukasus einen islamischen Staat zu errichten. Die Unterstützungsaktivitäten für das **Kaukasische Emirat** bestehen in Deutschland vorrangig in der Propaganda für die Bewegung, Spendensammlungen sowie sonstiger logistischer Hilfe. In Nordrhein-Westfalen verfügt die **NKSB** über keine festen Strukturen. Einzelne und zum Teil herausragende Personen der **NKSB** sind in Nordrhein-Westfalen jedoch für die Organisation in überregionalen Zusammenhängen aktiv.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Es zeigen sich vermehrt Beteiligungen von Tschetschenen, die zuvor einen Bezug zur **NKSB** aufwiesen, an einzelnen salafistischen Aktionen wie Koranverteilung, Islamseminaren und Spendensammlungen. Im Spätsommer und Herbst des Jahres 2014 kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Tschetschenen und Jesiden in Herford und Celle. Hierbei war zu erkennen, dass sich ein Teil der **NKSB** Anhänger verstärkt dem salafistischen Spektrum zugewandt hat. Diese Tendenz findet ihren Ausfluss auch darin, dass sich immer mehr Mitglieder des **Kaukasischen Emirats** für den Jihad entscheiden. Mittlerweile gibt es erste Hinweise, dass Gruppen von Kämpfern aus dem Kaukasus einen Treueeid auf den Emir des **Islamischen Staates (IS)** Abu Bakr Al-Baghdadi geleistet haben.

Nach dem Tod Doku Umarows, des Emirs des **Kaukasischen Emirats**, der im März 2014 bekannt gegeben und später bestätigt worden ist, übernahm Aliaskhab Kebekov (Alias-Name: Scheich Ali Abu Muhammad al-Kaukasi) als neuer Emir die Führung des **Kaukasischen Emirats**.



Todesmeldung zu Umarov im russischen Fernsehen auf YouTube

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Nach den Ereignissen des Jahres 2014 ist von einer weiteren Radikalisierung von Teilen der extremistischen tschetschenischen Szene in Nordrhein-Westfalen auszugehen.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_nksb](#)

Türkische Hizbullah (TH)

Sitz / Verbreitung	Türkei
Gründung / Bestehen seit	1979 in Diyarbakır 1981/82 Trennung der Fraktionen Menzil und İlim 1987 İlim-Fraktion in Batman
Struktur / Repräsentanz	./.
Mitglieder / Anhänger /	100 in NRW 
Unterstützer 2014	
Veröffentlichungen	Publikationen: Yeni Müjde (Neue Frohe Botschaft), Inzar (Warnung), Doğru Haber (Richtige Nachricht), Kelhaamet (Prächtiges Diyarbakır), Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in eigenen Worten) Mehrere Web-Angebote
Kurzportrait / Ziele	Anfang der 1980er Jahre bildeten sich unter sunnitischen Kurden in der Türkei Gruppierungen heraus, die für die Errichtung einer auf strikter Befolgung von Koran und Scharia gegründeten „islamischen Herrschaft“ eintraten und sich gegen den säkularen türkischen Staat wandten. Aus einer dieser Gruppierungen entwickelte sich die Hizbullah (Partei Gottes) , die vor allem seit Beginn der 1990er Jahre zur Erreichung ihrer politischen Ziele gegen interne Abweichler, gegen die marxistische kurdische Separatistenorganisation PKK (Arbeiterpartei Kurdistans), gegen liberale Journalisten und gegen Vertreter des türkischen Staates Gewalt anwendete. Im Januar 2000 wurde Hüseyin Velioğlu, der damalige Anführer der sogenannten Türkischen Hizbullah , in Istanbul bei einem Schusswechsel mit der Polizei getötet. In der Folge setzten sich zahlreiche Aktivisten der TH nach Europa und insbesondere nach Deutschland ab.
Finanzierung	Spenden

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

In ihrer Zielsetzung verbindet die **Türkische Hizbullah** eine islamistische mit einer kurdisch-nationalen Agenda. Zu den Feindbildern, die für die Unterdrückung der Muslime verantwortlich gemacht werden, gehören neben den internen Abweichlern, der **Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)** und der Republik Türkei auch die „imperialistischen“ und „zionistischen Mächte“, also die westliche Staatengemeinschaft und Israel. Hauptziel der **TH** ist die Beseitigung des laizistischen Staatssystems in der Türkei und langfristig die Errichtung eines islamistischen Regimes. Die **TH** rechtfertigt die Anwendung von Gewalt.

Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Die **TH** nutzt Deutschland als Rückzugsraum. Mit ihren öffentlichen Aktivitäten, wie zum Beispiel religiöse oder kulturelle Veranstaltungen, möchte die **TH** möglicherweise neue Mitglieder werben sowie Spenden sammeln. So fanden in Nordrhein-Westfalen entsprechende Veranstaltungen im Jahr 2014 unter anderem in Herne statt.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

Derzeit ist nicht abzusehen, dass die **TH** ihre Strategie in Deutschland ändert und hier zu gewalttätigen Mitteln in der politischen Auseinandersetzung greift.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_tuerkhizbullah](#)

Scientology Organisation (SO)

Scientology Organisation (SO)

Sitz / Verbreitung	Bundesweite Niederlassungen (zum Beispiel Berlin, München, Hamburg) NRW: Scientology Kirche Düsseldorf und Celebrity Center
Gründung / Bestehen seit	Die Church of Scientology wurde 1953 durch Lafayette Ron Hubbard (LRH) in den USA gegründet; erste deutsche Niederlassung 1970 in München
Struktur / Repräsentanz	Strikter hierarchischer Aufbau mit Strukturen mit totalitärem Anspruch; Steuerung durch David Miscavige aus den USA; Unterstützung durch Finanzmittel und politische Einflussmöglichkeiten innerhalb der USA; diverse kontinentale Verbindungsbüros zur Kontrolle der Arbeit in den einzelnen Ländern
Mitglieder / Anhänger / Unterstützer 2014	Bund: rund 4.000 → NRW: rund 500 →
Veröffentlichungen	Internationale Publikationen: Unter anderem Impact, Scientology News, Celebrity, Source, Freewinds, OT-Universe, The Aditor, Advance Deutschsprachige Publikation: Freiheit Nordrhein-Westfälische Publikation: Kompetenz
Kurzportrait / Ziele	Die Ziele der SO wurden durch den Gründer LRH festgelegt, dessen Lehren nach der Ideologie der SO unabänderlich und bindend sind. Eines der formulierten Ziele lautet „Clear Planet“, was bedeutet, dass alle Menschen der scientologischen Gesellschaft angehören sollen. Hieraus kann der Schluss gezogen werden, dass die SO somit die Weltherrschaft erstrebt. Angestrebt wird die scientologische Gesellschaft mit einer Einteilung der Menschen in „Nichtabberierte“ und „Abberierte“ (Nicht-Scientologen), wobei Letztere nach scientologischen Vorstellungen in einzelnen Menschenrechten eingeschränkt würden.

Vor diesem Hintergrund ist eines der großen Themen in der **SO** die Expansion, auf welche die Mitglieder kontinuierlich eingeschworen werden und zu deren Erreichung die **SO** versucht, Einfluss auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik auszuüben. Dabei tritt die **SO** nicht immer offen auf, sondern verbirgt sich häufig bei ihren Aktivitäten hinter einer ihrer zahlreichen Tarnorganisationen. Zu diesen Tarnorganisationen gehören unter anderem **Der Weg zum Glücklichein, Jugend für Menschenrechte** und **Sag nein zu Drogen**. Mit professionellen Internetpräsenzen und Themen wie zum Beispiel Drogen und Menschenrechte sprechen sie insbesondere Jugendliche an und nutzen das Internet, um außerhalb der Einflussmöglichkeit der Erziehungsberechtigten an sie heranzutreten. Die Zugehörigkeit der Tarnorganisation zur **SO** ist nur schwer erkennbar. Deren hochwertig gestaltete Broschüren werden verteilt, beziehungsweise an gut zugänglichen Stellen wie Beratungsbüros, Geschäften und Praxen auch mit Zustimmung der Verantwortlichen, die den Zusammenhang zur **SO** nicht erkennen, ausgelegt.

Finanzierung

Vertrieb von kostenpflichtigen Kursen und Kursmaterialien im Rahmen der Scientology-Ideologie; Spendengelder. Insoweit wird oft ein erheblicher Druck auf Mitglieder ausgeübt.

Grund der Beobachtung / Verfassungsfeindlichkeit

Die **SO** ist seit 1997 Beobachtungsobjekt des Verfassungsschutzes. Die Lehre der **SO** stellt eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung dar. Nicht nur Einschränkungen wesentlicher Grund- und Menschenrechte (wie Meinungsfreiheit und Gleichberechtigung) sind Konsequenzen der Lehre, sondern es wird auch eine Gesellschaft ohne allgemeine und gleiche Wahlen angestrebt. Zur Erreichung ihrer Ziele verfolgt die Organisation zumeist verdeckt die Beeinflussung sowohl der Gesellschaft und Wirtschaft als auch der Politik.

Mit der Entscheidung des OVG Münster vom 12. Februar 2008 ist die Rechtmäßigkeit der Beobachtung durch den Verfassungsschutz bestätigt worden. Mit seiner Entscheidung bestätigte das Gericht die Auffassung des Verfassungsschutzes, dass die Lehre der **Scientology Kirche Deutschland e.V. (SKD)** und der **Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)** eine Gefahr für die freiheitliche demokratische Grundordnung darstellt.

Verschiedene Info-Materialien der Scientology Organisation



Ereignisse und Entwicklungen im Berichtszeitraum

Im Dezember 2013 wurde im Rahmen eines Großevents in den USA durch den Leiter der **SO** David Miscavige das „Goldene Zeitalter der Technologie, Phase II“ ausgerufen. Den Mitgliedern wurden vermeintliche Neuerungen angekündigt, die letztendlich aufgrund der Unabänderlichkeit der Lehren von LRH darin bestanden, dass Kurse und Bücher neu aufgelegt und illustriert wurden. Den Mitgliedern wurde vermittelt, dass sie nun in einer weitaus höheren Geschwindigkeit den angestrebten Status „Clear“ erreichen könnten.

Eine Gewinnung neuer Mitglieder konnte im Berichtsjahr 2014 nicht festgestellt werden, jedoch wurde durch diese Maßnahme erreicht, dass Mitglieder eine Vielzahl von kostenpflichtigen Kursen absolviert haben.

Bewertung, Tendenzen, Ausblick

An der Gefahreneinschätzung der Organisation, die durch das OVG Münster 2008 formuliert wurde, hat sich nichts geändert. Die Mittel zur Erreichung der Ziele haben keinen Wandel erfahren. Insbesondere die Umwerbung Jugendlicher unter dem Deckmantel von guten Taten (Aufklärung über Menschenrechte, Förderung von Toleranz und Frieden, Kampf gegen Drogen) ist sowohl perfide als auch gut durchdacht. Die Kontaktaufnahme von Jugendlichen zur **SO** erfolgt ebenso einfach wie schnell, es reicht oftmals eine E-Mail oder das Ausfüllen eines Kontaktformulars. Es kann davon ausgegangen werden, dass eine Weiterentwicklung der **SO** gerade im Bereich moderner Kommunikationsmedien stattfinden wird.

Auch die Beeinflussung der Wirtschaft durch die **SO** wird weiterhin einer Beobachtung unterliegen müssen. Die **SO** verfügt über den eigenen Wirtschaftsverband **World Institute of Scientology Enterprises (WISE)** sowie eigene Organisations- und Managementstrategien. Durch geschicktes und verdecktes Marketing nähert sie sich ganzen Firmen, insbesondere aber kleinen und mittelständischen Unternehmen. Auf diese Art und Weise soll sukzessive die Infiltration der Wirtschaft betrieben und die Macht der Organisation ausgebaut werden.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: vs_so

Präventionsarbeit und Aussteigerprogramme

Übergreifende Präventionskonzepte gegen Extremismus	180
Präventionsprogramm „Wegweiser“	182
Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes	186
Fachtagung „Antimuslimischer Rassismus“	190
Modellprojekt VIR	194
Vorträge und Fortbildungen	196
Veröffentlichungen	198

Extremismusprävention ist seit mehr als zehn Jahren ein fester Bestandteil der Arbeit des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen. Seit Mitte April 2013 werden entsprechende Aufgaben und Aktivitäten im eigenständigen Referat „Prävention, Aussteigerprogramme“ gebündelt. Deutliche Schwerpunkte der Präventionsarbeit liegen zurzeit in den Bereichen Rechtsextremismus und Islamismus. Präventionsarbeit findet nicht nur auf institutioneller und gesellschaftlicher, sondern verstärkt auch auf individueller Ebene statt. Der Verfassungsschutz bietet Rechtsextremisten und seit Oktober 2014 Islamisten mit eigenen Programmen die Möglichkeit zum Ausstieg. Noch früher setzt das Präventionsprogramm „Wegweiser“ an, bei dem vorwiegend junge Menschen zum Ausstieg vor dem Einstieg in den gewaltbereiten Salafismus motiviert werden sollen. Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz beteiligt sich zudem an vielfältigen Informationsveranstaltungen, Tagungen und Modellprojekten zur Prävention.

Ziel und ein besonderer Schwerpunkt im Jahr 2014 war es, Initiativen im Bereich der Prävention des Islamismus zu vernetzen, auszuweiten und zusätzlichen Handlungsbedarf herauszukristallisieren. Der Verfassungsschutz verfolgt dies in enger Kooperation mit mehreren nordrhein-westfälischen Landesministerien. Ein wichtiges Element ist das neue Aussteigerprogramm Islamismus, das unabhängig und parallel zum Präventionsprogramm Wegweiser konzipiert worden ist. Mit Regionalkonferenzen bei den Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf konnten zudem insgesamt rund 300 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus unterschiedlichen Arbeitsbereichen zu den Problemfeldern islamistischer Agitation und Rekrutierung sensibilisiert werden. Für

das Jahr 2015 sind entsprechende Konferenzen in den Regierungsbezirken Köln, Detmold und Münster geplant.

Im Bereich der Rechtsextremismusprävention zählten der Beginn der zweiten wissenschaftlichen Evaluation des Aussteigerprogramms, die Fachtagung „Antimuslimischer Rassismus – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“ in Köln und das Modellprojekt VIR („Veränderungsimpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“) zu den wichtigsten Aktivitäten im Jahr 2014.

Ein Kernelement der Prävention ist die Aufklärung der Politik, der Behörden und Institutionen, aber auch der Bürgerinnen und Bürger über Ideologien, Strukturen und Strategien verfassungsfeindlicher Organisationen und Parteien. Aufklärung stärkt die Wachsamkeit der demokratischen Öffentlichkeit und festigt auf diese Weise das Fundament einer wehrhaften Demokratie. Im Jahr 2014 hat sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an über 170 Informationsveranstaltungen in allen Landesteilen beteiligt. Die weitaus meisten Veranstaltungen beschäftigten sich mit den Themenfeldern Rechtsextremismus und Islamismus. Der Verfassungsschutz ist dabei in der Regel nicht selbst Ausrichter. Einladende sind fast immer zivilgesellschaftliche Organisationen, Schulen, Lehrerbildungseinrichtungen oder Stellen der Aus- und Fortbildung der Justiz- und Sicherheitsbehörden. Die meisten Veranstaltungen richten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren, ein kleinerer Teil direkt an Jugendliche.

Im Bereich Islamismus und seit 2014 durch das Modellprojekt VIR erstmals auch im Bereich Rechtsextremismus bringt der Verfassungsschutz NRW seine Erkenntnisse gezielt in alle drei grundlegenden Felder der Prävention ein. In Wissenschaft und pädagogischer Praxis wird üblicherweise die primäre, sekundäre und tertiäre Prävention unterschieden. Eingeteilt wird nach den Zielgruppen, an die sich die Präventionsmaßnahmen richten.

Bei der primären Prävention ist dies die demokratische Öffentlichkeit („Verfassungsschutz durch Aufklärung“).

Bei der sekundären Prävention sind es Personengruppen, die Nähe zum extremistischen Denken und Handeln haben. Im Bereich des Rechtsextremismus werden diese Personen beispielsweise häufig als „rechtsorientiert“ oder „rechtsaffin“ bezeichnet. Entsprechende Jugendliche befinden sich meist in einer Annäherungsphase an extremistische Szenen.

Tertiäre Prävention richtet sich an Personen, die fest an der Szene beteiligt und in ihr aktiv sind. Maßnahmen der tertiären Prävention sind insbesondere Aussteigerprogramme. Die Übergänge zwischen diesen drei Präventionsbereichen sind fließend, die Unterscheidung ist aber wichtig, weil wirksame Präventionsmaßnahmen passgenau auf die jeweilige Zielgruppe ausgerichtet sein müssen.

Übergreifende Präventionskonzepte gegen Extremismus

Vor dem Hintergrund der aktuellen deutschland- und europaweiten Entwicklungen im Phänomenbereich extremistischer Salafismus haben sich im Mai 2014 unter der Federführung des MIK das Ministerium für Schule und Weiterbildung (MSW), das Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS), das Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales (MAIS), das Ministerium für Innovation, Wissenschaft und Forschung (MIWF), das Justizministerium (JM) und die Staatskanzlei (StK und MBEM) auf die Entwicklung einer breit wirkenden gemeinsamen präventiven Gegenstrategie gegen den gewaltbereiten Salafismus verständigt. In einem schriftlichen Bericht wurde der Landtag im Oktober über das gemeinsame Vorgehen sowie die bisherigen Aktivitäten und Handlungsschwerpunkte unterrichtet (Bericht „Unterrichtung des Landtags über ein ressortübergreifendes, koordiniertes Vorgehen der Landesregierung zur Prävention von gewaltbareitem Salafismus“ vom 21. Oktober 2014, Landtagsvorlage 16/2301).

Die möglichen Gegenstrategien, die in Nordrhein-Westfalen entwickelt wurden und ausgebaut werden sollen, sind vielfältig und erfordern unterschiedliche Expertise. Sie gehen über den Verantwortungsbereich von Polizei und Verfassungsschutz hinaus. Eine wirksame Bekämpfung der Ursachen und Wirkung von Radikalisierung erfordert nach Meinung vieler Expertinnen und Experten unabdingbar ein gemeinsames koordiniertes Vorgehen aller betroffenen Ressorts. Es ist erforderlich, bestehende spezifische Präventionsmaßnahmen aus den Aufgabenbereichen verschiedener Ressorts der Landesregierung stärker zu vernetzen und auszubauen sowie neue notwendige Maßnahmen zu initiieren und die Bekämpfung als gesamtgesellschaftliche Aufgabe anzunehmen.

Unter Federführung des Ministeriums für Inneres und Kommunales NRW fand ein erster Expertenkreis zum Thema Salafismusprävention statt. Hierzu waren ausgewählte Fachleute aus Wissenschaft und Praxis sowie Vertreterinnen und Vertreter der Landesregierung eingeladen. Im Fachgespräch wurde intensiv erörtert, welche neuen Handlungsimpulse sich für Politik, betroffene Bereiche von Regierung und Verwaltung und andere Verantwortungsträger ergeben könnten. Die Möglichkeiten für ein gemeinsames Vorgehen und die Zusammenführung der Maßnahmen in einem übergreifenden Präventionskonzept werden weiter erarbeitet.

Regionalkonferenzen Salafismus

Von einer Radikalisierung sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene betroffen. Daher hat das Ministerium für Inneres und Kommunales 2014 in Regionalkonferenzen bei den Bezirks-

regierungen begonnen, landesweit die Institutionen, die in ihrer Arbeit mit dieser Personengruppe vielfältige Kontakte haben, über den extremistischen Salafismus, seine Erscheinungsformen sowie Beratungs- und Hilfsangebote zu informieren. Die beiden ersten Konferenzen wurden bereits gemeinsam mit den Bezirksregierungen Arnsberg und Düsseldorf durchgeführt. Im Jahr 2015 folgen Konferenzen in Köln, Detmold und Münster. Sie richten sich mit den Zielen Aufklärung, Information und Sensibilisierung insbesondere an Multiplikatoren aus den Bereichen Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Integrationsfachstellen, Polizei und Wissenschaft. In Vorträgen und Diskussionen wurden die Attraktivität der Szene für Jugendliche, ihre Radikalisierungstendenzen sowie Themen der Prävention gegen den extremistischen Salafismus von und mit Experten beleuchtet.



Modellprojekt „Kommunen gegen Extremismus“

Im Kreis Mettmann wurde durch den nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz zusammen mit dem polizeilichen Staatsschutz des zuständigen Polizeipräsidenten Düsseldorf ein Modellprojekt „Kommunen gegen Extremismus“ initiiert. Es beruht im Rahmen einer vertrauensvollen Zusammenarbeit im Wesentlichen auf Informationsaustausch in beide Richtungen und soll bereits im Vorfeld die Entstehung jeder Art von Extremismus entgegenwirken. Im Falle einer Problemlage oder bei Entwicklungen, die auf das Entstehen einer solchen hindeuten, wollen die Beteiligten auf kurzen Wegen gemeinsam geeignete Gegenmittel erarbeiten. Verfassungsschutz und Polizei stehen dauerhaft beratend zur Verfügung. Das Modell wurde von den Kommunen im Kreis Mettmann positiv angenommen und für Anfragen und Hinweise genutzt

Netzwerk gegen Rechtsextremismus

Der Verfassungsschutz NRW vertritt das Innenministerium in einer Interministeriellen Arbeitsgruppe, die die Entwicklung eines integrierten Handlungskonzepts gegen Rechtsextremismus und Rassismus in Nordrhein-Westfalen begleitet. Das Handlungskonzept wird federführend durch eine Projektgruppe im Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport erarbeitet. Das MIK gehört zudem dem „Landesnetzwerk gegen Rechtsextremismus“ in Nordrhein-Westfalen an, das im März 2012 gegründet wurde und in dem alle wesentlichen staatlichen und zivilgesellschaftlichen Akteure zusammenarbeiten.

Präventionsprogramm „Wegweiser“ – Vorbeugung gegen Radikalisierung in den extremistischen Salafismus

Der gewaltbereite Salafismus war auch im Jahr 2014 der Extremismusbereich mit der am stärksten wachsenden Szene innerhalb Deutschlands. Das Thema wirft insbesondere bei Eltern und Lehrern viele Fragen auf. Woran erkennt man, ob und inwieweit sich Jugendliche bereits radikalisiert haben? Welche Veränderungen sind typisch? Was kann gegen einen drohenden Einstieg in die Szene unternommen werden?



Betroffene frühzeitig erreichen

Hier setzt das Präventionsprogramm Wegweiser an: Es bietet Anlaufstellen vor Ort für alle, die Fragen zum Thema Salafismus und Radikalisierung haben oder Unterstützung benötigen. Wegweiser setzt früher an als das Aussteigerprogramm Islamismus. Es will verhindern, dass sich Jugendliche überhaupt radikalisieren und in die Szene einsteigen. Dabei gibt es vielfältige Auslöser für eine mögliche Radikalisierung. Entsprechend breit ist das Programm Wegweiser aufgestellt. Neben Unzufriedenheit, Schulproblemen, Identitätskrisen kann auch mangelnde Akzeptanz ein Grund für den Einstieg in die salafistische Szene sein. Daher ist es sehr wichtig, Beratungsangebote zu unterbreiten und Stellen anzubieten, die gerade Angehörigen und anderen Personen offenstehen, die Probleme erkennen und Veränderungen an den jungen Menschen beobachten. Über Gespräche mit Personen aus dem direkten Umfeld besteht die Möglichkeit, die Betroffenen frühzeitig zu erreichen.

Je vielfältiger die Problemlagen der vorwiegend jungen Menschen sind, umso zahlreicher und inhaltlich breiter aufgestellt sollten die Netzwerkpartner vor Ort sein, die bei einer Problemlösung mit ihren speziellen Expertisen hinzugezogen werden und behilflich sein können.

Breit aufgestelltes Expertennetzwerk

Das Programm Wegweiser bindet möglichst viele Experten bei allen relevanten, lokal ansässigen Stellen in die Beratungsarbeit mit ein. Es sollen individuelle und umsetzbare Problemlösungen erarbeitet werden können. Ein solches Expertennetzwerk besteht unter anderem aus kommunalen Behörden, freien Trägern der Jugend- und Bildungsarbeit, Sozialverbänden, der örtlichen Polizei, lokalen Initiativen, Schulen und Moscheegemeinden.

Wegweiser versteht sich nicht als alleiniges Programm des Ministeriums für Inneres und Kommunales, sondern als Programm eines Verbundes von Ministerium sowie Kommunen und Akteuren vor Ort.

Die einzelnen Wegweiser-Partner tauschen sich regelmäßig mit dem Ministerium für Inneres und Kommunales aus, um die Wirksamkeit der Organisation und des Konzeptes zu erörtern. Die konkrete Beratungsarbeit findet jedoch ausschließlich vor Ort statt und wird unabhängig durchgeführt. Es ist vertraglich ausdrücklich geregelt, dass personenbezogene Daten nicht weitergegeben werden dürfen.

Das Wegweiser-Konzept umfasst Leitlinien, die vom jeweiligen lokalen Partner individuell konkretisiert werden, um Besonderheiten in der Stadt beziehungsweise Region zu berücksichtigen. Alle Beteiligten überlegen gemeinsam, welche örtliche Institution

als Träger für das Wegweiser-Projekt in Frage kommt. Dieser Träger erhält eine Finanzierung vom Land, die es ihm ermöglicht, eine Anlaufstelle einzurichten und Betreuer für eine Beratung einzustellen. Diese Ansprechpartner sind in der Beratungsarbeit kundige Personen mit örtlichen Bezügen, die zudem – da in der Regel selbst muslimisch – einen intensiven Kontakt zur islamischen Gemeinde pflegen. Durch die vom lokalen Netzwerk abgesicherte hohe Akzeptanz der Betreuer und die Anlaufstelle vor Ort ist die Hemmschwelle für Ratsuchende niedrig.

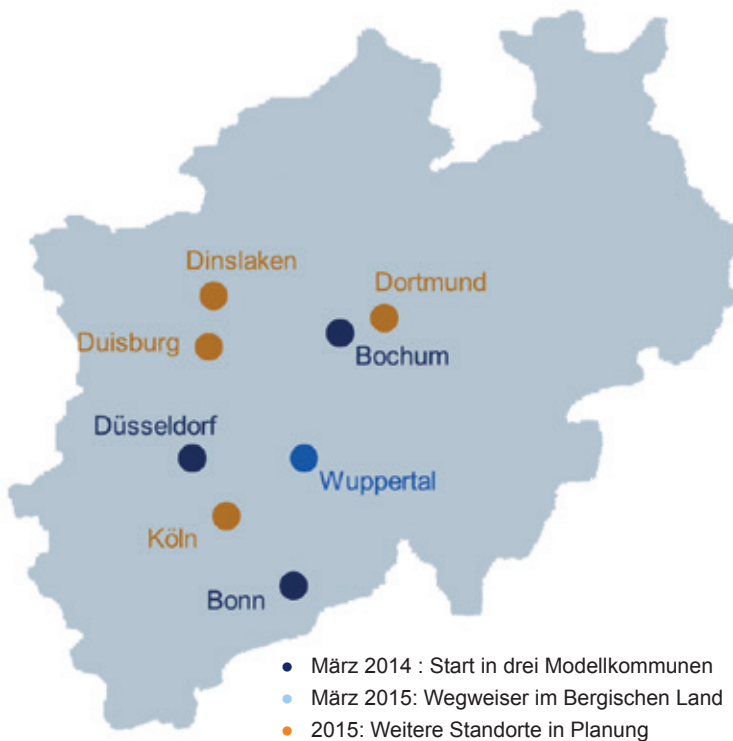


Die Sensibilisierung von Akteuren, die mit Jugendlichen arbeiten, ist ein wichtiges Element des Wegweiser-Programms. Hier referiert Anke Mönter bei der Regionalkonferenz in Köln.

Wegweiser-Arbeit vor Ort

Wegweiser beruht auf der Kooperation und der Kompetenz der Netzwerkpartner bei der Problemlösung. Die Wegweiser-Betreuer suchen gemeinsam mit den Ratsuchenden geeignete Experten aus dem örtlichen Netzwerk auf, entwickeln individuelle Lösungen und begleiten die konkreten Umsetzungsschritte.

Die Anlaufstellen sind auch für Personen, die allgemeine Informationen über den extremistischen Salafismus benötigen, ansprechbar. Sie vermitteln beispielsweise Referenten für Veranstaltungen und Fortbildungen oder stellen Informationsmaterialien zur Verfügung.



Im Jahr 2014 wurden erfolgreich Wegweiser-Anlaufstellen in den Städten Bochum, Bonn und Düsseldorf eingerichtet. Für 2015 ist eine Erweiterung auf die Städte Dortmund, Duisburg und

Köln sowie den Kreis Wesel (mit der Stadt Dinslaken) und den Raum Wuppertal/Solingen/Remscheid in Arbeit. Es ist geplant, Wegweiser in Schwerpunktbereichen weiter auszubauen und landesweit Präventions- und Unterstützungsangebote bereit zu stellen. Mit einer wissenschaftlichen Evaluierung des Wegweiser-Programms sollen die Wirksamkeit überprüft und eventuelle Verbesserungsmöglichkeiten aufgezeigt werden.

Kontakt zu Wegweiser

Neben den Wegweiser-Anlaufstellen vor Ort bestehen direkte Kontaktmöglichkeiten zur Beratungshotline beim Verfassungsschutz. Ratsuchende aus ganz Nordrhein-Westfalen können sich über die Rufnummer 0211-871-2728 von Montag bis Freitag in der Zeit von 08:00 bis 18:00 Uhr an die Beraterinnen und Berater wenden. Die E-Mail-Adresse lautet info@wegweiser.nrw.de. Die zentrale Hotline vermittelt auf Wunsch Ansprechpartner vor Ort.

Eine Übersicht über die Erreichbarkeiten der lokalen Wegweiser-Partner und Antworten auf häufige Fragen zum Programm sind unter www.wegweiser.nrw.de zu finden.



Aussteigerprogramme des Verfassungsschutzes

Aussteigerprogramme sind sehr wichtige Angebote der Prävention. Sie ermöglichen Menschen in extremistischen Szenen neue Perspektiven und begleiten sie auf neuen Lebenswegen. Der Verfassungsschutz Nordrhein-Westfalen bietet ein solches Programm seit langem für den Bereich des Rechtsextremismus an. Im Oktober 2014 hat nun auch ein Aussteigerprogramm Islamismus seine Arbeit aufgenommen.

Gemeinsame Qualitätsfaktoren für Aussteigerprogramme

Der Verbund der Aussteigerprogramme des Bundes und der Länder hat auf der 10. Bundesarbeitstagung in Potsdam ein gemeinsames Positionspapier „Standorte und Perspektiven“ verabschiedet. Das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus Nordrhein-Westfalen hat sich aktiv in die Entwicklung des Papiers eingebracht, das beim Deutschen Präventionstag im Mai 2014 in Karlsruhe der Fachöffentlichkeit vorgestellt worden ist. Es beschreibt Qualitätsfaktoren der Arbeit mit ausstiegswilligen Personen. Der Verbund der staatlichen Aussteigerprogramme bietet für das Team des nordrhein-westfälischen Programms eine wichtige Möglichkeit zur kontinuierlichen Fortbildung und zum Erfahrungsaustausch.

Aussteigerprogramm Rechtsextremismus – wichtiger Baustein zur Bekämpfung des Rechtsextremismus

Das nordrhein-westfälische Aussteigerprogramm richtet sich an alle, die an der rechtsextremistischen Szene beteiligt sind: Mitläufer, Aktivisten und Führungspersonen. Betreut werden Szeneangehörige, die von sich aus den Kontakt aufgenommen haben. Außerdem sprechen Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Aussteigerprogramms gezielt Rechtsextremisten an, um ihnen Unterstützung beim Ausstieg anzubieten. Das Aussteigerprogramm ist ein zentrales Element im Acht-Punkte-Programm zur Bekämpfung des Rechtsextremismus und -terrorismus, das die Landesregierung im Dezember 2011 verabschiedet hat. Mit gezielten Maßnahmen wird der Kontrolldruck auf die rechtsextremistische Szene in Nordrhein-Westfalen erhöht. In Folge entsprechender Aktivitäten ist die Zahl der ausstiegswilligen Rechtsextremisten angestiegen. Das Aussteigerprogramm betreute 2014 kontinuierlich zwischen 40 und 50 Personen. Im Jahresschnitt sind dies fast doppelt so viele ausstiegswillige Personen wie 2011. Die Klienten werden in ihrem Ausstiegsprozess zwischen drei und sechs Jahre lang begleitet. Wie im Acht-Punkte-Programm

angekündigt, wurde das Aussteigerprogramm seit 2012 in mehreren Schritten personell verstärkt und die Zahl der Stellen mehr als verdoppelt: Inzwischen sind sechs Betreuerinnen und Betreuer für das Programm tätig (drei Vollzeitstellen und drei Kräfte auf Honorarbasis).

Das Spektrum der Ausstiegshilfen ist breit. Mit jedem Einzelnen entwickelt das Team des Programms ein persönlich zugeschnittenes Ausstiegskonzept und begleitet die Umsetzung. Dabei spielt einerseits die Stabilisierung der Lebenssituation nach der Abkehr vom bisherigen Umfeld eine große Rolle. In diesem Stadium ist praktische Hilfe zur Selbsthilfe wichtig. Auf der anderen Seite sind die Aufarbeitung der bislang verinnerlichteten ideologischen Denkmuster und die kritische Auseinandersetzung mit der eigenen Verhaltensweise mindestens ebenso wichtige Aufgaben im Ausstiegsprozess.



Signet des Aussteigerprogramms
Rechtsextremismus

Zweite Evaluation des Aussteigerprogramms Rechtsextremismus

Das Aussteigerprogramm für Rechtsextremisten arbeitet seit 2001 erfolgreich mit Personen, die Unterstützung bei ihrer Abkehr von der Szene benötigen. Um Erfolg und Wirksamkeit des Programms durch eine unabhängige Stelle zu überprüfen sowie Optimierungspotenziale zu erkennen, ist es seit Juni 2014 zum zweiten Mal wissenschaftlich evaluiert worden. Bei dieser Ergebnis- und Prozessevaluation kommen quantitative und qualitative Methoden zum Einsatz. Durchgeführt wird sie von dem Sozial- und Erziehungswissenschaftler Prof. Dr. Kurt Möller (Hochschule Esslingen) und der Psychologin Prof. Dr. Beate Küpper (Hochschule Niederrhein).

Beide sind ausgewiesene Fachleute zum Thema Rechtsextremismus. Die Evaluationsergebnisse sind im Mai 2015 öffentlich vorgestellt worden.



Aussteigerprogramm Rechtsextremismus

Das Aussteigerprogramm Rechtsextremismus ist über die E-Mail-Adresse kontakt@aussteiger.nrw.de und die Telefonnummer 0211 837 1001 erreichbar. Weitere Informationen zum Programm sind unter www.aussteiger.nrw.de abrufbar.

Aussteigerprogramm Islamismus – Verfassungsschutz NRW ist Vorreiter

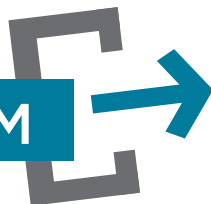
In Umsetzung einer entsprechenden Vereinbarung der nordrhein-westfälischen Regierungsfractionen im „Koalitionsvertrag 2012-2017“ hat der Verfassungsschutz im Jahr 2014 ein eigenständiges Aussteigerprogramm für Islamisten entwickelt. Es richtet sich an stark radikalisierte und in die islamistische Szene fest eingebundene Personen. Das Land Nordrhein-Westfalen übernimmt mit einem separaten Aussteigerprogramm für diesen Phänomenbereich eine Vorreiterrolle in Deutschland. Es ist deutlich konzeptionell und personell vom Präventionsprogramm Wegweiser abgegrenzt, welches vor allem das Ziel hat, den Einstieg vorwiegend junger Menschen in die Szene zu verhindern und das Rat suchende Umfeld zu stärken. Das Aussteigerprogramm Islamismus bietet bereits radikalisierten aber ausstiegswilligen, desillusionierten oder traumatisierten Personen eine Unterstützung an und begleitet sie auf ihrem Weg zurück in die Gesellschaft und in ein Leben ohne Extremismus. Der Ausstiegswille kann in einem sehr frühen Radikalisie-

AUSSTEIGER

PROGRAMM

ISLAMISMUS

des Landes NRW



rungsstadium entstehen. Meistens liegt ihm jedoch ein Schlüsselerlebnis zu einem späteren Zeitpunkt zugrunde wie beispielsweise ein Strafverfahren oder Erlebnisse in den Kriegsgebieten Syriens oder des Irak. Das Team des Programms leistet klassische Aussteigerbetreuung, in der den Betroffenen konkrete und individuelle Beratung und praktische Unterstützung angeboten werden. Religiöse Überzeugungen werden respektiert, aber keine Gewalt zur Durchsetzung extremistischer Ziele. Neben der Möglichkeit, dass sich ausstiegswillige Personen selbst an das Programm wenden, können auch beispielsweise Angehörige, Polizei oder Justiz Hinweise über begonnene Distanzierungsprozesse oder einen geäußerten Ausstiegswillen an die Ausstiegsbetreuer herantragen.

Aussteigerprogramm Islamismus

Das Aussteigerprogramm Islamismus ist über die E-Mail-Adresse kontakt@ausstieg-islamismus.nrw.de und die Telefonnummer 0211 837 1926 erreichbar.

Fachtagung „Antimuslimischer Rassismus – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“

Rund 220 Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Medien, aus der pädagogischen Praxis sowie von zivilgesellschaftlichen Organisationen kamen am 22. Oktober 2014 in Köln zur Fachtagung „Antimuslimischer Rassismus – eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung“ zusammen. Eingeladen hatte das Ministerium für Inneres und Kommunales NRW gemeinsam mit dem Koordinationsrat der Muslime (KRM), der Dachorganisation der größten muslimischen Verbände in Deutschland. Inhaltlich knüpfte die Veranstaltung an die Tagung „WIR oder Scharia? Islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus“ an, die der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz und die DITIB Begegnungsstätte Duisburg-Marxloh am 23. November 2010 gemeinsam ausgerichtet hatten.

Vorurteile dienen Rechtsextremisten als „Türöffner“

Die Kölner Tagung ging ihrem Thema sowohl aus wissenschaftlicher Perspektive nach als auch anhand der persönlichen Erfahrungen von Musliminnen und Muslimen. Hat Rassismus ein neues Gewand? Diese Frage bildete den Ausgangspunkt, denn Zerrbilder des Islam und Abwertungen von Musliminnen und Muslimen sind in Deutschland verbreitet wie kaum zuvor. Vorurteile und Ausgrenzungen sind nicht nur am rechten Rand der Gesellschaft verankert – sie reichen bis in ihre Mitte.



Erol Pürlü, Sprecher des Koordinationsrates der Muslime, eröffnet die Tagung

Rassismus und die Ablehnung des Wertepluralismus einer demokratischen Gesellschaft sind nicht nur typische Elemente der rechtsextremistischen Ideologie. Rechtsextremistische Parteien und Organisationen verstehen solche Ressentiments auch als „Türöffner“: Sie schüren die Angst vor dem Islam und möchten so den Resonanzraum ihrer Propaganda erweitern. Der Verfassungsschutz NRW legt seit langem ein besonderes Augenmerk auf islamfeindliche Kampagnen im Rechtsextremismus. Als rassistisch unterlegtes Feindbild kommen Musliminnen und Muslime inzwischen in allen Verästelungen der rechtsextremisti-

schen Netzwerke vor, besonders häufig im Internet. Die Aktualität und Brisanz des Tagungsthemas unterstrich in Köln wenige Tage nach der Veranstaltung die Demonstration der „Hooligans gegen Salafismus“, die mit massiven Ausschreitungen verbunden war. Etwas später traten auch an Rhein und Ruhr Gruppen auf den Plan, die sich gegen eine angebliche „Islamisierung des Abendlandes“ wenden und unter Kürzeln wie DÜGIDA oder KÖGIDA auftreten. Entsprechende Demonstrationen sind in Nordrhein-Westfalen zumindest von Rechtsextremisten unterwandert oder werden auch von ihnen gesteuert.

„Es geht um Vielfalt in der gemeinsamen Gesellschaft“

Im Mittelpunkt der Tagung stand auch das Signal der Gemeinsamkeit. „Gemeinsam sind wir stark – für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und gegen ihre Polarisierung“, lautete das Credo von Erol Pürlü, dem amtierenden Sprecher des KRM, der die Tagung eröffnete. Innenminister Ralf Jäger fügte hinzu. *„Indem wir hier und an anderer Stelle antimuslimische Propaganda kritisch in den Blick nehmen, machen wir deutlich, worum es geht: Um Vielfalt in einer gemeinsamen Gesellschaft, um Menschenwürde und den Schutz jedes Einzelnen vor Diskriminierung.“*

Die Journalistinnen Cornelia Benninghoven und Najima El Moussaoui moderierten die Tagung. Als Auftakt stellte der Soziologe Prof. Dr. Detlef Pollack (Universität Münster) Ergebnisse einer internationalen Vergleichsstudie zu den Haltungen und Stimmungen hinsichtlich des Islam vor. Demnach sind Vorbehalte in Deutschland besonders verbreitet. Der Kommunikationswissenschaftler Prof. Dr. Kai Hafez (Universität Erfurt) verwies auf negative Stereotype, die in der Medienberichterstattung über Musliminnen und Muslime in Text und Bild auftauchten. Die Psychologin Prof. Dr. Birgit Rommelspacher (Alice Salomon Hochschule Berlin) analysierte die wachsende Bedeutung, die der Faktor Religion in Selbst- und Fremdbildern von Menschen



Dr. Thomas Pfeiffer und Dr. Christoph Busch beschreiben in ihrem Vortrag die „Antimuslimische Agitation und Aggression im Rechtsextremismus“



Prof. Dr. Kai Hafez, Universität Erfurt,
referiert zum Thema „Islamfeindlichkeit
in den Medien – Alter Rassismus im
neuen Gewand?“



spiele. Für den Verfassungsschutz NRW nahmen Dr. Christoph Busch und Dr. Thomas Pfeiffer die „Antimuslimische Agitation und Aggression im Rechtsextremismus“ in den Fokus.

In einem Impulsinterview vertraten zwei Musliminnen die Perspektive der Betroffenen: die Vorsitzende des Aktionsbündnisses muslimischer Frauen, Gabriele Boos-Niazy, und die Präsidentin des Rates muslimischer Studierender & Akademiker, Hatice Durmaz. Diese Erfahrungen waren die Basis der Abschlussdiskussion, an der sich auch Joachim Frank, der Chefkorrespondent des Kölner Stadt-Anzeiger, Murat Kayman vom Koordinationsrat der Muslime und Burkhard Freier, Leiter des Verfassungsschutzes NRW, beteiligten. Am Ende stand die gemeinsame Überzeugung, dass es eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung und eine Daueraufgabe bleibt, jedweden Rassismus entgegenzuwirken und eine demokratische Kultur der Vielfalt zu stärken.

Online Dokumentation der Tagung

Eine Online-Dokumentation der Tagung mit Fotos, Manuskripten und Videosequenzen steht im Internet zur Verfügung: www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/tagung-antimuslimischer-rassismus.html.



Modellprojekt VIR – Veränderungs- impulse setzen bei rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen

Mit dem Modellprojekt VIR bringt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz seine Erkenntnisse zum ersten Mal gezielt auch in die sekundäre Rechtsextremismusprävention in Nordrhein-Westfalen ein. Die Abkürzung VIR steht für „VeränderungImpulse setzen bei Rechtsorientierten Jugendlichen und jungen Erwachsenen“. Das Projekt wurde von

Mitarbeitern des Aussteigerprogramms für Rechtsextremisten angestoßen und 2014 gemeinsam mit zivilgesellschaftlichen Kooperationspartnern verwirklicht. VIR ist ein Fortbildungskonzept für Personen, die beruflich oder ehrenamtlich mit rechtsorientierten Jugendlichen oder jungen Erwachsenen im Kontakt sind. In diesem Sinne „rechtsorientiert“ sind Jugendliche oder junge Erwachsene, die sich an rechtsextremistischen Cliquen, Organisationen oder Parteien beteiligen und rechtsextremistische Denkmuster zunehmend verinnerlichen, ohne in führender Position in dieser Szene aktiv zu sein. Dies sind vor allem Jugendliche und junge Erwachsene in einer Annäherungsphase an die rechtsextremistische Szene oder solche, die als Sympathisanten oder Mitläufer beteiligt sind. Es ist Ziel des VIR-Konzepts, in Alltagssituationen Impulse zu setzen, die zur Veränderung motivieren und diesen Prozess unterstützen.



Einbeziehung breitgefächelter Expertise

Der Verfassungsschutz kann ein methodisch und pädagogisch anspruchsvolles Modellprojekt wie VIR nicht allein umsetzen. Bei Konzeption und Durchführung arbeitet er daher eng mit Kooperationspartnern zusammen, die in diesem Feld ausgewiesen sind. Auf diese Weise fließt Expertise aus sehr unterschiedlichen Arbeitsbereichen in das Projekt ein. Kooperationspartner des VIR-Projekts sind

- ▶ der Arbeitskreis der Ruhrgebietsstädte gegen rechtsextreme Tendenzen bei Jugendlichen (ak-Ruhr) und
- ▶ die Katholische Landesarbeitsgemeinschaft Kinder- und Jugendschutz NW e.V..

VIR wird fachlich begleitet durch das LWL-Landesjugendamt Westfalen. Auch die ginko Stiftung für Prävention in Mülheim/Ruhr hat das Modellprojekt unterstützt.

VIR ist angelehnt an das erfolgreiche Fortbildungskonzept MOVE (Motivierende Kurzintervention), das aus der Suchtprävention stammt und von der ginko Stiftung als Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung entwickelt wurde. In intensiver Zusammenarbeit haben die Kooperationspartner des VIR-Projekts diese Konzeption auf die Rechtsextremismusprävention übertragen.

Pilotfortbildung und erste Trainer/innen-Ausbildung

Das VIR-Konzept sieht dreitägige Fortbildungen vor, die aus zehn Bausteinen bestehen, insbesondere aus Modulen zur motivierenden Gesprächsführung und Grundwissen zum Thema Rechtsextremismus. Die Trainings vermitteln Methoden, um Impulse bei Personen zu setzen, die der Verhaltensänderung skeptisch gegenüberstehen und bei denen intensive Beratungsprozesse zunächst aussichtslos erscheinen.

VIR setzt auf Kurzinterventionen, „Tür und Angel“-Gespräche, beziehungsweise Kurzberatungen im Spektrum von zehn bis 60 Minuten. Typische Gesprächssituationen sind zum Beispiel

- ▶ Pausengespräche mit Schulsozialarbeiterinnen und -sozialarbeitern, Lehrerinnen und Lehrern,
- ▶ Gespräche im Jugendzentrum, Verein oder in der Wohngruppe,
- ▶ Gespräche zwischen Strafgefangenen und Beschäftigten in einer Justizvollzugsanstalt.

Entsprechend richten sich VIR-Fortbildungen zum Beispiel an Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Schulsozialarbeit, in Einrichtungen der Jugendhilfe, Sportvereinen und Justizvollzugsanstalten sowie an Lehrerinnen und Lehrer.

Ein erstes Pilottraining hat vom 3. bis 5. Juni 2014 in der Volkshochschule Schwerte stattgefunden. Zahlreiche Anregungen der Teilnehmenden sind in die folgende Trainerausbildung eingeflossen. Auf dieser Grundlage hat vom 25. bis zum 28. November 2014 in Oer-Erkenschwick die Ausbildung erster VIR-Trainerinnen und -trainer stattgefunden. Ausgebildet wurden 22 Pädagoginnen und Pädagogen, die künftig als Tandems Fortbildungen in Nordrhein-Westfalen anbieten werden.

VIR-Projekt

Weitere Informationen zum VIR-Projekt und Kontaktmöglichkeiten zu Trainerinnen und Trainern sind unter www.vir.nrw.de abrufbar.

Der Verfassungsschutz NRW hat einen gesetzlichen Auftrag, über extremistische Bestrebungen aufzuklären. Er bringt im Rahmen dieses Auftrags seine Expertise bei fachlichen Fortbildungen ein und sensibilisiert die demokratische Öffentlichkeit für Gefahren des Extremismus. Dabei zeigt er die Strategien, Erscheinungsformen und Ideologieelemente solcher Szenen auf. Entsprechende Veranstaltungen schärfen das Bewusstsein für demokratische Grundwerte wie Menschenwürde und Religionsfreiheit, die zum Beispiel Rechtsextremisten ablehnen und häufig vehement bekämpfen. Veranstaltungen zur allgemeinen Demokratieerziehung – ohne Bezug zum Extremismus – führt der Verfassungsschutz nicht durch.

Aufklärungsveranstaltungen in ganz NRW

Im Jahr 2014 hat sich der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz an über 170 Aufklärungsveranstaltungen und speziellen Fortbildungen beteiligt. Auf diese Weise hat er über 6.600 Menschen in allen Landesteilen informiert. 78 Prozent der Veranstaltungen richteten sich an ein Fachpublikum – überwiegend an Beschäftigte von Justiz- und Sicherheitsbehörden oder an pädagogische Fachkräfte in Schulen und der außerschulischen Jugendbildung. 22 Prozent der Veranstaltungen fanden im Rahmen von Unterrichtsreihen oder Projekttagen für Schülerinnen und Schüler statt.

Im Mittelpunkt standen die Vorträge und Fortbildungen zum Thema Rechtsextremismus. Zu diesem Thema fanden über 100 Veranstaltungen mit etwa 4.400 Teilnehmenden statt. Viele Veranstaltungen legen den Schwerpunkt auf Aspekte, die als „Erlebniswelt Rechtsextremismus“ zusammengefasst werden können: Werbeformen, die auf Jugendliche zugeschnitten sind und die rechtsextremistische Inhalte mit den Versprechen von Gemeinschaft und Action sowie mit Freizeitangeboten und unterhaltenden Mitteln verbinden. Rechtsextremisten bemühen sich vor allem mit entsprechenden Internetangeboten um ein neues Image – modern, dynamisch, idealistisch. Hinter der Fassade werden aber alte rassistische, häufig nationalsozialistische Inhalte deutlich. Generell setzen Rechtsextremisten zunehmend auf Kampagnen, die auch die Mitte der Gesellschaft erreichen sollen. Als Vehikel dient die Agitation gegen Minderheiten, gegen die Vorurteile verbreitet sind – das gilt insbesondere für Musliminnen und Muslime, Asylbewerber, Sinti und Roma. Indem Rechtsextremisten an öffentlichen Diskursen anknüpfen (Mainstreaming), versuchen sie ihren Resonanzraum auszuweiten. „Erlebniswelt“ und „Mainstreaming“ des Rechtsextremismus sind zentrale Aspekte der Vorträge und Fortbildungen.

Hamm: Studientag hatte Modellcharakter

Einladungen zu Diskussions- und Informationsveranstaltungen erhält der Verfassungsschutz NRW zum Beispiel von Politischen Stiftungen, Volkshochschulen, Universitäten, Parteien, kirchlichen Einrichtungen und der Landeszentrale für politische Bildung. Mit vielen Schulen und Zentren für schulpraktische Lehrerbildung (ZfSL) hat sich eine kontinuierliche Zusammenarbeit etabliert. So hat der Verfassungsschutz im November 2014 auf Einladung des ZfSL in Hamm zum vierten Mal einen Studientag für alle Lehramtsanwärterinnen und Lehramtsanwärter der Einrichtung mitgestaltet. Der Tag umfasste einen Vortrag zur „Erlebniswelt Rechtsextremismus“, das intensive Gespräch mit zwei Aussteigern aus dieser Szene und zehn Workshops. Auf Wunsch der Teilnehmenden wurde ein Workshop zum Thema Islamismus in das Programm integriert. An dem Studientag beteiligten sich neben dem Zentrum für schulpraktische Lehrerbildung und dem Verfassungsschutz NRW auch das Medienzentrum und das Kommunale Integrationszentrum in Hamm, die Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus für den Regierungsbezirk Arnsberg und der Fan-Beauftragte von Borussia Dortmund. Durch ihre Größe mit rund 160 Teilnehmenden, die Themenvielfalt, die breite Zusammenarbeit und die positive Resonanz hatte die Veranstaltung Modellcharakter.

Sensibilisierung für Gefahren des Salafismus

Zum Themenfeld Islamismus haben über 50 Aufklärungsveranstaltungen des Verfassungsschutzes vor allem für Sicherheitsbehörden, Lehrkräfte, Verwaltungsbehörden und Justiz stattgefunden. Rund 1.600 Personen haben daran teilgenommen. Der Schwerpunkt lag insbesondere auf Inhalten und Entwicklungen der salafistischen Szene sowie auf dem Präventionsprogramm Wegweiser.

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bringen ihr Fachwissen zudem als Referentinnen und Referenten bei zahlreichen Veranstaltungen von Kommunen und anderen Akteuren sowie bei Fachkonferenzen beispielsweise für Schulpsychologinnen und -psychologen ein. In diese Reihe sind auch die Regionalkonferenzen einzuordnen, die der Verfassungsschutz gemeinsam mit den fünf Bezirksregierungen in Nordrhein-Westfalen durchführt und bei denen er zu den Themen Salafismus und Präventionsmöglichkeiten informiert. Sie richten sich an Multiplikatorinnen und Multiplikatoren aus den Bereichen Wissenschaft, Schule, Kinder- und Jugendhilfe, Integrationsfachstellen sowie der Polizei. Die beiden ersten Konferenzen haben in 2014 in Arnsberg und Düsseldorf stattgefunden. In 2014 wurde außerdem die Kooperation mit der Landeszentrale für politische Bildung im Rahmen einer Informationsreihe für Lehrkräfte zum Thema Islamismus fortgeführt.

Weitere Informationen zum Hintergrund

 www.mik.nrw.de/verfassungsschutz, Web-Link: [vs_vortraege](#)

Veröffentlichungen

Der Verfassungsschutz NRW bietet eine breite Palette von Informationsmaterialien zu allen Bereichen des politischen Extremismus an. Dazu gehören Broschüren und viele Informationsmöglichkeiten im Internet. Verschiedentlich beteiligen sich Mitarbeiter des Verfassungsschutzes auch an Buchprojekten mit externen Partnern zu aktuellen Fragen des politischen Extremismus. Im Jahr 2014 sind insbesondere zwei Publikationen zum Themenfeld Islamismus/Salafismus neu erschienen.

Broschüre „Extremistischer Salafismus: Ursachen, Gefahren und Gegenstrategien“

Die laufend aktualisierte Kurzbroschüre „Extremistischer Salafismus: Ursachen, Gefahren und Gegenstrategien“ leistet einen Beitrag zur Aufklärungsarbeit. Sie führt in das Thema „Extremistischer Salafismus“ ein, nennt Zahlen und Fakten und erläutert die Gründe für den Erfolg des Phänomens. Zudem beschreibt sie Strategien im Umgang mit gewaltbereitem Salafismus und stellt in diesem Zusammenhang insbesondere das Präventionsprogramm „Wegweiser“ vor, das erfolgreich in den Städten Bochum, Bonn und Düsseldorf gestartet ist und weiter ausgebaut wird.



Buch „Integration versus Salafismus“

Das Buch „Integration versus Salafismus“ behandelt die Identitätsfindung muslimischer Jugendlicher in Deutschland. Die von namenhaften Autorinnen und Autoren veröffentlichten Texte in diesem Buch sind in drei Abschnitte unterteilt. Der erste Teil befasst sich mit den Identitäten und der Orientierungssuche bei Jugendlichen, wobei diese aus der allgemeinen und wissenschaftlichen Perspektive betrachtet werden. Im zweiten Abschnitt widmen sich die Texte den Antworten und Angeboten religiöser Extremisten auf Identitäts- und Orientierungsprobleme Jugendlicher. Sie gehen dabei auf von Jugendlichen bevorzugte Vorlieben wie Internet und Musik ein. Im

dritten Teil stellen die Autorinnen und Autoren Angebote für junge Menschen aus der demokratischen Gesellschaft vor, welche praxisnah beschrieben sind.

Ein wesentliches Fazit ist, dass Salafismusprävention auch als eine gemeinsame Aufgabe von Sicherheits- und Integrationspolitik gesehen werden sollte.

Verfassungsschutz NRW sucht den Dialog mit der Wissenschaft

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Verfassungsschutzes bringen ihre Analysen regelmäßig in Sammelbände und Zeitschriften im wissenschaftlichen Raum ein. Sie tragen auf diese Weise dazu bei, die in der praktischen Arbeit gewonnenen Erkenntnisse wissenschaftlich nutzbar zu machen und den Dialog von Verfassungsschutz und akademischer Forschung zu stärken. Die Beteiligung an solchen Projekten erfolgt in aller Regel auf Einladung der Herausgeberinnen und Herausgeber.



Publikationen

Publikationen des Verfassungsschutzes NRW, Bestellung oder Download: www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/publikationen.html.

Im Jahr 2014 ist beispielsweise ein ausführlicher Aufsatz entstanden, der der Bedeutung des Symbols der „Schwarzen Sonne“ im Rechtsextremismus nachgeht. Darunter versteht diese Szene das zwölfspeichige Sonnenrad, das die SS im „Obergruppenführersaal“ der Wewelsburg (bei Paderborn) anbringen ließ. Die Wewelsburg sollte zu einer zentralen Versammlungsstätte für höhere SS-Führer werden. Heute zählt das Symbol des Sonnenrads im Rechtsextremismus zu den am weitesten verbreiteten Ersatzsymbolen für strafbare Kennzeichen und ist mit vielen Mythen verbunden. Der Autor geht den Bedeutungen des Zeichens in Parteien wie der **NPD**, dem nicht parteiförmigen Neonazismus, im Online-Handel, innerhalb der Rechtsrock-Szene und in der intellektuellen Neuen Rechten nach. Er appelliert, die Kraft von Mythen wie der „Schwarzen Sonne“ nicht zu unterschätzen, denn sie stützten rechtsextremistisches Handeln ab. Der Aufsatz ist im Band „Mythos Wewelsburg – Fakten und Legenden“ erschienen, den Kirsten John-Stucke und Daniela Siepe für das Kreismuseum Wewelsburg herausgegeben haben.

In einem weiteren Beitrag werden die bislang bekannt gewordenen Informationen zu den Morden der Terrorgruppe „Nationalsozialistischer Untergrund“ im Kontext der Gewaltforschung untersucht. Die Analyse kommt zu dem Ergebnis, dass die Mordserie einen neuen Typus rechtsextremistischer Gewalt darstellt. Der Aufsatz ist zur Jahreswende 2013/2014 erschienen in der Publikation „Totalitarismus und Demokratie. Zeitschrift für internationale Diktatur- und Freiheitsforschung“.

Die Partei **Die Rechte**, die in Nordrhein-Westfalen ein Auffangbecken für Aktivisten verbotener Organisationen ist, steht im Mittelpunkt des Aufsatzes „Die Rechte – alter neonazistischer Wein in neuen parteipolitischen Schläuchen“. Der Autor arbeitet die Charakteristik dieser Partei heraus und ordnet sie in das Parteienspektrum ein. Es zeigt sich, dass die rechtsextremistische Organisation vor allem ein Netzwerk von neonazistischen Gruppen darstellt, die unter dem Schutz des Parteienprivilegs ihre neonazistische „Erlebniswelt“ erhalten möchten. Der Beitrag ist in den „Mitteilungen des Instituts für Deutsches und Internationales Parteienrecht und Parteienforschung“ (Ausgabe 2014) erschienen.

Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz

Spionage als politisches Hilfsmittel	204
Aufklärung und Abwehr von Proliferation	208
Wirtschaftsschutz	212

Aufgrund seiner politischen und wirtschaftlichen Bedeutung innerhalb der Bundesrepublik Deutschland steht Nordrhein-Westfalen unvermindert im Fokus fremder Nachrichtendienste. Die Aufklärung und Verhinderung entsprechender nachrichtendienstlicher Aktivitäten ist deshalb einer der Aufgabenschwerpunkte der Spionageabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes. Neben der Bearbeitung klassischer Spionagefälle werden Wirtschaft und Wissenschaft in Zusammenhang mit Geheim-, Sabotage- und Wirtschaftsschutz unterstützt. Die Experten des Verfassungsschutzes beraten und sensibilisieren Unternehmen, Verbände und Organisationen im Hinblick auf die Gefahren von Wirtschaftsspionage.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz leistet außerdem seinen Beitrag zu den internationalen Bemühungen zur Verhinderung der Herstellung und Verbreitung von Massenvernichtungswaffen (Proliferation). Hierzu trägt die Spionageabwehr durch die Identifizierung sensibler Beschaffungsbemühungen und die Verhinderung illegaler Lieferungen aus Nordrhein-Westfalen in proliferationsrelevante Staaten bei.

Spionage verschafft Regierungen einen Informationsvorsprung beim Versuch, eigene politische, wirtschaftliche, wissenschaftliche oder militärische Ziele im In- und Ausland zu erreichen. Sie ist hilfreich für die Einschätzung der politischen Positionierung und wirtschaftlichen Wettbewerbsfähigkeit anderer Staaten oder der militärischen Leistungsfähigkeit gegnerischer Bündnisse. Von hohem nachrichtendienstlichem Wert sind daher Informationen über politische Vorhaben und Ziele, Verhandlungspositionen und Strategien, wirtschaftliche Planungen und militärische Potentiale von Zielstaaten.

Einige Staaten nutzen ihre Nachrichtendienste zudem regelmäßig zur Ausforschung und Bekämpfung Oppositioneller im In- und Ausland.

Wie wird spioniert?

Fremde Nachrichtendienste betreiben nach wie vor Spionage mit hohem organisatorischem und finanziellem Aufwand. Nachweislich ist auch Nordrhein-Westfalen davon betroffen. Die nachrichtendienstlichen Aktivitäten finden vorwiegend aus sogenannten Legalresidenturen statt. Damit werden getarnte Stützpunkte fremder Nachrichtendienste bezeichnet, die insbesondere in den diplomatischen und konsularischen Vertretungen, bei Medienagenturen oder staatsnahen Unternehmen installiert sind. Von solchen Tarndienstposten aus werden verschiedenste nachrichtendienstliche Aktivitäten bis hin zur Rekrutierung und Führung von Agenten entwickelt. Darüber hinaus setzen Nachrichtendienste sogenannte „Illegale“ ein, die im Zielland unter falscher Identität autark und meist ohne Anbindung an die Legalresidenturen ihrer geheimdienstlichen Tätigkeit nachgehen.

Rund 90% der relevanten Informationen stehen fremden Nachrichtendiensten offen über das Internet und andere Medien, auf Messen und Tagungen zur Verfügung (Open Source). Diese Informationen müssen nur zielgerichtet und systematisch erfasst werden. Anlässlich von gegenseitigen Delegationsbesuchen und durch Gespräche mit Informations- und Wissensträgern aus den unterschiedlichsten Hierarchieebenen können zusätzliche Informationen gewonnen werden. Die auf diesen Wegen nicht zu beschaffenden Informationen generieren fremde Nachrichtendienste hingegen mittels verdeckter Methoden. Das Spektrum reicht dabei von der Herbeiführung und Kultivierung zunächst unverdächtiger Kontakte mit dem Ziel einer direkten

oder indirekten Abschöpfung der Kontaktpersonen, bis hin zu einer konspirativen Vorgehensweise beispielsweise mit einer Legende. In Ausnahmefällen und eher im Ausland, zum Beispiel während der Geschäftsreise eines deutschen Staatsbürgers, können belastende Umstände geschaffen werden, sogenannte Kompromate, um Informations- und Wissensträger erpressbar zu machen. Zudem initiieren Nachrichtendienste elektronische Angriffe auf Rechnersysteme, auf denen hochsensible Daten liegen. Mittels „Social Engineering“ werden Kontakte generiert. Durch E-Mail basierte Einschleusung von Schadsoftware (Trojaner), „Drive-by-downloads“ oder die unbedachte Nutzung von fremden Datenträgern oder eigenem Equipment (Stichwort: „Bring-your-own-Devices“, z. B. USB-Sticks, Smartphones, Tablets) gelingt es, in Systeme einzudringen und Daten zu entwenden oder Systeme zu manipulieren. Dabei stellt allerdings der Mensch die größte Sicherheitslücke dar, die durch noch so ausgefeilte materielle Absicherung über Firewall, Anti-Viren-Programme, Passwortschutz oder Zugangsregelungen nicht geschlossen werden kann. Einfallstore sind hierbei nach wie vor die Kommunikation über Handy, Smartphone und Telekommunikationsanlagen.

Mitarbeiter der Spionageabwehr des nordrhein-westfälischen Verfassungsschutzes führen Sensibilisierungsgespräche mit Personen, die mutmaßlich oder nachweislich im Fokus fremder Nachrichtendienste stehen. Aber auch in den Fällen, in denen eine Person von sich aus einen nachrichtendienstlichen Hintergrund zum Beispiel bei Geschäftsanbahnungen vermutet, steht die Spionageabwehr sowohl beratend als auch aufklärend zur Verfügung.

Nachrichtendienste

Die Spionageabwehr beim nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz beobachtet eine Vielzahl hier tätiger fremder Nachrichtendienste, wobei Hauptakteure vorrangig die Nachrichtendienste der Volksrepublik China, der Russischen Föderation und der Islamischen Republik Iran sind.

Volksrepublik China

Die Beschaffungsbemühungen der chinesischen Nachrichten- und Sicherheitsdienste beschränken sich nicht nur auf den unautorisierten Wissens- und Technologietransfer. Die Spionageabwehr sieht daneben einen nachrichtendienstlichen Schwerpunkt in der Bekämpfung der von der Kommunistischen Partei Chinas als Bedrohung betrachteten und von ihr unter der Bezeichnung „Fünf Gifte“ als staatsfeindlich beschriebenen Gruppen, zu denen die nachfolgenden Bestrebungen und Vereinigungen zählen:

- ▶ Demokratiebewegung,
- ▶ Anhänger eines unabhängigen Taiwan,

- ▶ Anhänger eines unabhängigen Tibet,
- ▶ Falun Gong Praktizierende und
- ▶ turkstämmige (muslimische) Uiguren.

Die „Fünf Gifte“ gefährden nach Ansicht der kommunistischen Führung Chinas die Einheit des chinesischen Staates und werden daher systematisch verfolgt. Durch Infiltration oder über Quellenführung und -abschöpfung gelingt es den Nachrichtendiensten, Personen und Gruppen aus der Oppositionellenszene auszuforschen und Einblick in die Strukturen zu nehmen. Mit den gewonnenen Erkenntnissen sind die Sicherheitsbehörden in China in der Lage, besser gegen die Bestrebungen vorzugehen. Es wird immer wieder berichtet, dass auch Druck auf in China lebende Angehörige ausgeübt wird. In Nordrhein-Westfalen existiert eine nicht unbedeutende Falun-Gong Gemeinde. Ihre Anhänger praktizieren ihre Übungen zum Teil offen, manche aus Angst vor Verfolgung in der Heimat und vor Repressalien chinesischer staatlicher Stellen eher zurückhaltend. Anlässlich bestimmter Veranstaltungen und Jahrestage wird die Situation in Tibet durch eine kleine Free-Tibet Community thematisiert. Das East Turkestan Information Centre (ETIC) ist als eine Vertretung der Uiguren des World Uigur Congress (WUC) in NRW ansässig.

Russische Föderation

Die russischen Nachrichtendienste unterstützen ihre Regierung bei der Vorbereitung und Realisierung politischer Vorhaben durch umfassende und verlässliche Beschaffung von Informationen und Gütern. Putin lobt sie öffentlich für ihre Arbeit. Sie sind elementarer Bestandteil der russischen Sicherheitsarchitektur. Die „Organe der Auslandsaufklärung“ (gemeint sind die Nachrichtendienste) haben den klaren gesetzlichen Auftrag, die wirtschaftliche Entwicklung und den wissenschaftlich-technischen Fortschritt durch die Beschaffung von wirtschaftlichen und wissenschaftlich-technischen Informationen zu fördern. Dabei haben sie besonderes Augenmerk auf die Energiepolitik. Mit Blick auf den Ukraine-Konflikt und die in der Folge beschlossenen Sanktionen gegen Russland ist zudem als sicher anzunehmen, dass die Nachrichtendienste nunmehr vermehrte Anstrengungen unternehmen werden, die angestrebten Ziele zu erreichen, auch um die Folgen der Sanktionen zumindest zu verringern.

Auch im Jahr 2014 wurden wieder zahlreiche Kontaktversuche russischer Nachrichtendienstoffiziere zu Gesprächspartnern aus Politik und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen bekannt.

Die Festnahme und Verurteilung von zwei russischen Agenten, die bis zum Jahr 2012 viele Jahre unerkannt und unter einer Legende in Deutschland lebten, zeigt, dass auch die Methode der so genannten „Illegalen“ weiterhin von den russischen Nachrichtendiensten genutzt wird.

Islamische Republik Iran

Im Jahr 2014 gingen die wesentlichen nachrichtendienstlichen Aktivitäten des Iran in Nordrhein-Westfalen vom zivilen In- und Auslandsnachrichtendienst Ministry of Information and Security (MOIS) aus. Traditionell ist die Überwachung und Bekämpfung der iranischen Opposition im In- und Ausland Aufgabenschwerpunkt der iranischen Nachrichtendienste. Vor diesem Hintergrund werden unter anderem zahlreiche Mitglieder der oppositionellen Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK), die aus humanitären Gründen in Deutschland aufgenommen worden und Ende 2013 aus dem Irak nach NRW eingereist sind, vom MOIS verstärkt beobachtet. Mit den Einreisen einhergehende personelle und strukturelle Veränderungen der MEK beziehungsweise ihres politischen Arms, des Nationalen Widerstandrats Iran (NWRI), standen im Fokus der Aufklärung durch das MOIS in Nordrhein-Westfalen. Weiterhin hielt der iranische Nachrichtendienst aber auch an der Strategie fest, die MEK durch gezielte Propaganda zu diskreditieren. Darüber hinaus konnten 2014 Bemühungen des MOIS festgestellt werden, über die Einbindung regimetreuer Organisationen und Personen weitere Zugangsfelder zu generieren.

Dem nordrhein-westfälischen Verfassungsschutz liegen zudem vereinzelte Hinweise darauf vor, dass Nordrhein-Westfalen 2014 mehrfach Reiseziel nachrichtendienstlicher Mitarbeiter des Iran war. Hierbei dürften unter anderem verschiedene in Nordrhein-Westfalen veranstaltete Fachmessen aufgesucht worden sein.

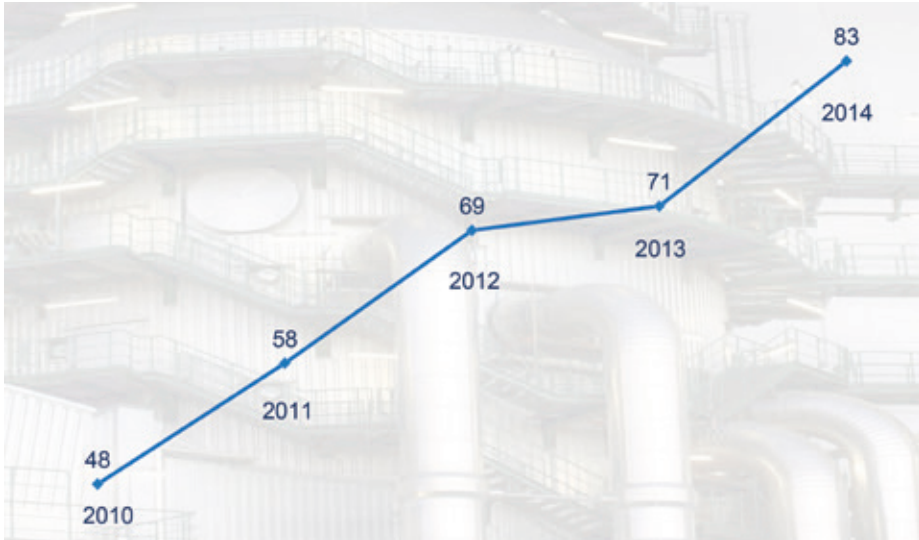
Unter Proliferation wird die Weiterverbreitung atomarer, biologischer oder chemischer Massenvernichtungswaffen beziehungsweise der zu ihrer Herstellung verwendeten Produkte sowie entsprechender Waffenträgersysteme einschließlich des dafür erforderlichen Know-hows verstanden. Bei proliferationsrelevanten Staaten wie Iran, Nordkorea, Syrien oder Pakistan steht zu befürchten, dass Massenvernichtungswaffen in Konflikten eingesetzt oder als politisches Druckmittel genutzt werden.

Bis heute ist es den genannten Staaten nicht gelungen, die zur Weiterentwicklung der eigenen Programme erforderlichen Güter ausschließlich im eigenen Land herzustellen. Nordrhein-Westfalen als starker Wirtschaftsstandort mit einer Vielzahl relevanter Unternehmen und Forschungseinrichtungen stand im Jahr 2014 daher unverändert im Fokus proliferationsrelevanter Beschaffungsbemühungen.

Fallzahlen im Jahr 2014

In 2014 konnte die Spionageabwehr 83 Beschaffungsversuche beobachten, die definitiv oder mit einer hohen Wahrscheinlichkeit zugunsten eines proliferationsrelevanten Massenvernichtungswaffenprogramms erfolgten. Die Zahl bedeutet einen neuen Höchstwert der in Nordrhein-Westfalen identifizierten sensiblen Einkaufsbemühungen. In über 90% der Fälle erfolgte allerdings keine Auslieferung von Waren, da der Verfassungsschutz rechtzeitig Warnungen an die betroffenen Unternehmen aussprechen konnte oder bereits sensibilisierte Firmen verdächtige Anfragen als solche erkannten und nicht bedienten.

Ungeachtet der 2014 weiter intensivierten Atomverhandlungen zwischen Iran und der 5+1-Gruppe bleibt die Islamische Republik eindeutiger Bearbeitungsschwerpunkt der Spionageabwehr. Über 80% der festgestellten Beschaffungsversuche sind dem Iran zuzuordnen. Dies verdeutlicht, dass die Verhandlungen keinen erkennbaren Einfluss auf das Einkaufsverhalten des Landes hatten. Darüber hinaus war im Berichtsjahr ein spürbarer Anstieg proliferationsrelevanter Aktivitäten Pakistans zu verzeichnen.



Verlauf der Beschaffungsversuche bis 2014

Welche Güter stehen im Fokus?

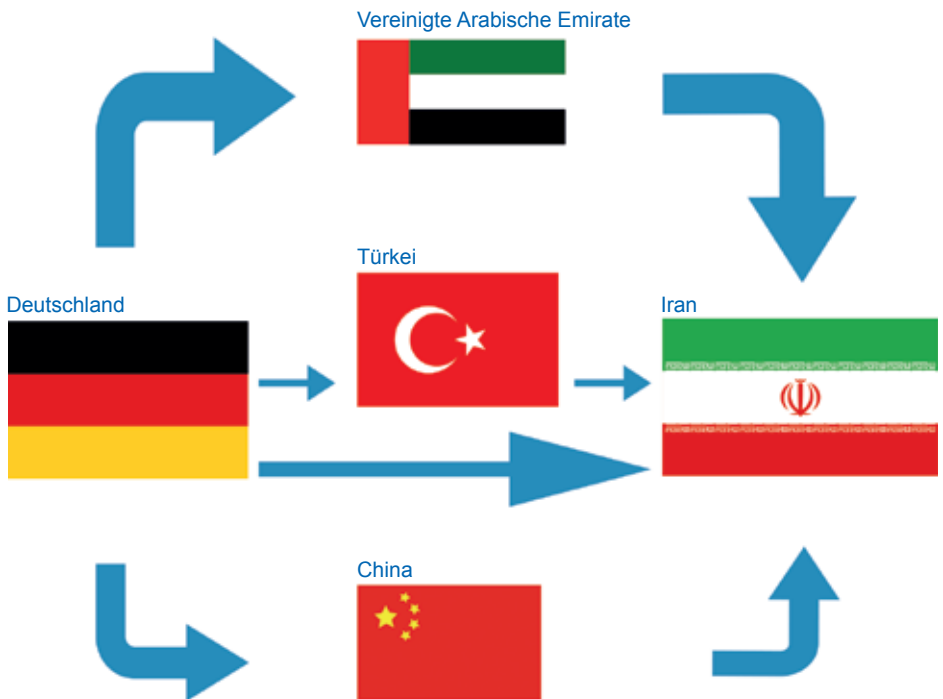
Gegenstand proliferationsrelevanter Anfragen sind in der Regel sogenannte Dual-use-Güter, also Produkte, die sowohl zivile als auch militärische Relevanz aufweisen. Diese Güter bieten Einkaufsstellen die Möglichkeit, gegenüber Herstellern oder Händlern anstatt der tatsächlich vorgesehenen Endverwendung eine angeblich geplante zivile Nutzung anzugeben. Dies soll die Lieferbereitschaft auf der Gegenseite erhöhen. Im Jahr 2014 nutzten die Proliferationsstaaten diesen Vorteil massenhaft, indem sie auf eine Verwendung in der Öl-, Gas- oder Stahlindustrie hinwiesen, zum Teil unter Einsatz gefälschter Endverbleibszertifikate oder sonstiger scheinbar offizieller Dokumente. Im Berichtsjahr fielen über 95% der als proliferationsrelevant identifizierten Geschäftsanbahnungen in die Dual-use-Kategorie.

In besonderem Interesse stand dabei Vakuum- und Messtechnik aus Nordrhein-Westfalen, die allein etwa 30% der beobachteten Beschaffungsversuche ausmachte. Daneben wurden in hohem Maße Ersatzteile für verschiedenste industrielle Anwendungen gesucht, um die innerhalb der Proliferationsprogramme betriebenen Maschinen und Anlagen in Betrieb halten zu können. Eine abschließende Aufzählung relevanter Güter ist dabei nicht möglich, da sich die Produktpalette von Grundstoffen wie verschiedenen Chemikalien oder Fasern bis zur Hochtechnologie, von kleinsten Ersatzteilen wie Dichtungen bis zu industriellen Großanlagen erstreckt.

Wie gelangen proliferationsrelevante Güter ins Zielland?

Neben der Benennung einer angeblich zivilen Endverwendung hat sich auch die Angabe falscher Endverwender als häufig genutztes Mittel zum Erwerb proliferationsrelevanter Güter erwiesen. Dabei werden regelmäßig nicht nur vorgeschobene Unternehmen als Empfänger der Waren ausgegeben. Oftmals wird zudem versucht, das eigentliche Zielland der Lieferung zu verschleiern. Im Jahr 2014 nutzten die Proliferationsstaaten zu diesem Zweck weiterhin umfangreiche Beschaffungsnetzwerke. Diese bestehen aus Tarnfirmen und Stroh Männern in unterschiedlichsten Staaten. Es wird versucht, Güter über sogenannte Umgehungslieferungen zu beschaffen. Knapp 70% der durch den Verfassungsschutz NRW festgestellten sensiblen Anfragen fielen in dieses Raster.

Grundsätzlich können entsprechende Einkäufer hierzu jedes beliebige Land nutzen. Erfahrungsgemäß befinden sich die klassischen „Umgehungstaaten“ aber in geographischer Nähe zum Zielland. Am Beispiel Iran zeigt sich, dass das Land im Berichtsjahr vor allem die Vereinigten Arabischen Emirate, die Türkei und China zu nutzen versuchte. Doch auch Turkmenistan oder der Irak konnten von der Spionageabwehr als Ausweichziel beobachtet werden.



Routen proliferationsrelevanter Waren in den Iran

Ausweitung der Aufklärungsbemühungen durch den Verfassungsschutz NRW

Die Gründe für die beschriebenen, konstant steigenden Fallzahlen liegen sowohl in den unverminderten Anstrengungen der Proliferationsstaaten zur Beschaffung von Technologie als auch in der kontinuierlichen Ausweitung der Aufklärungsbemühungen auf Seiten des Verfassungsschutzes NRW.

Neben der Bearbeitung konkreter Verdachtsfälle und der Identifizierung von Beschaffungsnetzwerken konnte die Spionageabwehr im Rahmen ihrer Sensibilisierungstätigkeit die Anzahl der durchgeführten Vorträge und Einzelberatungen in der Wirtschaft im Jahr 2014 im Vergleich zum Vorjahr fast verdoppeln. Aufgrund der hohen Anzahl betroffener Firmen intensivierte die Proliferationsbekämpfung im Berichtsjahr insbesondere ihre Kontakte zu Multiplikatoren in der Wirtschaft wie beispielsweise Kammern und Verbände. In 45 Veranstaltungen und Firmengesprächen, die teilweise gemeinsam mit den genannten Multiplikatoren durchgeführt wurden, konnten mehrere hundert Unternehmen in Nordrhein-Westfalen erreicht werden. Über diese Partner soll künftig eine noch breitere Sensibilisierungswirkung erzielt werden.

Ziele der Sensibilisierungen durch den Verfassungsschutz NRW sind Aufklärung und präventive Verhinderung möglicher Proliferationsgeschäfte. Die Gesprächspartner werden auf Gefahren illegaler Lieferungen sowie die Methoden bei entsprechenden Beschaffungen hingewiesen. In konkreten Einzelfällen bietet der Verfassungsschutz eine individuelle Beratung, bei der Probleme und Fragen der Unternehmen stets vertraulich behandelt werden. Umgekehrt profitiert auch die Spionageabwehr vom Austausch mit der Wirtschaft, über den Hinweise auf Anbahnungen mit möglichem Proliferationshintergrund gewonnen werden können.

Über die E-Mail-Adresse kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de oder die Rufnummer 0211 871 2821 kann jederzeit ein Gesprächstermin mit der Spionageabwehr vereinbart werden.

Nordrhein-Westfalen ist als besonders technologie- und exportorientiertes Land abhängig von seinem Wissen und der Kraft der Innovationen. Dieser teilweise Vorsprung vor anderen Ländern und die damit einhergehenden Wettbewerbsvorteile wecken Begehrlichkeiten. Fremde Nachrichtendienste versuchen mit gezielter Wirtschaftsspionage und konkurrierende Unternehmen mit gezielter Konkurrenzausspähung professionell deutschen Unternehmen zu schaden.

In Nordrhein-Westfalen sitzen große Industrieunternehmen von Weltrang ebenso wie zahlreiche kleine und mittelständische Unternehmen, die in ihren Geschäftsfeldern führend sind. Nordrhein-Westfalen ist das Land des Mittelstands: Rund 765.000 kleine und mittlere Unternehmen (KMU) bilden das wirtschaftliche Rückgrat der Region. Zudem ist Nordrhein-Westfalen einer der weltweit führenden Messestandorte. Zahlreiche Technologiezentren und hochschulexterne Forschungseinrichtungen bilden das dichteste Forschungsnetzwerk Europas und bieten ideale Voraussetzungen für den Technologietransfer.

Nordrhein-Westfalen bietet somit eine Vielzahl von Angriffspunkten für Spionageaktivitäten: Um die Gefahren nachrichtendienstlicher Angriffe erfolgreich bekämpfen zu können, bietet der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz über seinen Bereich Wirtschaftsschutz Beratungs- und Sensibilisierungskonzepte zu den Bereichen Wirtschaftsspionage und Konkurrenzausspähung, Informationssicherheit, Sicherheitsfaktor Mensch, Sicherheit auf Geschäftsreisen im Ausland und Geheimschutz in der Wirtschaft an.

Dieses Angebot ist im Berichtszeitraum 2014 verstärkt gerade von mittelständischen Unternehmen und sogenannten Hidden Champions, das sind Unternehmen die in Ihrem Marktsegment unbemerkt von der Öffentlichkeit zur Weltspitze gehören, in Anspruch genommen worden. Die öffentliche Aufmerksamkeit im Zusammenhang mit übernationalen Überwachungsmaßnahmen durch fremde Nachrichtendienste auch im Bereich der Wirtschaft sowie die gezielte Aufklärung durch den Verfassungsschutz und weitere deutsche Sicherheitsbehörden haben wesentlich zu einer erhöhten Nachfrage beigetragen.

Es konnten insgesamt 5.735 Multiplikatoren mit 226 Sensibilisierungsvorträgen in Unternehmen und in öffentlichen Veranstaltungen sowie in individuellen Beratungs- und Informationsgesprächen vor Ort erreicht werden. Als besonders positiv war festzustellen, dass eine Vielzahl von Unternehmen die Sicherheitsempfehlungen des Verfassungsschutzes nach dem Erstkontakt



Foto: M. Hergenröder, Düsseldorf

Referenten des Verfassungsschutzes sensibilisieren zum Thema Wirtschaftsschutz

tatsächlich aufgenommen und intern umgesetzt haben. Häufig wurde eine weitere Begleitung mit der Expertise des Wirtschaftsschutzes angefordert. Gleichzeitig wurden dem Wirtschaftsschutz dadurch in der auf Wunsch auch vertraulichen Zusammenarbeit mit den Unternehmen sicherheitsrelevante Vorfälle mit möglichen Know-how-Verlusten bekannt. Aufklärung und Abwehr solcher Verdachtsfälle sind neben der Prävention wesentliche Aufgaben des Wirtschaftsschutzes der Spionageabwehr. Unabdingbar hierfür ist aber ein professionelles und zielgerichtetes Vorgehen mit Unterstützung von Experten, gerade im Zusammenhang mit forensischen Untersuchungen von digitalen Angriffen und der Sicherung von beweisrelevanten digitalen Spuren. Zu dieser besonderen Problematik musste der Wirtschaftsschutz in nicht unbedeutenden Angriffsfällen feststellen, dass in den angegriffenen Unternehmen oftmals sogenannte „Bordmittel“ zur Aufklärung und Abwehr eingesetzt wurden, die ihr Ziel völlig verfehlten. In mehreren Fällen wurden dadurch im Verdacht stehende Innentäter so früh gewarnt, dass sie Spuren vernichten, nicht widerlegbare Erklärungen für ihr verdächtiges Handeln konstruieren oder sich durch eine Kündigung der Verfolgung entziehen konnten. Eine Aufklärung des Verdachts ist dadurch verhindert worden. Das ungute Gefühl *„mein Unternehmen ist angegriffen worden, was werde ich verlieren oder was habe ich schon verloren?“* bleibt bestehen.

Der Wirtschaftsschutz empfiehlt den Unternehmen wegen dieser negativen Erfahrungen mit allem Nachdruck, innerhalb eines unbedingt erforderlichen Notfallplans den Verfassungsschutz, andere Sicherheitsbehörden sowie private Dienstleister rechtzeitig und auf Wunsch vertraulich einzubeziehen.

Geheimschutz in der Wirtschaft

Unternehmen, die mit staatlichen Verschlusssachen (VS) umgehen, unterliegen den besonderen Regelungen des Geheimschutzes. Diese umfassen sämtliche Maßnahmen, die zum Schutz und zur Geheimhaltung von Verschlusssachen getroffen werden müssen. Verschlusssachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Tatsachen, Gegenstände oder Erkenntnisse, unabhängig von ihrer Darstellungsform. So kann zum Beispiel auch das gesprochene Wort eine Verschlusssache beinhalten.

Die für den Geheimschutz in der Wirtschaft erforderlichen Maßnahmen und Regeln sind im Geheimschutzhandbuch des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie festgelegt.

Das zentrale Sicherheitsorgan in den Unternehmen im Rahmen dieses Verfahrens ist der oder die Sicherheitsbevollmächtigte.

Sicherheitsbevollmächtigte haben unter anderem die zuständige Landesverfassungsschutzbehörde unverzüglich zu unterrichten über

- ▶ Hinweise, Wahrnehmungen und Erkenntnisse, die den Verdacht einer nachrichtendienstlichen Tätigkeit, einer Verratstätigkeit anderer Art oder von Sabotage, Terrorismus oder ähnlichem begründen können,
- ▶ geheimchutzrelevante Vorkommnisse bei Reisen von VS-Ermächtigten.

Vor diesem Hintergrund führt der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen jährlich rund 100 Beratungs- und Sensibilisierungsgespräche mit betroffenen Firmen. Dabei werden die Sicherheitsbevollmächtigten insbesondere über aktuelle Angriffsmethoden fremder Nachrichtendienste unterrichtet, um mögliche Angriffe frühzeitig erkennen und entsprechende Gegenmaßnahmen einleiten zu können.

Durch diese Gespräche werden Verdachtsmomente in den Unternehmen vermehrt an den Verfassungsschutz gemeldet und können dann jeweils vor Ort besprochen werden. Auf Wunsch der Sicherheitsbevollmächtigten finden zudem Vortragsveranstaltungen in den Firmen statt, in denen auch den übrigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern die aktuellen Erkenntnisse des Verfassungsschutzes vermittelt werden.



Kontakt zum Wirtschaftsschutz

Der Wirtschaftsschutz beim Verfassungsschutz ist telefonisch erreichbar unter 0211 871 2821 und per E-Mail über kontakt.verfassungsschutz@mik1.nrw.de.

Über den Verfassungsschutz

Verfassungsschutz ist nach dem Grundgesetz eine Aufgabe des Bundes und der Länder. Nordrhein-Westfalen verfügt deshalb wie alle Länder der Bundesrepublik Deutschland über eine Verfassungsschutzbehörde. Der Verfassungsschutz in Nordrhein-Westfalen ist ein Nachrichtendienst im Sicherheitsgefüge des Landes Nordrhein-Westfalen und ist als Abteilung in das Ministerium für Inneres und Kommunales eingegliedert (§ 2 Abs.1 Verfassungsschutzgesetz Nordrhein-Westfalen). Die Verfassungsschutzbehörden der einzelnen Bundesländer sind gesetzlich dazu verpflichtet, untereinander und mit dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) in Köln zusammenzuarbeiten. Dabei übernimmt das BfV die Aufgaben einer Zentralstelle auf Bundesebene.

Im Jahr 2014 standen für die Abteilung 338 Stellen sowie Sach- und Investitionsmittel von 4,58 Millionen Euro zur Verfügung.

Aufgaben

Der Verfassungsschutz hat die Aufgabe, bereits im Vorfeld von konkreten Gefährdungslagen Informationen zu beschaffen, zu sammeln und auszuwerten, die extremistische Bestrebungen oder Tätigkeiten betreffen.

Dazu gehören unter anderem Aktivitäten, die gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung, den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder darauf abzielen, die Amtsführung von Verfassungsorganen des Bundes oder eines Landes ungesetzlich zu beeinflussen. Des Weiteren betrifft dies Bestrebungen, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung oder das friedliche Zusammenleben der Völker gerichtet sind oder die sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten für eine fremde Macht darstellen.

Der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz verfolgt mit den zur Verfügung stehenden rechtsstaatlichen Mitteln eine Doppelstrategie aus Überwachung und Prävention. Es ist seine Aufgabe, frühzeitig Probleme zu erkennen und Politik und Gesellschaft zu sensibilisieren. Über die konkreten Aufgaben von Sicherheitsbehörden hinaus ist die Bekämpfung von Extremismus eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Deshalb geht der Verfassungsschutz in die Gesellschaft hinein, klärt auf und bietet eine Zusammenarbeit an.

Aktuell liegen die Schwerpunkte des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen in der präventiven und operativen Bekämpfung des Rechtsextremismus und des gewaltbereiten Salafismus. Aufklärungsarbeit, Präventions- und Aussteigerprogramme verhindern den Einstieg in die jeweilige extremistische Szene beziehungsweise helfen darin eingebundenen Personen beim Ausstieg.

Kontrolle des Verfassungsschutzes

Im Jahr 2013 wurde der Verfassungsschutz umfassend reformiert. In dem neugefassten Verfassungsschutzgesetz sind seine Aufgaben und Befugnisse genau definiert. Zugleich ist geregelt, wie sein Handeln kontrolliert wird.

Eine rechtliche und politische Kontrolle von Verwaltung sind Qualitätsmerkmale des Rechtsstaates. Dies gilt nicht nur für die allgemeine Verwaltung, sondern auch für den Verfassungsschutz. Da die Angelegenheiten des Verfassungsschutzes aufgrund ihrer besonderen Geheimhaltungsbedürftigkeit in der Regel nicht öffentlich im Parlament oder seinen Ausschüssen beraten werden können, existieren für eine wirksame Kontrolle besondere Stellen. Eine zentrale Rolle spielt dabei das Parlamentarische Kontrollgremium (PKG), das sich aus acht Mitgliedern und acht Stellvertretern zusammensetzt. Der Landtag Nordrhein-Westfalen wählt diese zu Beginn jeder Wahlperiode für deren Dauer aus seiner Mitte. Das PKG überwacht die Tätigkeit des Verfassungsschutzes insgesamt, seine Maßnahmen und ihre Notwendigkeit. Einzelne Aspekte der Arbeit des Verfassungsschutzes prüfen die G10-Kommission (beispielsweise Telefonüberwachungen), der Landesbeauftragte für Datenschutz sowie der Landesrechnungshof.

Verarbeitung personenbezogener Daten

Zur Erfüllung der übertragenen Aufgaben dürfen Verfassungsschutzbehörden personenbezogene Daten erheben und verarbeiten. Die Verfassungsschutzbehörde Nordrhein-Westfalens verwendet dazu zum einen „Personen-Informations-Dateien“ und zum anderen das „Nachrichtendienstliche Informationssystem Wissensnetz“ (NADIS WN), das von den Verfassungsschutzbehörden der Länder und des Bundes gemeinsam genutzt wird.

Erfasst werden Daten zu Personen, über die Erkenntnisse im Zusammenhang mit politischem Extremismus vorliegen und zu Personen, die in sicherheitsempfindlichen Bereichen von Wirtschaft und Verwaltung tätig sind. Die Durchführung von Sicherheitsüberprüfungen der letztgenannten Personengruppe ist den betroffenen Personen bekannt und macht rund 90% aller NADIS-Einträge aus Nordrhein-Westfalen aus.

Öffentlichkeitsarbeit

Der beste Schutz vor extremistischen Bestrebungen ist eine informierte, aufgeklärte Öffentlichkeit. Den Leitspruch „Verfassungsschutz durch Aufklärung“ versteht der Verfassungsschutz daher als wesentlichen Arbeitsauftrag.

Damit Bevölkerung, Politik und Medien Anzeichen für Extremismus erkennen können, setzt der nordrhein-westfälische Verfassungsschutz auf eine intensive Aufklärungsarbeit und bietet



eine breite Palette verschiedener Informationsmaterialien an. Dazu gehören Vorträge vor allem für Multiplikatoren, Tagungen, Broschüren und ein ständig erweitertes Informationsangebot im Internet.

Einen wichtigen, alle verfassungsschutzrelevanten Themen umfassenden Aufklärungsbeitrag liefert der jährliche Verfassungsschutzbericht. Die Jahresberichte dienen Gerichten und Behörden als Nachschlagewerk zum Extremismus. Sie werden dem Landtag zur Unterrichtung über Entwicklungen vorgelegt und auch von der interessierten Öffentlichkeit stark nachgefragt.

Informationen zu aktuellen Schwerpunktthemen finden sich in Berichten und Broschüren, die über die Internetseite des Ministeriums für Inneres und Kommunales unter www.mik.nrw.de/verfassungsschutz abrufbar und bestellbar sind. Besonders hervorzuheben ist der Bildungsscomic „ANDI“ („Comic für Demokratie – gegen Extremismus“). Er greift in drei Ausgaben die Themenfelder Rechtsextremismus, Islamismus und Linksextremismus auf. Die Hefte richten sich an Schüler und Jugendliche. Mit einer Gesamtauflage von mittlerweile über eine Million Exemplaren stellt der Comic einen großen Erfolg in der Präventionsarbeit dar. Die Nachfrage ist weiterhin konstant hoch.

Liste der Bestrebungen und Organisationen

Zur Erfüllung seiner Funktion als Frühwarnsystem in der wehrhaften Demokratie ist der Verfassungsschutz durch das Verfassungsschutzgesetz NRW berechtigt, über eine Organisation zu berichten, wenn tatsächliche Anhaltspunkte für den Verdacht einer verfassungsfeindlichen Bestrebung vorliegen. Für eine Berichterstattung ist es nicht Voraussetzung, dass sich Verdachtsmomente bis zur Einschätzung als „verfassungsfeindlich“ verdichtet haben.

Die Namen und Bezeichnungen von Organisationen, Bestrebungen und Tätigkeiten, bei denen zumindest gewichtige Anhaltspunkte für den Verdacht für die in § 3 Abs. 1 VSG NRW beschriebenen Merkmale vorliegen, sind zwischen den Zeichen » und « eingefasst (sogenannte Chevrons).

A

ADÜTDF
Advance
AG Rheinland
Ahrar al Sham
»AKARAM«
»alternativ, unabhängig, fortschrittlich (AUF)«
al-Qaida
Al-Shabab
Ansaar Düsseldorf e.V./ Ansaar International
Ansarul Aseer
»Antikapitalistische Linke (AKL)«
Antisem Versand
Arbeiterpartei Kurdistans (PKK)
»AUF Witten«

B

»BergAUF«
Bielefeld Sultan Fatih Genclik (BSFG)
Blickpunkt
Blood and Honour
Brigade Lohberg, Lohberger Gruppe
»Bülten (Bulletin der Türkischen Föderation)«

C

CDK Koordinasyon Civata Ekolojik
– Demokratîk a Kurd Li Ewropa
Celebrity
Church of Scientology
»Frauenverband Courage e.V.«

D

Der Weg zum Glücklichein
Der III. Weg
»Demokratisch-kurdische Gesellschaftszentrum Deutschland (NAV-DEM)«
»Demokratisch-kurdisches Gesellschaftszentrum (DKTM)«

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)
»Deutsche Liga für Volk und Heimat (DLVH)«
Deutsche Stimme
Devrimci Sol
Die Rechte
Die Wahre Religion
Doğru Haber (Richtige Nachricht)
dortmundecho.org

E

»eedhesam.com«
Einladung zum Paradies e.V. (EZP)
Erbakan Vakfı (Erbakan Stiftung)
extremistische Salafisten /
Extremistischer Salafismus – Jihadismus
extremistisch-salafistische Netzwerke

F

Föderation islamischer Organisationen in
Europa (FIOE)
»Föderation kurdischer Vereine in Deutschland
(YEK-KOM)«
»Frauenverband Courage e.V.«
Freies Netz Süd
Freewinds
Freiheit

G

»Gelsenkirchen für AUF«
Gemeinschaften Kurdistans (KCK)
»Grup Yorum«

H

Hamas
Hammerskins
Haus des Qurans
Helfen in Not (HiN)
Hizb Allah (Partei Gottes)

Hizb ut-Tahrir (Islamische Befreiungspartei –
HuT)

I

Impact
»Internationale Koordinierung revolutionärer
Parteien und Organisationen (ICOR)«
»Interventionistische Linke (IL)«
Inzar (Warnung)
Islamische Gemeinschaft in Deutschland (IGD)
Islamische Zentrum (Imam-Mahdi-Zentrum),
Münster
Islamischer Staat (IS)
Islamischer Staat im Irak und Großsyrien
(ISIG)
İsmail Ağa Cemaati (IAC)
Izzedin Al-Qassam-Brigaden

J

jemenitische al-Qaida / al-Qaida auf
der Arabischen Halbinsel
Jesus im Islam
Jugend für Menschenrechte
junge Welt

K

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)
Kategorie C
Kelhaamet (Prächtiges Diyarbakır)
Kendi Dilinden Hizbullah (Die Hizbullah in
eigenen Worten)
Kommunistische Plattform (KPF)
Kompetenz
»Kongress der kurdisch-demokratischen
Gesellschaft in Europa (KCD-E)«
»Kurdistan-Report«

L

Lernen und Kämpfen (LuK)

Lies!

Linksjugend ['solid]

»LTTE Headoffice«

»LTTE International Organisation«

M

MAKKS Damage

marx21

Marxistische Blätter

Marxistische Linke – ökologisch, emanzipatorisch, feministisch, integrativ (ML)

»Mednûçe«

Millatu Ibrahim

Milli Görüş-Bewegung

MLPD

Moscheegemeinschaft Darul Arqam

»Mülheim für AUF«

Muhacirun (Auswanderer)

Mujahidin-Bewegung in Afghanistan

Muslimbruderschaft

Muslimisches Hilfswerk (MHW)

N

National Sozialistische Hacker Crew

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Nationale Revolution

»Newaya Jin (Erlebnisse der Frauen)«

Nordkaukasische Separatisten-Bewegung (NKS), Kaukasische Emirat

»NUCE TV«

»NV AUF geht's«

O

Oidoxie

Organisation für Frieden und Hilfe

Oldschool Society (OSS)

OT-Universer

P

Palästinensische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (PGD)

Palestinian Return Center (PCR)

Partei der demokratischen Union (PYD)

»pathivu.com«

politischer Salafismus

PRO KÖLN – Informationen der Fraktion pro Köln im Rat der Stadt Köln

Pro Köln e.V.

Pro NRW

PRO NRW – Informationen der Bürgerbewegung pro NRW

R

Rebell

Revolutionäre Volksbefreiungsfront (Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi – DHK-C)

Revolutionäre Volksbefreiungspartei (Devrimci Halk Kurtuluş Partisi – DHK-P)

Revolutionäre Volksbefreiungspartei/-Front (Devrimci Halk Kurtulus Partisi-Cephesi – DHKP-C)

Revolutionärer Weg

Rote Fahne (RF)

Rotfuchse

S

Saadet Partisi (SP)

Sag nein zu Drogen

Scharia-Polizei (Shariah Police)

Scientology Kirche Berlin e.V.

Scientology Kirche Deutschland e.V.

Scientology Organisation (SO)

Scientology News

»Serxwebun (Unabhängigkeit)«

Shahid Stiftung
 Siegel der Propheten
 Sleipnir
 »Solingen aktiv«
 Source
 »Soziales Bündnis Gladbeck«
 Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend
 Bochum (SDAJ)
 »Sozialistische Linke (SL)«
 »Sterka Ciwan (Stern der Jugend)«
 Stützpunkt Hermannsland
 Syndikat 52

T

Tamilische Befreiungstiger – (Liberation Tigers
 of Tamil Eelam – LTTE)
 »Tamil Coordination Committee (TCC)«
 »Tamil Rehabilitation Organization e. V.
 (TRO)«
 »Tamil Student Organization e.V. (TSV)«
 »Tamil Youth Organisation – Germany (TYO)«
 »Tamil Youth Organization (TYO)«
 Tauhid Germany
 The Aditor
 Thiazi
 Türkische Hizbullah (TH)

U

Ülkücü-Bewegung („Graue Wölfe“)
 »Umweltgewerkschaft«
 UZ- Unsere Zeit

V

Verband der islamischen Vereine und Gemein-
 den e.V. (ICCB)
 Verein Anatolische Föderation
 Verein Medizin mit Herz / vormals: Medizin
 ohne Grenzen
 Villain051

Volkskongress Kurdistans (KONGRA-GEL)
 »Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland
 (VETD)«
 Volksverteidigungseinheiten (YPG)
 Volksverteidigungskräfte (HPG)

W

Wacht am Rhein
 »Wahlbündnis AUF«
 Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)
 »Way to Allah«
 Widerstand
 »WIR für Mülheim«
 World Institute of Scientology Enterprise
 (WISE)
 Wut aus Liebe

Y

Yeni Mjde (Neue Frohe Botschaft)
 »Yeni Özgür Politika«
 Yürüyüş

Stichwortverzeichnis

A

Abou Nagie, Ibrahim	140
Advance	172
AG Rheinland	78
Ahrar al Sham	150
AKARAM	128
al-Qaida	134, 142, 145
Al-Shabab	150 f.
Ansaar Düsseldorf e.V./	
Ansaar International	142
Ansarul Aseer	144
Antikapitalistische Linke (AKL)	85 ff.
Antisem Versand	56
Arbeiterpartei Kurdistans	
(PKK)	106 f., 110 f., 115, 117, 122 ff., 168 f.
AUF	98 ff.
Autonome Nationalisten (AN)	77

B

Banna al-, Hassan	160
Beisicht, Markus	48 ff.
BergAUF	98
Bielefeld Sultan Fatih Genclik (BSFG) ...	164
Blickpunkt	40
Blood and Honour	74, 76
Borchardt, Siegfried	61 f.
Brigade Lohberg	148 f.
Büyük Birlik Partisi (BBP)	112

C

CDK Koordinasyon Civata Ekolojik	
– Demokratik a Kurd Li Ewropa	122
Celebrity	172
Celebrity Center	172
Church of Scientology	172
Cremer, Claus	40, 45
Cuspert, Denis	148

D

Darul Arqam	139
Das Siegel der Propheten	141
Demokratisch-kurdische Gesellschafts-	
zentrum Deutschland (NAV-DEM)	123
Demokratisch-kurdisches Gesellschafts-	
zentrum (DKTM)	123
Der III. Weg	66 ff.
Der Weg zum Glücklichein	173
Deutsche Kommunistische Partei	
(DKP)	84 f., 92 ff.
Deutsche Liga für Volk und Heimat	
(DLVH)	48
Deutsche Stimme (DS)	40, 42
Devrimci Sol	118 f.
Die Rechte ...	18, 20, 39, 54 ff., 78 f., 81, 200
Die Republikaner (REP)	49, 51
Die Wahre Religion	140
Doğru Haber (Richtige Nachricht)	168
dormundecho.org	54

E

eedhesam.com	128
Einladung zum Paradies (EZP)	139
Engel, Stefan	98, 101, 103
Erbakan, Necmettin	162, 164 f.
Erbakan Vakfı (Erbakan Stiftung)	164
Extremistischer Salafismus	146
extremistisch-salafistische Netzwerke	138

F

Fatah-Partei	153
Föderation der Türkisch-Demokratischen Idealistenvereine in Deutschland e.V. (ADÜTDF)	111 ff.
Föderation der Yezidischen Vereine Kurdistan (FKE, früher YEK)	123
Föderation islamischer Organisationen in Europa (FIOE)	160
Föderation kurdischer Vereine in Deutschland (YEK-KOM)	123
Franz, Frank	40, 45, 47
Frauenverband Courage e.V.	98, 102 f.
Freewinds	172
Freies Netz Süd	66

G

Gelsenkirchen für AUF	98
Gemeinschaften Kurdistan (KCK)	122
Gerechtigkeits- und Entwicklungs- partei (AKP)	126, 165
Glückseligkeitspartei (SP)	163 ff.
Grup Yorum	120

H

Hamas	152 f.
Hammerskins	72, 74, 76
Haus des Qurans	140
Helfen in Not (HiN)	143
Hizb Allah-Miliz	155
Hizb Allah – Partei Gottes	154 f.
Hizb ut-Tahrir (HuT)	156 f.
HoGeSa	38, 46 f., 62, 65, 67
Hozat, Bese	122

I

Imam-Mahdi-Zentrum	154
Impact	172

Internationale Koordination Revolu- tionärer Parteien und Organisa- tionen (ICOR)	101, 103
Interventionistische Linke (IL)	91
Inzar (Warnung)	168
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V. (IGD)	160 f.
Islamischer Staat im Irak (ISI)	150
Islamischer Staat im Irak und Großsyrien (ISIG)	150
Islamischer Staat (IS)	106 f., 134, 145 ff., 155, 167
İsmail Ağa Cemaati (IAC)	164
Izzedin Al-Qassam-Brigaden	152

J

Jesus, Der Gesandte Allahs	141
Jihad	21, 35, 137, 146 f., 150 f., 167
Jugend für Menschenrechte	173
junge Welt (jW)	87
Jürgensen, Bettina	95

K

Kalifatsstaat (Hilafet Devleti)	158
Kamalak, Mustafa	163
Kameradschaft Aachener Land (KAL)	59
Kaplan, Cemaleddin	158
Kaplan, Metin	158
Kartal, Remzi	122
Kategorie C	76
Kaukasisches Emirat	166 f.
Kelhaamet (Prächtiges Diyarbakır)	168
Kendi Dilinden Hizbullah	168
Know-how	208, 213
Köbele, Patrik	92, 95
Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ..	205
Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)	92
Kommunistische Plattform (KPF)	85 ff.

Kommunistischer Arbeiterbund	
Deutschlands (KABD)	99
Kompetenz	172, 184
Kongress der kurdisch-demokratischen	
Gesellschaft in Europa (KCD-E)	123
Koordination der kurdischen ökologisch-	
demokratischen Gesellschaft in	
Europa (CDK)	122
Kurtuluş	118 f.

L

Lernen und Kämpfen (LuK)	98
Lies!	140 ff.
Linksjugend [solid]	85 ff.
Linkspartei, siehe DIE LINKE.	
Lohberger Gruppe	148 f.
LTTE Headoffice	129
LTTE International Organisation	130

M

MAKKS Damage	74
marx21	85 ff.
Marxistische Blätter	92
Marxistische Linke – ökologisch,	
emanzipatorisch, feministisch,	
integrativ (ML)	95
Marxistisch-Leninistische Partei	
Deutschlands (MLPD) .. 84 f., 92, 95, 98 ff.	
Medizin mit Herz	144
Medizin ohne Grenzen	143
Mednûçe	122
Millatu Ibrahim	147
Millî Görüş-Bewegung (MGB)	162 ff.
Miscavige, David	172, 175
Mitteilungen der Kommunistischen	
Plattform	87
Muhacirun (Auswanderer)	158
Mujahidin-Bewegung in Afghanistan	146
Mülheim für AUF	98, 100

Muslimbruderschaft	
(MB)	152, 156 f., 160 f.
Muslimisches Hilfswerk (MHW)	142

N

Nabhani al-, Taqhi al Din	156
Nationaldemokratische Partei	
Deutschlands, siehe NPD	
Nationale Revolution	80
Nationaler Widerstandsrat Iran	
(NWRI)	207
National Sozialistische Hacker Crew	81
Nationalsozialistischer Unter-	
grund (NSU)	62, 121, 199
Neonazi-Szene	38 ff., 45, 47, 58 f., 66, ff.
Newaya Jin	122
Newroz	124
news.dkp.de	92, 96
Nordkaukasische Separatisten-	
Bewegung (NKSB)	166 f.
NPD	19 f., 38 ff., 61 ff., 76, 199
NUCE TV	122
NV AUF geht's	98

O

Öcalan, Abdullah	122, 124, 126
Oidoxie	74
Oldschool Society (OSS)	70 f.
Organisation für Frieden und Hilfe	142
OT-Univers	172

P

Palästinensische Gemeinschaft in	
Deutschland e.V. (PGD)	152 f.
Palestinian Return Center (PCR)	153
Partei der demokratischen Union	
(PYD)	124, 126

Partei der Nationalistischen	
Bewegung (MHP)	112, 113
Partei Gottes, siehe Hizb Allah	
Pastörs, Udo	40, 45
pathivu.com	128
PEGIDA	38, 46 f., 53, 60, 63
Politischer Salafismus	136
Prabhakaran, Velupillai	128, 131
Pro Köln e.V.	19 f., 48 ff.
Proliferation	203, 208
Pro NRW	19 f., 38, 42, 48 ff., 63, 79

R

Rebell	98, 100, 103
Revolutionärer Weg	98
Revolutionäre Volksbefreiungsfront	
(Devrimci Halk Kurtuluş Cephesi	
- DHKC)	119
Revolutionäre Volksbefreiungspartei	
(Devrimci Halk Kurtuluş Partisi	
- DHKP)	118 ff.
Rote Aktion	107
Rote Fahne (RF)	98
Rotfuchse	98

S

Saadet Partisi (SP)	163
Sag nein zu Drogen	173
Salafismus ... 46, 62, 65, 69, 76, 105, 134 ff.,	
149 ff., 155, 158 f., 178, 180 ff.,	
190 f., 197 f., 216	
Salafistische Bestrebungen	138, 159
Scharia-Polizei (Shariah Police)	139 f.
Scientology Kirche Berlin e.V. (SKB)	173
Scientology Kirche Deutschland e.V.	
(SKD)	173
Scientology Kirche Düsseldorf	172
Scientology News	172
Scientology Organisation (SO)	171 ff.

SDAJ	95 f.
Serxwebun (Unabhängigkeit)	122
Shahid Stiftung	155
Skinhead-Szene	72 f., 77
Sleipnir	74, 79
Solingen aktiv	98
Source	172
Soziales Bündnis Gladbeck	93
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend	
Bochum (SDAJ)	95 f.
Sozialistische Linke (SL)	85 f., 89
Spionageabwehr	201 ff.
Sterka Ciwan (Stern der Jugend)	122
Stützpunkt Hermannsland	66 f.
Syndikat 52	59

T

Tamil Coordination Committee – (TCC) ..	128
Tamilische Befreiungstiger	
(LTTE)	110 f., 128 ff.
Tamil Rehabilitation Organization	
e.V. (TRO)	128
Tamil Student Organization e.V. (TSV) ...	128
Tamil Youth Organization (TYO)	128, 131
Tauhid Germany	144 f.
The Aditor	172
Thiazi-Forum	79
Türkische Hizbullah (TH)	168 f.

U

Ülkücü-Bewegung („Graue Wölfe“)	110 ff.
Umweltgewerkschaft	85, 101 ff.
Unsere Zeit (UZ)	92, 95

V

Velioğlu, Hüseyin	168
Verein Anatolische Föderation	119
Vereinigte Gemeinschaften	
Kurdistan (KCK)	122

Villain051	76
VIR	179, 194 f.
Voigt, Udo	44, 45
Volkskongress Kurdistan, siehe Arbeitspartei Kurdistan (PKK)	
Volksmodjahedin Iran-Organisation (MEK)	207
Volksrat der Eelam Tamilen – Deutschland (VETD)	131
Volksverteidigungseinheiten (YPG)	126
Volksverteidigungskräfte (HPG)	124, 126

W

Wacht am Rhein	68, 78
Waisenkinderprojekt Libanon e.V. (WKP)	155
Way to Allah	141
Wegweiser	178, 182 ff., 198
Widerstand	62, 76, 80, 107
Wirtschaftsschutz	201, 203, 212 ff.
Worch, Christian	54
World Institute of Scientology Enterprises (WISE)	175
Wut aus Liebe	76

Y

Yeni Müjde (Neue Frohe Botschaft)	168
Yeni Özgür Politika	122
Young Struggle	107
Yürüyüş	118

Z

Zagros, Hacer	122
Zawahiri al-, Ayman	145

Hinweis

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Ministeriums für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlbewerberinnen und Wahlbewerbern oder Wahlhelferinnen und Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für die Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie für die Wahl der Mitglieder des Europäischen Parlaments. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch Parteien oder sie unterstützende Organisationen ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen Mitglieder bleibt hiervon unberührt.

Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegangen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme des Ministerium für Inneres und Kommunales Nordrhein-Westfalen zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.

Der Inhalt dieser Broschüre wurde auf chlorfrei gebleichtem Papier gedruckt.

Ministerium für
Inneres und Kommunales des
Landes Nordrhein-Westfalen

Friedrichstraße 62 - 80
40217 Düsseldorf

Telefon: 0211/871 - 01
Telefax: 0211/871 - 3355
poststelle@mik.nrw.de
www.mik.nrw.de

